



Politische Berichte

Nummer 7 / 12. Jahrgang

29. März 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

Mietpreistreiber und Spekulanten

Die Regierungspolitik forciert die Ausplünderung auf dem privaten Wohnungsmarkt

Die Regierungsparteien haben mit ihrer festgelegten Wohnungsbau- und Mietpolitik in keinem Punkt auf die Forderungen der Mieterbewegung Rücksicht genommen. Mietpreistreiber, Spekulanten und Mietwucherer toben sich in der Bundesrepublik aus und dehnen ihr gewissenloses Gewerbe auf die

DDR-Bundesländer und Ostberlin aus. Eine FDP-Ministerin sorgt für die gebührende Repräsentanz dieser Kreise. Besondere Bedeutung kommt in dieser Situation der kommunalen Wohnungswirtschaft und dem Kampf um mehr preis- und belegungsgebundene Wohnungen zu.

Die jetzt in der Koalitionsvereinbarung zur Wohnungsbau- und Mietpolitik getroffenen Festlegungen stehen in einer gewissen Kontinuität der Regierungspolitik in den letzten Jahren. An den Punkten Wohnungsbau, sozialer Wohnungsbau und Mietrecht soll dies — für die alten Bundesländer — verdeutlicht werden.

Im Frühsommer 1989 wurde die degressive Abschreibung (§7 Abs. 5 EStG) für den Neubau von Mietwohnungen erhöht. Im Regierungslager wurde die Hoffnung propagiert, daß damit in den nächsten fünf Jahren rund 300.000 zusätzliche Wohnungen gebaut würden. Diese Maßnahme begünstigt allenfalls Mietwohnungen der obersten Mietkategorie, die genau für diejenigen Wohnungssuchenden unerreichbar sind, die am dringendsten eine Wohnung benötigen. Leute mit niedrigem Einkommen

brauchen eine billige Mietwohnung. Dies wird aber durch das bestehende Mietrecht verhindert. Da bei Neuvermietungen Mietsteigerungen von 40 % und mehr gerade in Ballungsgebieten keine Seltenheit sind, verringert sich ständig der Bestand an billigen Mietwohnungen.

In der neuen Koalitionsvereinbarung soll der Mietwohnungsbau jetzt durch die Förderung von Werkmietwohnungen ergänzt werden. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie sieht darin eine Möglichkeit, das „verhaltene Wohnungsbauwachstum“ zu stimulieren. Eine Lockerung des Kündigungsschutzes sei aber erforderlich. Begründet wird dies fadenscheinig mit der Zunahme von befristeten Arbeitsverhältnissen, Arbeitsplatzverlust und Obdachlosigkeit?

Im sozialen Wohnungsbau werden die Haushaltsmittel — in den nächsten fünf Jahren jährlich zwei Milliarden DM, bezogen auf den Haushaltsansatz von 1990 — fast ausschließlich für die Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau und für den dritten Förderungsweg, also für den Bau von Wohnungen vorgesehen, die allenfalls sieben Jahre preis- und belegungsgebunden sind. Nur 150 Mio. DM waren für den Bau von Mietsozialwohnungen im ersten Förderungsweg eingeplant. In der neuen Koalitionsvereinbarung taucht der soziale Wohnungsbau in den alten Bundesländern nur als Fortschreibung dieser Politik auf. Jedes Bundesland wird darin verpflichtet, „mindestens 2/3 der ihm zugeteilten Bundesfinanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau im 3. Förderungsweg einzusetzen“. Die Regierung plant eine Ausweitung von Armutsverhältnissen. So werden z.B. in München von gegenwärtig 105.000 Sozialwohnungen bis 1995 nur noch ca. 50.000 übrigbleiben, weil die Sozialbindung wegfällt.

Die Senkung der bisherigen 30 %-Regelung auf jetzt 20 % in drei Jahren bei Mietsteigerungen in bestehenden Mietverträgen (Kappungsgrenze) gilt nur für einen Teil des Wohnungsmarktes. In Häusern, die nach 1980 gebaut wurden, soll sich überhaupt nichts zugunsten der Mieter verändern. Bei Wohnungen, die billiger sind als die höchstzulässige Bewilligungsmiete im sozialen Wohnungsbau, soll die 20 %-Grenze ebenfalls keine Anwendung finden. Für diese besonders preisgünstigen Wohnungen wurde stattdessen eine neue Obergrenze geschaffen, die 20 % über der Höchstbewilligungsgrenze liegt.

Mit der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung wird das unsoziale Bodenrecht nicht angetastet, das inzwischen dafür verantwortlich ist, daß in Ballungsgebieten die Hälfte der Miete für den Bodenwucher bezahlt werden muß. Ein notwendiges Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen stand nie zur Diskussion, und der Mietwucher soll nach wie vor erst dann beginnen, wenn 20 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete verlangt wird. Für die Wohnungsfrage in den DDR-Ländern sieht die Koalitionsvereinbarung eine Sonderbehandlung vor. Der volkseigene und genossenschaftliche Wohnungsbestand soll ausradiert werden. — (dil)



„Der Frieden ist immer das Werk der Gerechtigkeit“. Mit dieser zynischen Überschrift schmückt die Vatikan-Zeitung „L'Osservatore Romano“ obenstehendes Bild vom Empfang Minister Stoltenbergs, des Militärattachés Ziervogel (links) und des künftigen Generalinspektors, Generalmajor Naumann (rechts) beim Papst. — (rül)

Tarifrunde im ö.D. beendet

Die Hälfte der Beschäftigten erhält 6 %, die andere mehr

Zu dem Abschluß von 6 % erhalten bestimmte Beschäftigtengruppen eine Einkommenserhöhung durch sogenannte Strukturverbesserungen. Mit dieser Verknüpfung ist dem Dienstherr nicht nur eine weitgehende Spaltung der Beschäftigten gelungen, sondern zugleich ein tiefer Einschnitt in das bisher als einheitlich geltende Tarifgefüge.

Auf den ersten Blick scheint der Abschluß nicht niedrig, und Schäuble als Verhandlungsführer muß sich allerlei Kritik gefallen lassen. Für die Wirtschaft sei „dieses Tarifdatum von 6 + x Prozent fatal“ und „die Tarifrunde 1991 verdorben worden“, schreibt das Handelsblatt. Und: „Es wäre besser gewesen, wenn Schäuble und die anderen... die Warnstreiks als das Scheitern der Verhandlungen interpretiert hätten.“

In der Tat sah es lange so aus, als würde die ÖTV diesmal zu mehr als Warnstreiks greifen müssen. Viele Beschäftigte im ö.D. haben deshalb am 12./13. März ihre Bereitschaft zum Arbeitskampf demonstriert; die Beteiligung war besser als erwartet — trotz des Versuchs, die Warnstreiks zu illegalisieren. So dürfte die Einschätzung, daß die ÖTV streikfähig war, ein Grund für das höhere Angebot gewesen sein. Deshalb gibt es auch lobende Worte für Schäuble und Wulf-Mathies, die „ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein“ bewiesen hätten. (Der Tagesspiegel).

Um tatsächliche Einkommensverbesserungen betrogen sind u.a. die Beschäftigten in Arbeitsämtern, Sozialämtern, Finanzverwaltungen, die seit Jahren ex-

tremen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind und durch die Annexion der DDR zusätzlich belastet werden; das gleiche gilt für einfache Angestellte und Sachbearbeiter in sonstigen Verwaltungen, Schreibkräfte, Sekretärinnen. Für sie muß die Behauptung der ÖTV, man habe wieder Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung erreicht, wie Hohn klingen.

Was die 750.000 Arbeiter, 150.000 Meister/Techniker/Ingenieure, 300.000 Beschäftigte im Pflege- und Erziehungsdienst nun konkret an Strukturverbesserungen nach Hause bringen werden, wird sich erst in Monaten erweisen, mit Sicherheit jedoch jeder Verschiedenes. Denn keine Erhöhung umfaßt eine ganze Berufsgruppe, bestenfalls Teile daraus. Im Arbeiterbereich betragen die Einkommenserhöhungen je nach Dienstalter und Lohngruppe zwischen 34,91 und 85,75 DM in Lg. I bzw. 219,05 und 281,18 in der neugeschaffenen Lg. IX. Das wesentliche Kennzeichen der Strukturverbesserungen ist Differenzierung nach Vorbildung, stärkt somit die Hierarchie. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Große Tarifkommission der ÖTV mit diesem Abschluß gleich gegen zwei Gewerkschaftsbeschlüsse verstoßen hat: Mit der Zustimmung zur Veränderung von § 15.7 BAT wird die Arbeitszeitverkürzung für viele Beschäftigte hinfällig; zum anderen hatte der a.o. Gewerkschaftstag im Februar die Verrechnung der laufenden Tarifrunde mit den Strukturverbesserungen abgelehnt. — (har)

Irak: Große Aufstände in Süd-Kurdistan



Das irakische Regime hat offenbar die Kontrolle über große Teile der kurdischen Gebiete im Norden verloren. Sprecher der Kurdistan-Front-Irak erklärten, bis auf die Stadt Mossul kontrollierten sie praktisch alle kurdischen Gebiete. Sollten die Aufständischen einen eigenen kurdischen Staat proklamieren, droht ihnen auch von anderer Seite Gefahr: Der türkische Staatspräsident Özal hatte schon vor Wochen angekündigt, in einem solchen Fall werde die Türkei intervenieren. Bild: Kurdische Aufständische vor einem Wandbild Saddams Husseins. — (rül)

Rüstungsexporte: PDS/LL beantragt Verbot

Die PDS/LL im Bundestag hat ein Verbot aller Waffenexporte verlangt. In dem Antrag fordert sie eine Änderung von Artikel 26 Grundgesetz mit dem Ziel, „den Export von Kriegswaffen und rüstungsnahen Gütern“ zu verbieten und einen Verstoß unter Strafe zu stellen. Außerdem fordert sie die Bundesregierung auf, eine Übersicht über alle seit 1975 erteilten Exportgenehmigungen für rüstungsnahen Gütern vorzulegen und gesetzliche Grundlagen für eine Veröffentlichung und damit Kontrolle von Exportgenehmigungen zu schaffen. Quelle: Bundestagsdrucksache 12/116 — (rül)

Aufruf in Leipzig zum Sternmarsch nach Bonn am 1. Mai

Auch am 25. März richtete sich die Leipziger Montags-Demonstration massiv gegen die Politik der Bundesregierung und insbesondere ihrer Treuhandaanstalt. Erneut wurde gefordert, daß der Bundeskanzler die Konsequenz aus seinem großen Irrtum zieht und den Hut nimmt. Der auf der vorhergehenden Demonstration geborene Gedanke eines Sternmarsches der Bürger der neuen Bundeslän-

der nach Bonn wurde erneut aufgegriffen und vorgeschlagen, diesen Marsch am 1. Mai, dem Kampftag der Werktätigen, durchzuführen. Die SPD-Spitze, die natürlich bei dieser Entwicklung nicht den Anschluß verpassen will, kam auch nach Leipzig. Da sie nicht reden durften, schickten sie ihren Leipziger Oberbürgermeister, Lehmann-Grube, ans Rednerpult. Was er den Leipziguern zu sagen hatte, ging aber in einem Pfeifkonzert unter. — (sta)

Kurdenprozeß: Anklage steht vor Scherbenhaufen

Der Prozeß gegen 16 Kurden und Kurden vor dem OLG Düsseldorf wird immer mehr zu einer schweren Niederlage für die Bundesanwaltschaft. In der letzten Woche bot das Gericht 8 der 16 Angeklagten die Einstellung des Verfahrens wegen „geringer Schuld“ an — und das, nachdem diese zum Teil über zwei Jahre in Isolationshaft gesperrt waren! Nur 3 der 16 Angeklagten sind noch in Haft, der zweite Kurdenprozeß in Celle ist mit dem „Angebot“ in Düsseldorf praktisch gescheitert, bevor er richtig begonnen hat. Die Gefangenen haben die angebotene Einstellung — der in sechs Fällen selbst die Bundesanwalt-

schaft zugestimmt hatte — abgelehnt. Sie fordern die Freilassung auch der letzten drei Gefangenen, ihren Freispruch und die Einstellung des ganzen § 129a-Verfahrens. Wir dokumentieren die Erklärung der Angeklagten auf Seite 7. — (rül)

Spranger fordert Fall aller Südafrika-Sanktionen

In einem Interview mit der Kölner Zeitung „Express“ am 24.3. fordert der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, CSU-Spranger, alle Sanktionen gegen Südafrika sofort aufzuheben — mit alten, neu aufpolierten Argumenten: „Bei der Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Sanktionen würde die darunter besonders leidende schwarze Bevölkerung politischen Extremisten in die Hände treiben.“ Der südafrikanische Staatspräsident ist derzeit auf einer Reise durch die skandinavischen Staaten, die seit Jahrzehnten den ersten Vertreter Südafrikas empfangen. Die Bundesregierung hat die Reise gemeinsam mit anderen EG-Staaten genutzt. Spranger teilt mit: „Mit unsere EG-Partnern befinden wir uns in einem kontinuierlichen Prozeß... zu einer engeren Kooperation mit Südafrika zu kommen.“ — (uld)

Angehörigen-Info Urteil wegen § 90a StGB

Der Tod der vier RAF-Gefangenen in Stammheim 1977 sei durch den folgenden Untersuchungsausschuß des baden-württembergischen Landtag als „Selbstmord“ bewiesen, der Vorwurf staatlichen „Mordes“ an diesen Gefangenen sei damit zweifellos staatsverleumdend und zu strafen. Mit dieser „Begründung“ verurteilte das Landgericht Köln am 21. März die Adelheid Hinrichsen als Verantwortliche der Angehörigengruppe für das Angehörigen-Info und Christiane Schneider als presse-rechtlich verantwortliche Redakteurin wegen Abdrucks einer Angehörigen-Erklärung im Info Nr. 30, in der der Tod der Gefangenen als „Mord“ gewertet worden waren, zu je 60 Tagessätzen Geldstrafe, Adelheid Hinrichsen zu 60 mal 20 DM, Christiane Schneider zu 60 mal 30 DM. Das Gericht wischte sowohl das vorherige Urteil des Amtsgerichts, das von einem unvermeidlichen Verbotssirrtum der Angeklagten gesprochen hatte, weil selbst das Landeskriminalamt Hamburg in der Erklärung nichts Strafbares zu sehen vermochte, wie die Ausführungen der Angeklagten einfach beiseite. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Pöhl kritisiert Kohl

Auf einem Treffen mit Vertretern des Kapitals, der Gewerkschaften und der neuen Bundesländer wies Bundeskanzler Kohl (CDU) die Kritik des Bundesbankchefs Karl Otto Pöhl zurück, der die Währungsunion in Hinblick auf die EG-Vorhaben als überreilt bezeichnet hatte: Die Einführung der DM „von einem Tag auf den anderen, praktisch ohne jede Vorbereitung und ohne Korrekturmöglichkeit und noch dazu mit der falschen Umtauschrate.“ Die europäischen Börsen sind labil genug, um wegen dieses Spruchs zu erzittern. Kohl begegnete der wachsenden Verzweiflung in der ex-DDR lediglich mit dem Appell an die Unternehmer, mehr zu investieren.

Verfassungs-Ausschuß

Zur Inangriffnahme der im „Einigungsvertrag“ mit der DDR vorgesehenen und weiterer Verfassungsänderungen sollen Bundesrat und Bundestag einen gemeinsamen „Verfassungsausschuß“ bilden. Das schlug der Ältestenrat des Bundestags am 19. März vor. Dem Ausschuß sollen 16 Vertreter des Bundesrats und 32 Abgeordnete des Bundestags angehören. Er soll ein Gesamtpaket mit zahlreichen Verfassungsänderungen ausarbeiten.

Gegen Kurden-Abschiebungen

Die PDS/LL im Bundestag hat beantragt, die Bundesregierung solle einen sofortigen Abschiebestopp für abgelehnte kurdische Asylbewerber anordnen. Außerdem fordert sie die Bundesregierung auf, „jeglichen Rüstungsexport in die Türkei zu unterbinden und deutsches militärisches Gerät zurückzuholen“ und „Maßnahmen zur humanitären Hilfeleistung für die aus den kurdischen Provinzen der Türkei geflohenen oder vertriebenen Menschen einzuleiten.“ Schließlich soll die Bundesregierung für eine Nahost-Friedenskonferenz eintreten, bei der auch Vertreter des kurdischen Volkes zugelassen sind. (Drucksache 12/151)

Ende für Kalkar

Am 21. März verkündete der Bundesforschungsminister Riesenhuber (CDU) das „Aus“ für den „Schnellen Brüter“ in Kalkar. Die Schuld für das Ende des Projekts wies er dem Land NRW zu, weil dieses die erforderlichen Genehmigungen nicht erteilt habe, obwohl nach drei Jahren Probetrieb des Kernfusionsreaktors „keine technischen Mängel“ aufgetreten seien. Das Milliardengrab hat sieben Milliarden Mark verschlungen, darunter 4 Milliarden an Steuergeldern. Als die SPD 1972 den Bau des „Brüters“ beschloß, waren die Kosten auf anderthalb Milliarden veranschlagt worden.

Gen-Tests

„Der Mensch darf nicht Objekt genetischer Ausforschung werden“, sagte Forschungsminister Riesenhuber am 20. 3. in Bonn — und kündigte an, daß die genetische Untersuchungen auf Grundlage der Genomanalyse (Genom: Gesamtheit der Erbanlagen) noch in der laufenden Legislaturperiode gesetzlich geregelt werden sollen. Die angestrebte Anwendung dieses Verfahrens zielt nicht nur auf Strafverfolgung („genetischer Fingerabdruck“) ab, sondern auch auf vorgeburtliche diagnostische Untersuchungen und „Untersuchungen bei Arbeitnehmern“. Beispielsweise müsse doch festgestellt werden, ob ein Pilot oder Busfahrer erblich zu Ohnmachtsanfällen neige, wovon auch „andere betroffen“ wären.

Mietstopp

Einen Mietstopp in den neuen Bundesländern fordert die PDS/LL von der Bundesregierung. Eine sozial verträgliche Anhebung der Mieten sei nicht gewährleistet. Zuerst solle die Regierung einen nach Einkommensgruppen gestaffelten Nachweis vorlegen, daß die geplanten Mieterhöhungen die Einkommenszuwächse bei Löhnen, Gehältern, Renten und Arbeitslosengeld nicht überstiegen bzw. durch Wohngeldzahlungen ausgeglichen würden, zumindest bei geringen Einkommen. Sodann müßten bei der Verwaltung in den neuen Bundesländern erst die Bedingungen für eine ordnungsgemäße Auszahlung von Wohngeld geschaffen werden. Auch solle die Bundesregierung den jetzt erforderlich werden den Einbau von Messgeräten für Heiz- und Energieverbrauch in den einzelnen Wohnungen aus Bundesmitteln fördern.

SPD zum Bundeswehreinsatz

Der Parteivorstand der SPD ist vorerst nur für eine solche Grundgesetzänderung, die sog. „Blauhelm“-Einsätze der Bundeswehr im Ausland erlaubt. Kampfeinsätze sollen ausgeschlossen bleiben. Begründung des künftigen Parteivorsitzenden Engholm: Solange mehrere hunderttausend sowjetische Soldaten in der BRD stünden, könne von einer vollen Souveränität der BRD nicht die Rede sein. Diese reaktionäre Begründung wird schon bald „erledigt“ sein. Dann wäre die jetzige Minderheit im Vorstand um Vogel, die schon jetzt auch für Kampfeinsätze der Bundeswehr ist, SPD-Vorstandsmehrheit.

Was kommt demnächst?

Die nächste Sitzungswoche des Bundestags beginnt am 15. April. Die Tagesordnung dieser Sitzungswoche steht noch nicht fest. Am 21. April sind Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz. Am 26. April findet danach die nächste Bundessitzung statt. Am 2. Juni sind die Bürgerschaftswahlen in Hamburg.

In Nürnberg und Augsburg haben sich in den letzten Monaten Initiativen gebildet, die dafür eintreten, städtische Kliniken für Schwangerschaftsabbrüche zugänglich zu machen — da ja in Bayern Abbrüche nur stationär vorgenommen werden dürfen, aber unter dem Chefärztsystem die meisten Häuser, obwohl gesetzlich zugestanden, solche Abbrüche nicht dulden. Unterdes sammeln Polizeienstellen weiter Personaldaten in ihren Computern, wenn sie eine „Straftat nach § 218“ vermuten, und der Grenzschutz veranlaßt, wie kürzlich bekannt wurde, rechtswidrig körperliche Zwangsuntersuchungen, wenn er den Verdacht hat, daß eine Frau in Holland eine Schwangerschaft habe beenden lassen. Und die Klage der Bayerischen Staatsregierung gegen die geltende Praxis der Indikationstellung läuft, mit der Absicht, legale Abbrüche noch seltener zu machen, also den Staatsanwaltschaften ein breiteres Tätigkeitsfeld zu eröffnen.

Gleichzeitig sind die Zeitungen voll von Berichten über neue Modelle für eine Reformregelung. Seit Herbst liegen Gesetzentwürfe von SPD und FDP vor — darin zeigt sich, daß bis in das bürgerliche Lager hinein viel Unzufriedenheit mit dem entwürdigenden Vorgang der Menninger Prozesse besteht, und daß für die FDP, aber auch für SPD und CDU die berufstätigen Frauen, besonders die Akademikerinnen, die durch die jetzige gesetzliche Fassung mit dem Verlust ihrer beruflichen Existenz bedroht sind, eine politische Größe darstellen, die sie nicht vernachlässigen dürfen. Zudem hat der Einigungsvertrag das Jahr 1992 als Termin für ein neues einheitliches Gesetz für West- und Ost-BRD vorgegeben. Damit fließen derzeit zahlreiche Entwicklungslinien zusammen, die Wellen gehen hoch, und es ist nicht vorherzusagen, welche Strömung sich durchsetzen kann.

Der ursprüngliche Plan von Kanzler Kohl vor seiner Wiederwahl, bereits „im frühen Teil von 1991“ (SZ 10.9.90) ein neues Gesetz zu verabschieden — geäußert vor der Bundesdelegiertenkonferenz der CDU-Frauenunion, der Rita Süsmuth vorsitzt —, hat sich nicht verwirklichen lassen; jetzt ist die Rede vom Jahresende.

Das Bundesverfassungsgericht hat angedeutet, daß es über die Bayern-Klage wegen Arbeitsüberlastung erst Mitte 1992 entscheiden wird, und damit schwebt dieses Urteil auch über der Neuregelung (SZ 22.2.91).

Die bayerische FDP-Fraktion hat Anfang Januar die Staatsregierung vergeblich aufgefordert, die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zurückzunehmen. Bereits im Kommunalwahlkampf hatten örtliche FDP-Kandidaten begonnen, die Forderung von Initiativen nach legalen Abbruchmöglichkeiten an

städtischen Kliniken zu unterstützen. Die Bundes-FDP hat erreicht, daß CDU/CSU darauf verzichteten, die § 218-Marschrichtung bereits in der Koalitionsvereinbarung festzulegen, und arbeitet in Richtung von Fristenlösung mit Zwangsberatung. Die Bundestagsfraktionen von CDU und CSU tun sich ungewöhnlich schwer, eine gemeinsame Linie zu finden, was teilweise an dem Einfluß von Mitgliedern der Ost-CDU zu liegen scheint — teilweise auch daran, daß in der jahrelangen Debatte nicht alle CDU/CSU-Frauen auf Strafrechtskurs zu halten sind.

Hilfe und oder statt Strafe?
CDU/CSU-Meinungsspektrum

Nach verschiedenen Zeitungsartikeln (Deutsche Tagespost 16. 2., Südde. Ztg. 22. 2., Bayernkurier 2. 3.) gibt es in der CDU und CSU derzeit mindestens folgende Positionen:

Frauenministerin Angela Merkel (CDU) ist für „Helfen statt Strafen“ und arbeitet gemeinsam mit Rita Süsmuth (CDU) an einer Lösung, die Frauen „nicht kriminalisiere“. Sie hält aber eine einvernehmliche Gesetzesvorlage der Union für unwahrscheinlich.

Sabine Bergmann-Pohl, Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium und CDU-Präsidiumsmitglied, will, daß Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten strafrei bleibt.

Die Abgeordnete Claudia Nolte aus Thüringen, CDU-Fraktionssprecherin für den Bereich Frauen und Jugend, besteht dagegen auf einer Strafvorschrift gegen die Tötung ungeborenen Lebens.

Der Abgeordnete Paul Hoffacker, CDU-Experte für Gesundheitspolitik, will eine Verschärfung der geltenden Regelung: Öffentlich bestellte Gutachterausschüsse sollen soziale Indikationen prüfen, und die allgemeine Notlagenindikation soll auf die finanzielle Notlage eingeschränkt werden. Auf eine Strafandrohung auch gegen die schwangere Frau könne nicht verzichtet werden, und die Beratung allein könne nicht zum Ausschlußgrund für eine Strafandrohung werden.

Bundesfamilienministerin Rönsch (CDU) teilte ihre An- und Absichten nicht mit, erklärte aber, daß die Federführung für die gesetzliche Neufassung in ihrem Haus liegt, daß aber enge Mitarbeit mit der Frauenministerin Angela Merkel stattfinde. (SZ, 27. 2.)

Die CSU hat im Bayerischen Senat Anfang Dezember einen Mehrheitsbeschluß durchgesetzt, gegen die Stimmen der Gewerkschafter und bei drei Enthaltungen, in der behauptet wird, ein Verzicht auf Strafandrohung käme „einer staatlichen Lizenz zum Töten gleich“ (SZ, 7. 12. 90).

Frau Prof. Ursula Männle, CSU, ist Vorsitzende der CSU-Frauenunion und

nun auch Vorsitzende einer Kommission der CSU-Landesgruppe im Bundestag, die „Vorstellungen und Vorschläge zu einer verbesserten Neuregelung des Schutzes des ungeborenen Lebens erarbeiten soll“. Hier soll also offenbar eine Neuregelung gefordert werden, die der bayerischen Verfassungsklage entspricht.

Und schließlich hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Kommission zur Reform des § 218 eingesetzt, unter Leitung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Maria Michalk; der Kommission gehören u. a. an: Heiner Geißler, Rita Süsmuth, Paul Hoffacker und Ursula Männle. Demnach strebt die CDU/CSU nun doch an, einen einheitlichen Gesetzentwurf vorzulegen. (SZ, 13. 3.)

Positionen in der
katholischen Kirche

Auch in der katholischen Kirche gibt es, soweit aus den von uns herangezogenen Quellen ersichtlich, Differenzen. In letzter Zeit war zu lesen:

— daß der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Lehmann Anfang Januar kritisierte, daß eine „so wichtige und entscheidende Frage“ aus den Koalitionsvereinbarungen ausgeklammert wurde. (Deutsche Tagespost, 5. 1. 91)

— daß die Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände und -gruppen, die nach eigenen Aussagen zwei Millionen Frauen in zwanzig Einzelverbänden repräsentiert, in einem Brief an die Abgeordneten ihre Vorstellungen formuliert hat: „Hilfe für schwangere Frauen und strafrechtlicher Schutz für das ungeborene Kind ergänzen einander“ (Dt. Tagespost, 14. 2. 91);

— daß das Katholische Büro in Bonn, nach eigenen Aussagen Schaltstelle zwischen katholischer Kirche und Bundesregierung, „für eine von Mißbrauchsmöglichkeiten freie Indikationsregelung eintritt“ (Dt. Tagespost, 21. 2. 91);

— daß aber die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands in den neuen Bundesländern dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken vorgeworfen hat, die Frage des Lebensschutzes zu sehr auf Ungeborene zu verkürzen.

Literaturhinweis

Anfang dieses Jahres ist im GNN-Verlag eine Broschüre erschienen, die die bis dahin vorliegenden Gesetze, Urteile und Gesetzentwürfe zum Schwangerschaftsabbruch dokumentiert. Auf diese Texte beziehen sich die jetzt geäußerten Positionen, und wer die Debatte verstehen und in sie eingreifen will, dem ist die Lektüre dieser Broschüre zu empfehlen: § 218: Staatsziel bevormunden, beaufsichtigen, bestrafen. Bestellung an: GNN-Verlag, Postfach 260226, 5000 Köln 1, Telefon 0221/21 1658, Preis: 3,50 DM — (elf, mif)

„Unser Marsch ist eine gute Sache . . .“

Der Ostermarsch bleibt aktuell

„Unser Marsch ist eine gute Sache, weil er für eine gute Sache ist . . .“ sang eine Gruppe von Demonstranten auf der Hofgartenwiese, als die Marschsäulen

Mit jeder Strophe wurden die Erinnerungen in mir lebendiger an die Zeit, als es im wahrsten Sinne des Wortes an jeder Straßenecke erklang — zumindest Ostern im Ruhrgebiet, bei den Ostermärschen der Friedensbewegung in den sechziger Jahren. Diese Lied drückte genau das aus, was zwischen 1961 und 1969 Hunderttausende an den Ostertagen bei Sonnenschein, öfter allerdings auch bei Regen und Sturm durch Arbeitervorstädte, vorbei an Fabriken und oft auch über „plattes Land“ zum Ostermarsch — in Nordrhein-Westfalen an drei Tagen von Duisburg bis Dortmund — vereinte.

„Wir erobern kein fremdes Gebiet. Unsere Hände sind leer, die Vernunft ist das Gewehr, und die Leute verstehen unsre Sprache . . .“

Wir marschieren für die Welt, die von Waffen nichts mehr hält, denn das ist für uns am besten!

Wir brauchen keine Generale, keine Bunker, kein Führerhauptquartier . . .“

In Köln begann vier 1962 mit einem kleinen Häufchen von etwa 100 Leuten

(und ein guter Teil von den damals Jüngeren war auch in diesem Januar in Bonn dabei, als es wieder einmal darum ging, gegen den Krieg zu protestieren), insgesamt waren es in der Bundesrepublik 30000 Demonstranten, zwei Jahre später schon über 100000. Dieser Dreitage-marsch mit seinen Auftakt- und Zwischenkundgebungen und vielen, vielen Diskussionen bis zum Abschluß in der Westfalenhalle mit bekannten Künstlern wie Faisa Jansen, Dieter Süverkrüp, Perry Friedman, den Kölner „Floh de Cologne“ oder Joan Baez war allerdings nicht Selbstzweck, sondern der alljährliche Höhepunkt der Friedensaktivitäten.

Die Vorbereitungen liefen praktisch das ganze Jahr über in örtlichen Vorbereitungskomitees, auf Veranstaltungen wurde für den Marsch geworben, Plakate wurden gemalt und geklebt, Geld gesammelt zur Finanzierung.

Natürlich lief nicht immer alles glatt, Massen auf den Straßen waren auch damals der CDU-Regierung nicht recht, man versuchte, den Marsch „auf Nebengleise“ zu manövrieren, es gab Singver-

Golfkriegs-Kundgebung am 26. Januar den Platz immer voller und matschiger machten. Das Lied hatte ich viele Jahre lang nicht mehr gehört.

bote und strenge Auflagen für die Lautsprecherbenutzung in den Städten. Aber die gute Laune und die offensichtliche Friedfertigkeit der Menschen, die dort demonstrierten, gewannen nicht nur die Sympathien der meisten Zuschauer, sondern oft auch der begleitenden Polizisten, für die es dann bald ein eigenes Lied gab: „Der Polizei ein Osterrei, sie ist auch dieses Jahr dabei . . .“

An einem Grund zum Demonstrieren für den Frieden gegen immer wieder neue, konkrete Bedrohungen hat es leider in all den Jahren bis heute nie gemangelt. Atomare Aufrüstung, Atombombenversuche, Notstandsgesetze, Vietnamkrieg, Berufsverbote, Raketenstationierung, Golfkrieg — das alles machte und macht den Menschen Angst, aber es mobilisiert sie auch, für ihre „gute Sache“ zu kämpfen, mit der besten Waffe, die ihnen gegeben ist: dem Verstand.

Und wenn das Herz dazu kommt, gibt es Stoff für neue Lieder und Sprechchöre, die wieder den Verstand von Leuten mobilisieren, die diesmal noch nicht dabei sind. — (ach)

Druck auf Tariffbewegung wächst

BDA: „Verantwortung der Gewerkschaften“ für den Osten

Die bürgerlichen Kräfte verstärken den propagandistischen und politischen Druck gegen die Lohntariffbewegung ständig. Sie wenden die katastrophalen Folgen der marktwirtschaftlichen Politik in den östlichen Bundesländern, Folgen planvollen wirtschaftlichen und politischen Handelns, gegen die Gewerkschaften. So strickt zum Beispiel Murmann, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, an einer Hetzkampagne Osten kontra Gewerkschaften: „Im Westen Lohnforderungen von zehn Prozent und mehr und im Osten Wehklagen über Arbeitslosigkeit — das paßt nicht zusammen. Nicht von ungefähr warnen auch die Sachverständigen vor überzogenen Lohnerhöhungen im Westen — denn die treiben die Preise und Zinsen weiter in die Höhe. Den Schaden hätten vor allem die Menschen im Osten.“ (1) Am Abschluß im öffentlichen Dienst, den die IGM Baden-Württemberg mit insgesamt ca. 8 % bezieht, kritisieren die Bürgerlichen, da sei längst noch nicht genug für die „deutsche Zeche“ gezahlt worden. (2)

Die SPD rückt immer näher an die Regierung und nimmt ihre Kritik an der Regierungspolitik Zug um Zug zurück. In der Folge hören sich auch die Erklärungen führender Leute im DGB immer

mehr wie Stellungnahmen eines Flügels aus einer großen Koalition an.

Nach wie vor sind die Interessen für spürbare Lohnverbesserungen im Westen stark und können nicht einfach gewischt werden. Mit Spaltungsmanövern muß deshalb gerechnet werden. Manches ist in der Debatte und könnte in den nächsten Wochen forciert werden. Ein Beispiel: Aus den CDU-Sozialausschüssen wird die Verwandlung eines Lohnbestandteils in Investivlohn gefordert, der den Unternehmen für Geschäfte im Osten zur Verfügung stünde. Aus der DAG kommt der Vorschlag, für eine bestimmte Zeit auf Lohnerhöhungen zu verzichten und aus diesem Geld Anleihen für den Aufbau im Osten zu machen. Damit vermeide man obendrein die erhöhte Besteuerung der Zuwächse. (3) Die Besserverdienenden werden gelockt, ein allseits erträglicher Abschluß aber wäre auf diese Weise unmöglich. Ein nützlicher Tarifabschluß muß für alle Beschäftigtengruppen eine Verbesserung bringen. Mit der Forderungstruktur in der Metallindustrie, mit der Ergänzung der Prozentforderung um Mindestbeträge, ist auch eine Möglichkeit dafür gegeben.

Quellen: (1) BamS 17.3.91; (2) HBI 18.3.91; (3) ND Stahl- und Metallindustrie 29.3.91 — (mif)

Die Anerkennung der Grenze Polens ist Vertragspflicht der BRD!

Ein Beitrag der Deutsch-Polnischen Gesellschaft zu den Verhandlungen der Bundesregierung mit Polen über einen endgültigen Grenzvertrag

Nach einer dreimonatigen Pause begann am 1. März die vierte Verhandlungsrunde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über einen Grundlagenvertrag. Schon im Februar sollte dieser Vertrag den Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt werden, doch die bundesdeutsche Seite verzögerte die Verhandlungen. Schon vorher hatte man den Grenzvertrag nicht ratifiziert, sondern als *Paket* mit dem Grundlagenvertrag verbunden, ganz offensichtlich, um den dringenden Wunsch Polens nach Abschluß des Grenzvertrags als Druckmittel in den Verhandlungen nutzen zu können.

In der Öffentlichkeit verstand es die Bundesregierung in letzter Zeit, (ganz im Stile der früheren DDR Regierung) von *freundschaftlichen Beziehungen* zu sprechen, wo in Wirklichkeit tiefe Probleme nur verdeckt werden. Im Kern stehen dabei die nicht ausgesprochenen *Rechtspositionen*, auf denen die offizielle deutsche Politik immer noch beruht.

Einen *Sonderstatus* für die deutsche Minderheit will man in Polen durchsetzen, und das Recht, in Polen zwei Staatsangehörigkeiten zu besitzen. So lange der Art. 116 des Grundgesetzes aber noch immer Hunderttausenden von Polinnen die deutsche Staatsangehörigkeit *andient*, müßte man für diesen Fall damit rechnen, daß in einem geschlossenen Gebiet (Schlesien), möglicherweise bald mehrere Hunderttausend polnischer Bürger mit deutscher Staatsangehörigkeit leben, mit zwei Wahlberechtigun-

und einer westlichen Regierung (wie es von Solidarnosc lange dargestellt wurde). Es ist deshalb nötig, sich auch mit den scheinbar nebensächlichen, in Wirklichkeit jedoch bedeutsamen *Rechtspositionen* dieser Bundesrepublik zu befassen.

Am 3. Okt. 1990 ist durch die Eingliederung der bisherigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins in den staatlichen Organismus der bisherigen Bundesrepublik Deutschland ein „vereintes Deutschland“ entstanden, das den Namen „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD) weiterführt. Als „vereintes Deutschland“ ist die BRD aufgrund des von den bisherigen beiden deutschen Staaten mit den vier vormaligen Besatzungsmächten abgeschlossenen sog. *Zwei-plus-Vier-Vertrags* ein „Staat mit endgültigen Grenzen“.

Da der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ eine „abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ darstellt, darf die BRD ihre künftige auswärtige Vertragspolitik nicht mehr unter den Vorbehalt einer noch ausstehenden „friedensvertraglichen Regelung“ mit „Deutschland“ stellen. Sie ist verpflichtet, ihre Vertragspolitik gegenüber der Republik Polen auf das Niveau ihrer Beziehungen zu ihren westlichen Nachbarstaaten anzuheben und sich glaubwürdig und unmißverständlich von der „Ost-Politik“ der bisherigen BRD zu distanzieren, die für „Deutschland“ verbindliche Verpflichtungen nicht eingehen zu können behauptete.

füllung dieses Versprechens entgegenstehende Judikatur des Bundesverfassungsgerichts gebunden fühlt.

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e. V., bereits im Jahr 1950 — mitten im Kalten Krieg — gegründet, hat sich jetzt mit einem Forderungskatalog zu dem bevorstehenden Vertrag an die Öffentlichkeit gewandt. Sie erwartet, daß die Bundesrepublik einvernehmliche Regelungen insbesondere in folgenden kritischen Fragen anstrebt.

1) betreffend die Annullierung der während des Zweiten Weltkriegs völkerrechtswidrig vom deutschen Okkupationsregime in Polen praktizierten Verleihungen der deutschen Staatsangehörigkeit an dem deutschen „Volksstum“ zugehörte polnische Staatsangehörige, soweit die davon betroffenen Personen bzw. ihre Nachkommen ihren ständigen Wohnsitz in Polen hatten bzw. haben;

2) betreffend die dubiose Kategorie der sog. *Statusdeutschen* nach Art. 116 Abs. 1 GG. Diese „Übergangsbestimmung“ des Grundgesetzes wäre sowieso bei korrekter Auslegung bereits gegenstandslos geworden und ist deshalb tunichtig abzuschaffen. Keinesfalls darf sie dazu dienen, Personen polnischer Staatsangehörigkeit und „deutscher Volkszugehörigkeit“, die in den vormalig zum Deutschen Reich gehörenden polnischen Westgebieten „Aufnahme“ und ihren ständigen Wohnsitz gefunden haben, bzw. deren Abkömmlinge, mit einem der deutschen Staatsangehörigkeit praktisch gleichkommenden Status auszustatten;

3) betreffend die Rechtsstellung der „deutschen Minderheit“ in Polen. Hier ist Sorge dafür zu tragen, daß die rechtliche Qualität und die praktische Sicherung der dieser Minderheit durch den polnischen Gesetzgeber nach allgemein anerkannten europäischen Standards zu gewährenden individuellen und kollektiven Rechte nicht mit den aus der polnischen Staatsangehörigkeit dieses Personenkreises resultierenden Pflichten kollidieren.

Es muß daran erinnert werden, daß in der Zwischenkriegszeit vor allem das Deutsche Reich seine „Volksgruppenpolitik“ zunehmend zum Instrument der Unterminierung der von ihm schließlich mit Krieg und/oder Annexion überzogenen Staaten gemacht hat. Einvernehmlich verhindert werden muß, daß polnische Staatsangehörige, die die der deutschen Minderheit zustehenden Rechte in Anspruch nehmen, sich als eine Art „Irredenta“ begreifen. Zu fördern sind Einrichtungen, die eine vorurteilslose Aufarbeitung der Geschichte der deutsch-polnischen Nachbarschaft ermöglichen;

4) betreffend die deutsch-polnische Staatsgrenze als „Wohlstandsgrenze“.

Das zur Zeit bestehende und sich nach dem tiefgreifenden Strukturwandel der polnischen Wirtschaftsordnung verschärfende west-östliche Wohlstandsgefälle muß abgebaut werden. Dies darf nicht so geschehen, daß durch Regionalisierung gemeinschaftlicher wirtschaftlicher Aufbauvorhaben die tatsächlich vorhandene „Wohlstandsgrenze“ unter Orientierung an den „Reichsgrenzen von 1937“ innerhalb des polnischen Staatsgebiets nach Osten verschoben wird;

5) betreffend die Rechtstitel an Vermögenswerten, insbesondere Grund und Boden, die während des Krieges und im Zuge von Vertreibungsmaßnahmen nach dem Krieg von geflohenen oder vertriebenen Deutschen auf heute polnischem Staatsgebiet zurückgelassen werden mußten. Hier muß Klarheit darüber geschaffen werden, daß die BRD nicht an der einschlägigen Judikatur des Bundesverfassungsgerichts festhält oder gar darüber hinaus diese Vorgänge so behandelt wissen will, als ob sie sich im Frieden und unter Geltung heutigen deutschen Rechts abgespielt hätten;

6) betreffend die Entschädigung für polnische KZ-Opfer, sonstige politische Häftlinge, Zwangsarbeiter, Verschleppte usw. Die Deutsch-Polnische Gesellschaft betrachtet die Wiedergutmachung dieses Unrechts als eine der Grundvoraussetzungen für eine dauerhafte Versöhnung und setzt sich erneut dafür ein, daß Art und Verfahren dieser Wiedergutmachung vertraglich geregelt werden, bevor sich das Problem durch eine „biologische Lösung“ — scheinbar! — erledigt. Die Problematik gehört nicht in den Bereich der sog. Reparationen. In den weitaus meisten Fällen geht es um

die Wiedergutmachung von barbarischen Ausbeutungs-, Verfolgungs- und Unterdrückungsakten des nazistischen Okkupationsregimes, an denen sich letztlich Unternehmen der deutschen Wirtschaft bereichert haben. Innerdeutsch legt sich daher für die Aufbringung der Mittel, mit denen die finanzielle Entschädigung erbracht werden soll, eine Modifizierung des Lastenausgleichs nahe, mit dem versucht worden ist, die deutschen Flucht- und Vertreibungsschäden gerecht zu verteilen. Vorliegend kommt die Begründung einer Stiftung in Betracht, zu deren Dotierung auch deutsche Wirtschaftsunternehmen unmittelbar herangezogen werden.

Nur bei Lösung dieser Fragen bietet sich eine reale Chance für gute Nachbarschaft mit Polen. Doch scheinen die Interessen der Neueinteilung der Welt in den herrschenden und den beherrschten Teil nach Wegfall des sozialistischen Blocks hier für die bundesdeutsche Seite zu überwiegen.

Dabei sollte die Bundesregierung beachten, daß die von ihr vorgenommene Koppelung mit dem Grenzvertrag auch zum Bumerang werden kann. Polen wünscht die endgültige Regelung der Grenzfrage durch Ratifizierung des Vertrages (nach dem endgültigen Vertrag von 1970 und dem endgültigeren von 1990 — wann kommt dann der endgültige Grenzvertrag?), doch die Bundesrepublik braucht den Vertrag. Im 4 + 2-Abkommen ist er eine vertragliche Verpflichtung als Bedingung für die volle Souveränität Deutschlands. Aber wann hat sich Deutschland schon je nach völkerrechtlichen Verpflichtungen gerichtet.

— (Karl Forster, Deutsch-Polnische Gesellschaft)



Kohl bei seinem letzten Polenbesuch vor der „Schwarzen Madonna“.

gen (Sejm und Bundestag), mit der Fürsorgepflicht der deutschen Regierung für ihre Staatsangehörige etc. Kohl griff sogar die Forderung „Keine neue soziale Mauer an Oder und Neiße“ auf, um sie in seinem Sinn umzuwandeln. So sollen Wirtschaftshilfen bevorzugt in die Gebiete mit deutscher Bevölkerung fließen. Die soziale Mauer würde dann an der Warthe, der alten deutschen Reichsgrenze entstehen.

Wagt man in diesem Zusammenhang einen Blick in die Sowjetunion nach Kaliningrad, wo durch die Loslösung Litauens von der UdSSR ein vom Stamm- und getrenntes Gebiet entsteht, hört man auch hier von deutscher Seite Ideen vom Sonderwirtschaftsgebiet, in das deutsche Firmen investieren wollten. Wird bald das dazwischenliegende Restpolen wieder stören? Wird die wirtschaftliche Heimholung Schlesiens der Auftakt einer neuen Teilung Polens? Solche Befürchtungen werden in Polen lauter, und es wächst die Erwartung, daß die deutsch-polnischen Probleme mehr werden, als die Differenzen zwischen einer kommunistischen

So wurde bislang der Vertrag vom 7. Dez. 1970 zwischen der damaligen BRD und der damaligen Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen offiziell zu einem bloßen *modus vivendi* herabgestuft. Ohne eine rechtsförmliche Beseitigung der dadurch verursachten Beschädigung der ohnehin historisch besonders schwer belasteten deutsch-polnischen Beziehungen können diese nicht normalisiert werden. Nur aus erst einmal normalen Beziehungen aber können sich „freundschaftliche“ Beziehungen zwischen benachbarten Staaten und Völkern entwickeln, wozu der nunmehr bevorstehende deutsch-polnische Vertrag endlich eine wirklich tragfähige Grundlage schaffen soll. Aus Inhalt und Form des bevorstehenden Vertrags muß erkennbar werden, daß die Bundesregierung zu dem vom Bundesminister des Auswärtigen bei der Unterzeichnung des „Zwei-plus-Vier-Vertrags“ feierlich abgegebene Versprechen: „Wir werden uns unserer Verantwortung stellen, und wir werden ihr gerecht werden“ steht und sich nicht an die der Er-

Dokumente zum Grenzvertrag

Entschließung des Bundestags vom 21. Juni 1990

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag

- im Bewußtsein seiner Verantwortung vor der deutschen und europäischen Geschichte,
- fest entschlossen, dazu beizutragen, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden, damit Deutschland als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa des Rechts und der Menschenrechte dem Frieden und der Freiheit der Welt dienen wird,
- in dem Bestreben, durch die deutsche Einheit einen Beitrag zum Aufbau einer Europäischen Friedensordnung zu leisten, in der die Grenzen nicht mehr trennen und die allen europäischen Völker ein vertrauensvolles Zusammenleben und umfassende Zusammenarbeit zum Wohle aller sowie dauerhaften Frieden, Freiheit und Stabilität gewährleistet,
- im Bewußtsein, daß dem polnischen Volk durch Verbrechen, die von Deutschen und im deutschen Namen begangen worden sind, schreckliches Leid zugefügt worden ist,

- im Bewußtsein, daß Millionen von Deutschen, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, großes Unrecht geschehen ist, in dem Wunsche, daß im Gedenken an die tragischen und schmerzlichen Seiten der Geschichte auch ein vereintes Deutschland und die Republik Polen die Politik der Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschen und Polen konsequent fortsetzen, ihre Beziehungen im Blick auf die Zukunft gestalten und damit ein Beispiel für gute Nachbarschaft geben,
 - in der Überzeugung, daß dem Engagement der jungen Generation bei der Aussöhnung beider Völker besondere Bedeutung zukommt,
 - in der Erwartung, daß die frei gewählte Volkskammer der DDR gleichzeitig eine gleichlautende Erklärung abgibt,
- gibt seinem Willen Ausdruck, daß der Verlauf der Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen durch einen völkerrechtlichen Vertrag endgültig wie folgt bekräftigt wird:

Der Verlauf der Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen bestimmt sich nach dem „Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Repu-

blik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze“ vom 6. Juli 1950 und den zu seiner Durchführung und Ergänzung geschlossenen Vereinbarungen (Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Abgrenzung der Seegebiete in der Oderbucht vom 22. Mai 1989; Akt über die Ausführung der Markierung der Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen vom 27. Januar 1951) sowie dem „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ vom 7. Dezember 1970.

Beide Seiten bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer Souveränität und territorialen Integrität.

Beide Seiten erklären, daß sie gegeneinander keine Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben und werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Entschließung der Republik Polen förmlich als Ausdruck auch ihres Willens mitzuteilen.



Mit Kirche und Schwert begann vor Jahrhunderten die deutsche Ostkolonisation. Daß ihre Schwerträger noch heute hoch geachtete Bourgeois sind, machte erst vor wenigen Tagen der polnische Papst erneut deutlich: In Rom empfing er Vertreter des Deutsch-Herren-Ordens in ihrem vollen Kolonistenornat zur Feier des 800-jährigen Bestehens des Ordens.

Internationale Umschau



Die belgischen Eisenbahner kämpfen gegen eine von der Regierung und der Eisenbahndirektion betriebene Rentensenkung. Am 4. März legten sie in mehreren Bahnhöfen erstmals für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Am 22. März dehnten sie ihre Aktionen auf einen landesweiten 24-stündigen Streik aus. Die Regierung will ihre Rentenansprüche um über 30% verringern. Die Streikbewegung richtet sich auch gegen die anhaltende Rationalisierungswelle bei der Bahn. Seit 1982 wurde die Zahl der Bahnbeschäftigten um 21 000 verringert. — (rül)

Nordirland: Britische Truppen verstärkt

Nur wenige Wochen nach Inkrafttreten des Waffenstillstands am Golf will die britische Regierung die Gelegenheit offenbar nutzen, um ihre Truppen im besetzten Nordirland zu verstärken. Am 19. April teilte die britische Armeeführung mit, die Truppen in Nordirland würden um 500 Mann verstärkt. Derzeit stehen etwa 11 000 Mann britischer Truppen in Nordirland, um die britische Kolonialherrschaft über das Gebiet zu verteidigen. Hinzukommen 13 000 Polizisten und 6 000 Angehörige des „Ulster Defence Regiment“, einer Kolonialtruppe. Macht zusammen etwa 30 000 Mann Kolonialarmee, bei einer Bevölkerung in Nordirland von 1,6 Millionen — ein Soldat auf je 52 Einwohner. — (rül)

Südafrika: Regierung erläßt Teilamnestie für Flüchtlinge

Eine fast ausschließlich für Mitglieder des ANC geltende Amnestie hat die südafrikanische Regierung bekanntgegeben. Danach sind alle Anklagen gegen insgesamt 1833 Befreiungskämpfer, die im Exil leben, nichtig, und sie können ungehindert zurückkehren. Von den amnestierten Befreiungskämpfern gehören 1819 dem ANC an, 24 einer heute nicht mehr bestehenden Organisation, die 1962 gebannt worden ist. Mitglieder des PAC ist nach wie vor die Rückkehr verwehrt, mehrere tausend sind noch gebannt und einige Todesurteile für Flüchtlinge bestehen. — (uld)

UN-Bericht über Irak: „Nahezu apokalyptische Lage“

Mit diesen Worten faßte der Beauftragte von UN-Generalsekretär Pérez de Cuellar, Martti Ahtisaari, seinen Bericht über die Lage im Irak nach den alliierten Bombenangriffen zusammen. Ahtisaari war vom 10. bis 17. März mit einer Delegation verschiedener UN-Sonderorganisationen im Irak gewesen. Der Irak sei durch die Bombenangriffe „ins vorindustrielle Zeitalter“ zurückgeworfen worden, berichtet er die Eindrücke der Delegation. Praktisch sämtliche Energieversorgungsanlagen seien zerstört und damit auch die Anlagen für Trinkwasserversorgung, die Abwasser- und Abfallentsorgung, die landwirtschaftlichen Bewässerungsanlagen, die Krankenhausbetriebe und die Lebensmittelverteilung lahmgelegt bzw. zerstört. Die Delegation fand im Raum Bagdad schätzungsweise 9 000 zerstörte zivile Wohnhäuser, 72 000 Menschen seien dadurch obdachlos geworden. Dem Land drohen zahlreiche Infektionskrankheiten. Seuchen und Hungersnöte. Die Delegation verlangt die sofortige Aufhebung des Handelsembargos für Lebensmittel und landwirtschaftliche Ausrüstungen und Treibstoffe, um eine gravierende Hungersnot und schwere Epidemien zu verhindern. Die blockfreien Mitglieder im UNO-Sicherheitsrat — Indien, Kuba, Ecuador und Simbabwe — haben bereits eine Lockerung des Embargos verlangt. — (rül)

Kuwait: Folter an Palästinensern, Pressezensur

210 Palästinenser sind nach Angaben des Beraters von PLO-Chef Arafat, Basam Abu Scharif, seit Ende des Golfkrieges in Kuwait ermordet worden. Nach Berichten des PLO-Büros in Kuwait werden etwa 100 Palästinenser vermisst, nach Berichten der PLO Tunis sind 5 000 Palästinenser verhaftet. Die Menschenrechtsorganisation „Middle East Watch“ spricht von 40 ermordeten und etwa 2 000 Verhafteten seit Kriegsende in Kuwait. Auch nach ihren Angaben sind die meisten der Verhafteten und Ermordeten Palästinenser. Offenbar machen die Truppen des zurückgekehrten Regimes regelrecht Jagd auf die Palästinenser und foltern systematisch. Bei den Folterungen sollen auch US-Soldaten und -Offiziere zugegen sein. Ganze Stadtviertel mit Palästinensern wurden von Polizisten und Soldaten des Regimes unter Anleitung von US-Offizieren tagelang abgeriegelt und durchkämmt. Ein Vertreter des Roten Halbmondes in Kuwait berichtete, er habe in den ersten zwei Märzwochen ein Dutzend Leichen gesehen, welche zum Teil Folterspuren aufwiesen, erschossen oder totgeschlagen worden seien. Gleichzeitig macht das Regime offenbar auch Jagd auf alte Oppositionspolitiker in Kuwait. Einer von ihnen, Hamed Juwan, wurde gleich nach der Rückkehr des Emirs vor seinem Haus angeschossen. „Beobachter sind überzeugt, daß gewisse politische Strömungen innerhalb Kuwaits dezimiert werden sollen, um die Wiedererrichtung des Emirregimes zu erleichtern“, urteilt die „Neue Zürcher Zeitung“ (24.3.91). Zugleich werden Pläne des Regimes bekannt, künftig die Zahl der ausländischen Arbeiter in Kuwait zu verringern. So soll die Zahl der Palästinenser mit Aufenthaltsberechtigung in Kuwait (vor dem Krieg etwa 400 000, bei einer Gesamtbevölkerung von 1,7 Millionen) auf die Hälfte verringert werden. Am 19. März verbot das Regime das Erscheinen der bisher einzigen nach der Rückkehr des Emirs zugelassenen Zeitung. Die nach dem 26. Februar, dem Tag des Abzugs der irakischen Truppen aus Kuwait, benannte Tageszeitung hatte der Regierung Unfähigkeit vorgeworfen. Quellen: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. und 23.3.91, Neue Zürcher Zeitung, 24./25.3.91 — (rül)

Japan: Kampagne gegen die Todesstrafe

Etwa 40 000 Unterschriften für die Abschaffung der Todesstrafe haben Rechtsanwälte und Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen in Japan in den letzten Wochen gesammelt. Die Unterschriften unterstützen eine Petition an das Parlament, die Todesstrafe aufzuheben. In Japan wurden zwischen 1980 und 1989 fünfzehn zum Tode Verurteilte hingerichtet. In etwa 90 Fällen warten die zum Tode verurteilten auf ihre Hinrichtung. Eine der Organisationen, die die Kampagne gegen die Todesstrafe durchführen, nennt sich „Forum 90 gegen die Todesstrafe“.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. März 1991 — (rül)



Mit Siegesmärschen demonstrierten die „Poll-tax Boykottkomitees“ ihre Freude über die Ankündigung der britischen Regierung, die vor und nach ihrer Einführung heftig bekämpfte kommunale Kopfsteuer wieder abzuschaffen. Viele Kommunen hatten sich im letzten Jahr geweigert, die Steuer überhaupt zu erheben, in vielen konservativ regierten Städten organisierten Komitees die Verweigerung der Steuer durch die Einwohner. Die Regierung Major will die Kopfsteuer allerdings nicht ersatzlos abschaffen. Sie will eine nach Einkommen gestaffelte Steuer durchsetzen — Antisteuer-Komitees befürchten, daß auch diese Steuern viel zu hoch sein werden. — (uld)

Peru — Volkskrieg breitet sich aus

Erfolge der von der PCP geführten Partisanenarmee

Im Volkskrieg, der von der Kommunistischen Partei Perus (PCP) angeführt wird, konnte die Partisanenarmee in den letzten Wochen eine Verstärkung der bewaffneten Aktionen vermelden. So wurden z. B. vermehrt Städte und Dörfer eingenommen. Sogar in der Hauptstadt Lima wurden in Arbeitervierteln massive und zum Teil bewaffnete Propaganda-Aktionen durchgeführt, bei denen Einheiten der Partisanenarmee die zur Repression eingesetzten Militäreinheiten zurückgeschlagen haben.

Eine der erfolgreichsten Aktionen der Partisanenarmee in den letzten Monaten ist der Angriff auf das US-amerikanische Ölförderungscamp der Firma Soreal, einer Tochtergesellschaft der Mobil Oil, in Barranca gewesen, im Gebiet des Alto Huallaga, nur 110 km von Tarapoto entfernt, wo die reaktionären Streitkräfte eine wichtige Militärbasis haben. Am Angriff waren motorisierte Einheiten von über 200 mit Raketenwerfern und Maschinengewehren bewaffnete Guerrilleros beteiligt. Sie hielten sich 9 Stunden im Förderecamp der Mobil Oil auf und benutzten danach die zwei erbeuteten Bölkow-Hubschrauber, um ihre Einheiten in andere Urwaldgebiete zu transportieren.

Was eine richtige Panikwelle unter Vertretern der Regierung und ihren politischen Anhängern ausgelöst hat, ist nicht nur die Tatsache, daß die Partisa-

nenarmee (Ejército Guerrillero Popular) über die Möglichkeit verfügt, aus der Luft anzugreifen, sondern vor allem, daß Polizei und Streitkräfte der Regierung nichts gegen die Aktion unternehmen haben, obwohl sie von der geplanten Aktion schon einen Tag vorher unterrichtet waren. Der Grund dafür ist offenbar in der schlechten Verfassung der Militärs zu suchen und in den ständigen Niederlagen, die den peruanischen Streitkräften in immer größerem Ausmaß zugefügt werden.

Bemerkenswert an der Besetzung und Zerstörung des Fördereamps der Mobil Oil ist die Teilnahme der Volksmassen von Barranca an der Aktion: es war eine regelrechte Massenaktion, wie die reaktionäre Presse selbst halb anerkennend, halb erschrocken und perplex zugeben mußte; sie schildert in ihren Artikeln, wie die Bevölkerung von Barranca die Guerrilleros empfangen hat, ein Fest, eine Hochzeit organisierte und sogar die Eheschließung vom politischen Kommissar der Partisanenarmee durchführen ließ. Der Sieg der Partisanenarmee hat die Regierung bewegt, den Kommandanten des Gebiets, General Oswaldo Hancke, in frühzeitigem Ruhestand zu versetzen. Gleichzeitig hat das Parlament eine Untersuchungskommission eingesetzt, um die „antisubversiven Aktivitäten“ zu untersuchen.

Quelle: „El Diario Internacional“ — (Ak M.)

Neues Investitionsgesetz in Polen

Bessere Bedingungen für die Imperialisten

Ende Februar kündigte der polnische Ministerpräsident Jan Krzysztof Bielecki im Gespräch mit dem „Handelsblatt“ ein gelockertes Investitionsgesetz an. Danach darf erstmals der Gewinn in voller Höhe ins Ausland transferiert werden. Die Gewinne in Zloty können in Devisen umgetauscht und genehmigungsfrei überwiesen werden. Bislang bestand Transferfreiheit nur für Gewinne aus dem Exportgeschäft. Weiter ist bei Gründung oder Beteiligung an Gesellschaften in Polen keine Genehmigung mehr erforderlich, ausgenommen sind Bereiche wie Transport, Energie, Bergbau und Immobilienhandel. Ausländer können jetzt auch an bereits bestehenden Firmen Anteile erwerben. Im Gegensatz zur derzeit gültigen dreijährigen Steuerfreiheit ist keine automatische Steuerbefreiung mehr vorgesehen. Von Ausnahmen abgesehen sollen die Unternehmen sowie Löhne und Gehälter ausländischer Mitarbeiter mit 30% besteuert werden.

Mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für ausländische Investoren in Polen erhofft die Regierung im Gegenzug einen großzügigen Schuldenerlaß für das derzeit mit 46 Mrd. Dollar

Auslandsschulden belastete Land. Davon sind 29 Mrd. Dollar Schulden bei westlichen Regierungen (4,7 Mrd. bei der BRD) und 8 Mrd. bei westlichen Banken. Die US-Regierung hat sich inzwischen erkenntlich gezeigt und Polens Präsident Walesa bei seinem Staatsbesuch in den USA am 20.3. einen Schuldenerlaß von 70% der insgesamt 2,9 Mrd. öffentlichen Schulden angekündigt.

Der Reformkurs der polnischen Regierung ist heftig umstritten. Angesichts einer Verdoppelung des Preisniveaus 1990 gegenüber 1989, einer Erhöhung bei Grundnahrungsmitteln sogar um 200 Prozent, entzündete sich der Protest von Arbeitern, Eisenbahnern, Bergleuten und Busfahrern an der sog. Strafsteuer (Popiwiek). Danach dürfen Unternehmen die Teuerung im Land nur zu 60% durch Lohnerhöhungen ausgleichen. Interessant in diesem Zusammenhang, daß die Gewerkschaft „Solidarnosc“ auf ihrem Kongreß am 23. Februar mit Marian Krzaklewski einen neuen Vorsitzenden gewählt hat, der die gewerkschaftliche Seite der „Solidarnosc“ in Zukunft stärker betonen will. — (brb)

Polizeiterrror in den USA

Empörung über Polizeibrutalitäten in Los Angeles

Der 3. März war ein schlechter Tag für die Polizei von Los Angeles. Nicht daß Schlagstock und Fußtritte gegen „Verdächtige“ dunkler Hautfarbe etwas Außergewöhnliches gewesen wäre. Das kommt, wie die Angehörigen der Minderheiten sehr gut wissen, jeden Tag mehrfach vor. Diesmal jedoch war ihre Schlägerorgie von einer Wohnung aus mit einer Videokamera aufgenommen worden.

Dieses Video wurde im Fernsehen gezeigt und hat einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Millionen haben es inzwischen gesehen. Es zeigt drei Polizisten, wie sie einen mit Handschellen gefesselten, am Boden liegenden Mann mit Stöcken und Fußtritten mißhandeln. Mindestens 50 Stockhiebe sind zu sehen. Es zeigt weitere 20 Polizisten drum herum stehen. Nur ein einziger versucht einzuschreiten. Das Opfer erlitt einen Schädelbruch, ein gebrochenes Fußgelenk, innere Blutungen und Gehirnschaden. Die ACLU (Amerikanische Union für bürgerliche Freiheiten) hat den Rücktritt des Polizeichefs Gates gefordert und ein Referendum mit dem Ziel der Abberufung in Gang gesetzt. 5 000 haben innerhalb von zwei Tagen den Aufruf unterstützt. Bürgerrechtsorganisationen haben erklärt, daß sie jeden Samstag vor

dem Polizeipräsidium demonstrieren werden, bis Gates geht. 200 Delegierte von Gewerkschaften, die 700 000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst repräsentieren, haben einstimmig Gates Rücktritt gefordert.

Polizeichef Gates behauptet, es handle sich um eine einmalige Entgleisung Einzelner. Tatsache ist aber, daß die Brutalität von oben gefördert wird. Gates erklärte letztes Jahr, daß gelegentliche Drogenbenutzer „ausgesondert und erschossen werden sollten.“ Er erklärte 1982 die Tatsache, daß 12 von 15 Todesopfern des von ihm genehmigten Würgegriffs Schwarze sind, damit, daß Schwarze eine rassistisch bedingte höhere Wahrscheinlichkeit haben, am Würgegriff zu sterben, als „normale Menschen“. 350 Beschwerden pro Woche wegen Polizeibrutalität gibt es in Los Angeles. Die Stadt zahlt jährlich 3,5 Mio. \$ an Schadensersatz für Polizeibrutalitäten.

Das Justizministerium hat eine nationale Untersuchung über Polizeibrutalität angeordnet. Präsident Bush bezeichnete am 21.3. die auf dem Video aufgetauchten Prügelaktionen als „Übelkeit erregend“. Am 5.3. noch hatte er Gates einen „amerikanischen Helden“ genannt. — (ger, her)

„Ich habe überhaupt nichts mehr zu verlieren“

Interview mit Frau Evin Aydar, Vorsitzende der Sektion Siirt des Menschenrechtsvereins IHD in Nordwest-Kurdistan

Das folgende Interview wurde aus der IHD von der Redaktion von Radio Duisburg mit Frau Aydar geführt und vom Kurdistan-Komitee übersetzt. Aus Platzgründen mußten wir geringfügig kürzen.

Frage: Würden Sie sich bitte zunächst vorstellen?

Evin Aydar: Ich wurde 1961 in Sivas-Divrigi geboren. Ein Teil meiner Familie stammt aus Tunceli (Dersim), der andere aus Hösrgözü. Weil meine Familie vor dem Dersim-Aufstand Repression erfahren hatte, ließ sie sich in Sivas-Divrigi nieder. Die Familie meines Vaters stammt aus Imeranli und Divrigi in der Provinz Sivas. Ich wurde im Dorf geboren und lebte dort bis zu meinem fünften oder sechsten Lebensjahr, danach habe ich dann in Istanbul gelebt.

Einige Zeit lang arbeitete ich auf dem Flughafen in Istanbul; 86 zog ich dann nach Siirt. Nachdem mein Mann mit der Schule fertig war, beschlossen wir, uns in Siirt niederzulassen. Vom ersten Tag an hatten wir enge und gute Beziehungen zum Volk, und die Sicherheitskräfte richteten ihre Aufmerksamkeit auf uns. Der Grund dafür war, daß wir Stellung bezogen gegen die Personen, die das Volk unterdrückten; daß wir nicht auf der Seite der Agas (Großgrundbesitzer) und Scheichs standen; daß wir die Verteidigung der Menschen übernahmen, die von der Gewalt der Agas, Scheichs und des Staates betroffen waren.

Frage: Sie sind Vorsitzende der Sektion Siirt des Menschenrechtsvereins. Können Sie uns etwas über die Arbeit des Vereins sagen?

Evin Aydar: Am 24. Oktober hat unser Kongreß stattgefunden, und ich bin zur Vorsitzenden gewählt worden. Auf der einen Seite bin ich darüber sehr glücklich, denn auf dem Boden meines eigenen Landes, in Kurdistan, wurde zum ersten Mal eine Frau in den Vorstand des Menschenrechtsvereins gewählt. Auf der anderen Seite war ich traurig, denn ich wollte, daß das eine Frau aus Siirt machen würde. Allerdings gibt es hier unter den Kurdinnen noch keine Frau, die so weit entwickelt ist, diese Aufgabe erfüllen zu können. Denn in unserem Volk gibt es noch viele Analphabeten, und die Frauen sind noch sehr an das Haus gebunden. Das Volk betrachtete mich dieser Aufgabe würdig und wählte mich. Seit dem Tag, an dem ich gewählt worden bin, hat mir die Sicherheitsbehörde nicht die Möglichkeit gelassen, in Ruhe zu arbeiten. Die nach den Vereinsstatuten erforderlichen Unterlagen des Vereins, um Spendengelder sammeln zu können, sind immer noch bei der Sicherheitsbehörde. Wegen meiner Arbeit im Verein wurde ich drei Mal verhört. Zum Beispiel können wir keine Presseerklärungen machen, wenn wir welche machen, ist gleich der Staatsanwalt hinter uns her. Es kommen zu uns Gäste aus Europa, die Informationen über die Arbeit unseres Vereins und über die Lage des Volkes wollen. Selbst sie werden behindert. Zuletzt war hier eine Gruppe von Medico International aus Deutschland, darunter auch eine Abgeordnete der PDS. Sofort als sie bei uns angekommen waren, tauchte ein Team der Sicherheit auf und kontrollierte ihre Personalien. Nach einer halben Stunde kamen sie noch einmal und sagten: „Verschwinden Sie sofort von hier, wir erlauben ihre Anwesenheit hier nicht.“ ... Meine Gäste sind mit einer Genehmigung gekommen. Sie hatten vom Staatspräsidenten eine Visitenkarte dabei. Trotzdem wurden sie mit so etwas konfrontiert. Außerdem haben sie auch das Haus des IHD-Vorsitzenden von Diyarbakir überfallen, auch er wird bei seiner ganzen Arbeit behindert.

Frage: Es gibt ein als Deportations- und Zensurgesetz bekanntes Gesetz. Damit ist beabsichtigt, die Menschenrechtsverletzungen in der Region nicht in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Auf diese Weise gelangen Nachrichten von Vorfällen wie die, von denen Sie gesprochen haben, nicht in die Öffentlichkeit. Können Sie uns einige konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen in der Region nennen?

Evin Aydar: Ja, weil wir uns hier zu Verteidigern der Menschenrechte gemacht haben, wurde mein Mann im September 1989 für drei Monate vom kurdischen Boden verbannt. Die Grenze war Malaysia, diese durfte er nicht übertreten. Der einzige Grund, warum mein Mann verbannt worden war, ist der, daß

er mit dem Volk verbunden ist und kein Kollaborateur sein wollte.

Hier gab es ein Lehrerehepaar. Weil sie sich im Unterricht der kurdischen Kinder angenommen hatten, wurden sie 1989 nach Tokat verbannt und aus dem Dienst entlassen. Außerdem wurde ein Arzt, weil er Kurde ist, in ein Dorf in Yozgat verbannt. Das waren Beispiele für Verbannung. Dann wurde Ahmet Tekin, obwohl er überhaupt nichts getan hatte, sechs Tage lang mit der Foltermethode Palästinahaken gefoltert und dann vier Tage und Nächte lang bei einer Einheit, die sie Operationstisch nennen, mit Strom gefoltert. Die ganzen zehn Tage lang bekam er nichts zu essen und zu trinken. In diesen zehn Tagen verlor er 30 Kilogramm. Nachdem er so viel gefoltert worden war, wurde er vom Gericht freigesprochen.

Frage: Was wird als Vorwand für solche Verhaftungen und Unterdrückung angegeben?

Evin Aydar: Als Vorwand sagen sie: „Ihr helft der PKK, gebt ihr Unterschlupf, ihr seid Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistan, ihr gebt an sie Informationen weiter, schickt ihr Kräfte“.

Wir sagen, daß viele Menschen in der Polizeihaft getötet worden sind, sie streiten das ab. Zuletzt wurde im Januar in Sirtak Tefik Timurtas aus Cizre umgebracht. Es gibt dafür sogar Zeugen, die mit ihm zusammen in Polizeihaft genommen worden waren. Im Bezirk Aralik von Kars wurde Kasim Aras durch Folter umgebracht.

Zur Zeit gibt es Demonstrationen gegen den Krieg. Bei einer Kundgebung in Tatvan wurde auf das Volk geschossen, dabei wurde Mahir Kaplan durch Schüsse umgebracht. Diese Menschen wollen keinen Krieg, sie wollen Frieden. An den Freitagen werden die Moscheen von Militäreinheiten, Panzern, zivilen und uniformierten Polizisten umzingelt und die Menschen daran gehindert, normal nach Hause zu gehen.

Frage: Mit der Golfkrise und dem Krieg wurden zwei Drittel der türkischen Armee nach Kurdistan verlegt. Zusätzlich dazu wurden auch noch die mobilen Eingreiftruppen der Nato stationiert. Wie hat sich das auf das kurdische Volk ausgewirkt?

Evin Aydar: Im kurdischen Volk hat folgende Bewußtseinsentwicklung begonnen: Es sagt, wir wissen über die Türkei und den Irak Bescheid. Die türkischen Soldaten töten unsere Kinder und geben ihre Leichen nicht heraus, sie unterdrücken uns ständig. Und was Saddam getan hat, wissen wir auch sehr genau. Während wir von den europäischen Staaten und von der europäischen Öffentlichkeit Hilfe erwarteten, haben diese an die uns feindlich gesinnten Menschen Waffen geliefert, und diese Waffen werden gegen uns gerichtet. Wir vertrauen jetzt nicht mehr auf die europäische Öffentlichkeit, glauben nicht mehr an sie. Was wir von ihnen wollten, war, daß sie den Waffenverkauf an diese Länder verhindern sollten.

Frage: Mit dem Golfkrieg begann das Volk der Gegend aus Angst vor dem Einsatz von Chemiewaffen des Iraks, aus der Region zu fliehen. Können Sie etwas zu dieser Migration sagen?

Evin Aydar: Ich möchte Ihnen ein von uns zu diesem Thema vorbereitetes Flugblatt an die Öffentlichkeit, das die allgemeine Lage wiedergibt, vorlesen: Mit dem Verbot des Grenzübertretens in den Irak infolge der seit dem 2. August sich entwickelnden Ereignisse kamen die Haupteinkaufsquellen der an der Grenze gelegenen Siedlungen, Transport und die davon abhängigen Branchen, zum Erliegen. Als Folge dessen begann auch die Arbeitslosigkeit. Hunderte von Werkstätten, Restaurants und Läden, die für das Leben erforderliche, dringend benötigte Waren verkauften, wurden geschlossen. Die Menschen begannen, auf Kredit zu leben, und das Volk war gezwungen, die Region zu verlassen. Die Arbeitslosigkeit hatte ohnehin einen Höhepunkt erreicht. Diese Lage interessiert die Verantwortlichen nicht. Ein Verantwortlicher brachte einem BBC-Reporter gegenüber seine Zufriedenheit mit den Worten: „Wenn das Volk arm ist, kann es der PKK kein Geld geben“ zum Ausdruck. Mit dem Lenken der Aufmerksamkeit auf den Golf begann die Entvölkerung und Niederbrennung hunderter von Dörfern. Sie wollen einen Zustand herbeiführen, in dem Menschen und Tiere nicht leben

können. Es sind auch tausende Obstbäume der Bauern niedergebrannt worden. Es sind hunderte Milch- und Lasttiere der Bauern erschossen worden. Das deutlichste Beispiel dafür war das Gemetzel bei den Kohlegruben von Sirtak. Auch infolge der Vermunungen durch den Staat wurden Tiere getötet. Dies erinnert uns an die Grausamkeit der Europäer gegenüber den Indianern, als sie im Jahre 1800 begannen, in Amerika zu siedeln. Denn auch dort haben sie in einem Tal 6000 Pfirsichbäume zerstört, über 30 Tonnen Schinken verbrannt, die Tiere getötet und das, was noch übrig war, beschlagnahmt. Und die offizielle Einstellung war: Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer. Die in Amerika ab 1800 zu beobachtende Geisteshaltung erleben wir heute auf unserem Boden sehr offen. Die Dörfer sind in Gefängnisse verwandelt worden. Die Menschen sind verpflichtet, beim Verlassen und Betreten ihrer Dörfer ihren Ausweis zu zeigen und den Militäreinheiten mitzuteilen, wohin sie für wieviele Tage und warum gehen. Kein einziges der in der Verfassung der türkischen Republik zuerkannten Rechte wird in dieser Region angewendet; das simpelste ist die Unverletzlichkeit der Wohnung und die Reisefreiheit. Die Soldaten tun das bewußt. Ein Beispiel: Im Dorf Harabec in der Provinz Büssükönak herrscht nächtliches Ausgangsverbot. Wenn jemand dabei erwischt wird, dann wird er verprügelt und muß fünf Tage lang an die Wache Holz liefern. Der Offizier im Dorf Diravit sagte zu einer in dieses Dorf gekommenen belgischen Delega-

tion „Frankreich hat in Algerien eine Million Menschen getötet, wo waren Sie denn da? Mit welchem Recht kommen Sie hierher?“

Frage: Es heißt, daß die von Incirlik abfliegenden türkischen und Nato-Flugzeuge die Region bombardiert haben, das stand auch in den Zeitungen. Steckt dahinter eine bewußte Politik? Wurden tatsächlich Bomben geworfen?

Evin Aydar: In Silopi und Cizre wurde das Volk aus dem Zentrum und aus den Dörfern zur Migration gezwungen. Die offiziellen Stellen haben den Krieg ausgerufen, und die Presse hat das unterstützt. In manchen Ansiedlungen ist das Volk von alleine gegangen, in manchen wurde das Volk auch mit Gewalt herausgeholt. Ein Teil von Sirtak, Erüh, Siirt und die Ansiedlungen der Umgebung wurden aufgelöst. Ein Teil der Bewohner ist in die westlichen Provinzen migriert. Als sie ihre Dörfer verließen, haben sie ihre Tiere draußen gelassen, soviel sie verkaufen konnten, haben sie verkauft. Genausowenig wie ihnen die ökonomischen Mittel fehlen, ihr zurückgelassenes Vieh abzuholen, werden sie auch ihre Häuser nicht mehr vorfinden. Denn bis dahin werden ihre Häuser niedergebrannt und zerstört werden. Unser Volk ist gezwungen, mit Menschen, deren Kultur und Religion sie nicht kennen, zusammenzuleben. In den westlichen Provinzen haben sie sich in Viehställe und Kirchen geflüchtet. Davon sind nicht nur Kurden, sondern auch andere Minderheitenvölker betroffen. Bei uns leben syrische Christen, leben Araber. Sie wurden zu Flüchtlingen in ihrem eigenen Land. Dadurch, daß das Volk seine Häuser ohne seine Sachen

verlassen mußte, gab es auch viele Diebstähle. Seit Monaten wird unser Land in ein Waffendepot verwandelt, es wurden Militärstützpunkte errichtet. Die Kurden aus den Metropolen, die ihren Militärdienst machen, werden hierher zu den Orten, auf die die Bomben werfen sollen, gebracht, die Ziele sind schon ausgewählt. Das Volk wird nicht über Zivilschutz informiert. Das Volk weiß nicht, wie es sich schützen soll. Es glaubt, daß es sich mit primitiven Methoden wie dem Abdichten der Fenster durch Plastikfolien schützen könne. Der Preis für einen Meter Plastikfolie sprang von 700 auf 10000 Lira. Durch das Abdichten des Hauses mit Plastikfolie im Winter (Kohleöfen) starb in der Gegend von Kurt eine schwangere Mutter mit ihren vier Kindern, weitere sechs Familienmitglieder konnten im Krankenhaus von Diyarbakir gerettet werden. Fünf der wegen Vergiftungen eingelieferten zwanzig Patienten im Staatskrankenhaus Siirt starben. Drei Kinder einer Mutter auf der Flucht starben, weil diese sie in Plastikfolie gewickelt hatte. Bei einer anderen Familie traten bei 16 Familienmitgliedern Vergiftungserscheinungen auf. Und das sind nur die von uns festgestellten Fälle.

Die Bombardierungen werden sehr bewußt durchgeführt. Es wurden auf von uns festgestellte Orte Bomben abgeworfen. Zum Beispiel wurden in der Nacht vom 20. auf den 21. Januar auf das Gebiet Ciyares zwischen Erüh und Idil Bomben abgeworfen. Die Zeitung „Yeni Ülke“ hat Fotos der auf Cukurca abgeworfenen Bomben veröffentlicht.



Kurdische Flüchtlinge im eigenen Land

Frage: Wenn wir richtig verstanden haben, steckt dahinter eine bewußte Politik des türkischen Staates. Er will ohnehin die Kurden aus der Region rausbringen und auf diese Weise die Region entvölkern. Der Staat fördert solche Vorfälle.

Evin Aydar: Natürlich. Das Ziel ist, Panik auszulösen und so die Region zu entvölkern. Seit Jahren versuchen sie das und schaffen es nicht. Der Golfkrieg ist für sie eine willkommene Gelegenheit dafür. Die Menschen verlassen jedoch trotzdem nicht die Region.

Frage: In der letzten Zeit heißt es, die kurdische Sprache soll erlaubt werden. In welcher Form soll das geschehen? Welches Ziel verfolgt der türkische Staat damit?

Evin Aydar: Ich glaube nicht, daß das realisiert werden wird. Özal wird eine solche Initiative nicht unternehmen. Aber den Entwurf hat er seinen Gleichgesinnten gegeben. Das ist alles in den Händen der nationalistisch gesinnten Abgeordneten. Die werden am Ende nichts anständiges rausbringen.

Andererseits sprechen wir sowieso kurdisch. Ich bin Kurdin und spreche kurdisch. Das können sie nicht verhindern, je mehr sie unterdrücken, um so mehr versuche ich, meine Hartnäckigkeit zu steigern. Egal in welches Haus Sie in Kurdistan gehen, finden Sie unzählige kurdische Kassetten. Die Kassetten werden gespielt, und das ist nicht zu verhindern. Die Menschen hören sie, obwohl sie deshalb verhaftet werden. Dieser Entwurf ist eine Formalität, sehr simpel und soll die Leute hereinlegen, sonst nichts ...

Ich glaube, im April findet die KSZE-Konferenz (Sicherheit und Zusammen-

arbeit in Europa) statt. Sie bereiten sich auf diese Konferenz vor und streuen ihr Sand in die Augen. Denn die KSZE läßt nicht nach und fordert ständig einige Dinge. Das sind eben Anstrengungen, um bei den Treffen in Europa nicht blamiert zu werden, um in die EG einzutreten. Einerseits hat Özal Ambitionen, nach Mossul und Kirkuk einzumarschieren, diese Gebiete dem türkischen Territorium anzuschließen. Andererseits gibt es dann die Autonomie, werden den kurdischen Menschen dann manche Rechte zuerkannt. Er wird den Kurden sagen: „Brüder, wir sagen euch, da habt ihr eure Sprache, sprecht sie, tanzt eure Volkstänze, hört eure Musik. Was wollt ihr denn noch? Wir geben euch das, was es da gibt, auch noch. Wir sind Moslems, kommt, leben wir zusammen.“ Aber das wird garantiert nichts bewirken. Denn in der Türkei haben sich viele Dinge zu ändern begonnen. Vor allem unter den Kurden findet eine große Bewußtseinsbildung statt. Das Volk fällt jetzt nicht mehr auf solche Spiele des Staates herein. Auf der einen Seite sagt er: „Ich habe es erlaubt“, und auf der anderen Seite hat er Verbote erlassen. Wenn ich zum Beispiel vor Gericht in meiner Muttersprache einen Antrag stelle, bekomme ich eine Geldstrafe zwischen drei und fünf Millionen Lira. Die Person, die meinen Antrag entgegennimmt, bekommt auch die gleiche Strafe. Die Sanktionen sind verschärft und nicht gelockert worden.

Frage: Seit Jahren gibt es einen Krieg zwischen der kurdischen Guerilla und der Regierung und der Armee. Können Sie uns Informationen über die Gefechte geben, zu denen es in den letzten Tagen gekommen ist?

Evin Aydar: Natürlich, es gibt Gefechte. Das hat Kontinuität. In Botan und in den anderen Gebieten sind hunderte Guerilleros in den Bergen, wir bekommen diese Nachrichten. Es ist Winter, meterhoch liegt Schnee. Trotzdem sind sie nicht weggegangen. Zuletzt kam es vor einer Woche im Stadtzentrum von Siirt zu einem Gefecht. Viele Soldaten und Polizisten griffen eine einzelne 17, 18-jährige Guerillera an, und sie kämpfte gegen sie. Es gab Verletzte und Tote unter den Soldaten. Sie hat sich nicht ergeben, sondern mit einer Handgranate sich selbst umgebracht. Diese Sache hat das Volk sehr stark beeindruckt, es zeigte großen Respekt vor ihr.

Bei den Kurden sind die Frauen immer zuhause, gehen nicht raus, beschäftigen sich mit nichts. Also hat es beim Volk große Sympathie ausgelöst, daß die Guerillera so sehr mit den Soldaten und Polizisten gekämpft hat. Und der Staat hat dabei nicht gewonnen, sondern verloren. Der Kampf geht weiter, jeden Tag wird die Stärke der Guerilla größer. Die Bauern kaufen eine Menge Dinge in den Städten, um den Bedarf der Guerilla zu decken. Sie wissen ganz genau, daß sie verhaftet und gefoltert werden, wenn man sie erwischt. Trotzdem unterstützen und helfen sie ihr. Und der Staat weiß das auch ganz genau und sagt: „Wir bringen euch um, foltern euch, und trotzdem werdet ihr immer mehr“. Es ist jetzt eine solche Stufe erreicht, daß das Volk nichts mehr zu verlieren hat. Es wird mit Gewalt aus seinen Dörfern vertrieben, die Häuser, die Dörfer werden niedergebrannt, die Menschen hungern, siedeln sich in den Groß- und Kreisstädten an. Natürlich klammert sich das Volk demgegenüber mit seiner ganzen Kraft an die PKK und gibt ihr seine ganze Unterstützung.

Frage: Haben Sie als Vorsitzende der Sektion Siirt des Menschenrechtsvereins eine Botschaft an die deutsche oder europäische Öffentlichkeit und an die in Europa lebenden Kurden?

Evin Aydar: Wir sagen ihnen folgendes: Sie sollen in ihr Land zurückkehren, sollen mit ihrem Volk zusammen sein, das Volk braucht sie hier. Das, was sie tun müßten, ist, wie wir in unserem eigenen Land, in unserer Region zu leben und zu kämpfen. Es ist ohnehin die Absicht des Staates, dieses Land zu entvölkern. Man kann sagen, daß sie also in gewisser Weise dem Staat dienen.

Frage: Evin, wir bedanken uns ganz herzlich, daß Sie den Mut aufgebracht haben, uns solch ein Interview zu geben.

Evin Aydar: Ich bedanke mich. Es ist meine Aufgabe, die ich erfüllen muß. Ich bin mit dem Volk verbunden, stehe auf dem Boden der Realität, ich habe überhaupt nichts mehr zu verlieren.

Regierungserklärung Erwin Teufels: Neuer Kurs mit viel Bewährtem

Neuer Ministerpräsident stellt Programm vor/Schwerpunkte: Wirtschaft, Familie, Soziales

Stuttgart. Die Regierungspolitik Lothar Späths galt in der bürgerlichen Öffentlichkeit lange Jahre als modern, als angemessene Verbindung von High-Tech-Industrie und einer Verwaltungstätigkeit, die technokratisch effizient, also ohne Reibungsverluste und lästige Bürgereinmischung abläuft. Inzwischen steht der ehemalige Ministerpräsident Baden-Württembergs ebenso wie einige seiner Minister vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss wegen des Verdachts auf Vorteilsnahme im Amt; auch Partner auf der Wirtschaftsseite stehen vor Gericht oder Staatsanwaltschaften ermitteln gegen sie, so der SEL-Manager Lohr und der Vize-Chef der Daimler-Benz AG, Niefer. Die Gründe

für diesen plötzlichen Ansehensverlust einer Politik à la Späth sind wahrscheinlich vielfältig, gewiß nicht der einzige Grund ist die plötzliche „Randlage“, in der sich Baden-Württemberg nach dem Anschluß der DDR befindet. Der Nachfolger Späths als Ministerpräsident, der frühere Fraktionsvorsitzende der CDU im baden-württembergischen Landtag, Erwin Teufel, hat in einer umfangreichen Regierungserklärung Ziele seiner Politik vorgestellt, die einen gewissen Kurswechsel erkennen lassen, der nicht nur davon bestimmt ist, daß im nächsten Frühjahr Landtagswahlen gewonnen werden sollen. Wir stellen im folgenden einige Punkte vor. — (alk, evc, irs, unb)

Durchaus in Abgrenzung zu Lothar Späth sagt Erwin Teufel: „Die neue Landesregierung wird dem Unternehmer lassen, was des Unternehmers ist. Der Markt steuert vieles besser als der Staat. Die klare Beachtung der Aufgabenteilung zwischen Wirtschaft und Staat ist eine wesentliche Basis für den wirtschaftspolitischen Erfolg.“

Woher rührt dieser Sinneswandel? Gewiß ist bei manchen Kapitalisten, die nicht so den engen Draht zum Staatsministerium hatten, die nicht in dem Umfang „Kontaktpflege“ zur Politik finanzieren können, der Unmut gewachsen über eine Landesregierung, die sich als politischer Arm der Zentralen weniger Monopolfirmen verstand. Aber vielleicht liegen auch tiefere Ursachen zugrunde.

Die High-Tech-Industrie, wie sie für das im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum sorgte, beruhte auf dem Innovationschwung durch die Computerisierung bei der Produktion und vielen Konsumgütern. In einem Land wie Baden-Württemberg, in dem der Bau von Produktionsmitteln (Maschinenbau und insbesondere Spezialmaschinen) traditionell in kleineren und mittleren Betrieben stattfindet, kam daher eine Politik der Konzernförderung

vermittelt auch der breiten Basis bürgerlicher Herrschaft, dem kleineren Eigentum, zugute. Die CDU hatte damit sozial befriedet.

Inzwischen scheint aber dieser Innovationschwung sich seinem Ende zu nähern, richtig neue Entwicklungen bringt die Computertechnik nicht mehr hervor; Ausdehnung und breitere Anwendung führen dazu, daß mehr von dem nötigen Dienstleistungsbereich gesprochen wird, den die Politik jetzt zu fördern hätte. Die Zuwendungen an die Konzerne und die enge Zusammenarbeit mit der Politik erhalten unter solchen Umständen tatsächlich mehr den Charakter von Schmiergeldgeschäften, und die Unzufriedenheit bei den Bürgerlichen über die Regierung nimmt zu.

Nun hat die neue Landesregierung für diese aus der Entwicklung der Produktivkräfte herrührenden Widersprüche auch kein Lösungskonzept. Zwar gebraucht der neue Ministerpräsident häufig das Schlagwort vom sozial und ökologisch verträglichen Fortschritt, was damit aber gemeint ist, bleibt bisher eher verschwommen.

Tatsächlich könnte aus der Entwicklung einer ökologisch verträglichen Wirtschaft ein neuer Innovationsschub bei den Produktivkräften kommen. Ökologisch verträglich hieß vor allem bei

den Grundstoffindustrien ein Übergang von einer extraktiven Industrieweise zu einer mehr reproduktiven; also z.B. statt Energiegewinnung aus Öl, Kohle u.ä. wäre eine Energiegewinnung aus Kreislaufprozessen zu entwickeln, z.B. aus nachwachsenden Rohstoffen, aus Sonnenlicht etc. Eine solche technische Revolution würde soziale Umwälzungen nach sich ziehen: Die Landwirtschaft etwa erhielte eine ganz neue Bedeutung. Ob und mit welcher sozialen Folgen die kapitalistisch entwickelten Industriegesellschaften zu einer solchen Innovation in der Lage sind, ist derzeit wahrscheinlich kaum festzustellen.

Unter solchen Umständen gewinnt die Politik der CDU in Baden-Württemberg stark konservative Züge im engsten Sinne des Wortes. Die Ordnungspolitik, mit starkem Staat, Bewahrung der Familie u.ä. steht im Vordergrund. Von den Vorhaben, die Späth begonnen hatte, werden die fortgeführt, die Staatsmacht gegenüber Bürgerwillen stärken: Das Innenministerium stellte jetzt Empfehlungen zur Vereinfachung von Verwaltungsabläufen vor, die Einsprüche von Betroffenen erschweren und der Verwaltung unabhängig von beschlossenen und vorgelegten Plänen gerichtlich nicht nachprüfbarer Planungsspielraum geben sollen.



Am 19. März sind 92 Roma, die fast alle an der Besetzung der Tübinger Stiftskirche beteiligt waren, nach Zagreb abgeschoben worden. Am selben Tag wurde bekannt, daß der 31-jährige Anid Rushi von der serbischen Polizei totgeprügelt wurde, nachdem er Anfang Februar abgeschoben worden war. Das Innenministerium sieht keine Gründe, die Abschiebungen zumindest auszusetzen. Rund 40 von der Abschiebung bedrohte Roma protestierten während der Abschiebung im Flughafen und forderten Bleiberecht und sofortigen Abschiebestopp. Die SPD-Landtagsfraktion und das Diakonische Werk Württemberg forderten die Aussetzung weiterer Abschiebungen in Krisengebiete und die zugesicherte neuerliche Prüfung jedes Einzelfalles.

„Kinder sind das Beste, was wir haben“

„Wichtigste Aufgabe“ und „Kernstück der Gesellschaftspolitik der neuen Landesregierung ist deshalb die Familienpolitik.“ Aus diesem Grund läßt Teufel auch nochmals ausdrücklich feststellen, daß „Kinder einen Anspruch auf ihre Eltern haben“ und erklärt den Eltern dazu: „Kinder brauchen nicht nur Nahrung und Kleidung und Wohnung, sie brauchen Zeit, Zuwendung, Nestwärme, Geborgenheit, Zutrauen, emotionale Stabilität.“ Selbstverständlich, daß dies „in erster Linie“ durch die Familie gebracht werden muß, selbstverständlich auch, daß dies Opfer für die Eltern bedeutet.

Die neue Landesregierung ist bereit, Eltern in ihrer Aufgabe zu unterstützen. So will sie das Recht auf einen Kindergartenplatz gesetzlich festgeschrieben haben, kurz nachdem im Jugendwohlfahrtsgesetz dieser Passus ausdrücklich nicht aufgenommen wurde. In diesem Zusammenhang will die Landesregierung die „örtlichen Versorgungslücken“ von Kindergartenplätzen schließen. Ob das Zugeben dieser „Lücken“ nun die Diskussion, ob ein Kind „schon“ mit drei Jahren oder erst mit dreieinhalb, vier Jahren einen Kindergartenplatz bekommen soll, beendet, ist unklar; für die zu schaffenden Plätze wäre eine Festlegung aber entscheidend.

Für Kindergärten mit veränderten Öffnungszeiten (ca. 7.30 bis 13.30 Uhr), derzeit die billigste Versorgungsart, da kein Mittagessen geboten, sollen in den nächsten fünf Jahren 25.000 Plätze geschaffen werden. Diese Versorgungsart entspricht am stärksten dem Familienbild, kann doch die Frau einer Arbeit wenigstens in Teilzeit nachgehen und trotzdem die vielfältigen Aufgaben in der Familie meistern. Weniger als die Hälfte, nur noch 10.000 Ganztags-Kin-

dergartenplätze sollen im selben Zeitraum geschaffen werden. Als Novum stellt sich Teufel „Kinderhorte an der Schule“ vor, wobei er nicht erklärt, was nun der Unterschied zu den bestehenden Horten im Land ausmacht, er nimmt keinerlei Bezug zu ihnen. „Wir wollen möglichst wenig Richtlinien und wir wollen Einzelheiten in Bälde mit den kommunalen Landesverbänden erörtern und abstimmen.“ Dieses ist nun wiederum nicht neu, dieses „Konzept“ stand schon bei der Einrichtung von Halbtagsgrundschulen, in denen die Kinder außerhalb der Unterrichtszeit beaufsichtigt werden. Hier ist alles möglich, ungelernte Kräfte oder auch Erzieher, vor allem aber Lehrer, die in unterrichtsfreien Zeiten die Kinder bis 13 Uhr in irgendwelchen Klassenzimmern „betreuen“. Mittagessen wird nicht angeboten, in Ferienzeiten gibt es keine Betreuung.

Diskussionen werden gerade wegen der Ferienzeiten geführt, hier soll es eventuell Angebote geben. Jugendhäuser sind z.B. im Gespräch. Qualitätsfragen werden nicht gestellt. Wahrscheinlich schwebt Teufel dieses als ausbaufähiges Konzept vor. Ganz klar ist allerdings schon die Finanzierung, „kostennahe Elterngebühren, wo das durch zweite Einkommen in der Familie möglich ist. Nichts soll der öffentlichen Hand aufgelastet werden, was auch privat verkraftet werden kann.“ Auch für die junge Generation gibt es ein Programm, das den „existentiellen Sinnverlust, dem immer mehr junge Menschen heute ausgesetzt sind“ entgegenzutreten soll. Eine Expertenkommission „Bildungspolitik Schule 2000“ soll sich genauer damit befassen. Die Richtung ist festgelegt: „Notwendig ist die Verkürzung der Erstausbildung und eine Intensivierung der Fort- und Weiterbildung.“

Entwicklung „zu einer Kultur des Helfens“

Unter diese Prämisse stellt Ministerpräsident Teufel die Sozial- und Gesundheitspolitik in Baden-Württemberg. Einen Schwerpunkt hierbei bildet die „Altenpolitik“.

„Wir wollen eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Deshalb müssen wir für eine mitmenschliche Grundeinstellung werben, am besten durch das eigene Beispiel. Pflegende Berufe, soziale Arbeit, freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit, Nachbarschaftshilfe, kirchliche soziale Dienste sind unverzichtbare Elemente für ein Zusammenleben in Würde und Humanität.“ Dieses subsidiäre Prinzip will Teufel mit den Mitteln der Marktwirtschaft durchsetzen. „Sie (die Landesregierung, Anm. d.R.) begrüßt und unterstützt alle Initiativen zur Stärkung der produktions- und unternehmensorientierten Dienstleistungen und prüft, inwieweit sie in diesem Prozeß bisher hoheitlich geführte Unternehmen einbeziehen kann. Sie läßt sich dabei von dem Grundsatz leiten, daß private Beteiligungen die beste Gewähr für unternehmerisch gute Lösungen darstellt. Soweit auf öffentlich-rechtliche Konstruktionen nicht verzichtet werden kann, wollen wir diese zugunsten der unternehmerischen Freiheit soweit wie möglich öffnen.“ Die Privatisierung öffentlicher Versorgungseinrichtungen steht also an, verknüpft mit der Liquidierung nicht wirtschaftlich arbeitender Einrichtungen. Konkret geht es um die Änderung des Kommunalrechtes bezüglich der Rechtsformen von kommunalen Krankenhäusern. Der Weg für privatrechtliche, kommunale Krankenhäuser soll eröffnet werden. Hier kassiert Teufel gleich noch die SPD-Landtagsfraktion ein. „Ich halte es für eine bemerkenswerte und erfreuliche Entwicklung, daß Regierung und Opposition hier in die gleiche Richtung denken. Wir werden ihre Vorschläge (Initiative der SPD-Landtagsfraktion zu neuen Rechtsformen für kommunale Krankenhäuser, Anm. d.R.) in unsere Reformüberlegungen mit einbeziehen.“ Die Versorgungssituation der Patienten an den Landeskrankenhäusern kann nach Teufel nur durch „... mehr privatwirtschaftliches Engagement und Management“ verbessert werden. Allein bis

1995 sollen tausende von Krankenhausbetten abgebaut werden. Teufel knüpft hier nahtlos an die Späthsche Bettenstreichungspolitik an.

Passend dazu will die Landesregierung ihre Schrittmacherrolle in der Altenpolitik mit besonderem Augenmerk auf die „Stärkung der Familienpflege und der ehrenamtlichen Dienste legen.“ Ein alter Mensch wird kaum noch ein Krankenhausbett finden.

Die jetzt installierten Seniorengesellschaften machen dann die Arbeit, und sie entlasten den Staat weiter von Versorgungsleistungen, denn wer dort jetzt unentgeltlich arbeitet, gewinnt einen Bonus für spätere Pflege. Wer das eben nicht macht, ist selber schuld.

Bis zur Sommerpause soll ein Konzept zur Verbesserung der Situation der Pflegeberufe vorliegen. Hier muß noch hinzugefügt werden, daß die Landesregierung nach wie vor einen Pflegemangel abstreitet. Das Sozialministerium warnte auch eindringlich davor, den Pflege-notstand herbeizuführen. Für bestimmte Gruppen in der Pflege soll es ein Höher-

und Weiterbildungskonzept geben. Das festigt dann die hierarchische Ordnung gegenüber angelernten Hilfskräften. Über Zwangsumschulungen zum Pflegeberuf hatte die Landesregierung ja schon offen nachgedacht. Aber erstmal hat sie jetzt die Frauen im Blick. Besonders für Frauen nach der Phase der Kindererziehung, die „gerne in der Pflege tätig wären“, soll ein abgestimmtes bzw. abgestuftes Ausbildungsprogramm den Einstieg in den Pflegeberuf ermöglichen.

Warum Menschen überhaupt krank werden und zunehmend der Pflege bedürfen, ist Teufel klar. Es liegt am Gesundheitsbewußtsein. Und so kann sich die Gesundheitspolitik dem Bewußtsein zuwenden und nicht den krankmachenden Lebens- und Arbeitsumständen. „Wir fördern eine gesunde Ernährung, Bewegung, Erholung und Sport. Unsere Aufklärung gilt den Gefahren des Rauchens und einer gesunden Lebensführung.“ Eine Reform des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit Zentralisierung kündigte Teufel schon an.

Jagd auf Drogen und organisierte Kriminalität

Teufel hat noch für dieses Frühjahr den Entwurf eines neuen Polizeigesetzes angekündigt. Schwerpunkte sollen die „Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und der organisierten Kriminalität“ sein. Die Landesregierung arbeitet seit langem mit einer Fülle von Berichten und Statistiken über die Zunahme der sog. „organisierten Kriminalität“, die „sicherheitspolitische Herausforderung der 90er Jahre“, um weitreichende strafrechtliche und polizeiliche Verfolgungs- und Unterdrückungsinstrumente zu legalisieren. Anfang des Jahres hat die baden-württembergische Landesregierung ihre Bundesratsinitiative zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität erneut eingebracht, nachdem ein entsprechender Gesetzentwurf auf Initiative Baden-Württembergs und Bayerns vom Bundesrat zwar beschlossen, aber vom Bundestag vor der Wahl nicht mehr beraten wurde. Schwerpunkte sind der Zugriff auf Einkommen von Leuten, die

der „organisierten Kriminalität“ verdächtigt werden, schärfere Ermittlungsmethoden — gesetzliche Regelungen über den Einsatz „verdeckter Ermittler“, den Einsatz von Überwachungssystemen und Rasterfahndung — und neue prozessuale Regelungen des Zeugenschutzes. Die Landesregierung bemüht sich mit scheinbarer Sorge über das „Geschäft mit menschlichem Leid“ um Akzeptanz und Unterstützung der Verfolgung und Bespitzelung von Leuten, die „verdächtig“ sind — das trifft vor allem Ausländer — und in großem Umfang auch von Leuten, die krank sind. Im Rauschgiftbereich müßten vor allem die „Kleindealer“, also in aller Regel suchtkranke Menschen. Ziel der „mit einem hohen Personal- und Zeitaufwand verbundenen Sonderaktionen“ sein. Mit Stolz verweist das Innenministerium auf Zustimmung seitens verunsicherter Eltern und einen von der Polizei zusammen mit Schülern erstellten

Rocksong („Bleib clean — na klar“). Am 15.2. trat eine gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Justiz- und Innenministeriums in Kraft zur engen Kooperation zwischen Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Zoll- und Finanzbehörden, Gefängnissen und Ordnungsbehörden. Bei jeder Staatsanwaltschaft ist jetzt ein „OK-Beauftragter“ tätig, zum Teil sind Spezialdezernate eingerichtet worden: beim Landeskriminalamt wurde ein Dezernat für Zeugenschutz aufgebaut und der Bereich verdeckter Ermittler verstärkt. In offiziellen Verlautbarungen steht immer die Drogenkriminalität an erster Stelle, organisierte Kriminalität wird aber viel weiter gefaßt. Neben Falschgeld, Menschenhandel, Kunststiebstahl und Wirtschaftskriminalität rückt zunehmend der Bereich der sog. „Massenkriminalität“ ins Zentrum, speziell angeführt wird der Ladendiebstahl.

Quelle: Wochendienst Ba-Wü, div. Angaben



Eins von sechs Werbeplakaten, die das Innenministerium in Ämtern und öffentlichen Gebäuden einsetzt.

Kurdenprozeß als Farce

Acht Angeklagten Einstellung wegen „geringer Schuld“ angeboten

Düsseldorf. Der Prozeß gegen sechzehn Kurdinnen und Kurden vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf wird immer deutlicher zu einer Farce. In der letzten Woche bot das Gericht acht der noch sechzehn Angeklagten eine Verfahrenseinstellung wegen „geringer Schuld“ ein. In sechs Fällen hatte auch die Bundesanwaltschaft einer Einstellung zugestimmt.

Anlaß für diesen Rückzug der Anklage waren unhaltbare Widersprüche des zweiten Kronzeugen — der erste hatte gleich gar nicht ausgesagt — sowie ein absehbar ähnliches Fiasko der Anklage bei dem dritten Kronzeugen, Ali Cetiner, der ab 8. April aussagen soll und der nun auch anfängt, sich Schritt für Schritt von seinen beim BKA protokollierten Beschuldigungen abzusetzen. Dieser Ali Cetiner hatte vorher schon in Schweden gegläntzt, wo er u.a. „bezeugte“, daß die PKK Olaf Palme mit einer von der syrischen Botschaft in Stockholm gelieferten Waffe ermordet habe — bis ein Untersuchungsausschuß des schwedischen Parlaments herausfand, daß Syrien nirgends in Schweden eine Botschaft unterhält.

Zu Beginn der Vernehmung dieses „Kronzeugen“ haben die Angeklagten und ihre Verteidigung zu einer Pressekonferenz eingeladen, zu der auch zahlreiche internationale Presse erwartet wird.

Von den 16 Angeklagten sitzen nur noch 3 in Untersuchungshaft:

— Selahattin Erdem, dem im wesentlichen Urkundenfälschung vorgeworfen wird,

— Ali Haydar Kaytan, dem vor allem die Beteiligung an einem Todesurteil in einem PKK-Lager im Libanon vorgeworfen wird — ein Vorwurf, mit dem sich die Bundesanwaltschaft wider jedes Völkerrecht zum Richter über angebliche Straftaten im Libanon aufzuschwingen versucht, und

— Hasan Hayri Güler, den die türkische Presse schon zu Beginn der „Kurdenverfolgung“ in der BRD durch BKA und Bundesanwaltschaft unbedingt verhaftet haben wollte — damals noch als angeblichen Mörder von Olaf Palme.

Im folgenden dokumentieren wir die Erklärung der Angeklagten zum Einstellungsangebot des Düsseldorfer Gerichts. — (rü)

19. März: Presseerklärung der Angeklagten im Kurdenprozeß

„Am Mittwoch, den 13. 3. 1991, hat der 5. Strafsenat des OLG Düsseldorf die Einstellung des Verfahrens gegen acht Angeklagte angeboten und uns heute die „Möglichkeit der Stellungnahme“ mit der Empfehlung zur Zustimmung gegeben. Wir lehnen dieses Angebot ab. Nicht, weil wir gegen die Einstellung des Verfahrens sind, im Gegenteil. Aber

diese Form der halben Einstellung, nämlich für 8 von 16 Angeklagten, ist für uns nicht akzeptabel.

Diese halbe Einstellung ändert nichts am Wesen des Verfahrens und an der Möglichkeit der Anwendbarkeit des § 129a gegen unsere Organisation. Im Gegenteil soll das Verfahren mit diesem Schritt handhabbar gemacht werden.

Diese halbe Einstellung ist der Versuch des Senats, eine offensichtliche Niederlage in einen Sieg zu verwandeln, indem unter der Drohung, daß alles noch Jahre dauern könnte, die schon jetzt klar absehbaren Freisprüche für viele Angeklagte einfach mit einer Einstellung umgangen werden. Mit dieser halben Einstellung bleibt das Verfahren so oder so als Mittel der Erpressung gegen uns fortbestehen. Das ist für uns nicht akzeptabel.

Dieses Verfahren ist von uns von Anfang an abgelehnt worden. Wir haben dieses Verfahren aufgrund unserer Kenntnis der Beweislage und der Zeugen als undurchführbar bezeichnet. Wir haben von Anfang an erklärt, daß dies ein politisches Verfahren ist. So fällt auf, in welche Zeit dieses Angebot zu einer halben Einstellung fällt. Es ist eine Zeit, in der auf der Tagesordnung die Lösung der kurdischen Frage steht. Es fällt in eine Zeit, in der klar wird, ohne die Lösung der kurdischen Frage gibt es keinen Frieden im Nahen Osten, und ohne die PKK gibt es keine Lösung der kurdischen Frage. Es fällt in eine Zeit, in der das kurdische Volk auf der Basis der Unabhängigkeit und des Widerstandes zum ersten Mal seine Einheit in einem Nationalkongreß zu konstituieren versucht. Es fällt in eine Zeit, in der unser Volk sich in Süd- und Nordkurdistan im Aufstand gegen die irakischen und türkischen Besatzer befinden. Es fällt in eine Zeit, in der selbst Özal begriffen hat, daß eine militärische Lösung der Kurdenfrage und damit der PKK nicht mehr möglich ist und sich hinter der Hand zum Dialog mit der PKK bereit erklärt. Es fällt in eine Zeit, in der alle europäischen Staaten ihre Kurdenpolitik verändern.

Die BRD hat von Anfang an eine falsche Politik beziehungsweise keine Politik in der Kurdenfrage verfolgt. Sie ist an die ganze Sache mit einer Polizeilogik herangetreten und tut dies auch heute noch. Die halbe Einstellung dieses Verfahrens ist nichts weiter als die Fortsetzung dieser Polizeilogik. Deutlich wird dies daran, daß nicht unschuldig ist, wer nicht seiner Schuld überführt wird, sondern nach dem Prinzip, jedes Mitglied der PKK ist schuldig, bis das Gegenteil bewiesen wird, und dann wird eben eingestellt. Das ist nicht akzeptabel.

Die BRD muß zu dem stehen, was sie angerichtet hat. Sie muß dieses Verfahren insgesamt einstellen.“

Kundgebung vor dem türkischen Generalkonsulat

Karlsruhe. Am 23.3. führte die ERNK Karlsruhe zusammen mit dem Kurdistan Komitee Karlsruhe zum kurdischen Neujahrs- und Widerstandsfest Newroz eine Stunde lang eine Kundgebung vor dem türkischen Generalkonsulat in Karlsruhe durch. Es beteiligten sich ca. 80 Leute. In Reden auf kurdisch, türkisch und deutsch wurde die Kolonialpolitik und der Terror des türkischen Staates verurteilt, zur Solidarität mit dem Aufstand in Şırnak, İdil, Cizre, Kerboran und Kulp und dem Befreiungskampf aufgerufen. Gefordert wurde der sofortige Stopp der BRD-Militärhilfe an die Türkei und der Rückzug der BRD-Truppen aus Kurdistan. Während der Kundgebung wurde die türkische Fahne verbrannt. Zahlreiche türkische und kurdische Leute, die zum Konsulat mußten, blieben für die Dauer der Kundgebung. — (rub)

Ausländerbeiräte: Trotz Urteil kandidieren

Hannover. Die Arbeitsgemeinschaft Kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen verabschiedete auf ihrer Tagung am 11.3. eine Resolution, in der die Ausländerbeiräte aufgerufen werden, trotz Urteil des Bundesverfassungsgerichts Wahlvorschläge für die Kommunalwahl einzureichen, um deutlich zu machen, daß die Forderung nach aktivem und passivem Wahlrecht für alle Ausländer, die ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik haben, aufrechterhalten wird. Die Bundesrepublik sei ein Einwanderungsland geworden, und diese Entwicklung mache eine Verfassungsänderung unumgänglich. Die Arbeitsgemeinschaft beschloß außerdem, die Ausländerbeiratswahlen in den Kommunen landesweit zum gleichen Zeitpunkt stattfinden zu lassen. Weiterhin wurde eine Kommission eingerichtet, die mit der Landesregierung über eine Verbesserung der Situation unterhalb des Wahlrechts verhandeln soll. — (rec)

Staatsanwalt setzt weiter auf die Psychiatrie

Nürnberg. Nach drei Wochen im Haus III in Straubing ist Sven L. am 20.3. 1991 wieder in die JVA Nürnberg zurückverlegt worden. Sven wird der Versuch eines Brandanschlags aufs Nürnberger Einwohnermeldeamt vorgeworfen, er verweigert aber jede Aussage. Mit der Rückverlegung ist der erste Versuch gescheitert, Sven mit den Mitteln der Psychiatrie zu einer Aussage zu nötigen. Trotz eines gegenteiligen Gutachtens des Straubinger Knast-Arztes hält der Staatsanwalt an der Psychiatrisierung Svens fest: er hat bei Gericht den Antrag gestellt, Sven zur Begutachtung ins das Bezirkskrankenhaus Erlangen (Psychiatrie) verbringen zu lassen. — (mas)

Städtepartnerschaft Diyarbakır — Karlsruhe

Karlsruhe. Das Kurdistan Komitee Karlsruhe unternimmt Bemühungen zur Gründung einer Städtepartnerschaft zwischen der kurdischen Stadt Diyarbakır (kurdisch: Amed) und Karlsruhe. Im Aufruf heißt es: „In Karlsruhe leben schätzungsweise mehr als 1000 Kurdinnen und Kurden aus Türkisch-Kurdistan ... In der Türkei ist es ihnen bis heute verwehrt, ihre kulturellen, sprachlichen und politischen Rechte in vollem Umfang wahrzunehmen ... Die Kurden haben als eines der größten Völker der Erde ohne eigenen Staat und über mehrere Länder verteilt niemals aufgehört, für ihre Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu kämpfen ... Im Windschatten des Krieges hat sich die Situation der Kurden in Türkisch-Kurdistan jedoch weiter verschlechtert. Die Menschenrechte sind immer noch suspendiert, hunderte von Dörfern wurden zerstört, tausende von Menschen deportiert, Folter ist an der Tagesordnung ... Trotzdem werden von den bundesdeutschen Behörden ständig kurdische Flüchtlinge und Asylbewerber in die Türkei zwangsweise abgeschoben und somit wesentlich der Verfolgung und Mißhandlung durch Polizei und Militär ausgeliefert ... Statt zur militärischen Aufrüstung der Türkei weiter beizutragen, sollte die Bundesregierung die deutschen Einheiten aus Kurdistan abziehen und sich für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker einsetzen ...“ Den Aufruf unterstützen bisher u.a. ERNK Karlsruhe, Flüchtlingsrat, Gemeinderatsfraktion der Grünen Liste, Infobüro, KV der Grünen, Karlsruher Liste, Pax Christi, USA der Universität, Volksfront. — (rub)

Ostermarsch: Nie wieder Krieg! Frieden! Gerechtigkeit! Zukunft!

Stuttgart. Das Friedensnetz Baden-Württemberg ruft für Ostermontag zu einem landesweiten Ostermarschabschluß auf. Im Aufruf wird u.a. gefordert: Kein Einsatz der Bundeswehr in Kriegs- oder Krisengebieten, auch nicht im Rahmen von UNO-Truppen. Keine Grundgesetzänderung, die dies ermöglicht! Keinerlei Waffenlieferungen oder Kriegsunterstützung für militärische Konflikte. Kündigung des WHNS-Abkommens über die Unterstützung der USA im Kriegs- oder Krisenfall. Wir fordern humanitäre Hilfe für die Opfer des Krieges. Eine Kriegssteuer lehnen wir entschieden ab. Verbot aller Exporte für militärische Zwecke! Umstellung der Rüstungsproduktion auf sozial nützliche und umweltverträgliche Produkte. Sprechen wird auch eine Vertreterin der Kurden. — (evc)

HMI-Forschungsreaktor darf betrieben werden

Berlin. Am 15.3. erteilte Umweltsenator Hassemer die letzte Teilgenehmigung für den umgebauten Forschungsreaktor BER II im Hahn-Meitner-Institut. Haben etwaige Klagen von Anwohnern keinen Erfolg, so kann der 10-Megawatt-Reaktor in ca. fünf Monaten voll in Betrieb sein. Die ehemalige grüne Umweltsenatorin Schreyer, die eine Genehmigung in ihrer Amtszeit verhindert hatte, kritisierte, daß die Entsorgung nicht nachgewiesen und eine militärische Verwendung der Abfälle möglich ist. Der radioaktive Müll, der in die Wiederaufbereitungsanlage Dounreay in Schottland verschoben wird, muß eventuell in einigen Jahren von der BRD zurückgenommen werden. — (chk)



Bonn. Mit einer Demonstration in Bonn, an der mehr als 1500 Menschen teilnahmen, erinnerten kurdische Organisationen am Samstag an das Massaker von Halabja. Vor drei Jahren hatte dort die irakische Armee gegen kurdische Flüchtlinge Giftgas eingesetzt, mehrere tausend Menschen starben qualvoll. — (mz; Bild: af/mz)

Schlägt die Enttäuschung in aktives Handeln um?

Demonstrationen in einigen Städten zum Jahrestag der letzten Volkskammerwahl in der DDR

Leipzig. In Berlin, Leipzig, Cottbus und einigen kleineren Städten fanden sich am 18. März über 100000 Bürger der neuen Bundesländer zu Demonstrationen gegen die Politik der Treuhandanstalt, aber vor allem gegen den Wahlbetrug

durch den Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen. Weitere Aktionen folgten im Verlauf der letzten Woche, so in Dresden, Erfurt, Magdeburg und Merseburg. Auch dort soll zukünftig jeden Montag demonstriert werden.

Am 18. März, genau ein Jahr nach den letzten Volkskammerwahlen in der DDR, kamen auf dem Augustusplatz (früher Karl-Marx-Platz) in Leipzig etwa 70000 Bürger zusammen, um gegen die Kahlschlagpolitik der Treuhandanstalt und vor allem gegen die Politik der Kohl-Regierung zu demonstrieren.

Tradition der Montags-Demonstration in Leipzig

Am 25. September 1989 zogen nach dem jeden Montag stattfindenden Friedensgebet in der Nikolaikirche 6000 Menschen durch die Straßen der Messestadt. Der Anfang vom Ende der „SED-Herrschaft“. Bereits am 2. Oktober demonstrierten 20000 Leipziger und viele Zugereiste für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Am 9. Oktober waren es 100000 ... Nur das beherzte Auftreten von sechs prominenten Leipzigern, die sich mit einem Aufruf zur Gewaltlosigkeit an die Demonstranten wandten, verhinderte am 9. Oktober eine Eskalation zur Gewalt. Die 300000, die am folgenden Montag durch Leipzig zogen, hatten nicht die Gesellschaft vor Augen, in der sie heute leben. Sie waren mit dem

täglichen Leben unzufrieden, kamen mit der großen Differenz zwischen dem Ziel und der täglichen Realität nicht mehr klar und drängten auf Veränderung.

Heute sagen viele, mancher offen, viele etwas verschämt und zurückhaltend „das haben wir nicht gewollt, dafür sind wir nicht auf die Straße gegangen.“ Diese „friedliche Revolution“, wie die Entwicklung im Herbst 1989 von vielen bezeichnet wird, wurde schnell von anderen Kräften genutzt, (die natürlich auch schon bei der Unterstützung der ersten Demos sehr aktiv waren).

Ist Leipzig erneut Anfangspunkt einer „friedlichen Revolution“?

Erklärtes Ziel der Organisatoren der Demonstration am 18.3.1991 war es, die Montags-Demonstration in Leipzig wieder in Gang zu bringen, um „gegen die Wählertäuschung vom 18.3.1990 und gegen den sozialen Abstieg des Ostens“ (Flugblatt des „Neuen Forum, Organisator der 89er Demos, aber Verlierer bei allen Wahlen 1990) anzugehen. Wesentlich zum Gelingen der Demonstration beigetragen haben die Gewerkschaften. Bereits am vorangegan-

genen Montag folgten ca. 20000 dem Aufruf der IG Metall zur Demonstration gegen die Treuhandanstalt.

Hauptperson der Demonstration war zweifellos Bundeskanzler Helmut Kohl, der auf mehrere Einladungen zu dieser Demonstration nicht reagiert hatte. Folgerichtig war der Aufruf von Werner Schulz, MdB-Bündnis 90/Grüne, „Wenn der Bundeskanzler nicht zu uns kommt, gehen wir eben zu ihm, um auf die herrschenden Mißstände aufmerksam zu machen“. Er schlug vor, im Frühjahr einen Sternmarsch der Bürger der ostdeutschen Länder zum idyllischen Bonn zu organisieren.

Pfiffe ertete das Mitglied des Bundestages Gunter Weißgerber (SPD) für seine Bemerkung, der Kanzler müsse nicht weg, sondern in die politische Pflicht genommen werden.

„Kohl muß weg“ war die Antwort mehrerer Sprechchöre.

Die Bonner Politiker, die 1989 ihr Herz für die Leipziger Demos entdeckten, hätten vielleicht schon damals in Goethes „Zauberlehrling“ nachlesen sollen. „Die Geister, die ich rief ...“ — (sta)

Plutonium nach Gundremmingen

Atomrechtliches Einwendungsverfahren läuft bis 25. April

München. Die Betreiber des Atomkraftwerks Gundremmingen, RWE und Bayernwerk, haben beim bayerischen Umweltministerium beantragt, in Zukunft plutoniumhaltige Mischoxid-Brennelemente (MOX) einsetzen zu dürfen. MOX-Brennelemente enthalten nicht nur (wie normale Brennelemente) Uranoxid, sondern auch Plutoniumdioxid. Das Plutonium stammt aus der Wiederaufarbeitung und wird in Hanau von den SIEMENS-Brennelementwerken, die früher unter dem Namen ALKEM in negative Schlagzeilen geraten ist, zu MOX-Brennelementen verarbeitet.

Das Plutonium aus der Wiederaufarbeitung war ursprünglich für den Schnellen Brüter gedacht. Doch nach dem technologischen und finanziellen Aus für diesen Reaktortyp weiß die Atomindustrie nicht mehr, wohin damit. Die MOX-Brennelemente stellen nunmehr eine Notlösung dar, um die Wiederaufarbeitung und die gesamte Plutoniumtechnologie künstlich am Leben zu erhalten. Darum laufen in nächster Zeit eine Serie von Genehmigungsverfahren für den Einsatz in Siedewasserreaktoren.

Der Einsatz der MOX-Brennelemente bringt sonst keine weiteren Vorteile. Die Herstellung ist um ein Vielfaches teurer. Dazu kommt, daß der Betrieb von Atom-

kraftwerken durch MOX-Brennelemente um einiges schwieriger wird, weil der Reaktor näher an den kritischen Auslegungsgrenzen „gefahren“ werden muß. Kommt es bei einem Störfall im Reaktor zur Freisetzung von Radioaktivität, wird die Umgebung folgeschwerer verseucht.

Die Atomindustrie versucht, den Einsatz von MOX-Brennelementen unter dem Deckmantel „Recycling von Plutonium“ und „sparsamer Umgang mit den Uranvorräten“ zu verkaufen. Richtig ist jedoch, daß zwar wiederaufgearbeitetes Plutonium im Reaktor eingesetzt wird. Die abgebrannten Brennelemente enthalten aber anschließend noch mehr Plutonium, allerdings Plutonium von anderer Sorte, das noch schwieriger zu handhaben ist. Außerdem entstehen noch jede Menge anderer sogenannter „Transurane“, deren Entsorgung noch mehr Sorgen bereitet. Der Einsatz von MOX-Brennelementen verschleierte also nur das Problem, daß niemand weiß, wohin mit dem Plutonium. Im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens kann jeder Mensch Einwendungen gegen dieses Projekt beim Bayerischen Umweltministerium erheben.

Sammeleinwendungen können bei der örtlichen Bürgerinitiative angefordert werden: Carola und Thomas Wolf, Hauptstr. 204, 8876 Jettigen-Scheppach, Tel. 08225/12 82. — (ruso)

Produktion kaputt, Markt erobert?

Kolonialmethoden von Krupp Widia in der ehemaligen DDR

Essen/Schmalkalden. Noch im August letzten Jahres schwärmte die Geschäftsleitung von Krupp Widia davon, in zwei bis drei Jahren gehöre das Hartmetallwerk Immelborn (HWI) in Schmalkalden (Thüringen) zu den „Perlen“ der Widia-Gruppe. Inzwischen sieht sie die Verhandlungen um die Übernahme des größten Hartmetall-Herstellers der ehemaligen DDR, der 1944 als ausgelagerte Betriebsabteilung von Krupp Widia Essen gegründet wurde, praktisch als gescheitert an. HWI steht vor einer „Katastrophe“, wie es auf einer Betriebsversammlung hieß, Hoffnungen auf den Krupp-Konzern sind Wut gewichen.

Bereits im Februar 1990 unterzeichneten Krupp Widia und HWI einen Kooperationsvertrag. Im Sommer wurde die gemeinsame Vertriebsgesellschaft Widia-Harthü GmbH gegründet, die den Verkauf von HWI-Werkzeugen übernahm und nach Marketing-Gesichtspunkten neu organisierte. Die Beteiligung von Krupp Widia betrug 55 %, an den entscheidenden Stellen wurden leitende Angestellte von Krupp platziert.

Gleichzeitig begann Krupp Widia mit der Erarbeitung eines „Sanierungs“-konzeptes, das zum Erwerb des gesamten Betriebes im Herbst bei der Treuhand eingereicht wurde. Es sah umfassende Rationalisierungsmaßnahmen, Produktionseinschränkungen und einen

Abbau der Belegschaft von 1200 auf 1993 noch 550 Beschäftigte vor. Krupp Widia wollte das HWI jedoch nicht nur so gut wie umsonst haben. Die Treuhand sollte auch Alt-Schulden, Gebäudesanierungen und Sozialplankosten tragen.

Diese Bedingungen zielten offensichtlich bewußt auf das Scheitern der Verhandlungen. Krupp Widia ging es in erster Linie um neue Märkte, und die sind gesichert: Nachdem die Geschäftsführung von Krupp Widia ihre Aufsichtsratsmandate bei HWI bereits Anfang März niederlegte, will sich Krupp Widia zum 1.4. auch aus der gemeinsamen Vertriebsgesellschaft zurückziehen. Gleichzeitig gründet Krupp Widia eine eigene Vertriebsgesellschaft für die ehemalige DDR und Osteuropa — natürlich mit den Kunden-Beziehungen von HWI.

Für HWI bedeutet diese Entwicklung wahrscheinlich das Aus. Eine vage Hoffnung setzt die IG Metall auf ein von HWI selbst zu entwerfendes Sanierungskonzept. Die Krupp Widia-Geschäftsleitung schwadroniert derweil schon darüber, daß ein neues Werk auf der „grünen Wiese“ allemal günstiger wäre als die Übernahme von HWI, falls der Markt nicht ohnehin von den bisherigen Krupp Widia-Standorten aus beliefert werden kann. Entfallen würden in jedem Fall die lästigen Verpflichtungen gegenüber der Belegschaft. — (kw)

IG Medien gegen Steuererhöhungen

Mannheim. Der Bezirk Rhein-Neckar der IG Medien wendet sich an die neun Bundestagsabgeordneten im Rhein-Neckar-Raum: „Für die mehr als 3000 in unserem Bezirk organisierten Kolleginnen und Kollegen stellen wir fest: 1. Wir lehnen Steuererhöhungen zur Finanzierung eines Krieges kategorisch ab. ... 3. Wir protestieren in aller Schärfe dagegen, daß es einmal mehr die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein sollen, denen die Last der neuen Steuergesetzgebung (und Sozialgesetzgebung!) im wesentlichen aufgebürdet wird. ... 5. Wir weisen deshalb schon heute darauf hin, daß die ‚Politik‘ für die Härte der diesjährigen Tarifausschüßelungen verantwortlich zeichnen wird. ...“ Inzwischen ist bekannt, daß der Hauptvorstand der IG Medien dieses Schreiben unterstützt. — (AGMe, tis)

Sennheiser: Fragen über Gesundheitszustand

Hannover. Die Sennheiser electronic KG in Wedemark/Bissendorf bei Hannover, Hersteller von Mikrofonen und Kopfhörern, verlangt von 20 Beschäftigten Auskunft über ihren zukünftigen Gesundheitszustand. Im Zweifel sollten sich diese Beschäftigten an ihren Hausarzt wenden. Dieses Vorgehen rechtfertigt die Geschäftsleitung mit angeblich häufigen „Fehlzeiten“. Der Betriebsrat kritisierte das Vorgehen der Geschäftsleitung. Auch die Ärztekammer Hannover hält Anfragen über die gesundheitliche Zukunft von Patienten für unzulässig. Es sei „ein erheblicher Eingriff in die ärztliche Diagnose- und Therapiefreiheit“, meint die Ärztekammer. — (anr)



Speyer. In der 5. Verhandlung am 19.3. in der Papierverarbeitung äußerten sich die Kapitalistenvertreter erstmals zum Lohn. Gekoppelt mit der Forderung, daß die bisherigen Maschinenlaufzeiten erhalten bleiben müssen (also incl. Samstags), boten sie 5,5 % an. — (urb)

Schwerpunkt: Strukturforderungen

Die Tarifverhandlungen im Einzelhandel haben begonnen

Im Einzelhandel sind hohe Lohn- und Gehaltsforderungen aufgestellt worden: 10 Prozent, Mindestforderungen zwischen 274 und 300 DM oder 2000 DM Mindesteinkommen. Der Schwerpunkt der Forderungen liegt in der Strukturver-

änderung der Eingruppierung für den größten Teil der Beschäftigten im Verkauf, an der Kasse, in der Sachbearbeitung und Datenerfassung, für Lager- und Versandarbeit. Zur Durchsetzung wäre ein Streik nötig.

Im Einzelhandel sind in diesem Jahr Tarifforderungen mit 10 % Einkommenserhöhung, teilweise Mindestforderungen sowie stark wirkenden Strukturforderungen aufgestellt worden.

Nach intensiver Beratung und Umfrageaktionen unter den Beschäftigten, beschloß die Große Tarifkommission der HBV für den Einzel- und Versandhandel Baden-Württemberg folgende Forderungen: 10 % Lohn- und Einkommenserhöhungen, 2000 DM Mindesteinkommen.

Für die Arbeit im Verkauf, an der Kasse, für Sachbearbeitung und Datenerfassung, die zumeist in der Gehaltsgruppe II eingestuft werden, wird eine „Extra-Reform der Gehaltsgruppe II“ gefordert:

1. Berufsjahr: 2010 DM (bisher 1730)
2. Berufsjahr: 2103 DM (bisher 1791)
3. Berufsjahr: 2421 DM (bisher 1827)
4. Berufsjahr: 2713 DM (bisher 1912)
5. Berufsjahr: 2889 DM (bisher 2201)
- Das 6. Berufsjahr ist zu streichen (bisher 2466 DM).

Für die Arbeit im Versandhandel und Lager: vor der 10 %-Erhöhung eine Höhergruppierung: Arbeiten der Lohnstufe

drei (derzeit 2126 DM) sollen nach Lohnstufe fünf (derzeit 2302 DM). Arbeiten der Lohnstufe vier (derzeit 2269 DM) sollen nach Lohnstufe sechs (derzeit 2466 DM) bewertet und bezahlt werden. Für die Filialleitungen wird eine Sonderanhebung u.a. durch Anrechnung jedes „Unterstellten“ als volle Kraft gefordert, für Auszubildende:

1. Jahr: 900 DM (bisher 700)
2. Jahr: 1000 DM (bisher 785)
3. Jahr: 1100 DM (bisher 925).

Die HBV begründet die Forderungen: „Obwohl wir durch Personalabbau immer weniger wurden und immer mehr arbeiten, obwohl wir eine ungünstige Arbeitszeit haben, obwohl wir wegen Streß und Hetze oft heulen müßten, lächeln wir meistens. Die Händler schwimmen im Geld: Der Umsatz stieg im Einzelhandel 1990 um 70 Milliarden DM = 11 % auf ca. 700 Milliarden! Der Versandhandel wuchs sogar um 25 %. Bei Kaufhof stieg der Umsatz um 12 %, bei Hertie um 13,4 %, bei Kaisers Kaffee um 12,1 %, beim Tengelmann-Konzern um 13,4 %, bei Rewe um 11 %. Und die Gewinne explodieren: Bei Kaufhof um 30 % höher!“

In Bayern und Nordrhein-Westfalen wurden außer den 10 % und Strukturforderungen Mindestforderungen von 274 DM bzw. 300 DM aufgestellt. In Nordrhein-Westfalen erklärten die Arbeitgeberverbände auf der ersten Verhandlung, daß sie von der Streikfähigkeit der HBV ausgehen. Sie zeigten Bereitschaft, bei der Vergütung für Auszubildende, der Ersteingruppierung nach der Ausbildung und der Durchlässigkeit von der Beschäftigungsgruppe II nach III etwas „zu machen“.

Die erste Verhandlung in Baden-Württemberg findet am 9. April, in Bayern am 11. April statt. Die Forderungspakete sind anspruchsvoll. Durchgesetzt werden könnten sie nur mit Streik.

Da die Forderungen verschiedenste Beschäftigungsgruppen ansprechen, beginnen sog. „Zielgruppenaktionen“, d.h. es finden extra Diskussionen mit Kassierinnen, Verkäuferinnen usw. statt. Auf der Betriebsversammlung von Wertkauf München wurde schon jetzt eine Protestaktion für den zweiten Verhandlungstag am 23. April beschlossen. — (rub)

Ende der Spaltung des Betriebsrats bei BMW München

München. Bei BMW in München hatte neben der offiziellen IG Metall-Liste eine aus IG Metall-Mitgliedern zusammengesetzte Liste „ALTERNATIVE“ zu den Betriebsratswahlen im Frühjahr 1990 kandidiert. Sie erhielt vor allem aus dem Bereich der Bandarbeiter Stimmen — insgesamt 9,2 % und damit 4 Betriebsratsitze. Hintergrund der Kandidatur war eine Politik des alten Betriebsrates, bei der es wirkliche Verbesserungen nur für Angestellte gab, während für Arbeiter lediglich Verschlechterungen abgemildert wurden. Diese Politik wird aber inzwischen auch von den offiziellen IG Metall-Betriebsräten nicht fortgeführt, wie der Einsatz für eine Tarifforderung gezeigt hat, die eine Vorweganhebung von Arbeiterlöhnen vorsieht. Mittlerweile ist auch die Spaltung des Betriebsrates in zwei Listen überwunden, wie auf der Vertrauensleutesitzung am 29. Januar bekanntgegeben wurde. Die Unterzeichner der Liste „ALTERNATIVE“ zogen ihre Unterschriften vom Wahlvorschlag zurück. Bei der nächsten Betriebsratswahl sollen Verhandlungen über die Platzierung auf der Kandidatenliste stattfinden, wobei beide Seiten mit dem Ergebnis zufrieden sein müssen. Statt bisher einer Freistellung im Angestelltenbereich verfügen die über die Liste „ALTERNATIVE“ gewählten Betriebsräte jetzt über eine halbe Freistellung im Arbeiterbereich. Die Klage der Liste auf Freistellung eines Arbeitervertreters wurde zurückgezogen. Die Münchner Ortsverwaltung der IG Metall stellte daraufhin auf Empfehlung der Leitung des BMW-Vertrauensleutkörpers die laufenden Untersuchungsverfahren wegen Verstoß gegen die IG Metall-Satzung ein. — (mu)

Belastungszulagen für schwere Arbeit vereinbart

Hannover. Betriebsräte und Geschäftsleitung des Unternehmens Schörling haben eine Betriebsvereinbarung über Belastungszulagen geschlossen. Der niedersächsische Manteltarifvertrag sieht diese Möglichkeit im gewerblichen Bereich vor. Die Gesamtbelastungszulage darf 14 % nicht überschreiten. Jeder Arbeitnehmer erhält eine allgemeine Belastungszulage in Höhe von 2 %, dazu in Lärmereichen ab 85 dB(A): 4 % für Lärm, ab 95 dB(A): 8 %. Dazu kommen 3,5 % für „überragende Umgebungsbelastungen“ in den Werkstattbereichen, in einigen, z.B. in der Lackierung, ist die Höhe hier 7 %, jeweils auf den Tariflohn. Die Vorgesetzten können in besonderen Fällen eine Schmutzzulage in Höhe von 3 % gewähren. Angestellte, die in Belastungsbereichen arbeiten, betroffen sind im wesentlichen die Meister, erhalten ebenfalls eine Zulage. — (gka)

PDS-Kundgebung gegen Plattmachen der EX-DDR

Berlin. Ungefähr 40000 Menschen nahmen an der Kundgebung der PDS gegen sozialen Kahlschlag, Massenarbeitslosigkeit und Abwicklung, gegen Steuerbetrug am 23.3. auf dem Alexanderplatz teil. Ulrich Unger von Zeiss in Jena stellte fest, daß ein Sanierungskonzept für den Betrieb mit 20000 Menschen fehlt und fragte, ob 50jährige hochqualifizierte Spezialisten vielleicht zu Bratwurströhrern umgeschult werden sollten. „Die Treuhand darf nicht länger ein Kolonialministerium sein!“ Sonja Kemnitz von der IG Betrieb und Gewerkschaft der PDS forderte planwirtschaftliche Methoden, um die Planwirtschaft mit der Marktwirtschaft zusammenzuführen, und gerade die beherrscht der Treuhandvorstand nicht. G. Gysi warf der Treuhand vor, betriebswirtschaftlich statt volkswirtschaftlich zu handeln. Er erinnerte an die zahlreichen Irrtümer (oder Irreführungen) Kohls und forderte die Regierung wegen Wählertäuschung zum Rücktritt auf. — (chk)

Ablehnung von Rüstungsarbeit wurde gerichtlich anerkannt

Stuttgart. IG Metall-Vorstandsmitglied Horst Schmitthöner begrüßte das Urteil eines Arbeitsgerichts in Köln, das das Recht einer Arbeitnehmerin bekräftigte, die Arbeit in der Herstellung von Material, das für die irakische Kriegsführung bestimmt ist, aus persönlichen Gewissensgründen abzulehnen. Das Gerichtsurteil verstärkt Schmitthöner zufolge die Bereitschaft der Arbeitnehmer, sich dem Waffenexport zu widersetzen. Der Vorfall hatte sich vor dem Golfkrieg ereignet und betraf eine Arbeitnehmerin, die ihrem Arbeitgeber mitteilte, sie könne nicht an Material arbeiten, das für den Einsatz durch die irakischen Streitkräfte bestimmt sei. Die Frau war Jüdin. Quelle: IMB Nachrichten 2/91 — (ros)

Herzchirurgie für die Sana

Stadt entzieht sich gesundheitspolitischer Verantwortung

Stuttgart. Vor drei Wochen entschied der Stuttgarter Gemeinderat, die Leitung des städtischen Katharinenhospitals in die Hände der Sana GmbH, einer Krankenhaus-Management-Gesellschaft der privaten Krankenversicherer, zu legen. Am 21. März 91 beschloß er mit derselben Mehrheit (CDU/FWV, FDP, Rep), die neue Herzchirurgie an die Sana zu verpacken.

Nach den städtischen Plänen soll die neue Herzklinik bis Ende 1994 auf dem Gelände des Katharinenhospitals gebaut werden. Die Kosten für die Errichtung der Klinik sollen von der Stadt (höchstens 10 Millionen Mark) und dem Land (ca. 57 Millionen Mark) aufgebracht werden. Die Stadt muß für den 10 Millionen-Mark-Kredit jährlich rund 900000 DM Zinsen bezahlen. Sie will der Sana GmbH die Herzchirurgie 15 Jahre lang verpachten, mit einer Option für weitere 10 Jahre. Während dieser Zeit soll Sana — nach dem ersten Jahr — 600000 DM Pacht jährlich an die Stadt bezahlen (also gerade zwei Drittel des Schuldendienstes) und 30 % eventueller Gewinne aus dem Betrieb der Herzklinik an die Stadt abführen.

Als Konkurrent für die Stadt bewirbt sich das Robert-Bosch-Krankenhaus beim Land um Zuschüsse in Höhe von ca. 50 Millionen Mark für die Erweiterung seiner Herzchirurgie.

Um das städtische Konzept gab es eine heftige öffentliche Auseinandersetzung in der Lokalpresse. Die SPD, Grünen, ÖTV und Personalvertretung forderten, die Herzklinik unter städtischer Trägerschaft beim Land zu beantragen, weil mit der Sana als Betreiber schwerwiegende Probleme auf das Katharinenhospital, die dortigen Beschäftigten und auf künftige Patienten zukommen.

Die Krankenkassen zahlen für Eingriffe mit der Herz-Lungen-Maschine einen Sonderpflegesatz, der die Kosten für den Eingriff abdeckt. Wenn Komplikationen oder Infektionen bei den Patienten auftreten, werden diese aus der Herzklinik verlegt auf die normale chirurgische und internistische Intensivstation des Katharinenhospitals oder anderer Krankenhäuser. Die Sana hat ihren Sonderpflegesatz für die Operation erhalten und muß sich nicht um die Finanzierung der teuren Intensivnachbehandlung über den pauschalen Pflegesatz mit den Krankenkassen auseinandersetzen.

Die Sana (Gesellschaft von Privatversicherern!) kann Privatpatienten bevorzugt behandeln gegenüber Kassenpatienten, bei denen die Herzklinik weniger einnimmt. Die Vorschriften für die städtischen Häuser verbieten eine Auswahl der Patienten aufgrund finanzieller Erwägungen.

Die Sana ist nicht an die Tarife im öffentlichen Dienst gebunden. Es ist zu

erwarten, daß sie z.B. die Tätigkeiten einer Pflegekraft weiter aufsplittet, um auch die Bezahlung differenzieren zu können. Dies führt zur Entsolidarisierung unter den Beschäftigten, möglicherweise auch zur Abwerbung von Personal aus dem Katharinenhospital. Auch ist es die erklärte Absicht der Sana, Aufträge (z.B. Putzarbeiten, Wäschereinigung) an Privatfirmen zu vergeben, wenn diese sie günstiger erledigen als die Stadt Stuttgart.

Die Dienstvereinbarungen der Stadt, z.B. über Arbeitszeitregelungen, gelten für die Sana-Beschäftigten nicht; zur Bereitstellung sozialer Einrichtungen, wie sie die Stadt für ihre Beschäftigten zur Verfügung stellt (Kindertagesheim, Wohnungen u.a.), ist sie nicht verpflichtet, die Personalvertretung des Katharinenhospitals ist nicht für die Sana-Klinik zuständig.

Die Stadtverwaltung, Oberbürgermeister Rommel und Gesundheitsbürgermeister Thieringer (CDU) begründeten die Privatisierung der Herzklinik damit, daß die Stadt nicht in der Lage sei, sie „betriebswirtschaftlich“ zu führen und daher das Defizit für den Betrieb des Katharinenhospitals (ca. 19 Millionen DM im vergangenen Jahr) weiter ansteigen werde. Zum großen Teil wird dieses Defizit jedoch dadurch verursacht, daß die Pflegesätze die dem Krankenhaus entstehenden Kosten für die Patientenbehandlung nicht decken. Die Kassen selbst sind durch Beschlüsse der Bundesregierung verpflichtet, ihre Ausgaben einzuschränken, um die Lohnnebenkosten zu senken.

Wenn nun die Auseinandersetzung z.B. um die jährlichen Pflegesatzverhandlungen Zug um Zug aus der Öffentlichkeit verschwinden, wird es für die verantwortlichen Politiker noch einfacher, gravierende Sparmaßnahmen gegenüber den Krankenhäusern und damit gegenüber den Beschäftigten und Patienten durchzusetzen. Dies ist auch der ausdrückliche Wille der Bundesregierung: die bisher allen Versicherten zugänglichen Leistungen des Gesundheitswesens sollen aufgesplittet werden in eine Grundversorgung für alle und eine spezielle Versorgung mit sehr teuren Behandlungen (z.B. Herzoperationen) nur für diejenigen, die sich dafür privat versichert haben. Die Herausnahme solcher Behandlungen aus dem pauschalen Pflegesatz und die Bezahlung von Sonderpflegesätzen bereiten diese Entwicklung vor.

Die künftigen Auseinandersetzungen mit dem ab Mitte des Jahres am Katharinenhospital eingesetzten Sana-Management müssen weiter klären, daß bei einer solchen Gesundheitspolitik die sozialen Belange der Beschäftigten und gesundheitlichen Interessen der Patienten unter den Räder kommen. — (ewo)



München. Angeblich über 1000 Faschisten wollen am 23.3.91 in München am Kongress „Wahrheit, Freiheit, Recht“ teilnehmen. Ziel des Kongresses sollte die Rehabilitation des Faschismus sein, u.a. durch die Verbreitung der Auschwitz-Lüge. Während das Deutsche Museum wegen „arglistiger Täuschung“ den Kongresssaal kündigte, war der Kongress selbst versammlungsrechtlich lediglich umstritten, nach Gerichtsentscheidungen konnte stattdessen eine Kundgebung stattfinden. Bild: Der Führer ist immer dabei. — (chi)

Aus Ländern und Gemeinden

Berliner-Senat will aufrüsten

Berlin. Die bürgerliche Meinung verspürt ein Sicherheitsproblem: Kriminalitätsanstieg 1990 um 20 %, vor allem Eigentumsdelikte (Taschendiebstahl +132 %). Massenweise arme Menschen nicht nur in Ostberlin oder aus Polen treffen auf solvente Anschlußprofiteure. Mehr Personal soll zielgerichteter das Geschäftsleben sichern. Die Einsparvorgabe (2,45 %) soll vom Tisch. Die CDU will ehemalige Volkspolizisten für „Sicherheitsteams“ (in privater oder kommunaler Trägerschaft) rekrutieren, um öffentliche und private Einrichtungen vor Gewalt zu schützen. Auch die Strafen müßten härter werden. So sollten jugendliche Straftäter in geschlossene Anstalten, um „Identifikationsfiguren“ zu demonstrieren. Richter sollen darauf eingeschworen werden, während mehr Zellen gebaut werden. Nötig sei auch eine Strafverschärfung bei Körperverletzung. Eine Polizei-Arbeitsgruppe befaßt sich mit der visumfreien Einreise von Polen. Gegen „Hütchenspieler“ (Glücksspiel) werde verstärkt vorgegangen. Die Möglichkeiten des Ausländerrechts sollen voll genutzt werden. — (ard)

Bürgerbegehren gegen KTS erfolgreich abgeschlossen

Freiburg. Gegen den Bau eines Kongresszentrums („KTS“) wurden jetzt 18422 Unterschriften für ein Bürgerbegehren bei der Stadt eingereicht, mit dem die Durchführung eines Bürgerentscheids über das Projekt verlangt wird. Obwohl nur 12000 Unterschriften nötig waren, steht trotzdem fest, daß der Gemeinderat den Bürgerentscheid für unzulässig erklären wird (vgl. Nr. 6. S. 9). Nachdem aber ein entsprechender Antrag noch vor einem Monat glatt durchgefallen war, scheinen die Chancen für einen vom Gemeinderat eingeleiteten Bürgerentscheid jetzt wieder zu steigen: Der Kreisvorstand der SPD, die mehrheitlich den Bau der KTS unterstützt, fordert neuerlich einen entsprechenden Gemeinderatsbeschuß. — (kuh)

Bundesregierung will Atomkraftlager erzwingen

Göttingen. Bundesumweltminister Töpler hat gegen die niedersächsische Landesregierung Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht, um sie zu zwingen, das Genehmigungsverfahren für die geplante Atomkraftdeponie in der Schachtanlage Konrad bei Salzgitter fortzusetzen. Die Landesregierung bezieht sich in dieser Lage, durch politische Überzeugung (Ministerpräsident Schröder will ein Konzept für den Ausstieg vorlegen) wie auch durch juristische Schritte die Kompetenzen der Landesregierung zu stärken und auf eine Änderung der rechtlichen Normen im Atomgesetz hinzuwirken. So soll ein niedersächsisches Landesbergrecht die Handlungsmöglichkeiten der Regierung verbessern, die Berufung einer kompetenten Sicherheitskommission soll ein politisches Gegengewicht gegenüber dem Bund schaffen. Zudem sucht die Landesregierung die Unterstützung der Bürgerinitiativen sowie juristischer Kreise. Die Reaktion hetzt dagegen und will diese legitimen Anliegen durch „Enthaltungen“ gegen Umweltminister Griefahn ins Zwielicht zu rücken. — (kaf)

Neue Landesmediengesetze für DDR-Länder nach Sommerferien

In den DDR-Ländern soll es künftig zwei Mehrländeranstalten als neue ARD-Mitglieder geben: eine für Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sowie den Mitteldeutschen Rundfunk für Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Die Staatsverträge und Landesmediengesetze sollen vor den Parlamentsferien verabschiedet werden. Stichtag für die Auflösung der „alten“ zentralen Rundfunkeinrichtungen der DDR ist der 31.12. Radio Aktuell (früher DDR 1) soll verschwinden; DS Kultur soll dem Deutschlandfunk zugeschlagen, das Jugendradio DT 64 privatisiert, der Berliner Rundfunk Partner des SFB werden. Mitarbeiter werden nur im Einzelfall übernommen. Bei der Fusion Radio Berlin International/Deutsche Welle waren es 14 von 130. — (ulk)

EG ermittelt wegen Verkauf des Potsdamer Platz

Berlin. Der Verkauf des 60000 qm großen Grundstücks auf dem Potsdamer Platz an Daimler-Benz durch den Berliner Senat wird von der EG-Kommission überprüft. Wegen des Verkaufspreises von 92 Mio. DM (ca 1500 DM pro qm) besteht der Verdacht einer unrechtmäßigen Subventionierung. Die Bauverwaltung hatte den Preis von Gelände am Rande der City für die Bewertung verwendet, obwohl der Potsdamer Platz im Zentrum Berlins liegt. Der AL-Abgeordnete Köppl verwies auf Nachbargrundstücke, für die private Eigentümer 13620 DM pro qm Verkaufserlös erzielt haben. — (chk)

Essen: Sozialabbau nur teilweise aufgeschoben

Essen. Mit den Stimmen der SPD hat der Essener Stadtrat am 20.3. den Haushalt für 1991 verabschiedet. Zwar wurde ein Teil der in einer Anfang des Jahres vom Stadtkämmerer vorgelegten „Streichliste“ enthaltenen Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich zurückgenommen. Kommunale Einrichtungen wie das Projekt „Arbeit und Sozialhilfe“ und eher alternative soziale und kulturelle Einrichtungen müssen jedoch nach wie vor mit erheblichen Kürzungen der städtischen Zuschüsse zu recht kommen. Kritik daran äußerten in der Ratssitzung nur noch die Grünen. Viele „Spar“-Maßnahmen sind nur aufgeschoben: Die SPD kündigte für nächstes Jahr eine generelle Überprüfung sozialer Leistungen an, von der auch die in diesem Jahr weitgehend wieder eingesetzten Zuschüsse an die großen Wohlfahrtsverbände wie Arbeiterwohlfahrt, Caritas, DPWV usw. betroffen sein werden. Die Verwaltungsspitze will Gebührenerhöhungen und weitere Privatisierung. CDU und FDP betätigten sich in der Haushaltsdebatte für solche Pläne als Anheizer und traten für die Privatisierung der Kantine für die städtischen Beschäftigten, der Wäscherei und der Abfallentsorgung ein. Die Auseinandersetzung wird also weitergehen. Das Essener Projektleben, ein Zusammenschluß von Initiativen und Jugend-Organisationen, aber auch der ÖTV, bleibt bestehen. 8000 Beschäftigte, die sich an einer Personalversammlung am 14.3. beteiligten, kündigten Widerstand gegen Privatisierungen an. Es wäre schlimm, wenn es gelingt, die Beschäftigten zu isolieren. — (woh)

Neuaufgabe im Duisburger § 129a-Verfahren

Bundesanwälte wollen Verteidigungsreden der Angeklagten als § 129a-Verbrechen strafen

Düsseldorf. Am 18. März begann vor dem 6. Strafsenat des OLG Düsseldorf die 2. Hauptverhandlung gegen Barbara Perau-Hofmeier, Norbert Hofmeier und Thomas Thoen, die im Januar 1989 wegen angeblicher Mitgliedschaft in der

RAF und Beteiligung an einem Anschlag auf eine Bundesgrenzschutzkaserne zu 9 bzw. 10 Jahren Haft verurteilt worden sind. Wir dokumentieren Auszüge aus der Presseerklärung der Verteidigung. — (rül)

Am 18.3.1991 beginnt — nach Teilaufhebung des Urteils durch den Bundesgerichtshof — die 2. Hauptverhandlung gegen Barbara Perau-Hofmeier, Norbert Hofmeier und Thomas Thoen, alle aus Duisburg, seit nunmehr viereinhalb Jahren in Untersuchungshaft.

Im Januar 1989 wurden die Angeklagten ... wegen eines Anschlags auf eine Bundesgrenzschutzkaserne und wegen Mitgliedschaft in der RAF zu 10 bzw. 9 Jahren Haft verurteilt.

Die Verurteilung wegen des Anschlags und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Jahre 1986 hat der Bundesgerichtshof bestätigt.

Wir VerteidigerInnen möchten allerdings an folgendes erinnern:

Die Angeklagten wurden wegen des Anschlags auf die Bundesgrenzschutzkaserne verurteilt, weil

— die Kopie eines Bekennerschreibens in ihrer Wohnung gefunden worden sein soll. Im Prozeß haben die Angeklagten erklärt, dieses Schreiben habe sich nie in ihrer Wohnung befunden. Einziger Zeuge für den Fund des Bekennerschreibens in ihrer Wohnung — und damit auch Hauptbelastungszeuge ... — war W. Schabronat vom 14. Kommissariat Duisburg. Heute sitzt dieser Zeuge in U-Haft unter dem Verdacht, 20 Jahre lang für die Stasi gearbeitet zu haben.

— Bärbel Perau-Hofmeier soll sich wenige Monate vor dem Anschlag am Zaun des Geländes des Bundesgrenzschutzes in Swisttal-Heimerzheim aufgehalten haben. Die Zeugin S., die dort eine blonde Frau gesehen hat, hat Bärbel Perau erst in einer Wahlgegenüberstellung erkannt, nachdem der Zeugin vorher eine Lichtbildmappe vorgelegt worden war, in der sich nur Fotos von Bärbel Perau und einer rothaarigen Frau befanden ...

Die Verurteilung wegen Mitgliedschaft in der RAF basierte darauf, daß — zwei von ihnen eine Gefangene aus der RAF besucht hatten, — allgemein zugängliches Schriftmaterial zu RAF, antiimperialistischem Widerstand, NATO etc. in ihren Wohnungen gefunden worden war, — sie sich mit dem Bau von Zündanlagen beschäftigt hätten.

Wir VerteidigerInnen sind auch weiterhin der Auffassung, daß diese Verurteilung zu Unrecht erfolgte und Ausdruck der Tatsache ist, daß es den Ermittlungsbehörden im Jahr 1986 nicht gelungen ist, die Täter der damals zahlreichen Anschläge ausfindig zu machen.

Nach der Festnahme der Angeklagten ... wurde der § 129a StGB am 1.4.1987 verschärft und der Strafraum auf 1 bis 10 Jahre erweitert. Damit wurde der § 129a StGB zur Verbrechenstafel. Die Angeklagten wurden nach dieser neuen Vorschrift verurteilt.

Die Angeklagten hatten sich im Prozeß verteidigt, indem sie ihre politische Geschichte darstellten ... Der 5. Straf-

serrat unter Vorsitz von Richter Arend hat die Verteidigungserklärungen der Angeklagten als fortgesetzte mitgliedschaftliche Betätigung in Form des Werbens für die RAF gewertet.

In Übereinstimmung mit der Zielsetzung und den Anträgen der Bundesanwaltschaft hat der 5. Senat unter Arend damit den Anwendungsbereich des § 129a StGB erweitert. So soll möglich werden, daß Prozeßerklärungen als Verbrechen geahndet werden.

Diese Verurteilung wegen der Prozeßerklärungen hat der Bundesgerichtshof aufgehoben ... Im Beschluß des Bundesgerichtshofes wird darauf hingewiesen, daß dieser Komplex auch eingestellt werden könne.

Die Bundesanwaltschaft besteht auf

Duisburger Broschüre: Urteile gegen die Anwältin und den Verlag bestätigt

Zur Erinnerung: Im Oktober 1988 wurden das Büro der Rechtsanwältin Frings, ihre Privaträume, der GNN-Verlag und die Privaträume des Geschäftsführers mit einem Großaufgebot von Beamten des 14. Kommissariats, LKA und BKA durchsucht.

Im GNN-Verlag wurden praktisch die gesamten Produktionsmittel, Hard- und Software, sichergestellt und abtransportiert. Die Durchsuchung richtete sich gegen eine Broschüre zum Verfahren gegen die vier Duisburger, die wegen RAF-Mitgliedschaft und einem Antrag auf die BGS-Kaserne angeklagt waren. Die Broschüre beschäftigte sich mit den Haftbedingungen. Vorwurf war nicht etwa — wie man nach dem polizeilichen Großaufgebot annehmen konnte — ein Verstoß gegen § 129a StGB, sondern die relativ unbekannte Vorschrift des § 353d StGB (unzulässige Veröffentlichung von Schriftstücken aus Strafverfahren, bevor sie in mündlicher Verhandlung erörtert worden sind). In der Broschüre war einleitend aus einem Beschluß des Bundesgerichtshofs zur Haftfordauer zitiert worden. Der GNN-Verlag hatte diese Broschüre publiziert und Rechtsanwältin Frings hatte die presserechtliche Verantwortung übernommen.

Was ist nun aus diesem „Großverfahren“ geworden?

In der 1. Instanz vor dem Amtsgericht wurde der Geschäftsführer des GNN-Verlages freigesprochen. Rechtsanwältin Frings wurde zu 20 Tagessätzen Geldstrafe verurteilt. Dies, obwohl auch der Richter einräumte, daß diese Strafvorschrift mißlungen sei, da sie sich nur gegen wörtliche Mitteilungen richtete, wäre in der Broschüre allerdings der gleiche Inhalt im Konjunktiv mitgeteilt worden, wäre

der Durchführung des Verfahrens. Zur Wiederherstellung der aufgehobenen Verurteilung bittet sie niemand anderen als die Verfasser des aufgehobenen Urteils — Arend und seine Beisitzer — in den Zeugenstand. Sie hat offensichtlich das Ziel, einen Präzedenzfall zu schaffen ...

Wir VerteidigerInnen wenden uns dagegen, einen solchen Prozeß überhaupt durchzuführen. Das Recht jedes Angeklagten, sich entsprechend seiner Auffassung und Identität zu verteidigen und seine Positionen auch für die Öffentlichkeit darzulegen, darf nicht angetastet werden.

Die VerteidigerInnen
Dorothee Frings, Thomas Klein,
Heike Krause, Wolfgang Schwab

dagegen nichts einzuwenden gewesen.

Auch der Einwand, daß der zitierte Beschluß gar nicht in mündlicher Verhandlung zu erörtern war und daß zudem nur aus ihm zitiert wurde, konnte das Gericht nicht überzeugen.

Den Freispruch für den GNN-Verlag wollte der Staatsanwalt nicht auf sich sitzen lassen. Auch Rechtsanwältin Frings ging in die Berufung. So kam es am 6. und 12. März zu einer Berufungsverhandlung.

Das Landgericht machte deutlich, daß es das Urteil des Amtsgerichts in beiden Fällen bestätigen würde. Allerdings regte es an, hinsichtlich der Rechtsanwältin Frings das Verfahren einzustellen.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft war nicht grundsätzlich abgeneigt, konnte jedoch nicht zustimmen. Obwohl diese Angelegenheit nun wirklich nicht in der Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft war, hatte diese — weil sie das Verfahren eingeleitet hatte — die Anweisung an die Staatsanwaltschaft erteilt, einer Einstellung nicht zuzustimmen. Das Verfolgungsinteresse der Bundesanwaltschaft kennt keine Geringfügigkeitsgrenzen. Was auf dem Niveau der „Terroristenhatz“ begonnen hat, muß auch zur Bestrafung führen. Um die Angelegenheit nicht von seiten der Betroffenen zu einer Staatsaffäre zu machen, endete die 2. Instanz mit einer Berufungsrücknahme sowohl von Rechtsanwältin Frings als auch des Staatsanwalts in dem Verfahren gegen den GNN-Verlag.

Rechtskräftig ist jetzt also die Verurteilung von Rechtsanwältin Frings zu 20 Tagessätzen und der Freispruch des Geschäftsführers des GNN-Verlages. — (df)

Spendenkonto für die Prozeßkosten der Anwältin: Rote Hilfe (Kontoinhaber), Postgiraamt Dortmund, BLZ 440 10046, Kto. Nr. 19 11 00-462. Stichwort: Duisburger Broschüre.

Niedersächsischer Landtag erarbeitet neue Verfassung

SPD und Grüne legen Entwürfe vor — Diskussion nicht unbeachtet lassen

Hannover. Die niedersächsischen Landtagsparteien haben sich darauf verständigt, einen Sonderausschuß einzusetzen, der eine neue Landesverfassung erarbeiten soll.

Die Vorläufige Niedersächsische Verfassung verliert mit einer Neuverabschiedung des Grundgesetzes ihre Gültigkeit. Nach der Annexion der DDR ist auf Bundesebene die Verfassungsdiskussion im Gange, der Landtag bereitet sich auf eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes vor. SPD und Grüne haben bereits eigene Entwürfe vorgelegt. Die CDU hat in Landtagsdebatten ihren Standpunkt angedeutet.

Die Vorläufige Niedersächsische Verfassung ist praktisch eine Geschäftsordnung, die das Funktionieren der Landespolitik regelt. Grundrechtspositionen sind nicht aufgenommen worden. Die CDU plädiert dafür, im Grunde lediglich das „vorläufig“ im Titel der Landesverfassung zu streichen und ansonsten den Charakter eines „Organisationsstatuts“ beizubehalten.

Die SPD tritt für die Aufnahme eines eigenständigen niedersächsischen

Grundrechtskatalogs und aktueller Staatszielbestimmungen ein. Der Abgeordnete Rabe (SPD) nennt als Punkte: Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, eine Gleichstellungsverpflichtung, eine Stärkung des Landtages gegenüber der Regierung und „plebiszitäre Elemente“. (10.10.90)

Die Vorschläge der Grünen enthalten — mit dem Verweis der Unvollständigkeit — die Kapitel:

— Schutz der Umwelt, Frauengleichstellung, Diskriminierungsverbot, Recht auf Bildung und freie Wahl der Schule, Rechtsstellung des Kindes, Akteneinsichtsrecht/Informationelle Selbstbestimmung, Volksinitiative/Volksbegehren/Volksentscheid, der Landtag (Verwaltung ...).

Die Grünen wollen eine Volksabstimmung über die neue Landesverfassung und eine möglichst große öffentliche Einwirkung auf die Debatte.

Die von der SPD und den Grünen angedeuteten Zielsetzungen sind zum Teil problematisch und decken in gar keiner Weise wichtige Auseinandersetzungen ab. Da ist das Bestreben beider Parteien

nach plebiszitären Elementen. Als die Grünen-Abgeordnete Herrmann dies im Landtag erwähnt, ruft die CDU dazwischen: „Die Todesstrafe“.

Und tatsächlich wird ohne Klärung des Verhältnisses von Selbstbestimmung und Demokratie die Sache gefährlich. Eine 51 zu 49 gewonnene Abstimmung gegen das Frauenstimmrecht wird auch durch Volksentscheid nicht richtig.

Soziale und politische Rechte, in die nicht eingegriffen werden darf, müssen festliegen. Ein zweiter Punkt ist, daß bislang anscheinend niemanden stört, daß Verfassungsbürger nur Deutsche sein können. Gerade nach dem Urteilspruch des Bundesverfassungsgerichts müßte ein großes Anliegen sein, Einwohnerrechte gegen völkische Begrifflichkeiten zu konstituieren.

Und zum dritten fehlt bislang wohl nicht von ungefähr in den Entwürfen und Redebeiträgen das Schwergewicht einklagbare soziale Rechte.

Quellen: Nds. Landtag, Stenographischer Bericht, 7. Plenarsitzung am 13.9.90 und am 10.10.90 — (gka)



Verstärkt werden Asylbewerber abgeschoben.

Bild: Fotogruppe Rhein-Main



Protestaktionen vor der Verabschiedung der Ausländergesetze

Bild: af/mz

Die Ausländerpolitik nach dem neuen Ausländergesetz

Organisierte Saisonarbeit, Zwangsarbeit für Flüchtlinge, Verbot politischer Betätigung und Einmischung in Angelegenheiten anderer Staaten.

Seit 1. Januar ist das neue Ausländergesetz in Kraft, von dem Innenminister Schäuble behauptet, die BRD dokumentiere damit, daß sie ein ausländerfreundliches Land sei. Dagegen hatten ausländische Organisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, etc. in ihren Stellungnahmen das Gesetz scharf kritisiert, weil es auf Ausgrenzung der ausländischen Bevölkerung abzielt und ihre Rechtlosigkeit zementiert. Es zeichnet sich jetzt schon ab, daß die Reaktion das Ausländergesetz als Instrument nutzen wird, um die sozialen Folgen der herausziehenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft auf die am schlechtesten bezahlten und am härtesten arbeitenden Menschen zumeist ausländischer Nationalität abzuwälzen. Bei ihnen kann eine politische Gegenwehr mit dem Verbot jeglicher politischen Betätigung und der vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Verweigerung des Wahlrechts zunichte gemacht werden.

Das neue Ausländergesetz hat durch eine Differenzierung der Aufenthaltstitel die gesetzliche Möglichkeit zur An-

werbung von Saisonarbeitskräften geschaffen. Seit 1. Januar 1991 können nach einer Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ausländische Arbeitskräfte aus Nicht-EG-Staaten drei Monate im Jahr als Saisonarbeitskräfte in der BRD beschäftigt werden. Sie dürfen darüber hinaus ständig im Grenzbereich arbeiten, wenn sie täglich an ihren Wohnort im Heimatland zurückkehren. Waren solche Saisonarbeitsverträge bisher nur in der Landwirtschaft möglich, so ist dies jetzt auch für weitere Branchen, wie z. B. im Hotel- und Gaststättengewerbe, erlaubt. Für eine Beschäftigung von Nicht-EG-Bürgern hatte es bisher einer Sondergenehmigung vom Regierungspräsidium und vom Arbeitsamt bedurft.

Die entsprechenden Kapitalistenverbände haben die Verordnung geradezu euphorisch begrüßt. Der Hotel- und Gaststättenverband von Baden-Württemberg z. B. sprach von einem „Durchbruch“ und hat bereits einen Bedarf von 15000 bis 25000 Arbeitskräften hauptsächlich als Küchenhilfen und Zimmermädchen angemeldet. Mit der Regelung

von Saisonarbeitsverträgen werden tarifvertragliche Vereinbarungen per Rechtsverordnung ausgehebelt. Die Tarifverträge sind für Hotels und Gaststätten allgemeinverbindlich. Für den im Hotel- Gaststättengewerbe hohen Arbeitsanfall bis spät in die Nacht und an Wochenenden müssen bestimmte Zuschläge gezahlt und Ausgleichzeiten für Erholung gewährt werden. Es gelten tarifliche Kündigungsfristen, Löhne und Gehälter, usw. Dies alles ist durch einen Saisonarbeiterstatus hinfällig. Die z. B. im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg zur Spargel-, Erdbeer- und Obsternte sowie zur Weinlese eingesetzten Saisonarbeiter erhielten 40 bis 50 DM am Tag und ein warmes Essen. Dafür mußte 12 — 14 Stunden täglich gearbeitet werden.

In den Koalitionsvereinbarungen vom 16.1.91 haben die Regierungsparteien vereinbart, daß die Saisonarbeiterlaubnisse großzügiger erteilt werden sollen. Von Seiten der Bundesregierung finden z. Zt. Verhandlungen mit der polnischen Regierung über den Einsatz von 70000 polnischen Saisonarbeitern statt. Seit

Anfang November letzten Jahres ist in der Sowjetunion eine Agentur für internationale Arbeitsvermittlung tätig, bei der bereits rund 300000 Sowjetbürger für eine Auslandsbeschäftigung registriert wurden. Die Agentur vermittelt nur zeitlich befristete Verträge und kassiert für eine gelungene Vermittlung in den ersten 6 Monaten der Tätigkeit 5 % des Arbeitsentgeltes. (aus „Vertrauliche Mitteilungen“ Nr. 2882; internes Mitteilungsblatt von Kapitalisten)

Es wird ein regelrechter Wanderarbeitsmarkt organisiert, der nicht nur gewerkschaftlich erkämpfte Standards bei Löhnen und Arbeitsbedingungen einreißt, sondern auch in Konkurrenz zu den schon länger hier lebenden ausländischen Familien wirkt. Der zweite Hebel hierzu ist die Zwangsarbeit von Asylbewerbern. Ebenfalls seit 1. Januar dürfen Flüchtlinge nach einem Erlaß des Innenministeriums nach einem Jahr Wartezeit statt bisher fünf Jahren arbeiten. Die Koalitionsvereinbarungen sehen vor, das Arbeitsaufnahmeverbot für Asylbewerber abzuschaffen. Die Arbeitsämter vermitteln aber an Asylbewerber ledig-

lich Stellen in sogenannten „Problembranchen“ wie Landwirtschaft, Gartenbau, Reinigungs- und Hotel- und Gaststättengewerbe. Mit freier tarifvertraglicher Arbeit hat die Lockerung des Arbeitsverbots nichts zu tun. Die gezahlten Netto-Einkommen liegen kaum höher als die geltenden Sozialhilfesätze. Zudem dürfen Asylbewerber ihren Wohnort nicht verlassen (Residenzpflicht) und sind in der Regel in Lagern und Sammelunterkünften untergebracht, wo sie unter ständiger staatlicher Kontrolle und Aufsicht stehen. Unter diesen Bedingungen muß von Zwangsarbeitsverhältnissen ähnlich wie bei der Heranziehung von Sozialhilfeempfängern zu „gemeinnützigen Arbeiten“ gesprochen werden, nur mit dem Unterschied, daß erstmals wieder seit der Nazi-Herrschaft privaten Unternehmen staatlicherseits Menschen zur Ausbeutung außerhalb der Arbeits- und Tarifgesetzgebung überlassen werden.

Quellen: Koalitionsvereinbarungen vom 16.1.91. „Kommunale Berichte Stuttgart“ 4/91, „Stuttgarter Zeitung“ v. 23.3.91, „Vertrauliche Mitteilungen aus Politik, Wirtschaft und Geldanlage“ Nr. 2882 vom 5.3.91 — (rac)

Rechtswidrige Praktiken in der ZAST Karlsruhe

Wer kümmert sich schon um die Gesetze oder etwa um die bestehende Verfassung?

Landläufig wird davon ausgegangen, daß über die Änderung des Asylgrundrechts im Moment noch diskutiert würde — nicht so in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) in Karlsruhe: Für die Beamten der Ausländerpolizeibehörde und der ZAST-Verwaltung ist die Abschaffung des Asylrechts schon Realität und sie praktizieren diese, von ihnen selbst geschaffene „Sachlage“ höchst erfinderisch.

Der von Lafontaine in die Diskussion gebrachte Vorschlag, Flüchtlingen aus bestimmten Ländern schon die Antragstellung zu verweigern, hat den Beamten der ZAST offenbar gefallen. Der Karlsruher Flüchtlingsrat mußte in jüngster Zeit immer wieder feststellen, daß Flüchtlinge, die in der alten ZAST einen Asylantrag stellen wollten, bereits an der Pforte abgewiesen wurden. Erst nach längeren Auseinandersetzungen mit ZAST-Verwaltung und Ausländerpolizei konnte das Recht der Flüchtlinge, überhaupt erst mal einen Asylantrag zu stellen, durchgesetzt werden.

Am 15.3.91 besuchten deshalb Leute vom Flüchtlingsrat die alte ZAST, um Genaueres über die Erstantragstellung zu erfahren. Dabei wurden sie bei Gesprächen mit Flüchtlingen darauf aufmerksam, daß sich die Ausländerpolizei auch für diejenigen, die ins Lager hineinkommen, etwas hat einfallen lassen. Sie hat zwei verschiedene Sorten von Erstantragstellung geschaffen. Wer die lange, dichtgedrängte Schlange im heruntergekommenen Treppenhaus der Ausländerpolizei in der alten ZAST nach Stunden hinter sich gebracht hat und zu den Beamten, die sich hinter einer Tür eingeschlossen haben, vorge-

drungen ist, kann danach keineswegs sicher sein, wirklich einen Asylantrag gestellt zu haben, obwohl auf dem Schild in mehreren Sprachen „Erstantragstellung“ steht. Normalerweise bekommen die Flüchtlinge als Beleg ihrer Antragstellung eine „Vorläufige Bescheinigung über die Meldung als Asylbewerber gemäß §§ 19,20 AsylVfG“. Die Ausländerpolizei hat jetzt für verschiedene Nationen das Instrument einer „Antragstellung auf eine Erstantragstellung“ geschaffen. Das Formular, das z. B. Albaner aus dem Kosovo und Roma erhalten und das nur in deutscher Sprache ausgegeben wird, ist zwar mit dem Titel „Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter“ überschrieben, im weiteren Text heißt es aber, aus diesem Antrag könne „insbesondere nicht auf das tatsächliche Vorliegen eines Asylantrags geschlossen werden“.

Die Flüchtlinge, im Glauben, einen Asylantrag gestellt zu haben, werden mit dem Papier zu einer Anhörung in die neue ZAST vorgeladen, wo geprüft wird, ob tatsächlich ein Asylantrag vorliegt: „Hier wird Ihr Begehren insbesondere auch im Hinblick auf das Vorliegen eines Asylantrages im Sinne des § 7 AsylVfG geprüft“. Erst nach dieser Anhörung entscheidet die Ausländerbehörde also, ob sie den Asylantrag als solchen entgegennimmt oder als nicht existent einstuft. Dieses Vorgehen der Ausländerpolizei ist vollkommen gesetzeswidrig. Das Asylverfahrensgesetz schreibt in dem genannten § 7 vor: „Ein Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter (Asylantrag) liegt vor, wenn sich dem schriftlich, mündlich oder auf andere Weise geäußerten Willen des

Ausländers entnehmen läßt, daß er im Geltungsbereich dieses Gesetzes Schutz vor politischer Verfolgung sucht.“ Jeder, der also Asyl begehrt, hat einen Antrag gestellt. Erst nach dieser Antragstellung kann die Ausländerbehörde den Antrag als unbeachtlich (wenn der Flüchtling in einem anderen Staat vor Verfolgung sicher war) oder offensichtlich unbegründet (wenn er wegen Bürgerkrieg etc. geflohen ist) einstufen. Dann aber steht dem Flüchtling der Rechtsweg offen. Eine Abschiebung muß angedroht werden, die Ausländerbehörde muß prüfen, ob menschenrechtswidrige Behandlung im Heimatland zu erwarten ist.

All diese Schranken existieren bei dem ungesetzlichen Verfahren der Ausländerbehörde nicht. Bevor die Flüchtlinge überhaupt als Asylantragsteller im Computer der ZAST registriert werden, sortiert die Ausländerbehörde eine unbekannt große Anzahl von Flüchtlingen als nicht existent aus und schiebt sie dann ganz unkontrolliert ab. Die Flüchtlinge werden zwar bis zu dieser ungesetzlichen „Antragsprüfungsanhörung“ provisorisch in der alten ZAST untergebracht, aber Taschengeld wird ihnen nicht ausgezahlt, da sie ja keine Asylbewerber sind. Klar, warum die alte ZAST weiterbetrieben wird, obwohl die neue gebaut nicht voll belegt ist. Klar, warum hier alle Erstanträge gestellt werden müssen. Die Sozialbetreuung ist seit Dezember in die neue ZAST umgezogen. Eine Informations- oder Anlaufstelle gibt es hier nicht. Hier gibt es nur den Pförtner der Wach- und Schließgesellschaft und die Beamten der Ausländerpolizei. — (hab, rac)

Grüner Antrag für den Bundesrat

Erleichterung des Erwerbs der Staatsbürgerschaft

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum kommunalen Wahlrecht erklärte die SPD, daß eine Verfassungsänderung sein müsse. Die NRW-Grünen wiesen auf den langwierigen Prozeß hin und legten einen Gesetzentwurf vor, der gewisse soziale und politische Unterdrückung beseitigen würde und gegen die „deutsche Volkszugehörigkeit“ auftritt. — (jöd)

1. Erwerb der Staatsbürgerschaft. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird erworben durch

a) Abstammung, b) Geburt auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland bzw. Transportmitteln, auf die sich deutsche Hoheitsgewalt nach internationalem Recht erstreckt, c) durch Willenserklärung gegenüber dem Standesbeamten, wenn folgende Voraussetzungen vorliegen:

1. Bei Bestehen eines ununterbrochenen Hauptwohnsitzes in der Bundesrepublik seit mindestens 3 Monaten: die Staatsbürgerschaft eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Gemeinschaft II. Bei Bestehen eines ununterbrochenen Hauptwohnsitzes in der Bundesrepublik Deutschland seit mindestens 3 Jahren: die Anerkennung als Asylberechtigter/r nach Art. 16 Abs. 2 Grundgesetz; oder die Anerkennung als de-facto-Flüchtling gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention; oder die unbeschränkte Aufenthaltsberechtigung; oder die Aufenthaltserlaubnis, sofern keine strafrechtlichen Gründe der Einbürgerung entgegenstehen, oder Staatenlosigkeit sowie der rechtmäßige Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes; oder Einwanderinnen und Einwanderer nach den Bestimmungen des Einwanderungsgesetzes.

2. Doppelte Staatsbürgerschaft

Das Staatsbürgerschaftsgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird dahingehend geändert, daß mit dem Erwerb der Deutschen Staatsbürgerschaft eine bestehende Staatsbürgerschaft beibehalten werden kann.

3. Bundesvertriebenengesetz/ Einwanderung

Das Bundesvertriebenengesetz mit seinen weitgehend unbestimmten Bedingungen deutscher Volkszugehörigkeit wird ersetzt durch ein Einwanderungsgesetz, das die bisherigen Kriterien der Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland ändert. Ziel dieser Änderung ist die Ablösung von Kriterien wie „Bekenntnis zum Deutschtum“ oder die Pflege der deutschen Kultur“ durch Kriterien, die in einem demokratischen Diskussionsprozeß vom Deutschen Bundestag regelmäßig zu überprüfen sind.

Die Einwanderungskriterien sollen so fortentwickelt werden, daß Einwanderung einen Beitrag leistet:

— Forderungen der UN-Menschenrechtskonvention, der Flüchtlingskonvention der Organisation Afrikanischer Staaten OAU zu unterstützen und dementsprechend Flüchtlinge aufzunehmen, — Verfolgten und Opfern der Terrorherrschaft des Nationalsozialismus sowie deren Nachkommen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Folgen des II. Weltkrieges Flüchtlinge sind oder in besonderer wirtschaftlicher Not oder besonderer ethnischer Diskriminierung leben, eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu ermöglichen, — den BürgerInnenrechten, insbesondere auf Freizügigkeit, wie sie die KSZE-Schlüsse formuliert, Geltung zu verschaffen.

Die Sieger des „Kalten Krieges“ diktieren ihre Bedingungen

Der erste Staat des realsozialistischen Lagers, den die Imperialisten in völlige Abhängigkeit bringen und infolgedessen politisch wie ökonomisch weitgehend aus dem RGW herauslösen konnten, war die Volksrepublik Polen. Ohne auf die Abwägung der Ursachen dafür hier im einzelnen einzugehen, einige aktuelle Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Polen und der Rolle der Imperialisten dabei:

Auf 46 Mrd. US-Dollar belief sich die Gesamtschuld Polens gegenüber dem Westen Ende 1990 (FAZ, 4.2.91). Das sind 530 % des derzeitigen Jahresexports. (Börsen-Zeitung, 6.6.90) 40 % der Einnahmen aus dem Außenhandel werden allein von den Zinsen verschlungen. (Presseschau Ostwirtschaft, Wien, Nr. 8/9-90)

Nach Auffassung des Warschauer Wirtschaftsministeriums können in der gegenwärtigen Wirtschaftssituation nicht mehr als 800 Mio. US-Dollar jährlich an Zins und Tilgung aufgebracht werden, das sind nicht einmal zwei Prozent der Schulden. (Welt, 1.10.90)

Dies wiederum wird von den Gläubigern nicht akzeptiert. Als Gläubiger steht an erster Stelle die BRD mit mehr als 7 Mrd. US-Dollar Forderungen, bestehend vor allem aus offiziellen Krediten, aus Bankdarlehen und Lieferantenkredit. (Börs. Ztg. a.a.O.) Weitere Gläubiger sind die Weltbank, die ihre erste ständige Vertretung in Osteuropa bezeichnenderweise in Polen aufgemacht hat (Polen ist seit 1986 Mitglied der Weltbank), die Europäische Investitionsbank im Rahmen des sog. „Hilfsprogramms der Europäischen Gemeinschaft“ sowie weitere im „Pariser Club“ zusammengeschlossene westliche Länder. Gegenüber diesen Gläubigern beharrt die polnische Regierung seit geraumer Zeit auf weitestgehendem Schuldenerlaß, nämlich zu 80 %. Die polnische Regierung zieht die Berechtigung für diese Forderung aus dem fast uneingeschränkten Entgegenkommen bei der Einführung „marktwirtschaftlicher“ Prinzipien.

Der Preis der Marktwirtschaft: Immer mehr Armut und Elend

Um mehr als 35 % sind die Realeinkommen in Polen seit Oktober 89 gesunken. Bei einer Inflationsrate von 2000 % Ende 1989 kann man sich ausrechnen, wie hart die Gegenwehr gegen weiteres Absinken gewesen sein muß. 1991 ist das dritte Jahr in der Durchsetzung des „Programms zur ökonomischen Stabilisierung und Umstellung von Plan- zur Marktwirtschaft“. Die eigentliche „Schocktherapie“ hatte allerdings erst Anfang 1990 begonnen. Um 27 % ist die Produktion zurückgegangen durch Stilllegung „unproduktiver Bereiche“. Dabei scheut sich die Regierung noch vor den größten ihr diktierten Aufgaben, der Umgestaltung von Bergbau und Landwirtschaft, für die sie nach wie vor Unterstützungsmassnahmen aufrechterhalten will. (Neue Züricher, 9.2.91)

Sozialpolitischen Spielraum hat die Regierung unter ständiger Kontrolle des IWF allerdings nicht im mindesten. Als Finanzminister Balcerowicz und Nationalbankpräsident Baka dem IWF im September verg. Jahres mitgeteilt hatten, daß sie die Erhöhung der Löhne im dritten Quartal auf 12 % bis 14 %, für das letzte hingegen auf 15 % bis 17 % schätzten (bei Preiserhöhungen von offiziell 3-5 % monatlich), wurden diese Angaben bei den Verantwortlichen des IWF offenbar als obere Grenzwerte angesehen, nach deren Überschreitung man zusammen mit den polnischen Stellen die ganze Lohnpolitik neu festlegen

Auswirkungen der BRD-Ostexpansion auf die Ausländer- und Asylpolitik am Beispiel Polens

müsse. Zudem erfolgten sofort Warnungen bezüglich Wiederaufnahme des Schuldendienstes und der Verhandlungen um Schuldenreduktion. Eine der ersten Reaktionen auf diese unverhohlene Einmischungspolitik war die vollmundige Antrittsrede Walesas nach seiner Präsidentschaftswahl: „Die schlechte Zeit sei vorbei, in der die Spitzen unseres Staates unter dem Druck von außen oder als Ergebnis erzwungener Kompromisse eingesetzt wurden“. Walesa schwamm damit auf der Woge harter Kämpfe gegen das IWF-Diktat, in deren Folge die Löhne von Juni bis November 90 um 57 % gestiegen waren, während die Preise um 22-23 % zugenommen hatten. Den Hauptexekutoren des IWF-Diktats, Finanzminister Balcerowicz, ließ er jedoch wohlbedacht im Amt, als Garant für eine weiter kreditwürdige Wirtschaftspolitik ohne derart mißliebige Lohnerhöhungen. (Neue Züricher, 17.9.90; FAZ, 4.2.91)

Welches Ausmaß Armut und Elend derzeit angenommen haben, dazu einige Zitate aus der FAZ vom 1.12.90 unter dem Titel „Polen im wirtschaftlichen Umbruch — Überlebenskampf in der In-

schon Arbeitsplatzvorsorge mit zugleich niedrigem Lebenshaltungsniveau radikal vorbei sind, daß Armut als neue Größe im polnischen Sozialgefüge unmittelbar am eigenen Leibe spürbar ist.“

Differenziertes gesetzliches Instrumentarium zur Abwehr von Aussiedlern und Asylbewerbern

Die Flucht vor der Armut schafft neue Migrationsströme von bisher ungekanntem Ausmaß, insbesondere auch aus Osteuropa. Ca. 600.000 Menschen sind in den letzten Jahren allein aus Polen in die BRD gekommen. Allein 140.226 im Jahre 1988, die weitaus höchste Zahl seit 1950. Zwar läßt sich das nicht nur aus der wirtschaftlichen Entwicklung erklären; deutlich ist aber der Zusammenhang zwischen Verschuldungskrise, Verarmung und Auswanderung. Grundlage für die Entscheidung vieler Aussiedler war das Bundes-Vertriebenen- und Flüchtlingsgesetz als Teil des Artikel 116 GG, wonach alle die als Deutsche anerkannt werden, die die deutsche Volkszugehörigkeit nachweisen können, aus einem Vertriebensgebiet stammen und unter Vertreibungsdruck

destages zum AAG klingt das folgendermaßen: „Das politische Ziel, möglichst vielen Deutschen eine freie Entfaltung in der angestammten Heimat nach ihrer eigenen Entscheidung (gemäß Artikel 27 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte) zu gewährleisten, soll weiterhin verfolgt werden, ohne daß damit deren Recht auf Freizügigkeit und freie Ausreise (Artikel 12 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte) eingeschränkt wird. Dazu bedarf es aber auch für die in der Heimat lebenden Deutschen der Verwirklichung der Grund-, Menschen- und Gruppenrechte. Ohne wirkliche Fortschritte in dieser Beziehung wird das Bestreben nach Aussiedlung unvermindert anhalten.“ Die Sorge um „freie Entfaltung für alle Deutsche“ geht soweit, daß nach wie vor Wirtschafts-sonderzonen in Verhandlung sind, die als Keimzellen des Neokolonialismus Modell stehen sollen: „Über die Ansiedlung von Joint Ventures hinaus ist die Einrichtung von Wirtschafts-sonderzonen eine Möglichkeit, Brückenköpfe für die Marktwirtschaft von Osteuropa zu schaffen. Unter den osteuropäischen Ländern weisen Bulgarien, Jugoslawien, Polen und Ungarn Wirtschafts-sonderzonen aus. Jetzt forciert auch die Sowjetunion derartige Pläne. Es sind eine Reihe von Standorten im Gespräch: im Osten der Sowjetunion, nordwestlich von Leningrad, bei Odessa am Schwarzen Meer und in und um Kaliningrad... die Rahmenbedingungen sind noch nicht festgelegt. Sie dürften aber im Vergleich... hinsichtlich Zolltarifen, Besteuerung, Kapital- und Gewinntransfer sowie Arbeitsrecht deutlich attraktiver ausfallen.“ (Deutsche Bank Special Osteuropa 2/90). Innenminister Schäuble hat zudem angekündigt, im Ministerium eine Abteilung Hilfe für Menschen in Aussiedlungsgebieten einzurichten. Während für deutsche Minderheiten in Osteuropa so eigene soziale und politische Rechtsmaßstäbe entwickelt werden, gelten völlig andere für die Behandlung Nichtdeutscher. Welches rückwärtselende Elend die Auflagen des IWF und der übrigen westlichen Gläubiger schaffen und für Recht erklären, ist oben dargestellt. Zunehmend differenzierte Rechtsgrundsätze entwickelt die BRD aber auch beim Zugriff auf die Arbeitskräfte Osteuropas.

Saisonarbeit, Rotation — Arbeitszwang für Asylbewerber

Eine wichtige gesetzliche Grundlage für den Zugriff auf polnische Arbeitskräfte hat sich die BRD im Dezember 1990 durch das Sozialabkommen mit Polen geschaffen. Es löste das Rentenabkommen aus dem Jahre 1975 ab. Hatte bisher der Anspruch auf hiesiges Sozialrecht grundsätzlich auch für alle Deutschen in Polen gegolten, so ging es der Bundesregierung jetzt darum, parallel zum AAG die Anspruchsgrundlagen im Rentenrecht zu beschneiden und zwischenstaatliche Vereinbarungen für die Möglichkeiten legaler Arbeitsaufnahme von polnischer Staatsbürger in der Bundesrepublik zu schaffen. Laut Arbeitsminister Blum geht es dabei um „erhebliche Erweiterung“ der Arbeitsmöglichkeiten für Polen in der BRD: „Dazu gehört die Erhöhung der Werksarbeitnehmerkontingente — also der Zahl derjenigen polnischen Arbeitnehmer, die von einer polnischen Mutterfirma entsandt werden und vor allem im Baubereich legal arbeiten können. Auch Grenzgängern soll im Bereich einer 50 km Zone die Möglichkeit legaler Arbeitsaufnahme eröffnet werden. Schließlich kann jeder Pole drei Monate im Jahr als Saisonarbeiter in der Bundesrepublik bleiben — allerdings nur über die Vermittlung der Arbeitsämter.“ (FR, 12.12.90) Damit kein Arbeiter auf die Idee kommt hierzu bleiben, grenzt das Sozialabkommen die Rentenansprüche, soweit sie nicht hier erworben wurden, auf Heimatniveau ein. So würde ein Rentner, der aus Polen nach Deutschland kommt — egal, ob polnischer oder deutscher Nationalität — eine Rente von umgerechnet gerade 80 Mark aus Polen nachgeschickt bekommen. Dies Sozialabkommen ist zugleich laut Blum Vorbild für ähnliche Regelungen mit der Sowjetunion, Rumänien, und weiteren. 100.000 Polen werden denn auch laut Berliner Zeitung vom 4.2.91 für dieses Jahr in Deutschland, Belgien und Frankreich ein auf drei Monate befristetes Arbeitsverhältnis übernehmen, wieviele im Rahmen



dustriestadt Lodz: „... Poltex kämpft, wie viele Betriebe der Stadt, um das wirtschaftliche Überleben. Noch vor wenigen Jahren arbeiteten hier 12.000 Menschen, vor Jahresfrist waren es noch 3.586, und diesen Dezember werden es gerade noch 2.200 sein. Die Produktion sank von 46 Mio. lfd. Meter Stoff in 1987 auf 16 Mio. 1990... Für das erste Quartal 1991 rechnet (der Chef des Arbeitsamtes) Pomorski mit einer Arbeitslosenquote von 20 % ausmacht. Schwierig ist vor allem die Lage der Frauen: in manchen Betrieben stellen sie über 80 % der Belegschaft. Drei Monate lang bezahlt das Arbeitsamt sieben Prozent des letzten Lohnes. Wer aber im vergangenen Jahr nicht mindestens sechs Monate gearbeitet hat, bekommt den Mindestsatz von 120.000 Zloty, das entspricht etwa einem Zehntel des Durchschnittslohns oder zwanzig Mark (dem Gegenwert von drei Kilo Schinken). Nach einem neuen Gesetz fällt vom Dezember an auch diese Zahlung fort... Plötzlich wird den Polen bewußt, daß die Zeiten der sozialisti-

gestanden haben. Sobald die BRD ihr Ziel, Auflösung des realsozialistischen Lagers und weitgehende Einmischungsrechte in die inneren Angelegenheiten der osteuropäischen Staaten, erreicht hatte, ließ sie durch das Verwaltungsgericht Braunschweig (Az.8 491/90) die Anspruchsgrundlage für eine Umsiedlung in die BRD einschränken. Begründung: mit der Verfassungsnovelle vom 7.4.89 bestehe kein Vertreibungsdruck in Polen mehr. Vorausgegangen waren eine Reihe weniger umfassender Maßnahmen zur Abwehr weiterer Aussiedler: so die „radikal restriktive Sichtvermerkspraxis“ (Zimmermann, 2.3.89) sowie die Nachweispflicht über einen ausreichenden Devisenbetrag. Auf keinen Fall wollte und will die Bundesregierung am BVFG selbst oder am Art. 116 GG rütteln, wie es bis weit hinein ins bürgerliche Lager gefordert wird. Das wäre ein historisch schwerlich umkehrbarer Verzicht auf Einmischungs-möglichkeiten, die sich die BRD als Geißel ihrer Außenpolitik unbedingt erhalten will. So heißt es in der Begründung des Aussiedleraufnahmegesetzes vom 30.5.90: „Die gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und des polnischen Ministerpräsidenten vom 14. November 1989 zielt auf Fortschritte bei der Gewähr von Minderheitenrechten für die Angehörigen der deutschen Volksgruppe (und): Auf der Grundlage der deutsch-ungarischen gemeinsamen Erklärung vom 7. Oktober 1987 wird in Ungarn ein „Programm zur Förderung der deutschen Nationalität in der Ungarischen Republik und zur Förderung der deutschen Sprache“ durchgeführt.“ Das Gesetz selbst legt fest, daß künftig bereits vor Verlassen des Herkunftsgebietes der Betreffende beim Bundesverwaltungsamt einen Aufnahmebescheid einholen muß, will er Anspruch auf Eingliederungsleistungen als Aussiedler erheben. BVFG und AAG dienen der BRD also als unterschiedliche Instrumente für das gleiche Ziel. In der Stellungnahme des Innenausschuß des Deutschen Bun-

von Werkverträgen etc., ist noch unbekannt. Neben diesen Regelungen, die auf Grundlage der im Ausländergesetz vorgesehenen Rotation das Lohngefüge in der BRD — sowieso schon maßlos auseinanderdividiert durch die Annektion der DDR — noch weiter auseinanderpreizen werden, läuft unter Führung des Bayrischen Umweltministeriums derzeit auch der erste Anlauf, Asylbewerber in Zwangsarbeitsverhältnisse zu pressen. Für Arbeiten in der Forstwirtschaft (hier Naturschutz genannt), für die der Bund Naturschutz z.B. 12 Mark die Stunde bezahlt, erhalten Asylbewerber 2,50 DM. Beteiligt an dem Präzedenzfall waren laut Frankfurter Rundschau nur Asylbewerber aus dem Ostblock. Andere Bundesländer scheinen abzuwarten, bis sich erste Kritikwellen gelegt haben, um dann ebenfalls in diesem Sinne von Asylbewerbern Gebrauch zu machen. (FR, 23.2.91)

Weitere Quellen: Bundesratsdrucksache 11/6937, 11/7280, Plenarprotokoll 12/791 — (ruo, Bild: af/mz)

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntägig. Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zölper Straße 7, Postfach 260226 Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider. Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Tel. 0221/21 65 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation; Spezialberichte: Alfred Küstler. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage „Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken“.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntägig:

Nachrichtenhäfte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S. 0,80 M AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S. 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S. 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S. 1,20 DM AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S. 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zölper Straße 7, Postfach 260226 GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76 GNN Verlagsgesellschaft Westberlin Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62 GNN Verlag Niedersachsen/Bremen Grenzweg 4, 3000 Hannover 1 GNN Nordrhein-Westfalen Zölper Straße 7, 5000 Köln 1 GNN Verlag Hessen Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11 GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1 GNN Verlagsgesellschaft Bayern Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM. Jahresabo: 52 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM. Halbjahresabo 28,60 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zölper Str. 7, 5000 Köln 1.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52,- DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26,- DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

..... (Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zölper Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

791



Die erste Barrikade am Kiefernwald der Mohawk bei Oka. Über sechseinhalb Monate dauerte im vergangenen Jahr die Auseinandersetzung der Mohawk mit dem kanadischen Staatsapparat um die Anerkennung ihrer Souveränität und ihrer eigenen Hoheitsrechte.



Links: Minister John Ciaccia, mitte: Ellen Gabriel, eine Verhandlungsführerin der Mohawk.



Nach dem Feuergefecht am 11. Juli. Die Polizei ist zunächst abgezogen. Gegen die anschließende Einkesselung verteidigten sich die Mohawk bis zum 28. September.

Neues Interesse an alter Langhaus-Weltanschauung

Louis Hall, 72, ist Maler und Dichter und ein Mohawk von Kahnawake. Vor etwa dreißig Jahren ist er vom Katholizismus zu der traditionellen Langhaus-Weltanschauung zurückgekehrt. Er hat viel dazu beigetragen, das historische Große Gesetz des Friedens zu interpretieren, damit seine Leute mehr über ihre ererbte Kultur wissen. Er sagt über die Rückkehr zum Langhaus:

„Es gab 300 Jahre lang ein dunkles Zeitalter für das Große Gesetz des Friedens. Zwar wurde es freizügig verwendet beim Formulieren der Verfassung der Vereinigten Staaten, aber unter Nicht-Eingeborenen ist es wenig bekannt. Selbst bei den Irokesen-Nationen ging das Große Gesetz des Friedens beinahe verloren infolge der Unterdrückung durch die Kirche und Regierung der Weißen. Die Häuptlinge, die das Gesetz lehrten, mußten das heimlich tun. Die Weißen haben stets versucht, das Gesetz des Langhauses zu beseitigen und zu ersetzen durch ihr Indianer-Gesetz.“

Hall sagt, daß ein jüdischer Rechtsanwalt ihm die identitätsstiftende Kraft der Religion klargemacht hat. Der sagte: „Nicht alle Juden sind religiös, aber sie bekennen sich zu einer gemeinsamen Religion. Sie ist eine vereinheitlichende Kraft, und ohne sie hätten wir die Verfolgungen über die Jahrhunderte hinweg nicht überleben können.“ Hall leuchtete das ein, und er nahm mit einem Freund an einigen Zeremonien teil: „Ich war als Katholik aufgezogen worden, aber mir wurde allmählich klar, daß das nicht die Art war, wie meine Vorfahren den Schöpfer verehrten, also konvertierte ich. Heute, 1990, wächst die Mitgliedschaft im Langhaus kontinuierlich, und ich rechne damit, daß nach diesem verrückten Sommer noch mehr dazukommen.“

Stationen der Entwicklung 11. März bis 26. Sept. 1990

Die erste Barrikade wurde in Oka am 11. März errichtet. Die Mohawk der Kanesatake-Siedlung hatten keine rechtlichen Mittel mehr, um die geschäftliche Nutzung des Kiefernwaldes zu verhindern. Die Gerichte hatten ihre Anträge abgelehnt und Eigentumsrechte der Mohawk bestritten. Der Kiefernwald wird von den Mohawk von Kanesatake für Familien- und Freundschaftstreffen benutzt; dort liegt zugleich ihr Friedhof. Der Gemeinderat des Städtchens Oka dagegen will das Gelände für die Erweiterung des bisher neun Löcher umfassenden Golfplatzes nutzen, um mehr Publikum aus Montréal anzuziehen. Die Mohawk errichten daraufhin eine Barrikade über einen Waldweg, die Tag und Nacht von bewaffneten Mohawk bewacht wird. Es werden keine Bautrupps geschickt, solange die Barrikade steht.

Am 30. Juni erwirkt der Gemeinderat ein Urteil eines Qué-

„Dieses Land ist unser Land“ Die Mohawk-Revolt in Oka

Darstellung und Besprechung eines kürzlich erschienenen Buches

Der kanadische „Indianersommer“ letztes Jahr hat viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen: Eine Rebellion der Mohawk in der Kleinstadt Oka in Québec, ausgelöst durch den Plan der Gemeinde, Indianerland zwecks Ausbaus eines Golfplatzes zu annektieren. Vor kurzem ist in Kanada ein Buch über den Konflikt erschienen, und da wenig Ausichten bestehen, daß es ins Deutsche übersetzt wird, stellen wir es hier vor: *This Land is Our Land. The Mohawk Revolt at Oka*, von Craig MacLaine und Michael S. Baxendale, Fotos von Robert Galbraith, erschienen im Verlag Optimum Publishing International, Montréal + Toronto, 1990, ISBN 0-88890-229-8. Das großformatige Buch mit 121 Seiten besteht aus einer Chronik der Ereignisse, etwa 180 Fotos und anderen Abbildungen sowie zahlreichen Hintergrundinformationen.

beger Oberen Gerichts, die Mohawk-Aktion sei illegal und zu beenden. Die Mohawk akzeptieren das Urteil nicht.

Anfang Juli setzt sich der Québecer Minister für Indianerangelegenheiten, John Ciaccia, gegenüber dem Bürgermeister von Oka dafür ein, die Auseinandersetzung nicht zu eskalieren. Der Bürgermeister ignoriert den Appell und ersucht die Provinzpolizei (Sûreté du Québec) um Durchsetzung seines Rechts. Die Mohawk verstärken unterdessen ihre Barrikade mit Stacheldraht und Sandsäcken. Einige Mohawk sind Mitglieder der paramilitärischen Krieger-Gesellschaft (Warrior Society), deren Aufgabe es seit jeher ist, die Mohawk zu verteidigen. Die Krieger sind mit Gewehren bewaffnet; einige haben in der US-Armee gedient, manche auch in Vietnam. Jedoch sind nicht nur Männer präsent, viele Frauen und Kinder verbringen den Tag und die Nacht dort in der Verteidigung ihres Landes.

Kurz vor Sonnenaufgang des 11. Juli rückt die Polizei an, mit Gewehren, Tränengas, kugelsicheren Westen und Gasmasken.

Als Anhang ist die historische Irokesen-Verfassung „Großes Gesetz des Friedens“ dokumentiert. Der Chroniktext wurde fortlaufend während der Ereignisse verfaßt; die Autoren sind Journalisten, die den Bestrebungen der Mohawk aufgeschlossen gegenüberstehen. Es wird der unmittelbare Ablauf vor Ort dargestellt, soweit den Verfassern bekannt, und in gewissem Maß auch die Schritte der kanadischen Regierungsebenen, die in den Konflikt verwickelt waren. Der Schwerpunkt liegt aber auf dem Augenzeugenbericht; man lernt einige der Teilnehmer kennen. Die Fotos, aus 4000 Schnappschüssen ausgewählt, meist in Schwarzweiß gedruckt, einige in Farbe, haben ihr Schwergewicht in der Dokumentation der Aktionen sowie in Porträts; das tägliche Leben der Mohawk in Oka kommt kaum in den Blick. — (mif)

Die Frauen weigern sich, innerhalb der von der Polizei diktierten Frist das Gelände zu verlassen. Es rückt noch mehr Polizei an, im Kampfeinsatz, und als gegen neun Uhr morgens die Polizei in das Gebiet vorrückt, wo die Frauen und Kinder sich aufhalten, kommt es zu einem heftigen Schußwechsel, in dessen Verlauf ein Polizist durch eine Kugel schwer verletzt wird; er stirbt wenig später im Krankenhaus. Als dann auch noch der Wind dreht und die Tränengaschwaden zurückkommen, zieht sich die Polizei fluchtartig zurück.

In Solidarität mit den Mohawk der Kanesatake-Siedlung blockieren die Mohawk des Kahnawake-Reservats die Südspitze der Mercier-Brücke, die einer der Hauptverkehrswege von den Vororten über den St. Lorenz-Strom nach Montréal darstellt.

Der Premierminister von Québec, Robert Bourassa, beschließt mit dem Innenminister, daß den Mohawk nicht nachgegeben wird, sondern sie zunächst durch Polizeiblockaden isoliert werden. Der weitere Ablauf ist dadurch gekennzeichnet, daß

lange um Verhandlungsbedingungen gerungen wird, daß die Verhandlungen schließlich stattfinden, daß die kanadische Seite aber außer in puncto Übergabe des Kiefernwaldes an die Mohawk nicht mit sich reden läßt. Die Polizeikräfte werden ab 14. August durch Armee-Einheiten ersetzt — zusammen 3300 Mann —, die mit schweren Waffen — u.a. Leopard-Panzern — die Mohawk bedrohen und umzingeln. Die Bundesregierung beauftragt einen Québecer Richter, Alan Gold, mit Vermittlungsgesprächen. Die Gespräche werden Ende August mehrfach von Québecer Seite unterbrochen; in Erwartung des Armeeangriffs flüchten viele Mohawk von Oka.

Am 1. September räumt die Armee die Barrikaden, geduldet von den Mohawk. Eine Gruppe von Kriegern verbarrikadiert sich in einem Behandlungszentrum, zusammen mit ihren Familien und einigen Journalisten. Es wird weiter verhandelt. Erst am 26. September verlassen sie das Gebäude; sie werden von den Soldaten festgenommen. Sie haben keine Zusicherungen hin-

sichtlich der anlaufenden Gerichtsverfahren durchsetzen können.

Forderungen der Mohawk

Für die Beurteilung sind die Forderungen wichtig, die von den Mohawk erhoben wurden, auch unabhängig davon, ob sie durchsetzbar waren.

— Der Ausgangspunkt war der Anspruch auf das traditionell von den Mohawk genutzte Land. — Nach dem Polizeieinsatz vom 12.7. wurde die Forderung nach Abzug der Sûreté du Québec aus der Region Oka erhoben. — Hinsichtlich des Schußwechsels und der Frage, wer die Kugel auf den Polizisten abfeuerte, forderten die Mohawk Amnestie mit der Begründung, daß es sich um einen bewaffneten Konflikt zwischen zwei Nationen handelte, der von den Weißen begonnen wurde. An den Ermittlungen über den Todesfall beteiligten sich die Mohawk.

— Es wurde die Forderung nach Teilnahme der Bundesregierung an den Verhandlungen erhoben.

— Bei Verhandlungen über den Abbau der Barrikade forderten die Mohawk u.a. die Anerkennung als freie, souveräne und gleichberechtigte Nation, den Besitztitel für das umstrittene Land und die Anrufung des Internationalen Gerichtshofs von Den Haag für die Regelung weiterer Streitigkeiten.

— Eine Versammlung von Häuptlingen forderte die Untersuchung der Vorwürfe der Mohawk gegen die Québecer Polizei durch die Vereinten Nationen.

— Die Mohawk forderten die Teilnahme von internationalen Beobachtern.

— Am 26. Juli verklagten die Mohawk von Kanesatake die Sûreté du Québec wegen Einkommensverlusten durch die Polizeiblockade und beantragten Entschädigung und die Entfernung der Blockade.

— Am 28. Juli forderten die in Kanesatake Eingeschlossenen die unbehinderte Lieferung von Nahrung, Wasser, Kleidung, Bettzeug und Medikamenten und den freien Zugang für Geistli-

che, Clan-Mütter, Berater und Anwälte ihrer Wahl.

— Im August wurde die Forderung erhoben und dann fallengelassen, auch Beschwerden der Mohawk auf dem Reservat Kahnawake, das teilweise in den Vereinigten Staaten liegt, zu erörtern.

— Es wurde erneut gefordert, daß der Premierminister an den Verhandlungen teilnimmt.

— Entsprechend der Mohawk-Tradition wurde darauf bestanden, daß Verhandlungen nur bei Tageslicht möglich sind.

— Bei den Verhandlungen am 21. August wurde gefordert, daß die Behörden der Schaffung einer vereinten Mohawk-Nation mit dem Namen Kanienkaha zustimmen, die aus den sechs Mohawk-Siedlungen in Québec, Ontario und New York bestehen soll. Mit diesem Staat wären alle Streitigkeiten um Land und Souveränität zu erörtern.

— Ferner sollten die Behörden von Québec Verfolgungen in Verbindung mit der Bingo-Halle in Kahnawake einstellen. (Dort sind die Gewinnaussichten fünfmal so hoch wie nach dem Gesetz von Québec erlaubt ist, weshalb viele Weiße dorthin kommen.)

— Als Bedingung für eine Kapitulation forderten die Mohawk Garantien, daß sie nicht der Rache der Sûreté du Québec ausgeliefert werden.

— Mitte September erklärte der Sprecher der Sechs-Nationen-Irokesen-Konföderation, daß ein Friedensabkommen eine Festlegung für künftige Verhandlungen über eine irgendwie geartete Form der Souveränität der Mohawk enthalten müsse.

— Die letzte Forderung der eingeschlossenen Mohawk war die Benennung eines Sonderbeauftragten für die Strafverfolgung durch Québec, der für beide Seiten akzeptabel wäre.

Zusammenfassend ist demnach festzustellen, daß der Kernpunkt der Auseinandersetzung der Anspruch der Mohawk auf Souveränität, auf Anerkennung eigener Hoheitsrechte war, die der kanadische Staat verweigert.



Der Maler und Dichter Louis Hall von Kahnawake, 72, vor 30 Jahren zur Langhaus-Tradition übergetreten. Er gilt heute als wichtiger Interpret der Irokesen-Tradition.

Anzeige

Leon Maresch



Alltag im wilden Kurdistan

Der obige Fotoband ist im Montage-Verlag Osnabrück erschienen. Die 71-seitige Broschüre mit ganzseitigen Fotos und einem kurzen Einführungstext wurde mit Unterstützung des Kurdistan-Komitees erstellt. Preis: 30 DM. Bestellungen an: Montage-Verlag, Wachsbleiche 62, 4500 Osnabrück. ISBN 3-9802657-9-5

Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

Für die Beilage werden Beiträge aus dem Widerstand gegen den Imperialismus und die Herrschaft des Kapitals gesammelt. Sie ist aus dem Bedürfnis entstanden, unterschiedliche Ansätze und Positionen der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft über die Grenzen der einzelnen Organisationen und Arbeitszusammenhänge hinaus zugänglich zu machen und zur wissenschaftlichen Klärung beizutragen. Die Beilage will damit auch die Zusammenarbeit erleichtern.

An dieser Ausgabe wirkten mit:

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg:	
Die BRD darf keine kriegsführende Macht werden!	Seite 1
DFG/VK: Die SPD kennt die BRD-Kriegspläne.	Seite 1
VSP/Volksfront: Wird Ratlosigkeit zum Prinzip?	
Antifa-Bewegung braucht neue Anstöße gegen Rechts	Seite 2
VVN/BdA: Antifaschistische Bildungsarbeit	Seite 3
Aktionseinheitsklärung: Widerstand gegen den Golfkrieg!	Seite 3
Russel-Tribunal zum Golf-Krieg	Seite 4
AzD: Eine neue Weltordnung auf tönernen Füßen	Seite 5
Radikale Linke: Der Krieg wird gemacht	Seite 6
Bündnispolitik zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen	Seite 7
VSP: „In die Offensive gelangen?“	Seite 8
VSP: Linke herrschender Nation	Seite 8
Beitrag zur Debatte mit den Gefangenen und der RAF	Seite 9

Sie liegt folgenden Zeitungen bei:

Aufsätze zur Diskussion (Kommunistische Gruppen)
Politische Berichte (BWK)
Sozialistische Zeitung (VSP)

Gesichtspunkte zur antifaschistischen Diskussion

Die BRD darf keine kriegsführende Macht werden!

Vorbemerkung: Der nachstehende Diskussionsbeitrag wurde für eine Sitzung des Zentralen Roten Tisches am 12./13.1.91 verfaßt. Er war auch Diskussionsgegenstand des Kongresses der Volksfront am 2./3.3.91 in Köln. Der Beitrag wurde von der Autorin im ersten Teil (Der Grundkonsens „Nie wieder Krieg“ ist in Gefahr) aus Aktualitätsgründen neu formuliert.

Der Grundkonsens „Nie wieder Krieg“ ist in Gefahr

Der Golfkrieg hat Hunderttausenden das Leben gekostet, der Zivilbevölkerung wurde durch die Bombardements und die Zerstörung lebenswichtiger Existenzgrundlagen wie der Energie- und Wasserversorgung die Hauptlast des Krieges aufgebürdet, der Irak zerstört. Die ökologischen Folgen sind noch nicht einmal annähernd abschätzbar. Mit der angeblichen Verteidigung des Völkerrechts legitimiert, ist der Krieg gegen den Irak als Vernichtungskrieg in bisher nicht gekanntem Ausmaß geführt worden. Das Völkerrecht wurde durch die kriegführenden Parteien dutzendfach gebrochen, und was die USA anbelangt, ohne jegliche internationale Kritik. Nicht etwa die UNO hat den Krieg geführt, sondern die USA haben die UNO instrumentalisiert, ihren Krieg unter ihrem Kommando für ihre Interessen als UNO- als Menschheitsmission ausgeben können. Was von fortschrittlichen Bestimmungen im Völkerrecht gehalten werden kann, inwieweit die Interessen der Länder der Dritten Welt in der UNO überhaupt noch vertretbar sein werden bzw. ob die UNO zu einem Legitimierungshaufen für die Politik der imperialistischen Großmächte verkommen wird, wird sich noch herausstellen müssen.

Eine „neue Weltordnung“ droht, die darauf basiert, daß die kriegerische Durchsetzung der Interessen der imperialistischen Großmächte als Mittel der Politik und als akute Drohung zur Erzielung des Wohlverhaltens des Restes der Welt legitimiert sein soll. Kein einziges Problem im Nahen Osten ist gelöst, sondern eher noch verschärft: Die völkerrechtswidrige Lage des palästinensischen Volkes in den durch Israel besetzten Gebieten, die Lage der Kurden, die in der Türkei durch das Özal-Regime unterdrückt und ermordet und denen ein eigener Staat ebenfalls vorenthalten wird.

Die Bundesrepublik ist — lange vorbereitet, nach dem Golfkrieg jetzt die Gunst der Stunde nutzend — nach der Einverleibung der DDR dabei, die zweite Etappe hin zur führenden Weltmacht zu nehmen: Sie will — auch unabhängig von der NATO — kriegsfähig werden. Die Bundesregierung hat die BRD bereits durch die Zahlung der Kriegsmilgarden und den NATO-Einsatz von Bundeswehrtruppen zur Kriegspartei gemacht. Sie greift jetzt der geplanten Grundgesetzänderung bereits vor, indem ein deutscher Minenabwehrverband am Golf, der immer noch Kriegsgebiet ist, weil noch kein Frieden abgeschlossen wurde, eingesetzt wird. Sie beteiligt sich an der geplanten „schnellen Eingreiftruppe“ der NATO. Die entsprechende Grundgesetzänderung, die die BRD wieder zur eigenständigen Angriffskriegsführenden macht, soll noch im Sommer durchgeleitet werden. Laut wird über die

Schaffung einer Berufsarmee nachgedacht, die, wie in den USA, abgesondert von der Gesellschaft gehalten werden und aus Soldaten bestehen soll, für die Kriegführen den Lebensunterhalt und erfolgreich Töten die Karriere sichern soll.

Zur Schaffung der inneren Kriegsfähigkeit der BRD, zur Mobilisierung einer zur Kriegsführung bereiten und blutrünstigen öffentlichen Meinung haben die Bundesregierung und das konservative Lager in den letzten Monaten eine beispiellose Kampagne losgetreten. Die Friedensdemonstrationen wurden des Antisemitismus und Antiamerikanismus bezichtigt, pazifistische und defaitistische Auffassungen moralisch niedergedemotiviert und diskreditiert, der Widerstand gegen den Krieg kriminalisiert. Kriegsdienstverweigerer wurden öffentlich als Drückeberger und Feiglinge heruntergemacht. Durch die Gleichsetzung Hussein — Hitler wird nicht nur der Faschismus bagatellisiert, sondern auch antifaschistische und pazifistische Kräfte des mangelnden Widerstandes gegen den „Husseinfaschismus“ bezichtigt und ihnen damit praktisch die Schuld am Golfkrieg zugeschoben.

Trotz der starken Friedensdemonstrationen und der sehr breiten Beteiligung daran (viele Christen, Gewerkschaften, Sozialdemokraten waren an den Aktionsbündnissen beteiligt) steht der Widerstand gegen den Kriegskurs der BRD und eine neue imperialistische Weltordnung vor großen Problemen. Zum einen haben sich erhebliche Teile der zu „linken Meinungsmachern“ zählenden Intellektuellen unter dem massiven Druck der reaktionären militaristischen Kampagne zu Kriegspropagandisten entwickelt (siehe Äußerungen von Enzensberger, Biermann, Wallraff, Leggewie, Brumlik u.a. oder die Diskussion in der „taz“ und „Konkret“). Sie sind sich nicht zu schade, antiimperialistische, antifaschistische, pazifistische Kräfte öffentlich zu attackieren, mundtot und auch politisch tot schießen zu wollen. Es ist durchaus ein größeres Problem für die Entwicklung des Widerstandes gegen den Kriegskurs der BRD, wenn sich große Teile der „linken Intelligenz“ zu Kriegstreibern entwickeln können.

Innerhalb der Sozialdemokratie ist es absolut nicht ausgemacht, ob sie einer Grundgesetzänderung die Zustimmung verweigern werden. Immerhin war die SPD einmal eine ausgemachte Antikriegspartei im Nachkriegs-Deutschland. Eine Zustimmung der SPD zu einer Grundgesetzänderung, die das Verbot von Angriffskriegen unter welchem Vorwand auch aufheben würde, wäre für die Reaktion ein erheblicher Fortschritt in puncto Führbarkeit neuer deutscher Eroberungskriege, die vor dem Hintergrund der Ostexpansion ja eine recht greifbare Option darstellen.

Innerhalb der Friedensbündnisse fällt nach Einstellung der Kampfhandlungen am Golf teilweise ein regelrechter Widerstand auf, sich mit der drohenden

Grundgesetzänderung und der Entwicklung in der BRD auseinanderzusetzen. Es war auch schon vorher eher nicht populär, sich mit der Rolle der BRD im Golfkrieg auseinanderzusetzen zu wollen. Teilweise hängt dies vermutlich mit der Tradition der alten Friedensbewegung zusammen, hauptsächlich mit Ängsten vor Waffen und Kriegen zu operieren und insbesondere die kritische Befassung mit dem imperialistischen Charakter der BRD und ihrer aggressiven politischen Ziele zu vermeiden. Es spielen aber auch autonome Positionen eine Rolle, wie auch schon bei der Forderung nach einem Verbot faschistischer Organisationen, daß Auseinandersetzungen

um demokratische Rechte als systembeschönigende Forderungen an den bürgerlichen Staatsapparat politisch für falsch erklärt wurden.

Ebenfalls gab und gibt es in den Aktionsbündnissen teilweise Probleme, antiimperialistische, internationalistische Ansätze zugunsten eines nur mehr pazifistischen Ansatzes opfern zu wollen. Das Problem der imperialistischen Kriegsziele und die Organisation der Solidarität mit den Betroffenen — das palästinensische, arabische und kurdische Volk im Falle des Golfkrieges — fällt dabei heraus.

Es ist ureigenste Aufgabe antifaschistischer Politik, für den Grundsatz, daß

von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen soll, einzutreten. Die antifaschistischen Organisationen müssen nach ihren Kräften zur Entwicklung des Widerstandes beitragen. Gerade aus antifaschistischem Selbstverständnis haben wir einige Gesichtspunkte in die Diskussion einzubringen und gleichzeitig Grund, die Entwicklung antifaschistischer Kritik hierbei zu verbessern. Eine Schwäche bei uns, aber auch bei anderen antifaschistischen Organisationen, ist eine offensichtlich ungenügende Verbindung des Zusammenhanges zwischen dem Kampf gegen Reaktion und Faschisierung im Inneren mit antifaschistischer Politik, für den Grundsatz, daß

Fortsetzung Seite 2

DFG/VK: Die SPD kennt die BRD-Kriegspläne. Warum mobilisiert sie nicht die Öffentlichkeit?

Gespräch zwischen Anne Frohnweiler, Sprecherin der DKP, und Tilmann Kissenkoetter, Landessprecher der DFG-VK Hessen und tätig in der Aus- und Weiterbildung für Pflegeberufe.

*

Anne: Die DKP fordert in ihrem Programm von 1978 „die Überführung entscheidender Schlüsselzweige der Wirtschaft aus dem Eigentum des Monopolkapitals in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum auf der Grundlage der Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes sowie der entsprechenden Bestimmungen der Landesverfassungen. Für vorrangig erachtet die DKP die Verstaatlichung und demokratische Kontrolle der Großbanken und Versicherungskonzerne, der Energie-/Stahlkonzerne, der Atom- und Rüstungsindustrie“. Wie hat sich im Rahmen Eurer Aktionen die Diskussion um die Eigentumsfrage entwickelt, d.h. genügt es, Rüstungsprofite abzuschöpfen, Rüstungsexporte zu kontrollieren, ohne von Rüstungs- auf Friedensproduktion umzustellen?

Tilmann: Die Forderung nach Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, konkret auch von Rüstungsindustrie steht in vielen Parteiprogrammen und auch bei den Gewerkschaften. Auch die DFG-VK vertritt derartige Forderungen programmatisch.

In der jüngsten Vergangenheit hat es ein Wiederbesinnen gegeben, diese Beschlüsse auch mit Inhalten zu füllen, Diskussionen darüber zu führen — aber wir stehen noch sehr am Anfang.

Aktionen vor Rüstungsbetrieben hat es schon in den vergangenen Jahren gegeben. Wir als Kriegsgegner sollten uns heute nur klar darüber sein, daß die Forderung nach Abschöpfung von Rüstungsgewinnen bzw. die Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion sicherlich immer auch verbunden ist mit dem Ziel der momentanen Eigentümer, Gewinne zu erzielen und über die Produktionsmittel zu bestimmen. Unabhängig von der Eigentumsfrage muß es auf jeden Fall ein bedingungsloses Verbot von Rüstungsexport und -produktion geben.

Ich persönlich möchte davor warnen, das Grundgesetz als die Grundlage für

derartige Diskussionen in diesen Zusammenhängen zu nutzen — wenn es wirklich gewollt gewesen wäre, dann wäre ja solche Industrie schon längst auf der Grundlage des seit 1949 gültigen Grundgesetzes in gesellschaftliches Eigentum überführt worden.

Anne: Die SPD hat, wie bekannt, angekündigt, im Fall der Fälle — im Bündnisfall — das Verfassungsgericht in Karlsruhe anzurufen. Zugleich existieren seit langem Gesetze wie das Katastrophenschutzergänzungsgesetz, das Arbeitssicherstellungsgesetz und das Wartime-Host Nation Support Abkommen zwischen dem US- und dem BRD-Staat als Grundlage für innere Militarisierung und zivile Kriegsdienstvorbereitungen.

Kannst Du uns was dazu sagen, wie diese Vorbereitungen laufen? Und wie steht es um die Verfassungsmäßigkeit von derlei Gesetzen?

Tilmann: Die BRD ist doch schon längst im Krieg beteiligt. Artikel 80 a Abs. 3 des Grundgesetzes gilt. Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht würde doch, wie schon in vergangenen Urteilen zu erkennen, lediglich zu einer politischen Rechtsprechung führen, die gegebenenfalls auch die Legitimation für die Kohl-Regierung darstellt. So eine Klage hätte doch nur einen Sinn, wenn sie mit einem entsprechenden öffentlichen Druck verbunden wäre oder würde. Ich habe auch überhaupt kein Verständnis dafür, worauf die SPD bzw. ihre FunktionärInnen noch warten wollen, um aktiv zu werden und beispielsweise auch Bündnispartner für eine Klage zu bekommen. Denn derartige Maßnahmen hätten ja spätestens mit der Verlegung der Alpha-Jets in die Türkei begonnen werden müssen. Die SPD weiß von der militärischen Planung ja schon sehr viel länger und hat ja teilweise — auch in Regierungsverantwortung — selbst daran mitgewirkt, wenn man sich nur mal die Notstandsgesetze und anderes anschaut. Die konkreten Auswirkungen von innerer Militarisierung sind vielfältig. Weil das Arbeitssicherstellungsgesetz angesprochen worden ist: Darin ist geregelt, daß alle Menschen, Frauen wie Männer, zwischen dem 18. und 55. Lebensjahr

bzw. sogar 65. Lebensjahr zu Arbeitsdienstpflichten herangezogen werden können. Möglicherweise trifft es die Reservisten des Wehr- und Zivildienstes noch besonders, da sie zu unbegrenzten Diensten verpflichtet werden können (Wehr- und Zivildienstgesetz). Zuständig für die Arbeitsstellen ist übrigens das örtliche Arbeitsamt, insofern besteht für jeden Bürger und jede Bürgerin dem Arbeitsamt gegenüber diese mögliche Verpflichtung zu verweigern, konkret dem Arbeitsamt mitzuteilen, daß „ich persönlich eben nicht zur Verfügung stehe“, wenn ein Verpflichtungsbescheid per Post zugestellt wird.

Und alle Männer können die Wehr- und Zivildienstüberwachung verweigern und dies dem Einwohnermeldeamt einfach mitteilen.

Anne: Inwieweit spielt diese Verfassungsfrage bei der Argumentation von Kriegsdienstverweigerung eine Rolle?

Tilmann: Sicherlich wäre es ein gewagtes Unterfangen, die Verfassungsmäßigkeit der Notstandsgesetze und der oben genannten Gesetze überprüfen zu lassen. Insofern spielen derartige Überlegungen gar keine Rolle bei Kriegsdienstverweigerung.

Männer, Jugendliche wie Alte, haben die Möglichkeit, nach Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern. Dies geschieht gegenüber dem zuständigen Kreiswehrersatzamt und ist von jedem Mann jederzeit möglich. Wer hierüber nähere Informationen haben möchte, soll sich an die Beratungsstellen der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) wenden. Die Verweigerung aller Kriegsdienste ist nirgendwo, in keiner Verfassung, in keinem Gesetz geregelt. Dennoch gibt es Menschen, die immer wieder, immer noch eben diese Verweigerung von Kriegsdiensten — gleich welcher Art ausdrücken, sich dafür einsetzen — sich „erklären“ — und sich mit anderen zusammentun, um ihre grundsätzliche Haltung gegen den Krieg, ihre Verweigerung von Kriegsdiensten gemeinsam öffentlich zu machen.

Anne: Tilmann, ich danke Dir für dieses Gespräch.

stischer Politik gegen Imperialismus und Kolonialismus besser zu begründen, auch programmatisch. Um Politik gegen eine neue imperialistische, kriegsfähige Weltmacht BRD entwickeln zu können, müssen wir mit antimperialistischer Kritik aus antifaschistischer Sicht aber Fortschritte machen.

Gegen Ost-Kolonisierung gegen weitere Ostexpansion

Offensichtlicher Schwerpunkt faschistischer Politik ist die Fortsetzung der Ostexpansion vor allem gegenüber Polen, aber auch der UdSSR und CSFR. Die Fortsetzung der Ostexpansion ist aber auch gleichzeitig Bestandteil der Regierungspolitik, ebenso wie Nationalismus und „Deutschtum“, die längst nicht mehr nur Thema der Faschisten sind. Gekoppelt ist dies mit der Propagierung einer Volksgemeinschaft aller Deutschen, für die besondere Rechte gelten und denen ein gewisser Wohlstand auf Kosten anderer vorbehalten bleibt.

Es scheint kein Widerspruch zu sein, „fallende und nicht mehr trennende Grenzen“ in einem „gemeinsamen Haus Europa“ zu beschwören und in einem Atemzug damit „deutsche Volksgruppenrechte“ und „autonome deutsche Regionen“ zu propagieren. Hier droht eine völkische Neudefinition von Grenzgehaltigkeiten, wonach staatliche Grenzen keine Gültigkeit mehr haben, wenn sie „das deutsche Volk“ daran hindern, „zusammenzuwachsen“ zu lassen, „was zusammengehört“. Insbesondere die faschistischen Organisationen zusammen mit den „Vertriebenenverbänden“ sind es, die gegenwärtig in bisher noch nicht völlig zu überschauendem Maß Wühlarbeit zur Aufputzung von „deutschen Vereinigungen“ in Polen, der UdSSR und CSFR betreiben und in ihren Publikationen propagieren. Sie stehen damit keineswegs im Widerspruch zur offiziellen Politik, können sich sogar darauf berufen, siehe die deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen, Zugeständnisse der UdSSR im deutsch-sowjetischen Vertrag, Aktivitäten der Deutschen Bank in Kaliningrad.

Wir halten es für erforderlich, hier einen Überblick über die entstandene Lage und die sich daraus ergebenden Probleme und Möglichkeiten zu schaffen. Die Verträge (2+4-Vertrag, deutsch-sowjetischer Vertrag, deutsch-polnischer Vertrag) müssen untersucht werden. Was konnte die BRD an deutschen Ansprüchen durchsetzen? Inwiefern bieten die Verträge Schranken, auf die sich antifaschistische Politik gegen Revanchismus stützen könnte? Liefern die Verträge Anhaltspunkte für einen Widerspruch zum Deutschumsartikel 116 Grundgesetz? Ist eine Weiterführung einer Anschließpolitik, wie sie gegenüber der DDR durch Art. 23 GG praktiziert wurde, durch die Verträge eindeutig verbaut?

Gegen die faschistische und regierungsamtliche Politik sollten wir uns bemühen, öffentliche Kritik an den Forderungen und Aktivitäten der Revanchisten und Faschisten zu entwickeln, die Streichung des Art. 116 GG, die Streichung finanzieller Unterstützung der Revanchistenverbände zu fordern und Kampagnen zur Aufkündigung von Partnerschaften für revanchistische Verbände und gegen die Unterstützung von Veranstaltungen und Treffen von Revanchistenverbänden zu entwickeln.

Befassen müssen wir uns auch mit dem Kolonisierungsvorgang in den bisherigen DDR-Ländern. Der vollzogene Anschluß bedeutet schließlich erst den völligen Auftakt zur Zerschlagung aller Ergebnisse der DDR-Wirtschaft und -Gesellschaft. Eine kritische Befassung ist dringend vonnöten. Hier nur einige Punkte: Welcher ökonomischen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Methoden bedienen sich die westdeutschen Konzerne, um die DDR-Wirtschaft und bisherige soziale Standards endgültig zu eliminieren? Auswirkungen auf die Kommunal- und Sozialpolitik? Zerschlagung antifaschistischer Errungenschaften. Sind die Bodenreform und die Enteignung der Kriegsverbrecher wirklich gesichert oder gibt es hier Ausbelebungsversuche? Säuberungswelle im öf-

fentlichen Dienst. „Stasi“-Diskussion. Verbotsdrohungen und Verfolgungsmaßnahmen gegenüber PDS und DKP.

Wir sehen in der Kritik an Revanchismus, Nationalismus und deutscher Volksgemeinschaft einen Aufgabenschwerpunkt für antifaschistische Politik. Widerstand gegen den Parteibildungsprozeß der faschistischen Kräfte, der nach wie vor — auch nach den Bundestagswahlergebnissen — nicht aus der Welt ist und noch nicht mal eine vernichtende Niederlage erhalten hat, kann nur entwickelt werden, wenn man ihre Propagandaschwerpunkte bekämpft. Gleichzeitig hat sich die Aufgabenstellung für antifaschistische Politik durch die Übernahme dieser Themen durch die etablierten Parteien verändert: Wir müssen ebenso die revanchistische, nationalistische, deutschtümelnde Politik der Regierung und Parteien bekämpfen.

Bisher war die deutliche Befassung mit antirevanchistischen Themen und Entwicklung entsprechender Politik in antifaschistischen Zusammenhängen nicht unbedingt unumstritten oder gar beliebt. Das hängt sicherlich damit zusammen, daß gerade der westdeutsche Imperialismus und damit eben nicht nur offen faschistische Kräfte, sondern auch wesentliche Teile der Konservativen und der Konzerne eine Ausdehnung der Machtsphäre der BRD in der Wiederherstellung großdeutscher Ansprüche, also Revanchismus und Ostexpansion, betreiben haben und weiter betreiben werden. Die Entwicklung antifaschistischer Kritik an Revanchismus greift deshalb immer schon nicht nur die Faschisten, sondern auch den ganz „normalen“ westdeutschen Imperialismus an. Wir meinen, im Rahmen einer antifaschistischen Programmdiskussion müßte deshalb auch eine Rolle spielen, ob nicht bisher eine programmatische Schwäche in einer mangelnden programmatischen Verbindung und damit ein Mangel an antifaschistisch begründeter Kritik an Imperialismus und Kolonialismus vorlag und verbessert werden müßte.

Widerstand gegen rassistische Ausländer- und Flüchtlingspolitik

Die Kehrseite der Etablierung einer Blutsgemeinschaft, in der den Deutschen politische Rechte und Privilegien vorbehalten werden, ist die Ausgrenzung aller Nicht-Deutschen. Entrechtung, Entmündigung, Deklassierung und Verelendung. Ein Problem der Ergebnisse der Bundestagswahl ist, daß die Wähler der Regierungsparteien offensichtlich zu großen Teilen akzeptieren, daß Wohlstand für Deutsche auf Kosten anderer gehen und daß dies auch mit steigender staatlicher Brutalität durchgesetzt werden soll.

Wir sind mit der Gültigkeit des neuen rassistischen Ausländergesetzes konfrontiert, das die Entwicklung von politischem Widerstand gegen die Abschiebung von Flüchtlingen auf kommunaler und auch auf Landesebene enorm erschwert. Wir sind mit dem Urteil zum Ausländerwahlrecht konfrontiert, das selbst Minimal-Ansätze zum Ausländerwahlrecht negiert. Regierung und Behörden auf allen Ebenen schüren die Widersprüche, indem sie Flüchtlinge in Ghettos einpflegen, die zum einen die Kommunen überfordern und zum anderen solches soziale Elend in den Ghettos zur Folge haben und durch Schikanen wie die Auszahlung von Sozialhilfe nur in Form von Sachleistungen in den Lagern bewußt weiter provozieren, daß sich tausenderlei Vorwände zu Pogromhetzen gegenüber „den deutschen Nachbarn“ finden lassen. Faschistische Militanz, Bandenbildung und offener rassistischer Terror werden geradezu gefördert und nehmen auch in erschreckendem Ausmaß zu.

Innerhalb der SPD nehmen die Kräfte zu, die das Asylrecht zur Disposition stellen und arbeitsteilig mit den Konservativen und Liberalen die weitere Entrechtung, soziale Deklassierung und Ausweisung von Flüchtlingen betreiben, wie der Beschluß der NRW-Landesregierung zur Ausweisung der Roma und Sinti zeigt. Gleichzeitig nimmt die Propaganda einer „Asylantenflut“, die

über Deutschland hinwegschwemmen wird, zu. Dabei wird unterschlagen, daß Flüchtlingsbewegungen direkt durch die Politik der BRD mobilisiert werden: Durch die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung in den Ländern der Dritten Welt, durch die massive Einmischung in den östlichen Ländern mit dem Ziel der politischen Destabilisierung. Gerade in diesen Ländern wird bewußt Politik damit gemacht, mit der Mobilisierung von Fluchtbewegungen menschliches Manövriermaterial für politische Erpressungen von Regierungen zu haben, wie es mit der DDR bereits einmal erfolgreich praktiziert wurde.

Elementarer Grundsatz antifaschistischer Politik ist die Forderung nach Gleichheit aller Menschen. unabhängig von Nation, Rasse, Religion, Geschlecht. Wir kommen wahrscheinlich im Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit nur weiter, wenn wir der bürgerlichen Propaganda, die jeden Flüchtling als Parasiten am deutschen Volk aufbaut, mehr als bisher entgegenzusetzen, daß es gerade die konkrete imperialistische Politik der BRD ist, die Zustände zu verantworten hat, die den Menschen ein Leben in ihren Heimatländern unmöglich macht und sie zur Flucht zwingt. Insbesondere örtlich, aber auch auf Landesebene sehen wir eine wesentliche Aufgabe im Kampf gegen die menschenunwürdige Ghettosierung von Flüchtlingen, gegen die unmenschliche Methode, die Flüchtlinge einem derartigen Ausmaß von Elend und Entwürdigung auszusetzen, daß dies „abschreckend“ auf weitere Flüchtlinge wirken soll. Wir sollten uns insbesondere für dezentrale Lösungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen einsetzen und von Land und Kommunen eine angemessene soziale Behandlung von Flüchtlingen entsprechend der Regelungen der Sozialhilfe für Deutsche fordern. Eine wesentliche Aufgabe wird weiter sein, die Forderung nach Wahlrecht für Ausländer in der stattfindenden Verfassungsdiskussion zu stellen.

ads, Volksfront

Wird Ratlosigkeit zum Prinzip? Antifa-Bewegung braucht neue Anstöße gegen Rechts

Freude über den Niedergang von Schönhubers Truppe wollte in unseren Kreisen im Lauf des letzten Jahres nicht so richtig aufkommen, und das hat durchaus seine Berechtigung. Aber es war nicht, wie manche hämisch mutmaßen, das Abhandenkommen eines lohnenden Feindbildes, das antifaschistische Hochstimmung vermieste. Es war die Erkenntnis, daß die Verhinderung einer parlamentarischen Etablierung faschistischer Kräfte auf breiter Ebene nicht einherging mit einer spürbaren Ausweitung antifaschistischen Bewußtseins und emanzipativer Stimmungen in der Gesellschaft. Im Gegenteil, rassistische und nationalistische Aspekte in der herrschenden Politik sind stärker hervorgetreten und bestimmen das politische Tagesgeschehen. Großdeutschland ist Realität und Krieg wurde zur Norm.

In der ehemaligen DDR wählten laut „Spiegel“ 7,4 Prozent der 18- bis 25-jährigen Männer die Reps. Nazibanden erhalten weiterhin Zuwachs. Rassistische Gewalttaten empfindet niemand mehr als Ausnahme. Anders wie 1969, als die NPD knapp den Einzug in den Bundestag verfehlte, gibt es heute keine Anzeichen dafür, daß der organisierte Neofaschismus nach einer Wahlniederlage als nennenswerte Kraft für längere Zeit von der Bildfläche verschwindet.

Rechte will „soziale Frage“ besetzen

Oberflächlich bietet die extreme Rechte heute das Bild von Stagnation und Auflösung. Die Reps um Schönhuber leiden an Auszehrung. Neofaschistische wie rechtskonservative Gruppierungen haben die Partei verlassen. Die DSU in der Ex-DDR erfüllte ihre Rolle als Auffangbecken für Kräfte rechts von der CDU nicht. Die immer noch mitgliederstärkste DVU um Frey stützt sich im Westen hauptsächlich auf traditionelle Zusammenhänge, zieht weiterhin Großveranstaltungen ab und organisiert den Zulauf im Osten.

Die NPD befindet sich in einer Organisations- und Finanzkrise. Eine Strömung will das Bündnis mit der finanzstarken DVU fortsetzen. Der andere

Teil will einen neuen Formierungsversuch der Rechten wagen und befürwortet ein Aufgehen in der „Deutschen Allianz“. Der zurückgetretene Bundesvorsitzende Martin Mußnug möchte die eigene Partei zur Disposition stellen, der amtierende Übergangsvorsitzende Walter Bachmann sucht Schutz und Hilfe bei Frey.

„Nation Europa“, eine auf Interessensausgleich der rechten Parteien orientierte Vordenkerzeitschrift, führt die momentane Zerstreuung weniger auf inhaltliche Differenzen zurück, sondern bemängelt vor allem die einer Neuformierung entgegenstehenden „Trotzreaktionen der Platzhirsche“. Dies wird untermauert durch die Feststellung, gerade an der Haltung zum Golf-Krieg habe sich eine weitgehende inhaltliche Übereinstimmung in der Rechten bewiesen.

Von Kühnen bis Schönhuber feierten sie deutsche Waffenlieferung an den Irak, nutzten den Golf-Krieg für antisemitische Hetze und versuchten sich im Interesse speziell „deutscher Soldatenblutes“ gegen die Konkurrenzmacht USA zu profilieren. In rechten Blättern wird gleichzeitig gegen „jüdisch-amerikanische Verschwörung“ und gegen die „islamische Bedrohung in Europa“ gehetzt. „Abschied vom amerikanischen Jahrhundert“, „Los von Amerika“, „Gegen die amerikanische Weltordnung“ — so und ähnlich lauten die Überschriften zum Kriegsgeschehen im Nahen Osten. Solidarität mit den arabischen Völkern wird nur vorgetäuscht, wo es dem angestrebten Nachweis dient, daß verschiedene Bevölkerungsgruppen nicht auf einem Raum zusammenleben könnten. Propaganda für Apartheid war das Kriegsziel der Rechten. Die Kritik an der USA dient dazu, eine eigenständige Weltmachtrolle für Deutschland und Europa einzuklagen. Antimperialistisches und antikapitalistisches Vokabular wird eingesetzt, um eine nationalistische Umdeutung sozial geprägter Konflikte zu ermöglichen.

Auch hinsichtlich der sozialen Misere in der BRD greifen die Rechten zunehmend zurück auf national, sozialisti-

sche“ Denkmuster. Winfried Krauß, Vorsitzender der NPD-Fraktion in Frankfurt und aussichtsreicher Kandidat für den Bundesvorsitz der NPD, kritisiert beispielsweise die programmatische Beschränkung auf den Nationalkonservatismus und fordert, die soziale Frage müsse in der rechten Programmatik zur zentralen Frage werden: „Sozial Abgestiegene und Unterschichtenangehörige müssen angesprochen und politisiert werden ... auch wenn dies bei Konservativen Naserümpfen hervorruft“ (NE, Dez 90). Krauß befürwortet ausdrücklich ein Zusammengehen nationalkonservativer, nationalrevolutionärer und neofaschistischer Kräfte in einer Partei. Rassismus, Nationalismus und völkisches Menschenbild erklärt er zum Grundkonsens. Ansonsten spricht er sich für eine große Spannweite in der zu bildenden Partei aus, in der Platz genug ist für eine wirksame soziale Demagogie. Es ist damit zu rechnen, daß sich faschistische Kräfte in Zukunft direkt einschalten in soziale Bewegungen. Rechtsradikale Sprengel auf Friedensdemos in manchen Städten gaben darauf bereits einen Vorgeschmack. In Anspielung auf gewerkschaftliche Forderungen propagieren Rechte „Gleichen Lohn für deutsche Arbeiter in ganz Deutschland“.

Die neugegründete „Deutsche Allianz“, die sich in ihren Grundsätzen nur wenig unterscheidet von NPD und Reps, soll eine Vorstufe sein für eine Partei wie sie Krauß und anderen vorschwebt. In dieser Gruppierung arbeiten schon jetzt NPD-Funktionäre wie Schützinger und Mußnug mit ehemaligen Reps wie Neubauer und Glasauer zusammen. Eine Parteigründung soll diesmal erst stattfinden, wenn in einem Reifeprozess alle relevanten Kräfte der Rechten gewonnen sind.

Antifaschistische Gegenwehr wird auch in Zukunft nicht darauf verzichten können, gegen diesen neuen Schub faschistischer Parteibildung zu agieren. Ein wirksamer Erfolg in dieser Richtung wird jedoch davon abhängen, ob die Linke insgesamt in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wieder demo-

kratische, antirassistische und sozialistische Akzente setzen kann.

Antifaschismus braucht radikale Inhalte und bündnispolitische Ansätze

Die antifaschistische Diskussion der beiden letzten Jahre in der BRD war wesentlich geprägt durch die zeitweisen Wahlerfolge der Reps und durch die imperialistische Anschlußpolitik der BRD gegenüber der DDR. In beiden Fragen stand der Antifaschismus letztendlich auf der Verliererseite.

Trotz Zersplitterung und Differenzen gab es in der Linken jedoch viele gemeinsame inhaltliche Bezugspunkte und Aktivitäten in diesen Bereichen. Einen Bruch, ja eine wirklich inhaltlich ausgewiesene neue Spaltung im linken und antifaschistischen Spektrum gab es erst jetzt im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg und der Rolle Israels. Namhafte Publizisten wie Enzensberger, Biermann und Pohrt und mit ihnen eine beachtliche Strömung schwenkten auf Kriegskurs und leisteten ganze Arbeit gegen die antimilitaristisch geprägte Kriegsoption. Die als Rechtfertigung vorgeschobene Bedrohung Israels stellte sich inzwischen zwar als fiktiv heraus, während die Bedrohung durch viele neue „kleine“ Kriege im Sinne imperialer Weltordnungspläne blutige Realität geworden ist. Entsprechende Verfassungsänderungen werden uns in den kommenden Monaten beschäftigen.

Selbstkritisch muß gesagt werden, daß eine ernsthafte Diskussion in vielen antifaschistischen Zusammenhängen über Israel und die subjektiven Empfindungen der jüdischen Bevölkerung in Israel erst richtig in Gang gekommen ist, als von Kohl bis Gremiliza die „besondere Verantwortung“ der Deutschen via Kriegunterstützung eingefordert wurde. Auch die Aufwärmung neuer Gleichsetzungen von rechts und links anläßlich des Krieges wurden in öffentlichen Debatten nur sehr zögerlich zurückgewiesen. Während sich anspruchsvolle Intellektuelle der 68er Bewegung inzwischen primitive historische Vergleiche

leisten können und sich dafür bürgerliche Protektion einhandeln, ist die Restlinke auf eine differenzierende Debatte angewiesen, und das wird so bleiben.

Daß die Friedensbewegung innerhalb weniger Kriegswochen stark zusammenschmolz, hat zu Resignation und Ratlosigkeit nicht nur bei organisierten linken Kräften geführt, gab es doch in vielen Köpfen die Vorstellung, über eine rasche Antikriegsmobilisierung könnten linke Inhalte wieder gesellschaftliche Akzeptanz erlangen. Jetzt wächst der gleichfalls vorschnelle Eindruck, die Forderung nach „Nie wieder Krieg“ habe sich in der BRD schon erledigt.

Neue Impulse kann es für die antifaschistische Bewegung nur geben, wenn die linke Debatte um programmatische Inhalte einen Bezug findet zu verschiedenen emanzipatorischen Interessen in der Gesellschaft. Eine radikale Negation der herrschenden Verhältnisse mit antikapitalistischen, feministischen und antirassistischen Inhalten wird erst dann produktiv ausstrahlen, wenn sie einerseits die Autonomie entsprechender gesellschaftlicher Bewegungen respektiert und andererseits die realen bündnispolitischen Angebote nicht sektiererisch ausschlägt.

Eine unfreiwillige „Aufgabenstellung“ in hier grundsätzliche Kritik — da Reformansätze, wie sie etwa zur Bundestagswahl durch die Radikale Linke einerseits und die PDS andererseits betrieben wurde, wird auf Dauer für beide Seiten scheitern. In der anstehenden Diskussion um Verfassungsänderungen und §218, in Bezug auf die Rechte der Flüchtlinge und Inmigranten und nicht zuletzt bei der aktuellen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit wird sich zeigen, ob die Linke sowohl radikale Grundorientierungen festigen wie auch ein Stück parlamentarische und außerparlamentarische Handlungsfähigkeit wiedererlangen kann. Gerade für die Isolierung der reaktionärsten Strömungen und die Verhinderung faschistischer Bedrohung wird dies mit ausschlaggebend sein.

Bernhard Strauss
VSP und Volksfront

Politische Bildungsarbeit unter antifaschistischen Gesichtspunkten

Die selbstverständliche Bevormundung

An einem Gymnasium in Leverkusen machten Schüler die Erfahrung, daß ihnen der Referent für eine antifaschistische Veranstaltung vorgeschrieben werden sollte. Als sie sich mit Unterstützung des Vertrauenslehrers dennoch durchsetzen konnten, wurden sie auf eine Folgeveranstaltung verpflichtet, in der ein Vertreter des Innenministeriums über den „Linksextremismus“ berichten sollte. Der institutionelle politische Alltag der jungen Antifaschisten kennt einen heimlichen Lehrplan: „Alles Gute kommt von Oben“.

Also nehmen Jugendliche und junge Erwachsene die politische Bildungsarbeit auf in selbstorganisierten Lernprozessen. Unter antifaschistischen Gesichtspunkten eignen sie sich Wissen an in engem Zusammenhang mit der politischen Aktion. Dort aber, wo sie Ansprechpartner erwarten, ernten sie häufig Ablehnung und Anfeindungen. Jugendliche informieren sich im Detail und werden als „roter Verfassungsschutz“ (1) denunziert. Sie beteiligen sich an Gegendemonstrationen und müssen sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, in einem „Sauberkeitswahn“ (2) zu handeln. Bestreiten sie die Legitimität des Faschismus mit dem Ruf „Nazis raus!“, wird ihnen gesagt, diese Parole „lehnt sich in bedenklicher Weise an Denkstrukturen des Gegners an. Sie grenzt aus und will politisch ausgrenzen.“ (3) Wenn sie Unverständnis äußern über die staatliche Duldung des organisierten Neofaschismus, müssen sie sich anhören: „In der Verbotsforderung kommt der hilflose Antifaschismus zum Vorschein, der politische Überzeugungsarbeit durch die staatliche Repression ersetzt und damit ein Instrumentarium bevorzugt, das gegen die selbstgesetzten Ziele wie Demokratisierung etc. steht.“ (4) In ihrem antifaschistischen Engagement machen Jugendliche und junge Erwachsene eine weitere politische Alltagserfahrung. Sie gehören nicht zu den Adressaten, sondern zu den Mündeln antifaschistischer Bildungs- und Jugendarbeit. Der informelle politische Alltag dieser Jugendlichen kennt einen heimlichen Lehrplan: Der „richtige“ Antifaschismus ist immer der belehrende Antifaschismus. (5)

Jugendliche und junge Erwachsene gehen über symbolisches Handeln hinaus und nehmen die politische Bildungsarbeit auf als selbstgestaltete politische Praxis. In ihrer Strategie des politischen Lernens gehört die Verbindung von Wort und Tat zum unwiderruflichen Anspruch. An den damit gewonnenen Erfahrungen messen sie auch die Angebote der Pädagogik. An diesen Erfahrungen wird der politische Alltag geprüft, der dadurch auch ohne formelle politische Bildungsarbeit Erziehungswirkungen zeigt. Junge Antifaschisten hören Reden gegen den Neofaschismus und nehmen die Ausnahmen von Ratsbeschlüssen zur Kenntnis. Wenn aber die REP-Faschisten in öffentlichen Räumen tagen, sie als Demonstranten und städtische Einrichtungen als Vermieter auftreten, dann finden sie einen heimlichen Lehrplan bestätigt. Der politische Alltag zeigt für sie, daß von den offiziellen antifaschistischen Worten die konsequenten Taten abgeschnitten sind. (6)

Infolgedessen nehmen Jugendliche und junge Erwachsene die politische Bildungsarbeit auf als autonome politische Praxis. Wenn ausländerfeindliche Parolen an Wände geschmiert sind, warten sie nicht auf städtische Einrichtungen und Entscheidungen. Sie wollen es nicht mehr. Nach öffentlicher Ankündigung oder Einbruch der Dunkelheit greifen sie selbst zu Sprühdosen, zu Pinsel und Farbe. Doch eine neofaschistische Schmiererei gilt den Behörden ebenso wie die darüber gemalten antifaschistischen Graffiti als Sachbeschädigung. Übertretung der Gesetze rechts, Gesetzesverletzung links. „Extremismus“ hier wie dort, diese Sicht beherrscht den politischen Alltag junger Antifaschisten. Wenn der militante Arm des organisierten Neofaschismus Krieg mit ihnen führt auf den öffentlichen Straßen und Plätzen, warten sie nicht auf Streetworker und Polizei. Sie können es nicht mehr. In den Alltag der körperlichen Selbstverteidigung gezwungen, machen junge Antifaschisten nun eine neue politische

Ein Vertreter der VVN/BdA beteiligte sich im Januar an der Beratung des Roten Tisches über das Thema „Aufgaben im antifaschistischen Widerstand“.

In der Diskussion wurde seitens der VVN/BdA unter anderem auf die große Bedeutung antifaschistischer

Erfahrung: Übeltäter sind nicht mehr die Faschisten, sondern die, die sich ihrer zu erwehren suchen. Der politische Alltag dieser Jugendlichen kennt einen heimlichen Lehrplan: Anstatt das politische, rechtliche und polizeiliche Instrumentarium zur Verhinderung faschistischer Umtriebe zu nutzen, wird selbst einer „neuen SA“ Entfaltungsraum gegeben. Junge Antifaschisten sehen sich in die Zange genommen. Ihnen droht Prügel entweder von Kühnen oder von der Polizei.

Es gibt natürlich auch andere, positive Beispiele. Die aber verweisen auf einen weiteren Mangel. Jugendliche sind Objekte der Politik, nicht aber ihre Entscheidungsträger. Sie können sich engagieren, sie werden aber nicht gefragt. In den Gremien können sie nicht mitentscheiden. Die Institutionen und ihre Vertreter verlieren so zunächst an Glaubwürdigkeit, bevor sie dann als Gegner gesehen werden. In der Konsequenz wird auf besondere Weise die Haltung gefestigt: „Die da oben machen sowieso, was sie wollen.“ Und das findet alltägliche Bestätigung, sei es auch nur durch die gedankenlosen Plakate „Wir in Nordrhein-Westfalen“. Von den eineinhalb Millionen ausländischen Mitbürgern in diesem Land ist dort nicht ein einziger zu sehen. Als plakativer Nationalismus wird das von Jugendlichen angesehen: Die sind genauso ausgegrenzt wie wir und WIR in Nordrhein-Westfalen“, so sagen sie, „sollen wieder gute Deutsche sein“. Der heimliche Lehrplan des politischen Alltags hat ganz andere Bildungsergebnisse und Erziehungswirkungen, als die ausgeschriebenen Programme: „Wir zählen nicht“, so heißt das Resümee von aktiven Jugendlichen.

Die normale Linksfürchtigkeit

Für viele setzen antifaschistische Einsichten erst mit den alltäglichen politischen Erfahrungen ein. Erst wenn die Herausforderungen sich unabwieslich, hautnah und ganz konkret zeigen, geht aus einer allgemeinen Einstellung eine Initiative hervor. Erst wenn der Sohn der FAP beitrifft, sucht die Mutter weitergehende Informationen, gibt eine Annonce auf, um Hilfe zu erhalten. Erst wenn der ältere Bruder Skinhead wird, ist für den jüngeren die antifaschistische Gruppe ein Treffpunkt. Erst wenn Neofaschisten die Tochter zusammenschlagen, nimmt der Gewerkschafter die praktische antifaschistische Arbeit auf.

Oft brechen gewohnte Orientierungen erst dann auf, wenn der Neofaschismus in den eigenen Alltag eindringt. Doch die Alltage sind verschieden. Der Alltag von Jugenddriegen deutscher Sportvereine ist ein anderer, als der Alltag von türkischen Fußballclubs, denen die Ausländerfeindlichkeit zum tagtäglichen Angriff geworden ist. Der Alltag von Beamten ist ein anderer, als der Alltag von Punks, die den Neofaschismus tagtäglich als persönliche Bedrohung erfahren. Der Alltag von Amtsleitungen ist ein anderer als der Alltag von Jugend- und Sozialarbeitern, die sich in den Einrichtungen tagtäglich mit neofaschistischen Parolen und Provokationen auseinanderzusetzen haben. (7) Nach Meinung der einen werden Probleme aufgebauscht, nach Meinung der anderen werden sie vernachlässigt. Denn die Betroffenheit ist selektiv. Die Innensichten der „Alltagswelten“ und ihre Außensichten fallen nicht zusammen. So entsteht mit Regelmäßigkeit der Konflikt, daß die einen abzumauern versuchen, was die anderen vorantreiben wollen. Solange die politische Bildungsarbeit ihren Stellenwert nicht der Prävention, sondern der Reaktion auf Wahlergebnisse der Neofaschisten verdankt, folgt den antifaschistischen Absichten ein unheimlicher Lehrplan: Je distanzierter die Herausforderung betrachtet wird, desto aufdringlicher wirkt der Antifaschismus. Er gilt als maßlos übertreibend, ungeduldig und unverschämte, frech und fordernd. Antifaschismus macht sich verdächtig. Mit Skepsis betrachtet wird nicht die Bedrohung, sondern der Bote, der sie überbringt.

Bildungsarbeit hingewiesen. Freundlicherweise überließ uns die VVN/BdA einen Beitrag von Hartmut Meyer über politische Bildungsarbeit. Der Artikel ist auch als Sonderdruck über die VVN-NRW, Volmerswertherstraße 76, 4000 Düsseldorf 1, zu beziehen.

Gehegte Auffassungen werden oft erst dann in Zweifel gezogen, wenn sie im eigenen Alltag nicht mehr zu vertreten sind. Doch was plausibel ist im Alltag, das ist sehr verschieden. Da erhält ein Schülerredakteur Drohanrufe, weil er Verfasser war eines Artikels über die FAP. „Unser Kind“, sagen die Eltern, „muß nicht in der ersten Reihe stehen“. Sie leiten den Rückzug ein, weil es plausibel ist in ihrem Alltag, dem Druck immer nachzugeben. Da erhält ein Jugendredakteur Drohanrufe, weil er einen Fragebogen zum Neofaschismus an Schulen verteilte. Anzeige wird erstattet und ein zusätzliches Flugblatt geschrieben. „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“, heißt es, weil es plausibel ist in diesem Alltag, die demokratischen Rechte zu verteidigen. Die Betroffenheit ist so selektiv, wie die Fähigkeit und Bereitschaft die zugleich eigenen und allgemeinen Interessen wahrzunehmen. Vom Neofaschismus angegriffen werden zu erst die, die sich besonders engagieren: Eine Lehrerin, weil sie einen Projekttag zum Rassismus durchführt, ein Schulleiter, weil er sich für die Integration einsetzt. Reifen werden zerstoßen, weil eine Friedenstaube am Auto klebt. Ein Brand wird gelegt, weil in dem Haus die Stadtzeitung sitzt. Ausländer werden zur Zielscheibe gemacht, um Angst vor der eigenen Courage zu erzeugen. Denn wer sich aufklärerisch betätigt, wird denun-

ziert, und wer sich für Gleichheit und Gleichberechtigung einsetzt, wird zum Feind erhoben. „Da heißt es standzuhalten“, sagen die einen. Von außen aber betrachtend sagen die anderen, „die Extreme schaukeln sich hoch“. So entsteht mit Regelmäßigkeit der Konflikt, daß die einen mangelnde Solidarität beklagen, während die anderen vor den Linken warnend den Zeigefinger heben. Solange im politischen Alltag die Angst vor dem eigenen Engagement und die Linksfürchtigkeit regieren, folgt den antifaschistischen Absichten ein unheimlicher Lehrplan: Je weniger die Verletzung eigener Grundsätze in den Angriffen auf andere erkannt wird, desto gefährlicher wirkt der Antifaschismus. Er gilt als destabilisierend und staatsgefährdend, als links und extrem. Antifaschismus macht sich verdächtig. Es werden nicht länger die Argumente überprüft, sondern die Personen, die sie vertreten.

Der natürliche Kampf

Antifaschismus wird allzuoft nur als Demonstration wahrgenommen. Es sind nicht die vielen aufklärenden Projekte und Veranstaltungen der Bildungsarbeit, es sind die politischen Auseinandersetzungen, die in der Alltagserfahrung das Bild vom Antifaschismus bestimmen, es sind Demonstrationen. Und diese Gegenöffentlichkeit erscheint zu-

meist in schlechtem Licht, denn in den Medien ist nicht von den Inhalten und Zielen, sondern bevorzugt von Demonstrationen die Rede, die gewaltsam verlaufen. Die Berichterstattung ist davon auch dann noch beherrscht, wenn es um eine andere Manifestation geht, da beständig auf das hingewiesen wird, was sich von selbst versteht — auf den friedlichen Verlauf. So erscheint dem Leser die Regel als Ausnahme, denn Demonstrationen, das weiß man ja, sind mit Gewalt verbunden.

„Nichts wie weg“, das war dann auch die Reaktion von Alexandra Kliche, als sie auf dem Weg zum Ball der „Republikaner“ in eine antifaschistische Gegenkundgebung geraten war. „Was ich fürchtete, war nicht die Polizei, die mit Wasserwerfern und Tränengas die Demonstranten auseinanderreiben könnte. Ich fürchtete mich vor den Demonstranten, unter denen ich mich befand. Schließlich gehörte ich zur anderen Seite, eben zu denen, gegen die hier demonstriert wurde.“ (8)

Alexandra Kliche, die dem Berliner Landesvorstand der Schönhuber-Partei angehörte, hatte Angst vor den Demonstranten. Ist das die alltägliche Botschaft des Antifaschismus? Nein, der politische Einschnitt reicht tiefer. „Nichts wie weg“, sagte sich dieses Mitglied der „Republikaner“, ohne die Meinung geändert zu haben. Bei anderen hieß es vielleicht aus demselben Grund: „Jetzt erst recht“. Die unterschiedlichen Reaktionen haben eine gemeinsame Voraussetzung, die Vorentscheidung nämlich, sich zu denen zu zählen, gegen die hier

Fortsetzung Seite 4

Widerstand gegen den Golfkrieg!

Der Krieg am Golf ist von beiden Seiten ein ungerechter, rechtswidriger Krieg. Das irakische Regime unter Saddam Hussein hat Kuwait rechtswidrig okkupiert. Jahrelang vom Westen zu einer Plage für die Völker der Region hochgerüstet, führt es jetzt Krieg gegen seine früheren Herren.

Auch der Westen verfolgt rechtswidrige, räuberische Ziele, er will mit diesem Krieg eine Neuordnung der Region gegen die Interessen der Völker der Region durchsetzen. Das Öl des Nahen und Mittleren Ostens soll wieder unter die Kontrolle westlicher Konzerne und Regierungen. Inzwischen weitet sich der Krieg immer mehr aus zu einem Krieg des reichen, industrialisierten Nordens, der NATO unter Führung der USA einschließlich Japans, unterstützt von reaktionären arabischen Regimes, gegen die unterentwickelt gehaltenen Völker und Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Der Irak soll wirtschaftlich vernichtet und zerstückt werden, der Nahe und Mittlere Osten mit allen Bodenschätzen unter militärische Kontrolle des Westens gebracht werden.

Die BRD ist dabei keineswegs „zurückhaltend“, wie die Bundesregierung behauptet. Die BRD ist einer der größten Waffen- und Nachschublieferanten für den Krieg am Golf. Inzwischen sind bereits über 2200 Soldaten der Bundeswehr, der Luftwaffe und der Bundesmarine im östlichen Mittelmeer und der Türkei bzw. in Kurdistan stationiert — ein Einsatz, vergleichbar dem der „Legion Condor“ in den 30er Jahren in Spanien. Bundesdeutsche Transall-Flugzeuge sind im ständigen Nachschubumsatz an den Golf. Ohne den Krieg erklärt zu haben, ist die BRD längst Kriegspartei geworden.

Auch für die Verbündeten des Westens in diesem Krieg, die Kolonialregime Türkei und Israel, soll Beute abfallen. „Die Landkarte wird sich ... dramatisch verändern“, (Zitat aus: FAZ, 18.9.90) hat der türkische Staatspräsident schon vor Monaten angekündigt. Die Türkei will die ölfreichen kurdischen Gebiete um Mossul und Kirkuk im Norden des jetzigen Irak anektieren. Schon jetzt steigert sie im Schatten des Golfkriegs

ihren Vernichtungskrieg gegen die Kurden. Türkische Generale propagieren offen die „Endlösung der Kurdenfrage“.

Israel nutzt den Krieg: In den besetzten Gebieten und in Südbanonen eskaliert der Krieg gegen die Palästinenser.

Wir erklären:

- Der Krieg am Golf ist ein rechtswidriger, räuberischer, völkermörderischer Krieg.
- Die Beteiligung der Bundesrepublik durch Waffen- und Finanzhilfe, durch sogenannte „humanitäre“ Hilfe für die Kriegsmaschinerie des Westens, durch Nachschubleistungen aller Art und durch die Entsendung der Bundeswehr verstößt gegen das völkerrechtliche Aggressionsverbot und gegen das Verbot von Angriffskriegen nach Artikel 26 Grundgesetz.
- Weil das so ist, ist jeder Widerstand gegen diesen Krieg gerecht und wird von uns nach Kräften unterstützt.
- Wir unterstützen jede Verweigerung des Kriegsdienstes und jeden Widerstand gegen Dienstverpflichtungen (z.B. von Zivildienstleistenden) und gegen alle anderen Notstandsmaßnahmen für diesen Krieg.

Wir fordern:

- Alle westlichen Truppen müssen sofort aus der Golfregion zurückgezogen werden!
- Alle Bundeswehreinheiten müssen sofort aus der Region, d.h. aus Kurdistan und aus dem östlichen Mittelmeer zurückgezogen werden, sämtliche Waffen- und Finanzhilfen eingestellt, jeder Nachschub für den Krieg unterbunden werden!
- Der Nahe und Mittlere Osten gehört nur den Völkern der Region. Wir sind gegen jede Okkupation und Annexion in der Region.
- Wir unterstützen den Befreiungskampf des kurdischen und des palästinensischen Volkes, wir unterstützen ihr Recht auf Selbstbestimmung, auf Unabhängigkeit, Freiheit und einen eigenen Staat Palästina und Kurdistan!

Stoppt Massaker und Völkermord in der Region!

Liste der UnterstützerInnen und Unterstützer (alphabetisch):
„Antifaschistische Plattform“. Der Plattform gehören folgende türkische und kurdische Organisationen an: PKK, TKP-Kivilcim, TKP-B, DKP, THKP-C Acil, 16 Haziran, Devrimci Partizan, ATIK, TDKP-YDÖ, Kurtuluş Hareketi, EKİM-YDK, Devrimci Dayanisma, TIKB-Sympathisanten, Direnış Hareketi-Sympathisanten BRD, Devrimci İsci, KAWA-BRD.

AK Kurdistan München, AK Kurdistan-Solidarität Siegen, Aktionskoordination gegen den Golfkrieg Köln, Aktionskreis für die Freilassung der kurdischen Gefangenen Bielefeld, AK zur Freilassung der kurdischen Gefangenen Bonn, AK Internationalismus im Infoladen Bonn, Aktion Erwerbsloser Frankfurt, Anarchistische Gruppe/RätekommunistInnen (AG/R, ex GJA/R) Hamburg, Antifa Jugend-Front Bielefeld, Antifa Oberhausen, Antifa Offenbach, Antifa-Gruppe Freiburg, Antifaschistisches Forum Essen, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Arbeitskreis Dritte Welt in der DFG-VK (bundesweit), Arbeitskreis Internationalismus Bielefeld, Arbeitskreis Lokalberichte Essen, Archivgruppe Oberhausen, ASIA Gesamthochschule Duisburg, Autonome Antifa Essen, Antikriegsplenum des

autonomen Frauen und Lesben-Zentrums Göttingen, Autonomes Antikriegsplenum Köln, Autonomes Antikriegsplenum Bielefeld, Autonome Essen West, Autonomes Plenum Oberhausen, Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), BesetzerInnen-Gruppe Oberhausen, Bündnis gegen den Krieg am Golf Rendsburg, DFG-VK Offenbach, SprecherInnen-Rat der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), DKP-Düsseldorf, EDV Arbeitskreis HBV Köln, El Salvador Komitee Bonn, El Salvador Komitees in der BRD (Delegiertentreffen), Fantifa Oberhausen, Fachschaftsrat Ethnologie an der Uni Hamburg (Veranstaltung am 7.2.91), Frauen-Infocafe Oberhausen, FreundInnen des kurdischen Volkes Gießen, Freunde des kurdischen Volkes Hamburg, Prof. G. Fülberth (DKP-Stradtrat Marburg), Golfkomitee Oberhausen, Golfkomitee NRW, Göcmen I. Denepe Duisburg, Gruppe Gegengift Oberhausen, Gruppe solidarisches Arbeiten Köln, Hofmeier, Norbert (politischer Gefangener), Initiative gegen den Golfkrieg an der Uni Köln, Infoladen Offenbach, Infoladen Duisburg, Infoladen Köln, Infoladen Theroe Münster, Infoladen im Jüzi Göttingen, Kurdistan-Solidarität Osnabrück, Kurdistan-Zentrum Bielefeld, Koordinationsbüro gegen den Golfkrieg Köln,

Kommunistischer Bund Köln (KB), Krause, Heike (Rechtsanwältin Köln), Lübecker Bündnis gegen den Golfkrieg, Mittelamerika-Komitee Oberhausen, Münchner Schülerkoordination, Moosdruck Leverkusen, Ortsfrauenausschuß HBV Köln, Perau-Hofmeier, Bärbel (politische Gefangene), Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Parteivorstand, PDS-Fraktion im Bundestag, PDS Frankfurt, Plenum gegen den Golfkrieg Bonn, Politische Mittwochsgruppe im Drucklufthaus Oberhausen, Prozessgruppe Bielefeld, Radikale Linke Köln, Radio Venceremos Köln (UnterstützerInnengruppe), Rückert, Gisela (BRV HBV), Rückert, Reinhold E. (Mitglied im SprecherInnenngremium der Erwerbsloseninitiative Hessen), Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Bundesvorstand, Sozialistisches Bündnis München, StadtschülerInnenrat Offenbach, Schul-Jugendinfo Schleswig, Schwarzer Faden (Redaktion), Stadtrevue Köln, TKKKÖ (BRD-Sympathisanten), Viehmann, Klaus (politischer Gefangener), Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Vereinigte Sozialistische Partei (VSP), Winter, Reinhold (Mitglied im Landesbezirksvorstand Hessen IG Medien)

demonstriert wurde. Vor der Frage also, ob Demonstrationen Einstiegsschwellen anheben oder trotzige Festigungen hinterlassen, (9) muß beantwortet werden, warum Jugendliche und junge Erwachsene überhaupt eine Bereitschaft entwickeln, sich neofaschistischen Organisationen anzuschließen. Dem nämlich will der Antifaschismus entgegenwirken.

Wie kam Alexandra Kliche zu den anderen, zu den „Republikanern“? Nicht durch Stigmatisierung und Etiketten. Nicht aus Angst vor dem Antifaschismus. Nicht verneinend, sondern bejahend, sich identifizierend. Über die „Liebe zu Deutschland“. Über ihre Ideale, von denen sie schreibt: „Es mag für manche merkwürdig klingen, aber ich liebe Deutschland. Liebe hat, im Gegensatz zum Verliebtsein etwa, viel mit Kennen zu tun, mit Vertrautheit, oder etwas altmodisch ausgedrückt mit Heimat. Deutschland ist meine Heimat und so eben das Land, wo ich mich am wohlsten fühle, weil mir alles vertraut ist — die deutsche Sprache, in der ich mich am präzisesten ausdrücken kann, die Mentalität, mit der ich mich verbunden fühle — Zuverlässigkeit, Pflichtbewußtsein zum Beispiel... Ja, Liebe ist schwer zu erklären. Und Liebe hat sicherlich nicht zuletzt etwas mit Verantwortungsgefühl zu tun. Und so fühle ich mich auch verantwortlich für das, was in Deutschland passiert.“ (10)

Alexandra Kliche kam zu den „Republikanern“ aus ihrem Verantwortungsgefühl heraus. Ein Gerechtigkeitsempfinden nationalistischer Prägung führte sie zu dieser neofaschistischen Partei. In „Liebe zu Deutschland“ hat sie die Ausländerpolitik der REP als vernünftig angesehen: „Der Ausländeranteil liegt heute in West-Berlin bei ungefähr 14 %. Das ist meiner Meinung nach entschieden zu hoch, wenn man bedenkt, wie viele Aussiedler auch noch jährlich zu uns kommen. Berlin kann einen so hohen Fremdenanteil nicht fassen. Wohnungsnot und Arbeitsplatzprobleme verschärfen sich erheblich. Viele Deutsche fühlen sich inzwischen durch die Ausländer benachteiligt.“ (11)

Alexandra Kliche steht mit dieser Meinung nicht allein. Eine solche Auffassung ist alltäglich, ist beherrschendes Thema für Wähler neofaschistischer Parteien. (12) Weit verbreitet ist der Eindruck, daß „die Deutschen“ gegenüber „den Ausländern“ benachteiligt sind, daß sie von ihnen ausgenutzt und bedroht werden. Es ist derselbe Alltag von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, von Ohnmacht und Konkurrenz, und doch ist es eine andere politische Erfahrung, denn gemessen wird am „Prinzip Nation“. „Zuerst sollte man an die Deutschen denken“, (13) so heißt es jeden Tag und selbstverständlich. „Ich will halt in meinem Land mehr Rechte haben als andere. Mehr Rechte als Aussiedler, als Asylanten oder Amerikaner“, (14) so heißt es jeden Tag und ganz natürlich. Damit geht unter der nationalistischen Perspektive aus dem „Wir-Zählen-Nicht“ der kleinen Leute

die Einschätzung hervor: „Wenn du Deutscher bist, bist du immer der Geleckte.“ (15) Mit dieser Problemverschiebung verschwindet nicht nur der Anspruch auf gleiche soziale und politische Rechte für alle Menschen, ein solcher Anspruch wird als Bedrohung registriert, denn ganz natürlich ist der Kampf um den eigenen Status.

Antifaschismus ist Verteidigung der Gleichheit der Rechte, ist Engagement, Demokratie unumkehrbar zu machen. Antifaschismus kommt hier um das „Pro“ nicht herum, auch wenn er darauf nicht zu reduzieren ist. Das ist die erste ebenso grundsätzliche wie alltägliche Botschaft. In einem Klima jedoch der offiziellen Deutschtümelei, der fremdenfeindlichen Ausländer- und Asylpolitik, der Einschränkungen sozial- und integrationspolitischer Maßnahmen, folgt auf die antifaschistische Bildungsabsicht ein unheimlicher Lehrplan: Die Forderung nach gleichen Rechten für alle Menschen — unabhängig von Rasse, Nation und Geschlecht — wird von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die für neofaschistische Organisationen ansprechbar sind, als „inländerfeindlich“, „deutschfeindlich“, „volksfeindlich“ — als „Verrat an ihren Interessen, als Verrat am eigenen Volk“ verstanden.

Für die letzte Zuspitzung solcher Eindrücke und ihre aggressive Mobilisierung treten neofaschistische Organisationen auf. Zu ihren Funktionen gehört „die Umwandlung latent vorhandener Stimmungen und Meinungen in konkrete und gefährliche Politik.“ (16) Wird aber darauf nur hingewiesen im pädagogischen Gespräch, wird die Affinität zur neofaschistischen Ideologie und Propaganda benannt in der Bildungsarbeit unter antifaschistischen Gesichtspunkten, ist von „politischen Kampfbegriffen“ die Rede, von „Schubladendenken“, von „Abqualifizierung“. Und die Betroffenen pflichten bei. Wer sich seiner „Liebe zu Deutschland“ bekennt, klagt Alexandra Kliche, „wird als Neonazi oder Revanchist eingestuft. Das nervte mich schon seit langem.“ (17) Ein anderer wehrt sich dagegen, „wenn man als Deutscher stolz ist auf sein Vaterland, daß man dafür verurteilt wird und als Nazi abgestempelt wird.“ (18) Nicht eine Demonstration, sondern die Ablehnung, die hier in krassen Worten zum Ausdruck kommt, ist alltäglich. Ist sie zurückzuführen darauf, daß eine neofaschistische Politik vertreten oder daß eine „Hexenjagd“ veranstaltet wurde?

Man mag streiten darüber, wann Demonstrationen und wann Gespräche ihre Zeit haben, man mag streiten darüber, ob der Begriff „Antifaschismus“ vielleicht durch einen moralischen Überlegenheitsanspruch und der Begriff „Neonazi“ durch Abstempelung Gesprächsmöglichkeiten verschleißt. (19) Wie auch immer die Entscheidung ausfällt, bei den Jugendlichen bleibt gleichermaßen die Erfahrung, daß ihre Position nicht akzeptiert, daß ihre Auffassung nicht geduldet, daß ihre Meinung nicht toleriert wird. Wann und in welcher

Form auch immer die politische oder die pädagogische Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus aufgenommen wird, Antifaschismus kommt um das „Contra“ nicht herum, auch wenn er darauf nicht zu reduzieren ist. Das ist die zweite ebenso grundsätzliche wie alltägliche Botschaft. In einem Klima jedoch der formalen Anerkennung, der fahrlässigen Billigung und Gleichgültigkeit gegenüber neofaschistischer Politik, folgt auf die antifaschistische Bildungsabsicht ein unheimlicher Lehrplan: Die inhaltlich geprägte Toleranz der Antifaschisten wird als Heuchelei gesehen. „Die KPD ist legal“, so die Schlagzeile eines Aufklebers, „wieso ist die NSDAP verboten?“ Auf einem Flugblatt der „Nationalen Initiative“ wurde die grenzenlose, leere Toleranz eingeklagt: „Was für Demokraten und Kommunisten, für Anarchisten und religiöse Sektierer gilt, muß auch für einen Mann wie Michael Kühnen gelten. Er muß das Recht haben, seine Meinung frei zu äußern, ohne dafür den Märtyrergang durch westdeutsche Haftanstalten fortsetzen zu müssen.“

„Freiheit ist die Freiheit Andersdenkender“, kommentierte Alexandra Kliche zynisch noch aus der Sicht des Mitglieds eine antifaschistische Demonstration. Erst als ihr klar wurde, daß die Neofaschisten die „Republikaner“ nur nutzen als eine „Partei, die nicht im Verfassungsschutzbericht aufgeführt ist, als Tarnorganisation zur Verwirklichung ihrer Ziele“, stieg sie aus und gewann einen anderen Begriff von Toleranz: „Immer wieder rief ich mir die Situation der Partei vor Augen, die Ehrlichkeit und Recht und Ordnung predigt. Gut, mit sehr viel Humor und Sinn für Satire ließ sich vielleicht darüber lachen. Aber spätestens bei den Faschisten hört der Spaß auf.“ (20)

Die unmittelbaren Vorteile

Wer Bildungschancen besser nutzen konnte, beteiligt sich am politischen Streit um Inhalte und Grenzen der Toleranz. Indifferent verbleiben viele andere in ihrem Alltag. Wer sich Selbstverwirklichung als Ziel setzen konnte, hat gesellschaftlichen Institutionen das Vertrauen mehr und mehr entzogen. Mit Gleichgültigkeit betrachten sie viele andere aus ihrem Alltag. Wer sich Betroffenheit leisten konnte, ist bei Defiziten schnell auch zum Helfen bereit. Teilnahmslos eingezwängt sind viele andere in ihren Alltag. Wer sich seiner Lage sicher weiß, hat bei Mißständen schnell Protest erhoben. Unschlüssig verharren viele andere in ihrem Alltag.

Der Teilnahmslosigkeit zugrunde liegt der Ausschluss von der Teilhabe. Das ist die Fessel im Alltag auch von Jugendlichen. An die Reihenfolge der Lebensziele haben sich die meisten schon gewöhnt. Erfolg im Beruf ist wichtiger als Selbstverwirklichung. Den Sinn bekommt das Leben erst außerhalb des Betriebes, im Kreis der Freunde, Partner und Familien. Die Teilhabe an der Interessenvertretung ist unter der Alltagser-

fahrung von Arbeitslosigkeit mit dem beruflichen Scheitern bedroht, und damit die Voraussetzung für Freizeit und Konsum. (21) Der Teilnahmslosigkeit zugrunde liegt die Ausschließlichkeit einer Konsumorientierung. Die Zahlungsfähigkeit differenziert die Lebenswelten. Wer Beruf und Geld zum Ausdruck bringt, trifft sich in Diskotheken und Boutiken, orientiert sich im Hier und Jetzt der Moden. Wer Schwierigkeiten hat, Beruf und Arbeit zu finden, sucht Bier und Action, will ganz direkt nur seinen „Spaß“. Im Streben nach Wohlstand ist die politische Bildung ein nicht gerade attraktives Angebot neben der Freizeitindustrie. Ein anheimelnder Lehrplan regiert den Alltag. Jugendliche sind als Verbraucher der Erziehung längst entwachsen. Sie sind nicht länger Objekte der Pädagogik, in der Freizeit sind sie Subjekte des Konsums. Sie haben im Kommerz längst ein eigenes zu Hause gefunden — auch wenn es oft nur als Fassade erhalten werden kann —, während die politische Bildungsarbeit sie noch behütet.

Für eine Alltäglichkeit antifaschistischer Bildung

Ausgangspunkt und Zielpunkt der politischen Bildungsarbeit ist der Alltag. Unter antifaschistischen Gesichtspunkten muß daher der Form und den Inhalten nach an die alltäglichen politischen Erfahrungen so angeschlossen werden, daß „die politische Bildung als durchgängiges Handlungsprinzip von Jugendarbeit“ verstanden wird. (22) Politische Bildung unter antifaschistischen Gesichtspunkten wird Alltäglichkeit nur soweit gewinnen, wie sie in Stadtteilen und Soziokulturen zugänglich ist. Politische Bildung unter antifaschistischen Gesichtspunkten wird Alltäglichkeit nur soweit gewinnen, wie sie getragen wird von den Jugendmedien und Jugendkulturen. Ohne Politik und Pädagogik gleichsetzen zu wollen: Der entscheidende Schritt liegt jedoch darin, den Alltag selbst so zu gestalten, daß antifaschistische Bildungsergebnisse ganz gewöhnlich aus ihm hervorgehen. Es genügt nicht, erst der Perversion des Alltags zu wehren, wenn die alltägliche Perversion zu heimlichen, unheimlichen und heimeligen Lehrplänen führt. Damit der Antifaschismus alltäglich werden kann müssen an jeder Ecke, in jeder Einrichtung, in jedem Betrieb, in jedem Stadtteil, in jeder Region Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden, müssen für jeden Menschen unabhängig von Rasse, Nation und Geschlecht — gleiche Voraussetzungen für die politische, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe vorhanden sein.

Hartmut Meyer, VVN/BdA

Anmerkungen

* Auszüge eines überarbeiteten und erweiterten Referates der Arbeitstagung des Landesjugendamtes Rheinland, „Rechtsextremismus und Neofaschismus unter jungen Menschen — Aufgabe und Strategie der Jugend.“

(1) Leggewie, Claus: Die Republikaner —

Phantombild der Neuen Rechten. (Berlin 1989) S. 9

(2) Ullrich, Bernd/Vollmer, Antje: Für Demokratie — gegen Sicherheit und Sauberkeit in Die Grünen. Bundesvorstand. Argumente gegen REPs & Co (Bonn 1989) S. 187

(3) Posselt, Ralf-Erik/Schumacher, Klaus: Pädagogie für handlungsorientierte Praxisansätze in Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen (Hrsg.): Projekthandbuch „Rechtsextremismus“ (Schwerte 1989) S. 13

(4) Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. (Weinheim/München 1987) S. 219

(5) vgl. Rajewsky, Christiane: In schlechter Gesellschaft. Rechtsextremismus in der Jugendzene. In Medien Concret. Heft 3 (1989) S. 14

(6) Vgl. Bericht im Namen des Untersuchungsausschusses Rassismus und Ausländerfeindlichkeit über die Untersuchungsergebnisse des Ausschusses. In: Europäisches Parlament — Sitzungsdokumente — Serie A. A3-195/90 (23. Juli 1990) S. 105: „Die Kommission beteiligt sich finanziell und personell an der vom Jugendforum der Europäischen Gemeinschaft vom 18.-20. April 1986 veranstalteten Konferenz „Jugend gegen Rassismus“. Das Jugendforum kritisierte die leeren Versprechungen über Maßnahmen gegen den Rassismus und meinte, es sei »Zeit zum Handeln«“

(7) Vgl. Döhler, Ali/Hermanns, Gisela, Histermann, Sabine, Pion, Irmgard, Reinhart, Werner, Thelen, Horst: Rechtsextremismus in Jugendfreizeiteinrichtungen. Eine Befragung von MitarbeiterInnen offener Jugendfreizeiteinrichtungen in Aachen und Umgebung. In: Arbeitskreis „Jugendarbeit und Rechtsextremismus“ Aachen (Hg.): Jugendliche auf dem Weg nach rechts? DISS-Texte Nr. 11 (Duisburg 1990)

(8) Kliche, Alexandra: Nichts wie weg! Warum ich die Republikaner verlassen habe (München 1989) S. 11

(9) Meyer, Alwin/Rabe, Karl-Klaus: Unsere Stunde, die wird kommen. Rechtsextremismus unter Jugendlichen (Bornheim-Merten 1980) S. 134

(10) Kliche, Alexandra: a. a. O., S. 13

(11) Kliche, Alexandra: a. a. O., S. 41

(12) Vgl. Klär, Karl-Heinz/Ristau, Malte/Schoppe, Bernd/Stadelmaier, Martin (Hg.): Sozialstruktur und Einstellungen von Wählern rechtsextremer Parteien. Die Wähler der extremen Rechten III. Reihe „Das Mandat“ (Bonn 1989) S. 12-18

(13) Klär, Karl-Heinz/Ristau, Malte/Schoppe, Bernd/Stadelmaier, Martin (Hg.): a. a. O., S. 15f

(14) Gehrman, Thomas: Fußballrandale. Hooligans in Deutschland (Essen 1990) S. 127

(15) Gehrman, Thomas: a. a. O., S. 128

(16) Schnoor, Herbert: Der Kampf gegen den Rechtsextremismus als Aufgabe politischen und administrativen Handelns. In: Bodewig, Kurt/Hesels, Rainer/Mahlberg, Dieter (Hg.): Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute (Essen 1990) S. 282

(17) Kliche, Alexandra: a. a. O., S. 16

(18) Gehrman, Thomas: a. a. O., S. 128

(19) Kollmann, Doris/Kollmer, Jochen/Rees, Klaus/Steffen, Hans-Peter (Hg.): Neofaschismus — (Kein langfristiges Problem?) Theoretische Grundlagen und Anregungen für die pädagogische Praxis. Bericht der Arbeitsgruppe 3 (Bielefeld 1990) S. 88

(20) Kliche, Alexandra: a. a. O., S. 150

(21) Vgl. Institut für angewandte Sozialwissenschaft: Perspektiven von Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen im Zeichen des technischen und sozialen Wandels — Textbericht Teil 2 (Bonn 1989) S. 13ff

(22) Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Jugend in Nordrhein-Westfalen. Situation — Leistungen — Tendenzen. 5. Jugendbericht (Düsseldorf 1989) S. 104

Militärische Pressezensur und die Berichterstattung in den Medien haben es schwer gemacht, zu vielen Fragen des Golf-Krieges eine klare Position zu beziehen. Mit dem Schlagwort des „Anti-Amerikanismus“ und dem Vorwurf „anti-israelischer“ Einseitigkeit lenkten Politiker von einer Diskussion über Ursachen und den politischen Hintergrund für das Eingreifen alliierter Truppen ab. Noch bevor die Bombardierung Iraks eingestellt wurde, gab es daher mehrere Aufrufe zu einem internationalen Russell-Tribunal zum Golf-Konflikt.

Wurden mit dem Angriff auf den Irak am 17. Januar maßgebliche Bestimmungen der UN-Charta gebrochen, wie ein ehemaliger Richter des Oberlandesgerichts Saarbrücken behauptet? Hätte es eines Sonderabkommens (nach Art. 42) bedurft, um den Einsatz von Luftstreitkräften oder auch nur eine militärische Unterstützung Kuwaits durch die UN zu legitimieren? Wurde von den Kriegsparteien das VI. Genfer Abkommen zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten verletzt? Waren Bombenangriffe alliierter Truppen auf irakische Städte völkerrechtswidrig, wie selbst einige SPD-Abgeordnete meinten? Begünstigte die Bundesregierung durch Waffenlieferungen an den Irak die Vorbereitung eines Angriffskrieges, oder leistete sie

Russell-Tribunal zum Golf-Krieg!

Beihilfe zum Völkermord? Muß von der parlamentarischen Opposition und vom Bundespräsidenten der Rücktritt Kohls gefordert werden, wie Schriftsteller Günter Grass und der Politologe Prof. Ekkehart Krippendorff folgerten? Sind Beteiligung und nachträgliche Finanzierung des Golfkrieges als „Beteiligung an einem Kriegsverbrechen zu werten“, wie der Jurist Dr. Rudolf Seebald mit vielen anderen behauptet?

Diese und andere Fragen wollen Unterstützer eines Russell-Tribunals demnächst durch eine unabhängige, internationale Jury untersuchen und klären lassen. Der politische Hintergrund des Krieges, seine militärische und diplomatische Vorbereitung, seine ökonomischen und seine globalen ökologischen Folgen sollen in mehreren Sitzungen öffentlich festgestellt werden. Militärische Zensur und eine geschlossen einseitige Berichterstattung der Medien verhindern über Wochen, daß sich die Öffentlichkeit ein klares Bild vom Ausmaß der Verwüstungen machen konnte. Inzwischen scheint man zur „Normalität“ des Alltags zurückgekehrt zu sein.

„Möge dieses Tribunal verhindern, daß das Verbrechen des Schweigens sich vollende.“ Mit diesen Worten hatte Russell 1967 ein Internationales Tribunal gegen die Kriegsverbrechen in Vietnam eröffnet, das damals erheblich dazu beitrug, die Verbrechen des Vietnamkrieges in Europa bekannt zu machen und zu ächten.

Daß dieses Tribunal in Frankreich verboten wurde, konnte seine Durchführung nicht verhindern. Die Jury aus bekannten Schriftstellern, Philosophen, Juristen und Menschenrechtsaktivisten traf sich in Schweden und Dänemark. Dieses erste Tribunal, für das sich bald die Bezeichnung „Russell-Tribunal“ durchsetzte, ging auf die Initiative der beiden Philosophen Bertrand Russell (1872-1970) und Jean-Paul Sartre (1905-1980) zurück.

Bertrand Russell — Mathematiker und Pazifist

Russell war einer der bedeutendsten Mathematiker dieses Jahrhunderts. 1872 in Großbritannien geboren, studierte er in Cambridge Mathematik und Sozialwis-

senschaften. Später lehrte er an berühmten Universitäten, in Oxford, Harvard, London, Peking, Chicago und Los Angeles. Was ihn vor vielen Wissenschaftlern auszeichnete, war sein mutiges Auftreten für soziale Minderheiten, für Frieden und Menschenrechte. Bereits 1916 wurde der überzeugte Atheist als Kriegsdienstverweigerer interniert, trat nach dem zweiten Weltkrieg gegen die Atombewaffnung und gegen den Vietnamkrieg auf. Seine zahlreichen Schriften beschäftigten sich mit Mathematik, Philosophie und Erziehung, mit politischen Fragen und mit Religionskritik.

1950 wurde ihm der Nobelpreis für Literatur verliehen. Von seinem Arbeitszimmer aus koordinierte Russell Initiativen für politische Gefangene und verfolgte Minoritäten, für Palästina-Flüchtlinge genauso wie für sowjetische Juden. Die Zahl der Anfragen stieg ständig. Da Russell weder über genügend finanzielle Mittel verfügte noch die anfallende Arbeit allein erledigen konnte, kam es 1963 zunächst zur Gründung von zwei Stiftungen, der Atlantic Peace Foundation und der Bertrand Russell

Peace Foundation mit Sitz in Nottingham. Sie fanden die Unterstützung internationaler Prominenz, darunter Nobelpreisträger, Schauspieler, berühmte Wissenschaftler, selbst mehrere Staatsoberhäupter.

Das Vietnam-Tribunal

Seit 1963 hatte Russell die Entwicklung in Vietnam verfolgt und bemühte sich darum, die Öffentlichkeit auf die Verbrechen des Krieges aufmerksam zu machen. Ein Jahr später reisten Mitarbeiter Russells nach Indochina, führten Gespräche mit Opfern von Napalmbomben und mit Vertretern Nordvietnams. Ein Verdacht bestätigte sich bei weiteren Reisen nach Vietnam und in die Nachbarstaaten: Die USA hatten sich einer Reihe schwerwiegender Verstöße gegen Menschenrechte und Kriegsrecht schuldig gemacht.

Im Sommer 1966 wandte sich die Russell-Foundation nach langen Vorarbeiten und Nachforschungen an prominente Wissenschaftler, Künstler und Politiker, die von keiner Regierung oder Partei abhängig waren. Sie sollten die Vorwürfe auf einem internationalen Tribunal untersuchen. Während der ersten Sitzung erklärte Russell: „Unser Tribunal ist ohne genaues historisches Vorbild. Der Nürnberger Gerichtshof entstand, auch

wenn er Kriegsverbrechen aufspüren sollte, nur aus der einzigen Tatsache, daß die siegreichen Alliierten den Besiegten die Pflicht auferlegten, ihre Führer der Justiz auszuliefern. Es war unvermeidlich, daß der Nürnberger Prozeß, der ja von der Staatsmacht unternommen wurde, ein gutes Maß Realpolitik enthalten mußte.“ Das Russell-Tribunal repräsentierte keine Staatsmacht und fällt keine Urteile im juristischen Sinn. Die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen wurden von einer Jury festgestellt. Sie befragte Zeugen und Beschuldigte, nahm Beweismaterial in Augenschein, holte Gutachten ein. Das Tribunal verstand sich als nicht-institutionalisiertes Organ der öffentlichen Meinung. Legitimiert war es allein durch seine moralische Autorität, durch die Integrität seiner Jury, durch die unvoreingenommene und universalistische Art, mit der es Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen untersuchte. Die Untersuchungen waren öffentlich. Den Entscheidungen der Jury lagen keine willkürlich moralischen oder politischen Kriterien zugrunde, sondern fest umrissene juristische Kategorien. Maßstab waren Völkerrecht und Menschenrechte. Der französische Philosoph Jean-Paul Sartre, Mitglied der ersten Jury, unterstrich diesen Gedanken. „Wir sind ohne Macht: das ist die Garantie unserer Unabhängigkeit. Niemand hilft uns, ausgenommen die Gruppen der Unterstützungskomitees, die, wie wir selbst, Zusammenschlüsse von Privatpersonen sind. Indem wir weder eine Regierung noch eine Partei repräsentieren, können wir auch keine Befehle empfangen: wir untersuchen die Tatsachen, wie man sagt, „mit Herz und Gewissen“ oder, falls man diese Formulierung vorzieht, mit aller Freiheit des Geistes. Niemand unter uns kann heute sagen, welche Wendung unsere Debatten nehmen und ob wir auf Anklagen mit

Ja oder Nein antworten werden, oder ob wir sie vielleicht für begründet, aber zu unzureichend bewiesen halten und daher keinen Entschluß fassen werden. Sicher ist auf jeden Fall, daß wir keine Macht haben, selbst wenn wir von den vorgelegten Beweisen überzeugt sein sollten, ein Urteil zu sprechen.“

Weitere Tribunale

Während mehrerer Sitzungen in Rom und Brüssel wurden von 1974 bis 1976 Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika untersucht.

Als bei der Russell-Foundation in Nottingham später immer häufiger Beschwerden über die Situation in der Bundesrepublik Deutschland eingingen, wo seit 1972 ein sogenannter Radikalenerlaß in Kraft getreten war, entschloß man sich, den Klagen nachzugehen. „Wir haben diese Beschwerden über viele Monate geprüft und sind Anfang 1977 zu dem Schluß gekommen, daß in Westdeutschland ein — Juristen würden sagen — „prima facie“-Fall von Unterdrückung besteht, eine Verweigerung der Menschenrechte für diejenigen, denen man eine berufliche Anstellung versagt, weil ihre Einstellung zur Verfassung nicht mit der anderer Bürger übereinstimmt.“ Das dritte Russell-Tribunal fand schließlich 1978 in Frankfurt statt. Es untersuchte allgemein die „Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland“ und insbesondere politische Zensur und Berufsverbote. Weitere kleinere Untersuchungen des Russell-Tribunals folgten. Sie beschäftigten sich mit der Praxis der Geheimdiplomatie, mit dem Irland-Konflikt, mit der Untersuchung von Übergriffen durch Polizei, Gerichte und Armee in Frankreich — und erst kürzlich in Berlin mit der Rolle des IWF.

Tribunale und Veranstaltungen der Russell-Foundation waren gelegentlich von Hetzkampagnen begleitet. So wurde Ende der 70er Jahre in der Bundesrepu-

blik versucht, das Russell-Tribunal als kommunistisches Unternehmen, als Verhöhnung der Demokratie darzustellen, dessen Urteile schon von vornherein festständen. Bei SPD und Gewerkschaften kam es quasi zu Unvereinbarkeitserklärungen. Ihren Funktionären wurde untersagt, an dem Tribunal teilzunehmen.

Russell-Tribunal zum Golf-Krieg

Unabhängig voneinander wurde in den vergangenen Wochen von mehreren Gruppen die Einberufung eines Internationalen Russell-Tribunals zum Golf-Krieg gefordert. In entsprechenden Aufrufen schlugen die LAG Frieden der Grünen Baden-Württemberg und das Palästina-Büro Berlin ein Anti-Kriegs-Tribunal vor.

Von der Friedensgruppe Atlantis in Kassel wurde die Idee veröffentlicht, man könne ein Russell-Tribunal auf einem größeren Schiff durchführen. Die Jury solle in internationalen Gewässern vor New York tagen. „Mitwirken sollten als Ausschuß und Zeugen/Sachverständige im Geiste des Tribunals von Russell aus allen Kulturen, allen Nationen, allen Religionen, in der Öffentlichkeit Bekannte und Unbekannte, Frauen und Männer in völliger Gleichwertigkeit, damit die Welt über diesen Krieg befinden kann, nicht aber die Etikettentauscher einer neuen Weltordnung, von welcher partiellen Seite auch immer.“

Von dieser Gruppe wurde inzwischen ein weiterer Aufruf übernommen, der (auf deutsch und englisch) vom Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) in Berlin international in Umlauf gebracht worden war. Gleichzeitig hatte der IBKA die Bertrand Russell Peace Foundation in Nottingham und das deutsche Sekretariat in Frankfurt aufgefordert, ein solches Tribunal einzuberufen und die Koordination dafür zu übernehmen. Inzwischen gibt es

erste Zustimmung von Gruppen aus der Schweiz und aus Großbritannien.

Öffentliche Untersuchung von Rüstungsexporten der BRD

Eine weitere Initiative ging vom Stadtbüro der Grünen in Mainz aus und fand die Zustimmung des Bundesvorstandes. Geplant ist eine öffentliche Untersuchung deutscher Waffen- und Rüstungsexporte in den Nahen Osten am 6./7. April in Mainz. Eigentlich war ein öffentlicher Untersuchungsausschuß zu dem Thema geplant worden, nachdem von der SPD die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses abgelehnt worden war. Inzwischen soll hier aber von der SPD Zustimmung signalisiert worden sein. Ursprünglich hatte der Aufruf auch den Zusatz „in der Tradition der Russell-Tribunale“ enthalten. Mit dem Hinweis, daß man sich nicht mit fremden Federn schmücken und einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß nicht vorgreifen wolle, wurde diese Idee fallengelassen. In dem Aufruf heißt es: „In fast allen Kriegen dieses Jahrhunderts, den von Deutschland selbst angezettelten und in vielen anderen, haben es deutsche Industrielle und die deutsche Politik verstanden, ihren politischen und wirtschaftlichen Vorteil zu ziehen, oft auf beiden Seiten der Kriegskonfliktparteien. Im Krieg am Golf wird dies jetzt selten deutlich, und entsprechend angestrengt versuchen die verantwortlichen ehemaligen und jetzigen Regierungspolitiker, zu vertuschen und sich aus der Verantwortung zu stellen... Zur Vermeidung künftiger Kriege und deren legaler und illegaler Unterstützung aus der Bundesrepublik ist eine öffentliche Diskussion zum Thema Rüstungsexporte spätestens jetzt dringend notwendig. Das deutsche Parlament hat vor dieser Aufgabe versagt.“ Die Veranstaltung wird inzwischen von einem breiten Bündnis von mehr als 30 Gruppen und Initiativen mitgetragen. Die öf-

fentliche Untersuchung von Rüstungsexporten könnte — ähnlich wie das Forum der Richter und Staatsanwälte für den Frieden, das am 9. März in Bonn stattfand — eine wichtige Vorarbeit für ein internationales Russell-Tribunal zum Golf-Krieg leisten. Denn Rüstungsexporte und die Verletzung UN-eigener Statuten und internationaler Rechtsnormen durch die Kriegführenden müssen sicherlich auch international untersucht und öffentlich gemacht werden. Diese Themen wären daher auch als Schwerpunkte eines Russell-Tribunals zu behandeln.

Bis es dazu kommt, sind jedoch noch viele Anstrengungen nötig. Zwar steht die Russell Foundation in Nottingham dem Vorhaben positiv gegenüber, bevor sie aber eine internationale Jury berufen und konkrete Schritte unternehmen kann, müßten noch weitere Gruppen ihre Unterstützung zusichern. Die anfallenden Aufgaben müßten durch Bildung von Arbeitsgruppen und Unterstützerinitiativen verteilt werden. Da eine ganze Reihe von Aspekten dieses Krieges zu klären sind, muß man sich entweder auf einen langen Verhandlungszeitraum oder auf parallele Sitzungen in mehreren Städten mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten einstellen. Für den möglichen Ablauf des Tribunals gibt es zwar schon eine Reihe von Ideen, aber für eine konkrete Planung ist es noch zu früh.

Franz-Helmut Richter, Berlin

Gruppen, die die Durchführung eines Internationalen Russell-Tribunals zum Golf-Krieg unterstützen möchten, sollten an folgende Adressen schreiben:

— Bertrand Russell Peace Foundation, Bertrand Russell House, Gamble Street, Nottingham NG 74 ET, Großbritannien
— Russell-Tribunal, Deutsches Sekretariat, c/o Dr. Karl Mutter, Laubestr. 37, 6000 Frankfurt/M. 70
— Unterstützergruppe für ein Russell-Tribunal zum Golf-Krieg, Postfach 880, 1000 Berlin 41

Eine neue Weltordnung auf tönernen Füßen. Die Hegemonie der USA nach dem Golfkrieg

Der Krieg ist das Maß aller Dinge, und nichts hat wie der Golfkrieg das Kräfteverhältnis zwischen allen beteiligten Mächten, d. h. zwischen den Kriegsparteien, zwischen den USA und der Sowjetunion wie zwischen den USA und den Westeuropäern bloßgelegt. Er ist ebenso das Maß, die politischen Positionen der Linken auf ihre Richtigkeit zu überprüfen.

Ein „amerikanischer Frieden“, gestützt auf die militärische Kontrolle des Erdöls

Eine „neue Weltordnung“ nach der Niederwerfung des Irak kündigte der US-Präsident Bush im Januar als sein Kriegsziel im Golf an und fügte hinzu: „unter Führung der USA“, um klar zu machen, daß er die Zeiten der „bipolaren“ amerikanisch-sowjetischen Weltordnung der letzten Jahrzehnte für beendet ansieht. Nach der erfolgreichen Niederwerfung des Irak durch die US-geführte Koalition imperialistischer Mächte und ihrer arabischen Verbündeten steht nunmehr fest, daß die vor sich gehende Auflösung der „pax americana“, von der der Autor dieser Zeilen in der letzten Beilage schrieb, vorerst durch einen neuen „amerikanischen Frieden“ abgelöst wird. Der Angelpunkt der „neuen Weltordnung“ ist die Kontrolle über das Erdöl Arabiens, wichtigster Rohstoff unter den natürlichen Reichtümern der 3. Welt und Hauptenergieträger für die Industriestaaten des Westens. So hat der Golfkrieg nicht nur die militärische Zweitrangigkeit der Westeuropäer und Japaner unter Beweis, sondern deren Abhängigkeit vom Wohlwollen der USA sichergestellt. König Hussein von Jordanien nannte in einer seiner Reden Deutschland und Japan nicht zu Unrecht als heimliche Objekte und Verlierer des US-Kriegs.

Nach der Zerstörung des Militärpotentials des Irak, davon gehen die Amerikaner aus, wird so schnell kein anderer Nahoststaat eine regionale Vormacht, geschweige arabische Hegemonialrolle anstreben können. Auch wenn die endgültige Form der nahöstlichen Nachkriegsordnung noch gefunden werden muß, steht fest, daß in ihrem Zentrum ein regionales Militärbündnis der USA mit den Golfstaaten, Saudi-Arabien an der Spitze, eventuell unter Beteiligung

Ägyptens, Syriens und der Türkei, die amerikanische Vormachtstellung absichern wird.

Auf tönernen Füßen

In dieser Nachkriegsordnung wird für eine Lösung des Palästinenserproblems kaum Platz sein. Neben den USA ist der zionistische Staat, obwohl formell nicht beteiligt, der zweite große Sieger des Kriegs. Ein Staat Israel, der jedoch bereits vor dem Golfkrieg nicht an eine Nahostkonferenz zur Palästinafrage dachte, ist nach dem Krieg erst recht nicht zu Konzessionen genötigt, zumal die Rückgabe besetzter Gebiete dem Lebensgesetz dieses Siedlerstaates — der Landnahme widerspricht. Die Diskussionen, die zur Zeit real in Israel geführt werden, drehen sich darum vor allem um die Fragen, wie die Palästinenser auf Jordanien zu verweisen sind, die Westbank zu behalten ist und nach dem Irak Syrien als potentieller nächster Gegner entworfen werden kann. Welche Dauer die „neue Weltordnung“ der USA haben wird, kann niemand vorhersagen; aber daß sie auf tönernen Füßen steht, ist unverkennbar. Sie stützt sich nicht auf einen ökonomischen und politischen Aufstieg des hegemonialen Staates, sondern wird allein militärisch errichtet, von einer wirtschaftlich zurückfallenden Weltmacht, die ihren Krieg von anderen finanzieren lassen mußte, um ihn überhaupt führen zu können. Die „imperialistische Überdehnung“ — so der britische Historiker Paul Kennedy — wird die US-Regierung voraussichtlich schon in den nächsten Wochen diskutieren lassen, welche Truppenstärke sie sich in Deutschland noch finanziell leisten kann.

Söldnerkriege der Zukunft

Zwei große Niederlagen der letzten beiden Jahrzehnte haben die USA mit ihrem Sieg am Golf wettermacht, beidemal in janusgesichtiger Form: Vietnam und Iran. Bis zur islamischen Revolution 1979 diente das iranische Schah-Regime den USA als „Hilfsspolizist“ am Golf, so daß die amerikanische Militärpräsenz selber minimal bleiben konnte. Selbst das größte Land unter den Ölscheichtümern — Saudi-Arabien — ist jedoch von derartiger innenpolitischer Instabilität, daß es sich nicht erlauben kann, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, son-

dern lediglich eine kleine, auf das Herrscherhaus eingeschworene Söldnertruppe besitzt, die sich mit den arabischen Nachbarn nicht messen kann und deshalb keinen Ersatz für den Iran des Schah-Regime bildet. Also müssen die USA eigene militärische Kräfte in der Region stationieren — mit allen daraus folgenden Spannungen. Eine entscheidende Lehre aus Vietnam war, die Wehrpflichtarmee abzuschaffen, weil der Einsatz von Wehrpflichtigen dem innenpolitischen Widerstand gegen den Vietnamkrieg immer neue Nahrung gegeben hatte. Der jetzige Sieg der seither aufgebauten Berufsarmee gibt dieser Entscheidung im Nachhinein recht. Seit dem Mittelalter bis Ende des 18. Jahrhunderts waren Söldnerheere die Träger der Kriege. Mit der Großen Revolution in Frankreich traten an ihrer Stelle auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhende Massenheere in die Geschichte. Nunmehr scheint es so, als ob in den entwickelten kapitalistischen Staaten das Zeitalter der auf allgemeiner Wehrpflicht beruhenden Massenarmeen vorerst beendet ist, weil für die anstehenden militärischen Konflikte erneut Söldnerheere das geeignetere Instrumentarium darstellen. Am Golf haben nur Berufssoldaten die Angriffsoperationen der imperialistischen Militärkoalition durchgeführt. Im Unterschied dazu beruhen die Armeen der weniger entwickelten Länder in der Regel auf der allgemeinen Wehrpflicht, so daß es danach aussieht, als ob die antiimperialistischen Kriege der Zukunft zwischen Volkshereen und Söldnerarmeen ausgefochten werden.

Eine Fehlkalkulation der Sowjetunion

Durch ihr Abstimmungsverhalten im UNO-Sicherheitsrat schuf die Sowjetunion die politischen Voraussetzungen für den US-Einsatz am Golf. Sie wollte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: a) sich die amerikanische Nichteinmischung in die Lösung ihrer „baltischen Frage“ erkaufen, und b) dem irakischen Verbündeten eine Strafflektion erteilen, der durch den Überfall auf Kuwait ohne Rückfrage bei der sowjetischen Schutzmacht eine eigene regionale Vormachtstellung einschlug. Keineswegs konnte die sowjetische Regierung ein Interesse an einem Sieg der amerikanischen Trup-

pen und an einer amerikanischen Vormachtstellung im Nahen Osten haben. Der Gang der Dinge ist den Sowjets jedoch völlig aus der Hand geglitten. Nachdem die Bush-Regierung erst einmal das Mandat des Sicherheitsrats hatte, betrieb sie eine unbeirrbar Kriegspolitik. Der sowjetisch-irakische Friedensplan in letzter Minute, der die USA politisch ausmanövierte und die Sowjetunion als Garantmacht eines Friedens im Nahen Osten etablieren sollte, wurde von Bush beiseitegewischt. Als die irakische Armee, von den Sowjets aufgerüstet und ausgebildet, sodann binnen kürzester Zeit zusammenbrach und Gorbatschow keine weitere Gelegenheit zur Friedensstiftung mehr bot, hatte sich die sowjetische Politik endgültig als Fehlkalkulation erwiesen.

Als Konsequenz aus dem Golfkrieg wird die Sowjetunion nicht nur militärisch die „Schwachstellen der sowjetischen Luftabwehr“ beseitigen müssen (so General Jasow, FAZ vom 2.3.). Die neue Weltordnung George Bushs weist den östlichen Konkurrenten auf den zweiten Rang — mit der Folge, daß er mit um so größerer Energie daran arbeiten wird, den USA bei nächster Gelegenheit eine Niederlage beizubringen. Das bedeutet u. a., die Zusammenarbeit mit dem vereinten Deutschland zu vertiefen, um es aus der amerikanischen Hegemonie herauszubrechen und seine ökonomische Stärke und entwickelten Produktivkräfte für die eigene Entwicklung zu nutzen.

Die EG — ein Trümmerhaufen

Die EG hat sich im Golfkrieg mit den Worten des belgischen Außenministers Eyskens erneut als ökonomischer Riese, politischer Zwerg und militärischer Wurm gezeigt. Sie war außen- und sicherheitspolitisch ein handlungsunfähiger Trümmerhaufen; die Gegensätze zwischen den tragenden Mächten haben sich sogar vertieft, und speziell die Theorie von einer deutschen Hegemonie über die EG hat sich als das entlarvt, was sie von Anfang an war: als ökonomistische Ideologie der Linken. Während das Zusammengehen Großbritanniens mit den USA von Anfang an klar war, hat nunmehr auch die Kriegspolitik Mitterands in der alliierten Militärkoalition die tatsächliche Stellung Frankreichs offenbart: an der Seite der Amerikaner.

Die zaghaften Versuche der deutschen Außenpolitik, mit Moskau und Teheran ein Gegengewicht zu schaffen, blieben isoliert und erfolglos.

Aus dem europäischen Trauerspiel während des Nahostkriegs hat die deutsche Bourgeoisie daher ihre eigene Schlußfolgerung gezogen: „Es gibt nur eine Wirtschafts- und Währungsunion, wenn es um actu auch eine politische Union gibt“, zitierte die FAZ vom 1.3. 1991 den Bundeskanzler. Mit anderen Worten: ein wirtschaftliches Entgegenkommen der Deutschen ist nur zu erwarten, wenn gleichzeitig eine institutionelle politische Vereinheitlichung zustandekommt. Eine handlungsfähige „politische Union“ setzt aber nicht nur eine gemeinsame Sicherheits- und Militärpolitik voraus, sondern auch eine anerkannte Zentralmacht. Wie aber soll die Unterordnung der anderen Staaten erzwungen werden? Die französische Bourgeoisie jedenfalls zieht offenbar die reale Hegemonie der fernen USA einer für die Zukunft befürchteten Vormacht des benachbarten vereinten Deutschland vor.

Von den arabischen Staatsbourgeoisien zur islamischen Revolution

Für die arabische Sache bedeutet die Demütigung des Irak eine Niederlage, aus der ganz neue Kräfte erwachsen könnten. Nach der Machübernahme kleinbürgerlich-nationalistischer Regimes („arabischer Sozialismus“) in den arabischen Staaten während der 50er und 60er Jahre gab es von Seiten dieser Staaten mehrere Anläufe — den ägyptischen Staatspräsidenten Nasser vorweg —, die staatliche Zersplitterung zu überwinden (Vereinigte Arabische Republik). Mittlerweile sind die herrschenden Schichten dieser Länder über den Aufbau ihrer staatlich organisierten Ökonomien als Staatsbourgeoisien dermaßen mit den Einzelstaaten verwachsen, daß ihr Interesse an der arabischen Einheit verschwunden ist. So kam die Gegnerschaft Syriens oder Ägyptens gegen den Irak im Golfkonflikt zustande, weil Saddam Hussein mit dem Einmarsch nach Kuwait die gesamte Staatenordnung Arabiens in Frage stellte und nicht nur die reaktionären Feudalregimes der Golf-scheichtümer, sondern letztlich auch die Militärregi-

mes eines Mubarak von Ägypten oder eines Assad von Syrien bedrohte. Um ihre eigene Existenz zu retten, kollaborierten sie alle mit den USA. Ein Repräsentant dieser Kräfte ist auch Saddam Hussein an der Spitze der irakischen Baath-Partei, der sich erst durch den Aufmarsch der gegnerischen Militärkoalition gezwungen sah, die Eroberung Kuweits zu einem Schritt zur Einheit Arabiens zu machen, um die arabischen Massen für seine Sache zu gewinnen.

Für diese Massen, die sich in den Vorstädten zusammenballen und mangels ausreichender Entwicklung der Industrie keine Perspektive haben, verknüpfen sich die soziale und die nationale Frage auf spezielle Weise miteinander. Die soziale Frage stellt sich ihnen als Zugang zum Ölreichtum Arabiens, der allen eine menschenwürdige Existenz gewähren könnte, aber größtenteils von einigen Scheichfamilien unter dem Patronat der USA kontrolliert wird. Die nationale Frage stellt sich damit als Überwindung der bisherigen, künstlichen Staatsgrenzen und Herstellung eines großen arabischen Nationalstaats dar.

Nachdem der bürgerliche Nationalismus an der Lösung dieser grundlegenden Aufgabe gescheitert ist und heute dort, wo er an der Macht ist, sogar ein

Hindernis für ihre Realisierung bildet, findet die Formierung der arabischen Massen seit Jahren auf dem Boden des islamischen Fundamentalismus statt. Unter seinem Banner verspricht die arabische Einheit nicht durch eine Staatenverbindung von oben, sondern durch sozialrevolutionären Umsturz von unten. Wirklichkeit zu werden — durch das Schwert des Islam. Es kann darum sein, daß der Nahe Osten, wo die Amerikaner soeben den archimedischen Punkt für die Errichtung ihrer neuen Weltordnung gefunden haben, die Region wird, wo diese Weltordnung durch den Sturm der islamischen Revolution in Trümmer gelegt wird.

Wenig Handlungsspielraum für die deutsche Bourgeoisie

Während die deutsche Bourgeoisie die Frage nach der „Gerechtigkeit“ des amerikanischen Golfkriegs intensiv debattiert und — wenn auch mit Magenkrämpfen — positiv beantwortete, übt sich die Linke in weltmännischer Neutralität. Nur wenige kleine Organisationen hauptsächlich aus dem trotzkistischen Spektrum verteidigten den Kampf des Irak als antiimperialistisch.

Die MLPD warf die Frage nach dem gerechten Krieg auf (Leitartikel der RF vom 26. 1.) — um statt einer Antwort am

Schluß den heroischen und überaus konkreten Aufruf zu einem „antiimperialistischen Bündnis gegen die deutsche Großmachtspolitik“ von sich zu geben. Dabei war Deutschland, historisch Nichtkolonialmacht im Nahen Osten, neben Japan der einzige größere kapitalistische Staat, der keine Truppen am Golf hatte. Die kritisierenswerte „deutsche Großmachtspolitik“ bestand in diesem Fall offenkundig darin, sich mit Händen und Füßen gegen die — wahrscheinlich von den USA dirigierte Versuche der Türkei zu wehren, einen NATO-Bündnisfall zu konstruieren und die Bundesrepublik in den Krieg hineinzuziehen, wie dies innenpolitisch (nur) von der CSU getragen wurde. Lediglich zur Wahrung des NATO-Scheins sah sich die Bundesregierung genötigt, eine Luftabweereinheit in die Türkei zu entsenden — mit der Konsequenz am Ende des Kriegs: „Kohl übte, ohne Namen zu nennen, Kritik an der Türkei und deren Präsidenten Özal, als er sagte, er werde nicht hinnehmen, daß er unter Vorschützung des NATO-Vertrags für die innenpolitische Auseinandersetzung eines Bündnislands benutzt werde.“ (FAZ vom 1.3.) Allerdings mußte die deutsche Bourgeoisie ihre faktische Neutralität teuer bezahlen — mit 15 Mrd. DM. Deshalb zeigte der Golfkrieg auch, wie

gering der deutsche Handlungsspielraum immer noch ist, wenn die Sowjets mit den Amerikanern an einem Strick ziehen oder von ihnen überspielt werden.

Die deutsche Linke zwischen Moral und Pazifismus

Richtig wäre gewesen, für den objektiv antiimperialistisch-revolutionären Kampf des Irak einzutreten, die Interessen und Kriegsziele der beteiligten Kräfte zu enthüllen und gegen die deutsche NATO-Mitgliedschaft als Angelpunkt der Zusammenarbeit mit den USA Stellung zu nehmen. Stattdessen hatte die Linke nichts besseres zu tun, als den deutschen Waffenexport ins Zentrum der Propaganda zu rücken, als ob es für das Kapital etwas ganz besonders Verwerfliches wäre. Profite dort zu machen, wo sie winken. Ganz ungewollt fungierte man so als Dienstleistungsunternehmen für den amerikanischen und israelischen Geheimdienst, die beide nicht müde wurden, immer neue Informationen über tatsächliche oder vermeintliche deutsche Waffenhilfe an Saddam Hussein zu liefern, um die deutsche Öffentlichkeit für den US-Krieg zu mobilisieren, das israelische Monopol auf Waffenlieferungen zu zementieren und allen anderen Staaten der Region das

Recht abzusprenken, sich mit Waffen zu versorgen. „Gegen den Krieg“ als solchen und überhaupt war die Linke vom Boden des Pazifismus und Moralismus aus. Sie unterschied sich in nichts von der Friedensbewegung, deren politische Beschränktheiten sie mit marxistischem Vokabular wiederholte, anstatt weiterreichende Perspektiven hincinzutragen. Wo dieser Boden verlassen wurde, um aufgrund einer Interessensabwägung Partei zu ergreifen, war die Richtung bezeichnend: nach rechts: Wolf Biermann machte es vor.

Die deutsche Arbeiterklasse, materiell an der ungestörten Versorgung mit Treibstoff interessiert, politisch in die bürgerliche Hegemonie eingebunden und ideologisch nicht im selben Maße wie die friedensbewegten Mittelschichten vom Pazifismus umgetrieben, trat in ihrer großen Masse von Anfang an für den Krieg gegen „den Irren aus Bagdad“ ein. Sie kann zur Zeit guten Gewissens nicht einmal dem „linken Flügel“ der Bourgeoisie zugeordnet werden. Bis sie sich aus der bürgerlichen Hegemonie löst und eigene Klassenpositionen entwickelt, ist es noch ein weiter Weg. Von der heutigen Linken sind dabei keine Schrittmacherdienste zu erwarten; sie wird eher als Hemmschuh fungieren.

Michael Vogt, Aufsätze zur Diskussion

Der Krieg wird gemacht

Ein Krieg der USA gegen die dritte Welt?

Die Schüsse von Sarajewo waren der Auslöser, aber nicht die Ursache vom I. Weltkrieg. Der war längst vorher geplant, und die Kriegsparteien warteten nur auf einen günstigen Moment zum Losschlagen. Auch die US-Aggression war von langer Hand geplant. Saddam gab den Anlaß, den Vorwand, allerdings einen sehr willkommenen.

1982 schrieben wir in der Friedensbewegung zum Golf: „*Wollen nicht gerade die USA wieder die volle Kontrolle über die Golf-Region erlangen, um so die ökonomischen Verschiebungen zugunsten ihrer Hauptkonkurrenten, Japan und die EG, zu bremsen oder gar rückgängig zu machen? Welche Supermacht rüstet denn in der Golf-Region auf, schickt ihre Kriegsflotte dorthin, läßt AWACS in Saudi-Arabien und Ägypten stationieren und sorgt für abenteuerliche Provokationen vor der libyschen Küste? Welche Supermacht hat denn die größte mobile Eingreiftruppe aufstellen lassen? Auch der Einmarsch der SU in Afghanistan kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß tatsächlich die Supermacht USA die treibende Kraft eines gewaltsamen Konflikts in der Golf-Region ist.*“ (M. Massarat). Was heute der Bösewicht Saddam, war in den 80er Jahren die SU: „*Heute hätte die SU, wenn sie erst den Golf beherrschte, das Wirtschaftsleben Europas in der Hand*“, wie aus Foreign Affairs 1980 verlautet.

Seit jeher gilt die Golf-Region als eine für die USA lebenswichtige Region, die Beeinträchtigung der Ölinteressen als Kriegsgrund. Nur, weder der Irak noch sonstwer hat mit der Schließung des Ölhahns gedroht, geschweige denn ihn zudehnt.

Ohne die massive Rüstungshilfe an Amerikas Lieblinge wie Saudi-Arabien, Ägypten, Israel und die Türkei, ohne Truppenstützpunkte, ohne Verträge zur Unterstützung im Kriegsfall, hätte die USA 10000 km von der Heimat innerhalb von einem halben Jahr den größten Truppenaufmarsch seit dem II. Weltkrieg gar nicht bewerkstelligen können. Das ist alles von langer Hand geplant, und ein Anlaß zum Losschlagen findet sich immer.

Wird nicht auch deutsches Öl am Golf verteidigt?

Der Krieg am Golf wäre ohne die Aufmarschbasis und Drehscheibe BRD nicht möglich gewesen. Da ist Bündnistreue gefordert. Schließlich haben wir ja das großdeutsche Reich niemand anderem als der NATO — „dem erfolgreichsten Militärbündnis der Historie“ — mit über 40jähriger Blockade und Erpressungspolitik gegenüber der SU zu verdanken. Von den hier 250000 stationierten GI s wurden 100000 in den Golf verlegt. Von der Air-Base Startbahn West starteten und starten immer noch pausenlos die Galaxis-Transportflugzeuge in Richtung Front, von Bremerhaven erfolgte die Verschiffung von Kriegsmaterial. Das ist der Beitrag der BRD zum „Frieden“. Man macht sich selber dabei die Hände nicht schmutzig.

Die „Entspannung“ führt zu Krieg!

Nach der Landung von US-Marines 1958 und dann nochmals 1986 im Libanon haben die Amis es nicht mehr ge-

wagt, in Nah-Ost einzumarschieren. Auch den Herzenswunsch der USA nach ständiger Truppenpräsenz konnten selbst die willfährigsten Herrscher nicht erfüllen — und jetzt sind gerade 500000 Mann da unten — dank Saddam. Wie war dieses Wunder möglich? Die Sowjetunion — das vorherige Reich des Bösen — ist nicht mehr. Wer ist da noch da, der ernsthaft einem solchen Unternehmen Widerstand entgegensetzen könnte? Außerdem ist die SU so mit sich selbst beschäftigt, als daß sie, nach dem gescheiterten Afghanistan-Debakel, ernsthaft drohen könnte. Wir sehen: das Aus der SU bringt uns dem Weltfrieden leider nicht näher! Dann hat der Probelauf der Panama-Invasion im Schatten der Ceaucescu-Hinrichtung prächtig geklappt und, last not least, muß man jetzt in das vielbeschworene Machtvakuum stoßen, denn wer weiß, wie lang der liebe „West-Spezi“ Gorbis noch da ist. Denn wenn der weg ist, dann Gute Nacht! Also kam Saddams brutaler Akt wie gerufen!

Wahrscheinlich glaubte die USA, durch ihre gigantische Militärmaschinerie und altbekannte Erpressermethoden (die bei der SU so erfolgreich waren) Saddam zum Rückzug bewegen zu können, ohne daß ein Schuß fällt. Nur: Saddam hat sich als imperialistisches Ziehkind nicht rumkriegen lassen und ist nicht zu Kreuze gekrochen.

Gorbis hat als Dank für seine Kapitulation all das von seinem Reich abwenden können, was nun der neue Welt-Bösewicht Saddam voll abkriegt. Auch wir von der Friedensbewegung können von Glück sagen, daß sich das in den 80er Jahren beschworene Kriegsszenario nicht auf deutschem Boden abspielt! Enthauptungsschlag, deep strike, Blitzkrieg, elektronische Waffen, das hat alles der SU gegolten, und jetzt trifft's mit voller Wucht den Irak! Wer hätte das gedacht, daß die Welt diktatoren so schnell wechseln und austauschbar sind. Wann ist wohl der Kohl dran?

USA — die internationale Völkermordzentrale?

Diesen Krieg hat die USA gewollt. Ihr Kriegsziel ist eine neue Weltordnung unter der unverzichtbaren Führung der USA — eine pax americana. Können wir mit einem Kriegsende einverstanden sein, das die westlich-zivilisierte Gangsterbande als Herren der „neuen Weltordnung“ hinterläßt? Ist es nicht gerade jetzt nötig, die Niederlage des US-Imperialismus und seiner Bündnispartner zu fordern?

Räuber gegen Räuber?

Der Krieg ist nicht von beiden Seiten ein Krieg Räuber gegen Räuber. Er ist eindeutig ein Aggressionskrieg der USA mit aktiver Beihilfe zum Völkermord von den EG-Staaten und den US-hörigen Statthaltern in der Region. Die US-Aggression steht in direkter Folge zum Korea- und Vietnamkrieg. Er ist ein Kolonialkrieg neuen Typs — da er sich gegen eine von EG-Gnaden aufgerüstete

und hochgepöppelte Regionalmacht richtet und nicht wie früher im Rahmen der Ost-West-Konfrontation gegen ein Land, das unter dem Schutz der Sowjetunion steht. Die AZ vom 8.2. behauptet zwar: „Der Krieg ist schon gar kein Kampf der Industriestaaten gegen die dritte Welt“, fordert aber im selben Artikel ganz selbstverständlich die koloniale Ausbeutung und die Rechtfertigung des Kriegs: „Es ist deshalb ein legitimes Ziel des Westens, 40% der Weltölvorkommen nicht in die Hände eines unberechenbaren Diktators fallen zu lassen“.

Der Krieg entwickelt für die arabischen Volksmassen — völlig unabhängig von der Person oder der Politik Saddams — eine Eigendynamik, die ganze Scheitertümer und sonstige Herrschaften in den Strudel zu ziehen droht. Der Krieg wird zum Kristallisationspunkt für die Unzufriedenheit und Radikalisierung der Massen. „Proteste von Bombay bis Buenos Aires zeigen, daß das Regime von Bagdad den Propagandakrieg vorerst nur in den hochindustrialisierten Demokratien verloren hat.“ (SZ Nr. 34) Dabei richtet sich die Welle des Protestes immer mehr gegen die eigene Herrschaft, so „gegen die Wirtschaftslogik und das vom Westen gestützte autoritäre Regime Hassans.“ (SZ 5.2.) Saddam ist ein Noriega, von der USA zum Bösewicht auserkoren, aber für viele Araber, und nicht nur für sie, gilt: Ich mag das Lied, aber nicht den Sänger.

Sowjetunion — immer noch Bedrohung Nr. 1?

Der alte Feind — die SU — ist noch nicht vergessen.

Für den US-Kriegsminister Cheney bleibt die SU „die Bedrohung Nummer 1“, und „die Entscheidung, wohin sich das Militär bewegen wird, ist noch nicht gefallen.“ (SZ 4.2.) Die Militärstrategie und der Enthauptungsschlag haben ja eh vor allem der SU gegolten. Die Folterwerkzeuge werden gezeigt. Der Krieg — 2000 km von der sowjetischen Grenze entfernt — soll auch der SU drohen: Nur nicht aufmucken und gegen unseren Wertekodex verstoßen. Wir sind die Oberherren. Ist das nicht Imperialismus pur? Ein Prüfstein für die neue Weltordnung könnte auch das Baltikum werden. Das Selbstbestimmungsrecht eines kleinen Volkes ist durch den Überfall eines mächtigen Nachbarn bedroht. Der Tatbestand des Eingriffs ist gegeben. Wann rettet NATO-Wörner im Namen der freien Welt die Freiheit im Baltikum? Genscher beschwört die „Unumkehrbarkeit der Perestroika“, „die zwar mit gegenwärtig gutem Willen regierte Weltmacht soll auch ihre Fähigkeit einbüßen, sich mit ihren immer noch vorhandenen interkontinentalen und anderen Mitteln der Freiheit in den Weg zu stellen... Moskau vergreift sich am verbrieften Recht der freien Welt auf seine Auflösung. Der Versuch der Selbstbehauptung heute ist dasselbe wie eine Veränderung des erreichten Kräfteverhältnisses, eine Störung der Weltordnung...“

vergleichbar mit der Krise im nahen Osten, wo ein Krieg fällig war. Die künftige Ordnung der SU bzw. ihrer Reste ist keinesfalls mehr ihre innere Angelegenheit.“ (MSZ 1/91)

Und hier liegen auch für Genscher „die Prioritäten deutscher Politik, die nicht verrückt werden dürfen, d.h. für das vereinte Deutschland ist die Stabilität in Europa und im Verhältnis zwischen Ost und West immer noch wichtiger als das Geschehen am Golf. Vornehmlich in diesem Bereich soll Deutschland sein gestiegenes Gewicht in die Waagschale werfen.“ (SZ 8.2.) Die Bundeswehr mit ihren 600000 Mann — bis jetzt ist kein Mann abgerüstet — steht bis an der Oder, und der Rüstungsetat ist so hoch wie ehemals — von wegen Entspannung! Krieg wird wieder ein Mittel der Politik, wenn das kriegerische Drohpotential das Kriegsziel nicht ohne Krieg erreicht.

Man schlägt den Sack und meint den Esel

Der US-Krieg am Golf richtet sich auch gegen die Hauptkonkurrenten der USA um die Vormacht in der Welt. Er ist der erste innerimperialistische Krieg seit dem 2. Weltkrieg und seit dem Ausscheiden der SU aus dem Kampf um die Neuauflage der Welt. Die Karten werden neu gemischt, vor allem in einer Region, die für die EG und Japan von ganz anderer Bedeutung ist als für die USA. Die Region unter der Kontrolle der USA, da müssen auch die widerspenstigen Zwölf sich der Führungsmacht USA zähneknirschend unterwerfen — zumindest ist das die Hoffnung der USA. Dazu schreibt die SZ vom 8.2.: „Tatsache ist, daß die Gewichte in Europa und der Welt nach dem Golfkrieg wieder anders verteilt sein werden, was sich auch im Verhältnis der USA zu ihren europäischen Verbündeten ausdrücken wird.“

Tatsache ist, daß die Gewichte in der Golfregion nach dem Sturz des Schahs und der gescheiterten US-Intervention im Iran sich mehr und mehr in die EG verlagerten. Saddam ist, nachdem die SU dort auch ausgebootet wurde, ganz und gar ein Kind Frankreichs und der BRD. Und jetzt wird dieses Ziehkind mit brutaler Gewalt von den USA seinen Zieheltern entzogen. Klar, daß die BRD da sauer ist. Die Gefährlichkeit des Iraks — angeblich viertgrößte Militärmacht der Welt! Und aufstrebende Hegemonialmacht in der Region — ist maßlos übertrieben und soll wohl eher der USA als Rechtfertigung für ihren Vernichtungskrieg dienen. Die USA als Weltführungsmacht muß der Welt beweisen: Der Irak ist nicht Panama und schon gar nicht Grenada.

Der US-Krieg kam der BRD gar nicht zupass, bescherte doch der gerade zu Ende gegangene Golfkrieg und seine Finanzierung sowie der niedrige Ölpreis der EG mit satten 500 Mrd. DM einen wunderschönen Boom. Die Moral paßte schon. Man müßte schon irr sein, um so einen geschätzten Geschäftspartner wie

den ganz und gar nicht „Irren von Bagdad“ durch einen Krieg zu enthaupen. Und hat sich Herr Saddam wirklich so aufgemannelt, daß er so eine international zusammengeschusterte Kriegscoalition geradezu heraufbeschworen hat. Und ob wir das Öl über Kuwait — dem Liechtenstein am Golf — oder über den Irak mit dem eingemeindeten Kuwait — beziehen, ist noch lange kein Kriegsgrund. Und jetzt, wenn sich die Amis da unten festsetzen, ist die special-relationship zwischen EG und den Arabern empfindlich gestört. Wer weiß, was kommt? Wer weiß, was bleibt?

Dieser Krieg verdirbt „unsere gewachsene Freundschaft mit den Arabern“. Selbst ein Möllemann, Wirtschaftsminister und früherer Vorsitzender der deutsch-arabischen Freundschaftsgesellschaft, entdeckt sein Herz für die Palästinenser und er findet es gar nicht gut, „wenn jetzt das Engagement von Deutschen für eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Arabern nachlasse.“ (AZ 8.2.) Geschäft ist Geschäft — und Moral ist Moral. Die gilt wieder für Israel. Denn gegen Waffenlieferung dahin hat eine breite Einheitsfront von Hessens Grünen, über TAZ und Konkret, von Biermann bis zu Gremilza kriegslüsternd nichts mehr einzuwenden. Zur Verteidigung Israels ist allemal jede Waffe und jedes Gewaltmittel bis zum Einsatz von Atomwaffen gerechtfertigt, ja angebracht. Die Rüstungslobby hierzulande braucht sich über den Ausfall von Waffenlieferungen an Irak nicht zu beklagen und kann sich über den Zuspruch der neu gewendeten Bellizisten (zu deutsch Kriegstreiber) ganz besonders geschmeichelt fühlen. Und die arabischen US-Marionetten in Syrien und Ägypten lassen sich ihre Teilnahme am Krieg was kosten: Entweder Geld und Waffen oder wir laufen zu Saddam über: des Volkes Druck ist gar so groß.

Der Krieg der BRD

Die Klagen über Deutschlands Los sind lang: „Die Außenpolitik steckt ohne jeden Zweifel in einer argen Klemme. Im Golfkrieg wird die Rolle der Deutschen als zahlender Zuschauer verstanden.“ (AZ 8.2.)

Die BRD — aktive Beihilfe zum Völkermord

Dabei wird über die aktive Beihilfe der BRD zur Ernährung dieses Kriegs in den Medien — auch in der Friedensbewegung — wenig gesprochen. Ohne Drehscheibe BRD, die für den reibungslosen Nachschub an Truppen und Material der US-Forces sorgt, hätte es den Krieg so nicht gegeben oder wäre mangels Munitionsmangel aus. Von den hier 250000 stationierten GI s wurden 100000 in den Golf verlegt. Von der Air-Base starteten pausenlos die Galaxy-Transportflugzeuge zum Golf, vom Bremerhaven erfolgte die Verschiffung von Kriegsmaterial. Das ist der Beitrag der BRD zum „Frieden“. Und dieser Beitrag erfolgte ziemlich unbemerkt, im Dunkeln und längst vor Kriegsbeginn. Die Friedensbewegung war, als der Krieg schon begonnen hatte, mit Blockaden etc. zu spät dran. In diesem Kontext spielen die Bundeswehrsoldaten eine sehr untergeordnete Rolle. Die 90000 Angriffe wurden in erster

Linie von den USA geflogen. Aber zum Gedeihen des Kriegs trägt die BRD neben der Finanzierung besonders als propagandistischer und moralischer treuer Bündnispartner bei. Die Klemme, in der die BRD steckt, ist klar.

Raushalten oder mitmischen

Das ist nicht ihr Krieg, wenn sie auch nichts getan hat, um ihn zu verhindern. Wenn er aber schon da ist, müssen wir uns dazu verhalten. Wenn die Amis ein zweites Vietnam erleiden, können sich die BRD-Bündnispartner nur die Hände reiben. Sie fahren die Ernte ein. Genscher als Unterhändler von Waffen und Kapital ist schon unterwegs.

Wird aber die neue Weltfriedensordnung eine „pax americana“ ohne Mitsprache der BRD und der zwölf EG-Apostel, dann hat sich der Krieg nicht gelohnt. Also muß man schon von Anfang an dabei sein, Flagge zeigen, die Franzosen weiter sich reinziehen lassen, moralische Bedenken von wegen II. Weltkrieg äußern, die Israelkarte voll ausspielen: ein teuflisches Meisterwerk imperialistischer Intrigen und Raublust. Man darf auf keinen Fall dem lieben Bündnispartner USA das Feld alleine lassen. Die Neuaufteilung der Welt geht auch im Bündnis nicht friedlich vonstatten. So klagt man in der EG, „daß der Golfkrieg einige Schatten der Vergangenheit wieder heraufbeschwört — die militärische und politische Dominanz der USA und die special-relationship zwischen Washington und London ... London fürchtet, daß die von Bonn und Paris betriebene Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Gemeinschaft von der USA trennen könnte.“ (SZ 7.2.91 D. Schröder) Im Klartext: Die USA und vor allem Groß-Britannien fürchten die Vorherrschaft des neuen Deutschland in Europa, eine aktivierte WEU, „als Instrument einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik.“ (a. a. O.) Da erhofft sich das große Britannien, an der Seite der USA in der EG mehr rauschenden zu können. Da lamentiert D. Schröder (SZ), „daß die EG in dieser

Krise keine Rolle gespielt hat und daß die Entscheidungen bei der UNO und in Washington fielen.“ Delors, der jetzige EG-Präsident behauptet gar: „Der Golfkrieg hat die 12 in die Enge gedrängt.“ Er hätte auch einem Embargo den Vorschlag gegeben. Er hebt hervor, daß die „ganze Welt auf die EG schaut, der Rest der Welt die Gemeinschaft nicht einfach nur als Handelspartner, einen Wirtschaftsrates sieht, sondern auch als politische Macht, die ihre Verantwortung einnehmen muß.“ (SZ a. a. O.) Der Rücktritt des französischen Verteidigungsministers Chevenement steht auch für weniger Engagement an der Seite der USA: „Die Logik dieses Krieges entfernt Frankreich mit jedem Tag mehr von den ursprünglichen Zielen der Vereinten Nationen.“

Warum hat die EG den Krieg nicht verhindert, wenn es nicht der ihre ist?

Wenn der Krieg ein US-Krieg ist und die USA in der Golfregion auch gegen über der EG ihre Vormacht wieder erlangen will und die EG diesen Krieg nicht gewollt hat, warum hat sie ihn dann nicht verhindert? Denn ohne EG kein UNO-Mandat. Auch die SU — ehemals Freund der arabischen Staaten — hätte ohne die EG sich nicht in die Kriegskoalition eingebracht. Das neue Deutschland ist mit dem Riesenbrocken DDR vollbeschäftigt. Seine strategischen Interessen liegen sowieso im Osten und dessen Neuordnung im Sinne einer „pax germanica“. Ein direkter offener Konflikt mit der USA wäre kräfte-mäßig zu Zeit nur schwer zu schaffen. Ein Ausscheren aus der Völkergemeinschaft gegen die USA hätte den Argwohn vor einem zu großen Deutschland geschürt. Gerade die Atlantiker Groß-Britannien, aber auch Holland, versprechen sich ja gerade durch ihr Dranhängen an die USA ihre schwache Rolle in der EG aufpolieren zu können. Der entscheidende Grund ist aber: Die EG ist politisch, aber vor allem militärisch nicht

so weit. Die WEU ist noch nicht handlungsfähig und mit der NATO hat man immer noch die USA vor der Nase. Die Bundeswehr muß es ja geradezu als Demütigung empfunden haben, daß sie ihre ROLANDs nicht selber, sondern nur mit Hilfe der US-Galaxy transportieren konnten. Andererseits gibt es sowohl in Frankreich wie in Italien und in der BRD verfassungsmäßige Hemmnisse für einen Kriegseintritt außerhalb der NATO. Insofern nützt die BRD die Gunst der Stunde, sich für den Fall, daß Kriege sind wieder machbar sind, innen- und außenpolitisch zu rüsten.

Die SZ vom 19.2. schreibt dazu: „Die EG empfiehlt sich für die ‚Nachkriegszeit‘ ... Die zwölf entwerfen zur Zeit einen Vertrag über den Ausbau ihrer Gemeinschaft zu einer politischen Union. Dabei sind sie auf die ‚Gretchenfrage‘ gestoßen, wie sie es denn mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hielten. Ihre ‚Vorkriegserfahrungen‘ waren entmutigend. Doch jetzt bietet sich am Golf und im östlichen Mittelmeer ein vorzüglicher Trainingskurs. Wenn die EG ihn nicht bewältigt, wird sie bis auf weiteres keine Gelegenheit zum Üben mehr erhalten.“ Und dann gibt es schließlich auch gemeinsame Interessen gegenüber der 3. Welt — die Gemeinsamkeit der Imperialisten — zur Ausplünderung der übrigen Welt, die die BRD und die EG an die Seite der USA zwingen.

Da kann ein big stick der USA als Exempel nicht nur schaden. Also die Devise: mitmachen mit den USA, aber ihr die Führung nicht überlassen.

Die Zeit danach:

„pax europea“ oder „americana“?

Man bereitet sich geschäftig auf die Zeit danach vor: „Sind die 12 gemeinsam in der Lage, die Zeit nach der Krise vorzubereiten? Viele von ihnen unterhalten ja zu den arabischen Staaten historische und kulturelle Bande.“ — „Niemand ist besser geeignet, mit den Arabern zu reden, als die EG, denn sie genießt ein lan-

ge gewachsenes Vertrauen.“ (SZ 18.2.)

Der Krieg der Parteien

Der Streit, ob mehr Verantwortung für die gemeinsame Sache der USA, oder mehr raushalten und die USA allein ins Verderben rennen zu lassen, geht auch quer durch die Parteienlandschaft. Dabei spielt die CSU und die Dregger-Stoltenberg-Crew mehr den traditionellen Schulterschuß mit dem US-Partner, aber auch Voigt (SPD) ist gegen ein „tiefes Zerwürfnis mit der USA“. Der Kanzler ist für die eigene Führungsrolle schon zu haben: „Es gibt für uns Deutsche keine Nische in der Weltpolitik, und es darf für Deutschland keine Flucht aus der Verantwortung geben.“ Aber zu dicke mit den USA hat er es auch nicht. Lapidar meint er: „Die USA haben den Krieg angefangen, jetzt sollen sie schauen, wie sie wieder rauskommen.“ Lafontaine, der ja immer schon eine feine Nase für kommende Verwerfungen gehabt hat, ist dafür, rechtzeitig das Ruder rumzureißen. So bricht er eine Lanze für die Friedensbewegung, äußert „Deutschland müsse sich zurückhalten, was die militärische Unterstützung der Alliierten betreffe ... Hätte man dieselbe Kraft und dasselbe Geld, die jetzt der Krieg verschlingt, für die Durchsetzung eines wirksamen Embargos eingesetzt, dem hätte kein Land wie der Irak auf die Dauer widerstehen können.“ (SZ) Moralapostel Weizsäcker begründet Deutschlands „Zurückhaltung“ mit einem verlogenen Verweis auf die Vergangenheit: „Wir wußten — und haben das nie verheimlicht — daß wir uns militärisch nicht beteiligen würden ... daß in der Nachkriegszeit alle unsere Bündnispartner stets davon ausgegangen sind, ... angesichts der geschichtlichen Belastungen dürfe kein neues deutsches Militärpotential entstehen.“ (SZ 7.1.) Und der Graf in der Rolle Genschers stößt ins gleiche Horn. Scheinheilig wundert er sich, daß die Amerikaner, „die bei der Vereinigung Deutschlands vor unseren Machtambitionen gewarnt

haben, nun ebenso intensiv nach einer eindeutigen deutschen Militärpräsenz am Golf verlangen.“ Außerdem unterstreicht er nicht nur die finanzielle Last für den Abzug der Sowjet-Truppen: „zu den 8,5 Mrd. Dollar, die der UdSSR im Lauf der Jahre dafür entrichtet werden, daß die 400000 Soldaten — so viele wie die USA an den Golf entsandt haben — aus dem Herzen Europas zurückzieht. (Was ja für sich allein schon den Amerikanern eine sicherheitspolitische Entlastung bringt, die ihre derzeitige ‚Operation Wüstensturm‘ erst ermöglicht.“) (SZ 7.2.) Eine Hand wäscht die andere. Wer hätte das gedacht, daß der Abzug der SU-Truppen aus der DDR als Kriegskriegtribut der BRD zum Golfkrieg aufgerechnet wird. Hieß es doch immer bislang, derselbe Abzug diene dem Frieden und der Entspannung auf der Welt.

Bedingungsloser Abzug aller Truppen

Es ist nicht besonders radikal oder gar antiimperialistisch, den Abzug Iraks aus Kuwait und den Abzug deutscher Truppen aus der Türkei oder sonstwo zu fordern, ohne gleichzeitig und vor allem den Abzug der US-Armee. Das ist ein Trick der SPD und der Gewerkschaften, um die Friedensbewegung propagandistisch vor die Kriegsziele der USA zu spannen: bedingungslose Kapitulation Saddams, und die US-Truppen bleiben in der Region. Auch in dem Bonner Aufruf der Friedensbewegung — ein Neuaufbau des Krefelder Appells — steht zu dem Truppenabzug der USA kein Wort. Wer wirklich gegen Imperialismus und Militarismus ist, für den ist klar: Die USA als Hauptkriegstreiber und Unruhestifter müssen aus der Region verjagt werden. Selbstredend auch die anderen Truppen — und auch die der Bundeswehr. Für eine wie auch immer gear-tete „pax americana“ oder „pax europea“ kann und darf sich die Friedensbewegung nicht stark machen.

wih, Radikale Linke München

Bündnispolitik zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen

Erklärung des Roten Tisches Hannover

Der Rote Tisch Hannover versteht sich als kommunalpolitisches Bündnis der Linken in Hannover. Mitglieder verschiedener Organisationen und Initiativen (BWK, DKP, Linker Stammtisch Nordstadt, Redaktion SPEZIAL, PDS, Volksfront) sowie Leute aus antikapitalistischen und antifaschistischen Zusammenhängen haben den Roten Tisch Hannover gegründet, weil im Kampf gegen die Politik des Kapitals Fortschritte nur durch eine Bündnispolitik erzielt werden können.

Der Rote Tisch Hannover versteht unter linker Politik eine Politik, die antikapitalistischen, antifaschistischen, antimilitaristischen und antiimperialistischen Positionen verpflichtet ist. Linke Politik heißt, sich einzusetzen für die Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen, für soziale Gerechtigkeit, gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung, gegen Profitinteressen und ökologischen Raubbau, für politische und demokratische Rechte, gegen die politische Entrechtung ausländischer

Menschen, für die Gleichstellung der Geschlechter, für die Ächtung rassistischer und faschistischer Politik, gegen militaristische und imperialistische Kriegstreiberei, für Völkerverständigung und Frieden.

Der Rote Tisch Hannover findet die Grundlage seines Handelns in der kommunalen Politik. Die Interessen, die sich in der Politik von CDU, FDP, WfH und SPD im Stadt- und in den Bezirksräten durchsetzen, prägen stark die Arbeits- und Lebensbedingungen in unserer Stadt — vom Flächennutzungsplan über die Sozial-, Verkehrs-, Wohnungs-, Energie- und Kulturpolitik bis hin zur Höhe der Gewerbesteuer und des städtischen Haushalts. Im Interesse der großen Konzerne und der Geschäftswelt soll Hannovers Image aufpoliert und „Standortvorteile“ gegen die Interessen der Bevölkerung erzwungen werden. Deshalb wird die Durchführung der Expo 2000 betrieben, soll der „Schandfleck“ Sprengelgelände weg, wird dem „Wachstum“ das Wort geredet und soziale Ansprüche als „Milieuschutz“ abgetan. Hinzu kommt, daß die Einverleibung der DDR und die Kriegsbeteiligung der BRD am Golf gravierende Folgen auf die kommunalen Finanzen und damit das soziale Gefüge haben werden. Die GABL schränkt sich in ihrer Kritik an dieser Politik auf die sozialen und politischen Interessen ihrer Wählerbasis ein, wenn gleich sich in ihrer Politik auch unterstützenswertes findet. Der Rote Tisch Hannover begründet seine Existenz programmatisch links von GABL/Grünen. Er sieht Ansatzpunkte der Zusammenarbeit mit GABL/Grünen und Teilen der SPD in einzelnen Sachfragen.

Unser Verständnis von Kommunalpolitik beschränkt sich aber nicht nur auf die Kritik an der Politik des Stadtrates und auf die Unterstützung kommunalpolitischer Ansprüche, sondern umfaßt alles, was mit dem Leben der Menschen in dieser Stadt zu tun hat. Daher befassen wir uns auch mit landes- und bundesweiten sowie internationalen Entwicklungen in ihren Auswirkungen auf Hannover, und daher endet unsere Kommunalpolitik auch nicht an der Stadtgrenze. Der Rote Tisch Hannover wird dies durch Aktionen umsetzen.

Ein Teil des Roten Tisches Hannover wird sich mit einer „Linken Liste Hannover“ an den Kommunalwahlen am 6. Oktober 1991 beteiligen. Wir wollen damit dazu beitragen, daß all diejenigen, die sich nicht in der Kommunalpolitik vertreten fühlen, ihre Anliegen öffentlich einbringen können. Zu diesem Zweck wird die „Linke Liste Hannover“ in offenen Arbeitsgruppen im April und Mai dieses Jahres ein kommunalpolitisches Programm erarbeiten. Dabei besteht nicht der Anspruch, ein abgeschlossenes Programm zu erstellen. Es wird eine Reihe von wichtigen Fragen geben, wozu wir keine ausformulierte Stellung beziehen können, weil die Zeit nicht gereicht hat oder weil zu diesen Bereichen keine Beiträge von den Teilnehmern der „Linken Liste Hannover“ erarbeitet sind. Über den Umfang der Kandidatur werden wir dann im Mai entscheiden.

Der Rote Tisch Hannover und die „Linke Liste Hannover“ stellen keine neue Partei da. Es ist und bleibt ein Bündnis von Menschen, Initiativen und Organisationen, welche beanspruchen, auch nach den Kommunalwahlen weiter zusammenzuarbeiten. Es ist und bleibt ein offenes Bündnis, das alle aufruft, die sich beteiligen wollen, jetzt aktiv zu werden. Wir brauchen die Erfahrungen und Aktivitäten aller, die hierzu bereit sind. Über Erfolge oder Mißerfolge im Kampf gegen die Politik des Kapitals entscheidet immer, ob die davon Betroffenen für ihre Interessen aktiv werden und ihre Ansprüche und Forderungen gegenüber den Herrschenden formulieren. Dazu beizutragen ist das Ziel des Roten Tisches Hannover und der „Linken Liste Hannover“.

Von den Teilnehmern des Roten Tisches Hannover am 14.3.91 einstimmig beschlossen.

„Linker Dialog“ Braunschweig

Das nachfolgende Diskussionspapier lag dem Treffen des „Linken Dialogs“ Braunschweig am 15.12.90 vor, über den Inhalt herrschte Konsens. Der „Linke Dialog“ Braunschweig will zu den Kommunalwahlen im Herbst 1991 in einem Bündnis kandidieren. Mit in Frage kommenden Initiativen, Organisationen, (auch den Grünen) soll Kontakt aufgenommen werden.

1. Kommunalwahlen beziehen sich mehr als andere Wahlen auf konkret von den Wähler/innen nachvollziehbare Gegenstände der Politik.
2. Lokale Politik ist leichter durch außerparlamentarische Bewegung zu beeinflussen, als das bei zentralen politischen Machtorganen der Fall ist. Andererseits ist die politische Macht eines Rates durch staatlichen Zentralismus sehr begrenzt und nähert sich dem Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates.
3. Eine sozialistische Beteiligung an den Kommunalwahlen kann gegenwärtig keine Trendwende der Kommunalpolitik bewirken. Sie kann aber an einigen Punkten dazu beitragen, soziale Interessen politisch zu formulieren, die sonst in

der veröffentlichten Meinung kaum noch Erwähnung finden. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, reaktionäre Entwicklungen an einigen konkreten Punkten zum Stoppen zu bringen.

4. Solche Schwerpunkte könnten sich nicht nur beziehen auf Interessen, die sich bereits als Bewegung äußern. Es gibt z.B. keine „Bewegung“ von Sozialhilfeempfängern, sehr wohl aber deren Interessen!
5. Eine Wahlbeteiligung müßte also ein Bündnis von Interessen sein, die gegenwärtig im Rat nicht oder kaum vertreten sind.
6. Eine Wahlbeteiligung müßte sich im Schwerpunkt gegen Faschisten, CDU und FDP richten. SPD und Grüne müßten danach beurteilt werden, inwiefern sie sich von den Zielen dieser reaktionären Kräfte abwenden.
7. Die Grünen werden wohl kaum für ein gemeinsames Bündnis zur Wahl zu gewinnen sein — ihre Politik stellt gegenwärtig die Koalitionsfähigkeit in den Mittelpunkt. Eine Kraft links neben ihnen im Rat könnte aber sehr wohl auch von ihnen als Unterstützung empfunden werden.



Mit Beiträgen von:
PDS, DKP, BWK,
KPD (Ex-DDR), SDAJ,
AG Beschäftigte im
Dienstleistungsgewerbe



Dokumentiert:
Sozialcharta der DDR-
Volkskammer vom 7. März 1990
ausgearbeitet vom Runden Tisch der DDR
Anforderungen an den
angestrebten Einigungsvertrag
zwischen der BRD und der DDR
DGB und Sprecherrat der DDR-
Gewerkschaften
IAO-Abkommen -
Stellung von BRD und DDR
Unterzeichnete und nicht unterzeichnete
Abkommen

In der „Beilage“ 3/90 vom 21. 12. 1990 (S. 7f.) begründet Heinz Stehr, Sprecher der DKP, die Notwendigkeit einer Kampagne für eine neue Verfassung in Deutschland. Er schließt mit den Worten:

„Als Sprecher der DKP meine ich, daß wir unbedingt jetzt in den nächsten Monaten diese politische Aufgabe mit lösen müssen. Es wäre eine wichtige Voraussetzung, um wenigstens in Teilfragen in eine Offensive der Linken zu gelangen.“

Gerade weil soviel daran gelegen ist, als Linke in die Offensive zu kommen, und sei es wenigstens in Teilfragen, muß kritisch untersucht werden, ob der Vorschlag der DKP eine solche Chance bietet. Mir scheint, der Artikel von Heinz Stehr eignet sich gut dafür, aufzuzeigen, wo hierfür die Probleme liegen. Um es gleich deutlich zu sagen: Die Argumentation von Heinz Stehr reproduziert genau die Probleme, die schon seit langem für die DKP charakteristisch sind. Das fängt mit dem Problem linker Glaubwürdigkeit gerade in Sachen Demokratie an und mündet in den zweifelhaften Versuch, den Mangel an Glaubwürdigkeit durch eine Art opportunistischer Anbiederung an Kräfte bis hin zum konservativen Lager zu kompensieren. Eine Sache, die natürlich nicht verfangt, aber dafür dazu beiträgt, die eigenen Leute weiterhin zu desorientieren. Warum dies harte Urteil, das ich versuchen werde zu erhärten, gleich vorweg? Weil es doch endlich möglich sein muß in einer DKP, die nicht mehr materiell vom „großen Bruder“ abhängig ist, von einer Politik gestanzter Phrasen herunterzukommen und Neubestimmung nur im Banner, aber nicht im Schilde zu führen. Das antikapitalistische Potential, das in und mit dieser Partei übriggeblieben ist, wird sonst auch noch zerrieben und verspielt. Diplomatische Höflichkeiten sind daher hierbei weniger angebracht als ein überaus deutliches Wort.

Das Problem der Glaubwürdigkeit der DKP, der sozialistischen und kommunistischen Kräfte allgemein in Sachen Demokratie durchzieht den ganzen Artikel von Heinz Stehr. Aber so, wie er dieses Problem abhandelt, wird der Mangel an Glaubwürdigkeit nur verstärkt. Die Reaktion treibt sozusagen ein teuflisches Spiel, „weil seit Existenz der sozialistischen und kommunistischen Bewegung mit dem Hinweis auf deren angebliche Verfassungsfeindlichkeit sie immer auch mit staatlichen repressiven Mitteln bekämpft worden ist.“ Diese Manipulation durch die Herrschenden ist erfolgreich gewesen: „Der auf dem Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit beruhende Antikommunismus hat eine breite Verankerung in allen Teilen unserer Bevölkerung.“ Wie kommt es bloß, daß so viele Menschen eine geradezu contra-

„In die Offensive gelangen?“

Eine Antwort auf „Verfassungsdebatte und Sozialismus“

faktische Meinung haben? Contra-faktisch, denn Heinz Stehr erwähnt einen Professor Norman Paech, der in einem Buch „eindrucksvoll nachgewiesen (hat), wie überlegen die Demokratievorstellungen der Marxisten denjenigen der bürgerlichen Theoretiker in der Realität sind.“ Er zitiert Lenin, Max Reimann, Wolfgang Abendroth zu Fragen wie Grundrechte und Demokratie und zieht den Schluß: „Diese unterschiedlichen Zitate belegen, daß die Haltung der Marxisten zu Grundrechten positiv und konstruktiv ist.“ Dann zitiert er das Parteiprogramm der DKP von 1978 sowie Herbert Mies und Hermann Gautier, alles demokratisch, demokratisch, demokratisch; die DKP selbst z. B., indem sie stets für demokratische Rechte und ihre Erweiterung in der BRD gekämpft hat. Man wundert sich fast über die Notwendigkeit folgender Anstrengung, die er fordert: „In theoretischen Aussagen und politischen Forderungen und in praktischen Bewegungen muß der Nachweis in einem längeren Arbeitsprozeß erbracht werden, daß sozialistische Perspektiven mehr Demokratie bedeuten.“

Wann werden Heinz Stehr und diejenigen, die so denken wie er, endlich zur Kenntnis nehmen, daß es sozusagen an vorderster Front ihr eigenes, über Jahrzehnte erworbenes „Verdienst“ ist, wenn die Linke hierzulande in Sachen Demokratie so wenig glaubwürdig ist? Wann werden sie endlich die jeder marxistischen Analyse hohnsprechende „Diagnose“ ad acta legen, der Verdacht — milde gesprochen — in weiten Teilen der Bevölkerung, daß eine kommunistische Partei an der Macht einen Rückschritt in Hinblick auf demokratische Rechte bedeuten würde, habe sich ausschließlich oder hauptsächlich durch die bürgerliche Propaganda und Meinungsmanipulation herausgebildet? Wie kommt man dazu, die Stirn zu haben, anderen Linken noch heute solche platten Thesen zuzumuten?

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß in der DDR und in Ländern mit vergleichbaren Regimes erheblich weniger — wiederum milde ausgedrückt — an demokratischen Rechten verwirklicht war, als in der BRD. Die Masse der Bevölkerung hatte keinerlei Wahl bei den Wahlen. Die abweichende Meinung wurde viel umfassender verfolgt als in der BRD, es war viel schwieriger sich grundsätzlich kritisch zum bestehenden System zu äußern. Geschichtliche Wirklichkeit wiegt schwerer als Propaganda. Sie läßt sich auch nicht durch Zitate entkräften.

Der praktische Nachweis, daß eine sozialistische Demokratie mehr an demokratischen Rechten, demokratischer politischer Verfaßtheit, Verwirklichung der individuellen Grundrechte und Entfaltungsmöglichkeiten bringt als jede noch so demokratische bürgerliche Republik, ist noch nicht erbracht. Gerade für eine Partei wie die DKP wäre das Minimum, um sich in eine solche Debatte wirksam einzuschalten, die Nabelschnur zu ihrer Vergangenheit in Hinblick auf die strikte Verteidigung völlig undemokratischer Verhältnisse wie in der DDR radikal zu durchschneiden. Sie muß deutlich sagen, daß diese Verteidigung ebenso falsch war wie die Übernahme autoritärer Strukturen in der eigenen Partei und die Entwicklung manipulativer Praktiken in den Massenbewegungen. Sie muß für eine sozialistische Demokratie mit wirklicher Meinungs- und Parteienpluralität, mit demokratischen Wahlen, mit unabhängigen Gewerkschaften, mit möglichst weitgehender Selbstverwaltung in allen Bereichen der Gesellschaft eintreten im Gegensatz zur Macht für eine Staatspartei bzw. deren Führung „im Namen“ und anstelle des Proletariats, im Gegensatz zum Ur-Makel der DKP, für ein bürokratisch-autoritäres und undemokratisches „Sozialismus“-Modell zu stehen. Und sie muß in der Praxis hier und heute beweisen, daß es ihr damit ernst ist.

Die Linke insgesamt hat als gewichtiges Problem einzuräumen, daß der praktische Nachweis der Überlegenheit sozialistischer Demokratie bislang fehlt. Über „Modelle“ à la DDR kann dabei nicht einmal ernsthaft diskutiert werden. Es ist aber Tatsache, daß auch etwa in Kuba, wo die Macht des Kapitals durch eine Revolution gebrochen wurde und die herrschende Partei sich noch immer auf breite Sympathien unter den Massen stützen kann, die poder popular, die Volksmacht keineswegs eine wirkliche sozialistische Demokratie mit wirklichen Wahlmöglichkeiten darstellt. Daß auch in Nicaragua, wo die Sandinisten abgewählt werden konnten — was eine bittere Niederlage und ein Hoffnungsschimmer zugleich ist — der Demokratismus nicht als alternative Volks- oder Räte Demokratie, sondern als Parlamentarismus versucht wurde. Daß sogar in den armen kapitalistischen Ländern, wo das Elend schreie, die Linke in Sachen Demokratie nach Jahrzehnten schlechter Erfahrungen mit dem falsch „real“ genannten Pseudosozialismus in Sachen Demokratie um ihre Glaubwür-

digkeit zu kämpfen hat. Das alleine ist eine schreckliche Bilanz!

In einem Land wie der BRD werden Linke, werden kommunistische, sozialistische, revolutionäre Strömungen noch einiges zu tun haben, um zu erreichen, daß „links“ wieder für bedeutend und qualitativ mehr Demokratie, wirkliche Herrschaft der Mehrheit zugunsten des Abbaus von Herrschaft steht.

Bis dahin — und dies ist der Tragödie zweiter Teil in Heinz Stehrs Artikel — nützt es überhaupt nichts, sich anzubiedern. Was tut Heinz Stehr anderes, wenn er schreibt: „Dieses Spektrum könnte von Teilen der CDU-Mitgliedschaft bis zu Kommunistinnen und Kommunisten gehen. Konsens wäre in der Frage nötig, daß man gemeinsam eine neue Verfassung will. In der Debatte wäre dann zu klären, ob es gemeinsame inhaltliche Vorstellungen gibt, für die man eintreten kann und will.“ Absurdes Theater! Vielleicht findet sich wirklich irgendein vertrottelter CDUler, der sich zu diesem Zweck auf das Podium einer „überparteilichen“, von der DKP eingespielten Veranstaltung begeben würde. Und was wäre damit gewonnen? Für welche gesellschaftlichen Kräfte würde er stehen? Es ist doch klar, daß er nur der „pluralistischen“ Verzierung einer DKP-Kampagne dienen würde, die um diesen Preis allerdings an bürgerlicher Wohlstandigkeit nicht zu überbieten wäre.

Wann, nach Jahrzehnten entsprechender Erfahrung, begreift auch der umbenannte DKP-Vorstand, daß ihm niemand den Versuch dankt, die Verfassungskonformität der DKP zu beweisen? Warum der krampfhaft Versuch, zu beweisen, daß man „auf dem Boden des Grundgesetzes“ steht? Die Frage, die als Grundsatzfrage interessiert, ist doch vorgelagert: Ist eine politische Strömung für oder gegen die bürgerliche Verfaßtheit dieser Gesellschaft? Ist sie dafür, dann erübrigt sich der „kommunistische“, „revolutionäre“ Anspruch, und auch ein entsprechender Dialog mit mir. Ist sie dagegen, so entfällt die bürgerliche Wohlstandigkeit und der entsprechende Dialog mit der Bourgeoisie. Will sie aber glaubwürdig dagegen sein, so kann sie den Versuchen der Bourgeoisie, sie als undemokratisch und diktatorisch hinzustellen, ihr wirkliches Programm und ihre wirkliche Praxis entgegenstellen, ein Programm und eine Praxis für sozialistische Demokratie, eine Zielvorstellung, in der die große Masse tatsächlich das Sagen hat, die Entscheidungen tatsächlich trifft und auch die

materielle und zeitliche Möglichkeit hat, sich entsprechend politisch zu betätigen.

Die Macht des Kapitals brechen zu wollen, heißt notwendig auch, eine andere Republik zu wollen. Es bringt politisch überhaupt nichts, dies sozusagen „schmackhafter“, weniger „abschreckend“ machen zu wollen, wie auch Heinz Stehr wieder, indem man allerlei „Zwischenetappen“ erfindet, wie die „Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt“ und die „antimonopolistische Demokratie“. Wenn solche „Etappen“ nicht das sozialistische Ziel selbst ersetzen sollen, gilt: Die Teile der Bourgeoisie, die die jeweils ersten Etappenschritte mitmachen sollen, sind ja nicht blöd, und sie wissen, daß alles eigentlich auf einen Zustand hinauslaufen soll, in dem keine kapitalistische Ausbeutung mehr möglich ist. Diese Art „Bündnispolitik“ ist reiner Schein, ist rein papierne Selbsttäuschung.

Die Impulse, die im Rahmen des Sturzes des SED-Regimes zugunsten einer höheren Form der Demokratie entwickelt wurden, als Ausdruck von Revolte gegen Gängelung und von ansatzweisen Prozessen der Selbstorganisation von unten (und die einen — wenngleich schon sehr eingeschränkten — Ausdruck im Verfassungsentwurf des Runden Tisches fanden), sind weitgehend verpufft. Reaktionäre Grundgesetzänderungen drohen in der Tat, wie Heinz Stehr erwähnt. Dagegen ist es erforderlich, eine breitestmögliche Abwehrfront zu bilden. Andererseits gibt es — so in Teilen des linkssozialdemokratischen Milieus — auch eine fortschrittliche Debatte für eine neue Verfassung, die insbesondere auf die Verstärkung von Elementen der direkten Demokratie und die Erweiterung demokratischer Rechte abzielt. Diese Debatte sollte tatsächlich aufgegriffen werden, weil wir für jede Ausweitung demokratischer Rechte und Spielräume sind, und zwar nicht taktisch, sondern grundsätzlich. Welche Chancen ein solches Thema heute hat, bleibt offen — eine breitere Initiative, die irgendeinen Einfluß auf die öffentliche politische Debatte nimmt, müßte solche sozialdemokratischen Kreise und radikal-demokratische Kräfte zum Ausgangspunkt nehmen.

Die sozialistische und kommunistische Linke ihrerseits hat ein existentielles Interesse daran, endlich eine wirkliche gemeinsame Neubestimmung in Sachen Demokratie und Sozialismus durchzuführen. Nicht, um ihre Pfote mit Mehl zu bestäuben, damit die kapitalistischen Geißeln sich keine Sorgen zu machen brauchen, sondern um sich selbst dazu in die Lage zu versetzen, emanzipatorischen Bestrebungen tatsächlich einen politischen Ausdruck zu schaffen oder wenigstens dazu einen Beitrag zu leisten.

Manuel Kellner (VSP)

Der Kampf gegen den Nationalismus ist einer der wichtigsten Bestandteile antifaschistischer Politik, zumal in Deutschland. Auch bei vielen Linken ist Deutschümelei durchaus verbreitet. Wir wissen aus historischer Erfahrung, welche Kraft der Nationalismus entfalten kann und wie schwierig es offensichtlich war/ist, wirkungsvolle Gegenstrategien zu entwickeln. An dieser Stelle soll eine m. E. falsche Richtung in der anti-nationalistischen Gegenstrategie kritisiert werden.

Als Gegenreaktion auf die Virulenz des deutschen Nationalismus greifen Linke zunehmend (Jürgen, Stuttgart im AK 323 vom 15. Oktober 90, S.33/34 ist dafür ein Beispiel) auf Rosa Luxemburg zurück, die so klar wie kaum jemand anderes jeglichen Nationalismus und jegliche positive Bezugnahme auf nationale Befreiungskämpfe ablehnte. Das damit verfolgte Anliegen ist ehrenwert und wird von mir voll geteilt.

Der Nationalismus ist einer der großen Themenbereiche, die der Sozialismus weder theoretisch noch praktisch auch nur annähernd gelöst hat. In Europa und besonders in Deutschland wurde in „objektiv“ revolutionären Situationen die Klassenfrage vom Nationalismus dominiert und sozialistische Losungen, wie den imperialistischen Krieg in eine Revolution zu verwandeln, stellten sich als schöne Träume heraus, die am 4. August 1914 wie Seifenblasen zerplatzten.

Grund genug für die Linke, sich des Themas endlich anzunehmen und es nicht weiter zu verdrängen, indem durch diverse Ausnahmesituationen erklärt wird, warum Revolutionen nicht stattgefunden haben.

Linke herrschender Nation

Falsches am Rekurs auf Luxemburg

Typisch herrschende Nation

Daß einige der wenigen, die in Deutschland 1990 den Nationalismus überhaupt ernst nehmen, die Debatte Luxemburg/Lenin zur nationalen Frage wieder aufgreifen, ist erfreulich. Daß sie sich dabei vollständig auf die Seite Rosa Luxemburgs stellen dagegen sehr problematisch. Denn Luxemburg lag m.E. in manchen Punkten um einiges falscher als Lenin, wie ich im folgenden zu erläutern versuchen werde. Nur noch eine Anmerkung zuvor: Der positive Bezug auf Luxemburg ist keineswegs zufällig, sondern typisch deutsch, bzw. typisch für das ignorante Herangehen von Linken herrschender Nationen an nationale Unterdrückung. Luxemburg läßt sich für solch ein ignorantes Herangehen verwenden, eben weil sie „aus einem dieser unterdrückten Völker“ kommt. (und trotzdem gegen das „nationale Selbstbestimmungsrecht“ auftritt). Daraus, daß sie einer unterdrückten Nation angehörte, folgt nicht, daß sie recht hat, aber daß gerade sie hier als Autorität angeführt wird, legt nahe, daß nationale Zugehörigkeit wohl doch nicht völlig gleichgültig, nur eine fixe Idee, eine Propaganda der Bourgeoisie ist.

Reduktionismus

„Die einzige Verteidigung aller wirklichen Freiheit von geschlechtlicher Unterdrückung ist heute der revolutionäre

Klassenkampf gegen den Imperialismus.“ Jegliche positive Bezugnahme auf den Feminismus lehnt sie ab, „weil er die fundamentale Theorie des neuzeitlichen Sozialismus — die Theorie der Klassengesellschaft — völlig ignoriert.“ Und als „Voraussetzung“ für eine wirkliche Selbstbestimmung der Frauen sieht sie „die sozialistische Revolution, d.h. die politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung der arbeitenden Klassen.“

Dies sind ein paar von mir verfälschte Zitate R. Luxemburgs. Statt Feminismus stand Rechte der Nationen, statt Selbstbestimmung der Frauen stand Selbstbestimmung der Nationen. (vergl. AK 323) Bei solchen Zitaten fallen mir unweigerlich die ganzen dogmatischen kommunistischen antifeministischen Begründungen gegen die Frauenbewegung wieder ein. Und in punkto Frauenbefreiung ist heute hoffentlich allen Linken klar, daß die Argumentation, dabei stünde nicht der Klassenkampf im Vordergrund zwar durchaus zutreffend, aber nicht im mindesten ein Gegenargument sein kann. Ohne zwischen Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Nationen (oder Sexismus und Rassismus) einen direkten Vergleich ziehen zu wollen und ohne auf die Parallelitäten und Unterschiede hier näher eingehen zu können, scheint mir doch eine dringende Bitte angebracht:

Auf die Position, daß der einzig wirklich zählende Widerspruch, (der sog. Hauptwiderspruch) der Klassenwiderspruch und der einzig wirklich zählende Kampf der für die Herrschaft der Arbeiterklasse sei, auf diese reduktionistische Position möge die Linke bitte nie wieder zurückfallen!

Ich halte es für absolut wichtig, sich nicht auf die sozialen Fragen zu beschränken, sondern den Nationalismus zu bearbeiten und die Haltung dazu zu einem Gradmesser für linke Politik zu machen, gerade in Deutschland. Der deutsche Nationalismus ist — historisch erklärbar — besonders gefährlich und die Deutschen für Nationalismus besonders anfällig. „Die Deutschen“ sind das gleiche wie „das deutsche Volk“, ein Begriff, der ost peinlichst vermieden wird, aber inhaltlich gemeint ist, und zwar auch zu Recht, denn es ist existent, mit all seinen gefährlichen (und vielleicht auch ein paar angenehmen) Besonderheiten, selbstverständlich nicht biologisch, sondern historisch begründet. Natürlich gibt es nicht das deutsche Volk (oder irgend ein anderes Volk) als einheitliches, das nicht gespalten wäre in divergierende Interessen (und die Klassenspaltung ist dabei nur eine von mehreren). Trotzdem gibt es, verallgemeinert, d.h. von Ausnahmen abgesehen, verschiedene Gemeinsamkeiten. Bei den Deutschen z.B. ein Überlegenheitsdün-

kel über andere Nationalitäten, den die Herrschenden mit den Arbeitenden, die Männer mit den Frauen und die Rechten mit den Linken gemein haben. (Bei den Linken äußert sich das z.B. darin, daß sie immer genau wissen, wie das richtige Revolutionskonzept — in welchem Land auch immer — aussieht, obwohl in Deutschland außer der nationalsozialistischen doch noch nie eine Revolution hingehauen hat.) Daß es für deutsche Linke ausgeschlossen ist, deutschen Nationalismus positiv aufzugreifen („die nationale Frage nicht den Rechten überlassen“) ist völlig klar und sollte unter Linken unumstritten sein.

Der Universalismus drückt sich vor den konkreten Aufgaben

Die Gefahr bei der deutschen Wiederentdeckung Luxemburgischer Positionen zur nationalen Frage sehe ich darin, daß sich damit deutsche Linke wieder einmal um die konkrete Unterstützung von Interessen der national unterdrückten Minderheiten in Deutschland drücken können. Mensch kann sich prima moralisch sauber fühlen, bei einem radikalen Antinationalismus und Antideutschum. Und schließlich wissen die Linken auch, daß der deutsche Nationalismus sich nicht auf den Haß gegen Nichtdeutsche beschränkt, sondern auch alle Antideutsche (und Links widerspricht per se dem Teutonismus, ob sich Linke selbst als antideutsch definiert wie die Radikale Linke oder nicht, wie die Wamare? KPD) zu Undeutschem erklären und ins Ausrottungsprogramm mit einbeziehen kann. Ich glaube, aus dieser Angst heraus fiel es deutschen Linken letztes Jahr plötzlich auf, daß in der BRD Rassismus herrscht, daß sie g-

meinsame Interessen mit den EinwanderInnen haben und die Zusammenarbeit suchen müssen. Das ist natürlich sehr erfreulich, daß im Zuge des Wiedervereinigungsprozesses der deutsche Rassismus unter Linken breitere Beachtung fand. Diese Beachtung geht aber nach wie vor von einer „deutschen Sichtweise“ aus, hat als Ausgangspunkt die Probleme und Anliegen der deutschen Linken, anstatt einen Versuch zu unternehmen, sich mit den Objekten des deutschen Rassismus und Imperialismus zu identifizieren und sich zu UnterstützerInnen ihrer Anliegen zu machen. Unbestritten haben wir im neuen Deutschen Reich ein bedrohliches Anwachsen des Rassismus, vor allem der offenen Gewalt. Aber dies Deutschland, das wir (deutsche Linke), vor allem in die Zukunft gedacht, so sehr fürchten, war für die „Ausländer“ in der BRD schon vorher ein Horror, sie lebten schon lange in dem Zustand, vor dem uns jetzt graut.

Rosa Luxemburg betonte die Unvereinbarkeit des Marxismus mit jeder Form von Nationalismus. Die Frage ist aber, wie der Einfluß des Nationalismus unter den Ausgebeuteten und Unterdrückten bekämpft werden kann. Lenins Betonung des Selbstbestimmungsrechtes unterdrückter Nationen — als dessen höchste Ausformung er das Recht auf staatliche Losrennung sah — bleibt ein wichtiger Beitrag.

Ein Phänomen, das in diesem Jahrhundert derartige Massen derartig mobilisierte und heute, z.Z. besonders in Osteuropa wieder mobilisiert, kann man nicht einfach als „Vormundschaft der Bourgeoisie“ (Rosa L.) abtun.

Alte Ideologietheorie vom „falschen Bewußtsein“

Keine Ideologie setzt sich einfach durch Manipulation der Unteren durch die Herrschenden durch. (Dies spräche im übrigen den Unteren jeglichen Subjektcharakter, und damit auch die Möglichkeit zur Selbstbefreiung, ab.) Eine Ideologie kann nur massenwirksam werden,

wenn sie an reale (Alltags-) Erfahrungen anknüpfen und diese „erklären“ kann, d.h. wenn sie einen realen Kern hat. Ideologien sind Bewußtsein unter Bedingungen der Entfremdung, aber nicht schlicht und einfach „falsches Bewußtsein“, das mit der Realität nichts zu tun hätte. Offensichtlich kann der Nationalismus an Alltagserfahrungen anknüpfen — und ich für meinen Teil finde das auch nicht schwierig, nachzuvollziehen. Verschiedene Nationen sind verschieden, und es gibt nationale Gemeinsamkeiten. Jeder, der oder die mal länger im Ausland gelebt hat, weiß das, hat die Verschiedenheit und wahrscheinlich das Sich-fremd-fühlen erfahren. Allerdings werden die deutschen linken „Reisenden“ keine nationale Unterdrückung erfahren haben, denn sie halten sich im Ausland privilegiert mit harter Währung völlig freiwillig mit jederzeitiger Rückreisemöglichkeit auf. (Ganz im Gegensatz zu den Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen in der BRD.) Daß Nationalitäten nationalspezifische Besonderheiten haben, heißt nicht, daß die nationalen Gruppen einheitliche wären, daß es nur eine Kultur, nur eine Interessenlage gäbe. Wie schon Lenin betonte, gibt es „in jeder nationalen Kultur ... Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in jeder Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. In jeder Nation gibt es aber auch eine bürgerliche (...) Kultur, und zwar nicht nur in Form von „Elementen“, sondern als herrschende Kultur.“ (LW Bd.20, Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage) Hinzuzufügen wäre, daß es in fast jeder Nation eine herrschende patriarchale Kultur und feministische Elemente gibt. Es gibt die verschiedenen Kulturen, die über ihre politischen und/oder sozialen Interessen große internationale Gemeinsamkeiten aufweisen und sehr kraß gegen politisch/sozial entgegengesetzte Kulturen der gleichen Nation stehen können. Trotz der verschiedenen

und auseinanderdivergierenden Kulturen in einer Nation haben aber alle diese Kulturen doch wieder nationaltypische Besonderheiten, die zur „internationalen Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt“ (Lenin) querstehen. Die Wirklichkeit ist leider sehr komplex und von vielfachen Widersprüchen durchzogen. Es gibt nicht nur die Handvoll Unterdrückter und die Masse der Unterdrückten und Ausgebeuteten, sondern weitere sind selber in mehrfacher Weise in verschiedene Lagen, Machtpositionen und Interessen aufgespalten und es gibt Herrschaftsverhältnisse innerhalb des großen Lagers der Unterdrückten. Teilbereiche davon zu leugnen oder als „Nebenwiderspruch“ zurückzustellen zugunsten eines (angeblichen) „Hauptwiderspruchs“ kann nur für die jeweils (relativ) Herrschenden unter der Unterdrückten akzeptabel sein. Für die deutschen Linken in Deutschland ist es ein Leichtes, allgemein und umfassend Nationalismus abzulehnen, denn sie leiden nicht unter national-kultureller Unterdrückung, darunter, daß ihre Sprache, Regeln und Gepflogenheiten, „Sitten und Bräuche“, Organisations- und Demokratieauffassungen ständig verallgemeinert als minderwertig deklariert werden und ihnen überhaupt ein Existenzrecht abgesprochen wird. Den Linken herrschender Nation ist gar nicht bewußt, daß ihre Kultur — und sei sie noch so sehr Widerstandskultur — auch (d.h. unter anderem) eine nationale Prägung hat. Ihnen erscheint ihre Kultur nicht als nationale, durch historisch sich herausentwickelte Spezifikation bestimmte, sondern als internationale, universelle, als Kultur schlechthin.

Nicht leugnen, suchen

Die immense Kraft des Nationalismus ist freilich nicht durch diese sich im Laufe der Geschichte herausentwickelten national-kulturellen Unterschiede erklärbar. (Eine Erklärung hierfür kann ich auch nicht liefern, bleibt weiterer Forschung überlassen. Ich vermute, daß

u.a. eine psychologische Komponente dabei keine unwichtige Rolle spielt, nämlich, daß in den Nationalismus die Befriedigung von Bedürfnissen hineinprojiziert wird, deren Befriedigung eigentlich in der Familie versprochen wird, die aber dort durch die Machtstrukturen niemals eingelöst werden kann. Bedürfnisse wie Geborgenheit, Gemeinschaft, Füreinander-da-sein und -einstehen etc. Daß auch der Nationalismus dies Versprechen nicht einlöst, ändert nichts an seiner Heftigkeit, ganz im Gegenteil: je weniger reale Gemeinschaft die Nation bietet, je weniger die Deutschen sich tatsächlich gegenseitig mögen und unterstützen — und daß sie sich nicht mögen, daß die Beziehungen zwischen ihnen von kleinem Neid und Niemandem-was-gönnen geprägt sind, hat W. Pohrs Studie über den deutschen Sozialcharakter in Konkret deutlich gezeigt — desto verbissener wird die Volksgemeinschaft eingeklagt.)

Wenn wir auch bislang keine umfassende Erklärung für die Macht des Nationalismus haben, so dürfte doch der Fakt an sich nicht mehr umstritten sein. Mit Sicherheit kann eine Leugnung der real existierenden Anknüpfungspunkte für die nationalistische Ideologie, also die Existenz von Nationen, von national-kulturellen Besonderheiten etc. keine wirkungsvolle Strategie gegen den Nationalismus sein. Und m.E. leugnet die Theorie Rosa Luxemburgs tendenziell die Existenz von Nationen, indem sie die Bedeutung nationaler Zugehörigkeiten für die Konstituierung von Subjekten leugnet, bzw. diese Bedeutung nur darauf zurückführt, daß die Leute auf die Propaganda der Bourgeoisie hereinfallen.

Die vielen richtigen Aussagen Luxemburgs zum Charakter von Nationen: die Zurückweisung der Auffassung von der Nation „als ein Ganzes, als eine geschlossene soziale und politische Einheit“, sind nichts Luxemburg-Spezifisches, sondern auch etwa Lenins durchgängige Auffassung. Weder die Tatsache,

daß Nationen nichts überhistorisch Natürliches sind, noch die Tatsache, daß sie kein homogenes Ganzes sind, ändert etwas daran, daß es, neben anderen, genauso historischen Unterdrückungs-/Herrschaftsverhältnissen, nationale Unterdrückung/nationale Herrschaft gibt, die sich genauso wie das Patriarchat und die Klassenherrschaft konkret festmachen und nachweisen läßt.

Man kann getrost davon ausgehen, daß es national-kulturelle Unterschiede und Identifikationen noch über einen längeren historischen Zeitraum geben wird. Nichts spricht dafür, daß sich diese in einem Zeitraum, für den wir unsere politischen Konzeptionen planen, in einer einheitlichen „internationale(n) Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt“ (Lenin) auflösen.

Für die sozialistische Strategiebildung kann nicht die Frage sein, wie wir der Arbeiterklasse „nachweisen“ können, daß sie „kein Vaterland“ habe, daß die Nation nur eine Erfindung der Bourgeoisie sei und daß bei der Identitätsbildung der Individuen die nationale Zugehörigkeit gefälligst ausgeklammert werden muß. Eine solche Herangehensweise wird zwangsläufig abstrakte Propaganda und völlig hilflos bleiben, weil sie der täglichen Erfahrung widerspricht. Vielmehr muß nach Wegen gesucht werden, zu vermeiden, daß nationale Zugehörigkeiten und Identifikationen zu einem Hinderungsgrund für (notwendig internationalistischen) Klassenkampf werden. Und dafür scheint mir weiterhin die Leninsche Grundposition Voraussetzung zu sein: nur wenn die Sozialdemokratie (damals ...) die absolute Gleichberechtigung der Völker, das Recht auf Selbstbestimmung einer jeden Nation, dessen höchster politischer Ausdruck die Bildung eines unabhängigen Staates sei, in jedem Falle anerkenne, könne es zu einer Verbrüderung der Arbeiterklassen und Völker der herrschenden und unterdrückten Nationen kommen und würde die Kraft freigesetzt, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen.

Angelika Prömm, VSP

Auf ins Offene!

Beitrag zur Debatte mit den Gefangenen und der RAF

Vorbemerkung

Seitdem der Hungerstreik der Gefangenen 1989 weitgehend ergebnislos verlaufen ist, herrscht Rat- und Sprachlosigkeit unter denjenigen, die den Hungerstreik unterstützt haben. Die RAF macht weiter wie gehabt ihre Aktionen. Die Situation einzelner Gefangener hat sich drastisch verschärft. Im Zeitraffer löst sich das sozialistische Lager auf. Die kommunistische Idee ist diskreditiert wie nie. Deutschland ist unter der CDU wiedervereinigt. Die „DDR-Aussteiger“ bieten sich z.T. der Justiz als Kronzeugen an und arbeiten auf ihre Weise an der Zerschlagung aller mit der RAF verbundenen Hoffnungen. Verfassungsschutzchef Lichte macht sich die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung zu eigen, und die Bundesregierung ist ebenfalls für die Zusammenlegung, wenn nur die RAF endlich aufgibt.

Der Hungerstreik

Die Erfahrungen beim Hungerstreik 1989 waren ermutigend, auch wenn die Anstrengungen nicht ausgereicht haben, die Zusammenlegung in große Gruppen und die Entlassung der Haftunfähigen durchzusetzen. Ermutigend war die — gemessen an früheren Hungerstreiks — relative Breite des unterstützenden Spektrums. Das hatte wesentlich mit der Stoßrichtung der Hungerstreikerklärung zu tun, infolge derer von denjenigen, die Unterstützungsaktionen organisierten, großer Wert auf Verständlichkeit der Forderungen gelegt wurde und mit relativ neuer Offenheit, mit wesentlich weniger Arroganz als früher, an politische Spektren, an Menschen herangegangen wurde, deren politischer Alltag alles andere als „militant“ ist, und die, im Gegensatz zu früher, als politisch Handelnde ernst genommen worden sind. Möglicherweise hat zu der relativen Breite auch beigetragen, daß es schon seit geraumer Zeit keine Aktion der RAF gegeben hatte, und nicht die „Gefahr“ bestand, sich bei Unterstützung des Hungerstreiks mit Aktionen der RAF konfrontieren lassen zu müssen und womöglich mit Aktionen identifiziert zu

werden, hinter denen man politisch nicht steht.

Ich hatte den Eindruck, als seien die Breite und der öffentliche Druck für die Forderungen der Gefangenen noch ausbaufähig gewesen, wenn mehr Zeit dafür dagewesen wäre. Und wenn wir mehr Phantasie entwickelt hätten für Aktionsformen, an denen sich Menschen aktiv beteiligen können, die nicht zur „Scene“ gehören. Das Potential der ansprechbaren Leute war noch längst nicht ausgeschöpft. Die Grenzen der Mobilisierung während des Hungerstreiks waren aber da erreicht, wo die CDU-Länder, nach Mompers vorsichtigem Vorstoß zu einer begrenzten Zusammenlegung, aus Wahlkampfgründen dicht gemacht haben. Danach ging nichts mehr, obwohl es vorher eine relativ gute Presse gegeben hatte, und sogar der Verfassungsschutz (aus seinen taktischen Überlegungen: keine „Märtyrer“, keine „neuen Rekrutierungen“ — aber uns sollte es recht sein) Gruppen bis zu 8 Leuten angeregt hatte. Die CDU-Wahlkampfakt, sich gegen die Erfolge der Republikaner bei den vorangegangenen Landtagswahlen und der Europawahl nach rechts zu profilieren, setzte, nachdem Kohl nach Ostern im Bundestag eindeutig gegen eine Zusammenlegung Stellung bezogen hatte, eine

Versuche, eine erneute Diskussion darüber in Gang zu bringen, wie wir — die sich als revolutionär verstehende Linke — die Gefangenen aus der Isolation bekommen und Zusammenlegungen durchsetzen können; wie wir die Freilassung zumindest der Haftunfähigen und der zu „lebenslänglich“ Verurteilten, wenigstens nach 15 abgesessenen Jahren, erreichen könnten, ohne daß sie zu Kreuze kriechen müssen, sind bisher immer wieder ganz schnell in Konfusion und Lähmung erstickt. Dieser Beitrag ist der Versuch, ein bißchen gedankliche Klarheit in all den Wirrwarr zu bringen, mit dem Ziel, daß wir endlich wieder die politische Initiative bei der Unterstützung der Gefangenen in die Hand bekommen. Dazu ist es auch notwendig, die politische Auseinandersetzung um die Strategie der RAF zu führen. Diese Diskussion ist längst überfällig und muß — wie jede Diskussion um politische Strategie — so öffentlich wie möglich geführt werden. So schwer das auch ist, müssen endlich alle Genoss-

in diesem Hungerstreik nicht mehr zu überwindende Grenze. In dieser Situation war es richtig, den Hungerstreik abubrechen, da nichts mehr zu erwarten war. Mit dem Abbruch vermittelte sich nicht das Gefühl absoluter Ohnmacht, sondern eher ein: o.k., das hat sich alles gar nicht schlecht angelassen. Da war von uns aus, was Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung angeht, sich mit den Haftbedingungen auseinanderzusetzen. Forderungen zu unterstützen, noch einiges zu machen gewesen. Es hat halt diesmal aus Gründen, die wesentlich außerhalb unserer Einflußmöglichkeiten lagen — Wahlkampf — nicht gereicht.

Der fast erfolglose Abbruch des Hungerstreiks war auch deswegen nicht so niederschmetternd, weil aufgrund der Hungerstreikerklärung die Perspektive eröffnet schien, in Zukunft endlich gemeinsam in einer Diskussion — ohne die alten Abgrenzungen — weiter nach erfolgversprechenden Wegen suchen zu können, um die Forderungen der Gefangenen durchzusetzen.

Nach dem Hungerstreik hat die öffentliche Unterstützung der Forderungen der Gefangenen aufgehört. Gründe sind sicher auch, daß wir alle von den Aktivitäten während des Hungerstreiks ausgepowert waren, viele haben ja „alltags“ eine andere politische Praxis, und die

Innen ihre Fragen und Kritiken auf den Tisch packen (können). Ohne das geht inzwischen nicht weiter an wirksamer Unterstützung für die Forderungen der Gefangenen. Spätestens nach der unveränderten Fortsetzung der Hinrichtungsaktionen nach dem Hungerstreik einerseits und dem Lichte-Vorschlag und dem „Angebot“ der Bundesregierung andererseits kann man nicht länger so tun, als sei die Frage der Unterstützung der Gefangenen ein von der Politik der RAF unabhängiges Thema.

Zur Klarstellung: Bei dieser Diskussion geht es nirgends darum, die Legitimität und die Notwendigkeit des unnachgiebigen Kampfes gegen die imperialistische Politik der Bundesregierung anzuzweifeln. Es geht vielmehr darum, gemeinsam um den besten Weg zu streiten.

Der jetzt folgende Text ist entstanden in Diskussion mit FreundInnen und GenossInnen aus verschiedenen Arbeitsbereichen und insofern keine Einzelarbeit.

Hungerstreik-Unterstützung war zusätzliche Anstrengung. Außerdem setzte im Juli die deutschdeutsche Vereinigungsdynamik ein und beherrschte die Köpfe und die Schlagzeilen. Ab da stand die gesamte Linke nur noch wie erstarrt da und konnte gar nicht so schnell gucken, wie sich mit einem Mal die Ereignisse überstürzten und im Zeitraffer 40 Jahre realer Sozialismus — und das nicht nur in einem Land — aufgerollt und in kapitalistische Bahnen eingepreßt wurden

Die Aktion gegen Herrhausen

Am 30. November 1989 wurde der Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, von der RAF hingerichtet. Meine erste Reaktion: Scheiße, was soll das? Und: Alle Bemühungen um Zusammenlegung und Entlassung der Haftunfähigen haben sich erledigt. Jetzt gibt es wieder Rechtfertigungsgründe en masse — nicht nur für die Hardliner — nicht auf die Forderungen der Gefangenen eingehen zu müssen. Und was können wir dagegen setzen? Wir wissen doch genau, mit wem wir es zu tun haben! Sollen wir Erstaunen oder Empörung heucheln, wenn die das für sie Logische tun, sich

an den Geiseln aus der RAF, buchstäblich ihren Todfeinden, rächen? Und weder wir, noch die RAF! sind offensichtlich derzeit in der Lage, die Gefangenen dem Zugriff des Staates zu entziehen. Was ist das bloß für eine Politik, die die RAF macht, ohne Rücksicht darauf, was die Situation ihrer Genossinnen und Genossen in den Knästen angeht? Auch wenn sich eine revolutionäre Politik an ihren politischen Zielen orientieren muß und sich nicht in erster Linie an den möglichen repressiven Folgen orientieren kann, so muß das doch letztlich in einem „lohnenden“ Verhältnis zueinander stehen. Letztendlich müssen die Vorteile für die Revolutionäre größer als die Verluste sein. Wo liegt aber der politische Erfolg bei einer Aktion wie der in Homburg?

Nichts hat sich dadurch positiv verändert. Herrhausen ist sofort ersetzt worden. Schön, man könnte sagen: seine gerechte Strafe hat ihn ereilt. Aber geschenkt. Die Aktion ist rein moralistisch und hat mit Politik, gar revolutionärer, Politik nichts zu tun. („Moralistisch“ meint: sittenlehrhaft. Das hat nichts mit Moral als politisch-ethischem Maßstab zu tun!) Revolutionäre Politik muß so angelegt werden, daß sie praktisch den einen oder anderen Schritt weiter führt, Ermutigung und Orientierung ist.

Wo wäre das bei einer Aktion wie der Hinrichtung von Herrhausen der Fall?

Soll das etwa Perspektive und Orientierung gegen imperialistische Politik sein: die fortgesetzte exemplarische Hinrichtung darin verwickelter Politiker und Manager? Das übersieht doch völlig, daß die Deutsche Bank bis dato keine direkte Verfügungsgewalt über die Bevölkerung und die Produktionsmittel der DDR hatte, und daß sie schrankenlose Verfügungsgewalt erst über eine bestimmte zustimmende Bewegung in der Bevölkerung der DDR zu kapitalistischen Wirtschaftskonzepten bekommen hat. Die falsche Orientierung einer Aktion wie die Hinrichtung von Herrhausen ist doch, daß die RAF so tut, als seien einzelne Funktionsträger des kapitalistischen Apparates das Problem und ursächlich verantwortlich z.B. für die kapitalistische Übernahme der DDR. Hier wird versucht, einzelne verantwortlich zu machen und zu strafen, wo es um komplexe gesellschaftliche Entwicklungen geht. Das ist ein personenfixiertes, undialektisches und moralisierendes Verständnis dessen, was abläuft und verstellt den Blick auf so entscheidende Fragen wie z.B.: Weshalb haben die Menschen in der DDR — offensichtlich — nichts gesehen, was sich gelohnt hätte zu verteidigen?

Perspektive und Orientierung hat die Tötung von Herrhausen nicht gebracht. Und Ermüdung? Das Gegenteil würde ich sagen, angesichts dessen, was absehbar (und gerade die RAF kann so etwas absehen!) danach auf die Gefangenen zukommt und was das in Bezug auf die durchaus hoffnungsvollen Anfänge der Solidaritätsbewegung im Frühjahr 1989 heißt. Es macht doch nur einen Sinn, vom Staat bessere Haftbedingungen zu verlangen, von Freilassungen ganz zu schweigen, wenn er in Legitimationsschwierigkeiten steckt, was die Haftbedingungen angeht, und wir diese Legitimationsschwierigkeiten durch politische Aufklärung verstärken können.

Durch eine Aktion wie die gegen Herrhausen, von der sich in dieser Situation allein „Hinrichtung“ mit all ihren abstoßenden barbarischen Aspekten vermitteln, werden diese Legitimationsschwierigkeiten beseitigt. Die Logik, nach der staatliches Handeln funktioniert und politisch durchsetzbar ist, ist ja nicht Rechtsstaatlichkeit, sondern sind die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und darin Legitimationsschwierigkeiten staatlichen Handelns. Und unsere einzige Möglichkeit, die Gefangenen zu unterstützen — wenn wir sie nicht rausholen — ist es, diese Kräfteverhältnisse politisch so zu beeinflussen, daß es sich die Regierung politisch nicht länger leisten kann, die Gefangenen so zu behandeln, wie sie es tut. Sie kriegt aber derzeit die politische Legitimation dazu durch die politisch sinnlosen Attentate der RAF. Ihre Aktionen sind schon lange nicht mehr politisch zu vermitteln. Was bleibt ist „Hinrichtung“.

An dieser Stelle stellt sich die Frage, was sind für die RAF Kriterien erfolgreicher Politik? Reicht es ihr, wenn viele Leute ihre Aktionen „gut“ finden, sich klammheimlich freuen? Findet sie sich in der Richtigkeit ihrer Politik bestätigt, bloß weil Parolen auf Hauswänden auftauchen? Revolutionäre Politik müsste doch auf mehr als sein als auf Selbstbestätigung. Billige Zustimmung an Kneipentischen und Gefühle von Befriedigung, weil es auch mal einen „oben“ getroffen hat, „im positiven Sinn „erschütterte“ Herzen“, das alles kann doch nicht Orientierung für revolutionäre Politik sein. Mal ganz kraß: den Haß gegen die Herrschenden haben auch Neonazis. Und Probleme mit Hinrichtungen haben die auch nicht. Die Mentalität jedes frustrierten Kleinbürgers erlaubt die Zustimmung zu solchen Aktionen. Das kanns doch nicht sein, was Aktionen zu politischen Erfolgen macht! Da wärs doch fast absolut beliebig. Da besteht ein unkritisches Verhältnis den Zustimmungen gegenüber. Wer stimmt weshalb zu? Das ist doch die Frage. Und vor allem: was folgt daraus? Diese beiden Fragen müssen doch mindestens überlegt werden, ehe so etwas wie der politische Erfolg einer Aktion aus der reinen Zustimmung abgeleitet werden kann.

Zur Erklärung der RAF zum Anschlag auf Neusel

Leider argumentiert die RAF nicht, um den Sinn ihrer Aktionen politisch zu erläutern, sondern sie stellt eine unnach-

vollziehbare Behauptung neben der nächsten auf. Ich mach das mal deutlich an der umfangreichen Erklärung zum Anschlag gegen Neusel (vergleiche taz 31.07.90).

Im ersten Drittel der Erklärung werden die Funktionen Neusels im Dienste der Bundesregierung dargelegt, um zu erklären, warum er Ziel der Bestrafungsaktion geworden ist. Hier müsste die RAF endlich einmal den politischen Sinn und Zweck ihrer Bestrafungsaktionen begründen. Daß Bestrafung Politik sein soll, ist nämlich keine sich von selbst erklärende Selbstverständlichkeit. Nochmal: Die Macht des Imperialismus beruht doch auf viel mehr als auf den ihn exekutierenden Figuren! Was die RAF macht, ist politisch irreführende Personalisierung, tut Leuten wie Neusel zuviel Ehr an. Nicht er „organisiert und führt den Krieg gegen alle, die für Befreiung, Selbstbestimmung und menschenwürdiges Leben und gegen die Zerstörung, die von diesem System ausgeht, kämpfen.“ Er ist nur eine — zugegebenermaßen wichtige — Funktion, ein dennoch austauschbares Rädchen im Getriebe der Macht. Mehr nicht.

Die RAF bleibt auch die Erklärung schuldig, weshalb sie mit dem Anschlag auf Neusel die Hoffnung verbunden hat, die Gefangenen in Spanien bei ihrem Kampf unterstützen zu können. Der Anschlag war allenfalls eine Geste der Solidarität, ansonsten aber — solange die wesentliche entscheidende Unterstützung der spanischen Bevölkerung ausbleibt (woran hängt es, daß die offensichtlich zu schwach ist? Da liegen die wesentlichen Fragen!), schlimmstenfalls noch Zusatzlegitimation für die harte Linie. Erst recht, wenn die Behauptung zutreffend sein sollte, daß sich „die sozialistische Regierung unter Gonzales endgültig — gerade im Hinblick auf „Europa 92“ — als zuverlässiges Mitglied der Kernstaaten des europäischen Machtblocks profilieren will.“ Dann ist doch klar, daß sie — ehe sie nachgeben — notfalls eigene Figuren opfern. Bei Schleyer war das doch genauso.

Vollends rätselhaft ist die Behauptung: „Nur eine bewaffnete Aktion konnte diese festgefahrene Situation wieder offen machen. Sie kann alle Initiativen, die zum Streik bis jetzt gelaufen sind, zu neuer Schärfe bringen, und sie macht vor allem einen neuen Anlauf möglich, weil sie den politischen Raum dafür aufmacht.“ Wieso nur eine „bewaffnete Aktion“? Und ist „bewaffnete Aktion“ automatisch gleich Hinrichtung, oder hätte es auch etwas anderes sein können? Welche Initiativen werden wieso zu „neuer Schärfe“ gebracht? Wieso wird dadurch welcher neue Anlauf möglich? Wieso wird der „politische Raum dafür aufgemacht“? Was heißt überhaupt „politischen Raum aufmachen“?

Zur Zielsetzung ihrer Aktion sagt die RAF in der Erklärung:

„So soll unser Angriff jetzt in zwei Richtungen wirken, die eine, konkret zur Durchsetzung der Forderungen der Gefangenen und im Aufbau revolutionärer Gegenmacht in Westeuropa, und die andere, als Einleitung einer langen Kampfphase gegen die neu entstandene großdeutsche/westeuropäische Weltmacht.“ Dafür wird als Begründung genannt „die Unterwerfung von Millionen Menschen unter die Prinzipien von Markt, Profit und Warenstruktur.“ Und „auf der Basis der neuen Macht, die das BRDKapital an der Spitze Westeuropas aus dieser Entwicklung zieht, wollen sie zu einer neuen Runde in der Unterwerfung und Ausplünderung der Völker im Trikont ausholen.“

Aus der Notwendigkeit, Widerstand gegen diese Politik zu leisten, und die Forderungen der Gefangenen durchzusetzen, erklärt sich aber auch nicht, weshalb ausgerechnet die Hinrichtung Verantwortlicher ein wirksames Mittel sein soll.

Es ist doch eine folgenschwere Fehleinschätzung, das, was gerade in Osteuropa abläuft, einseitig als „dritten Überfall, den das deutsche Kapital in diesem Jahrhundert auf die Völker Europas führt“, zu begreifen. Ohne die massenhafte Eigenbewegung der Bevölkerung Osteuropas wäre das nicht gelaufen. Wir sind nicht einfach mit einer linearen Entwicklung konfrontiert á la der Imperialismus wird immer stärker und immer übler, und jetzt noch übler, sondern die jetzige Konstellation ist qualitativ neu und bestürzend:

Völker, die materielle und machtpolitische Voraussetzungen zum Aufbau eines Sozialismus/Kommunismus hatten, laufen den Kapitalisten in die Arme,

weil ihnen der Sozialismus, den sie erlebt haben, unerträglich geworden ist. Die kommunistische Idee ist scheinbar endgültig widerlegt. Es wird der Linken in Zukunft noch weniger als bisher gelingen, nur gegen den Imperialismus und alle seine Schweinereien zu sein, um die eigene Politik zu rechtfertigen, gar noch andere dafür zu mobilisieren. Spätestens jetzt müssen wir in der Lage sein, genau zu erklären, warum wir was tun. Und vor allen Dingen — konkret, vorstellbar — was wir wie anders machen wollen. Linke Phrasen werden endgültig niemanden mehr mobilisieren können.

Floskeln aus der Neusel-Erklärung wie: „selbstbestimmte Räume erkämpfen“, „gegen ihren Machtapparat eigene Ziele durchsetzen“, „eine von den Menschen bestimmte Wirklichkeit“ sagen nichts über den Inhalt der Selbstbestimmung und der eigenen Ziele. Nichts über das, was die neue „von den Menschen bestimmte Wirklichkeit“ sein soll im Gegensatz zur jetzigen, alten, allerdings auch von „den Menschen bestimmten Wirklichkeit“ (von wem denn sonst?).

Alles in allem erweist sich bei genauem Lesen die Erklärung zu Neusel als ein Dokument der Hilflosigkeit, als Durchhalteappell, dem jede Kraft zur Überzeugung fehlt.

Gefangene haben immer Geiselstatus

Nach allem, was zu erkennen ist, führen die Attentate einzig und allein zu einer Verschärfung des Geiselstatus der Gefangenen. Ein diese Härten überwiegender positiver politischer Effekt ist auch in Ansätzen nicht zu sehen. Im Gegenteil! Es fängt an, einem sinnlos vorzukommen, politisch für die Unterstützung der Forderungen der Gefangenen zu arbeiten, wenn dann seitens der RAF Aktionen kommen, mit Hilfe derer die Gegenseite wieder jede Rechtfertigungsmöglichkeit bekommt, die Knäste dichtzumachen.

Die RAF sollte daher mit diesen politischen sinnlosen und irreführenden, den Staat aber gleichzeitig aufs Schärfste herausfordernden, Hinrichtungsaktionen aufhören. Wir haben derzeit nicht die Macht und die dafür notwendige Unterstützung in der Bevölkerung — und die RAF auch nicht! — die Gefangenen vor Racheaktionen des Staates zu schützen.

Eine Gruppe wie die RAF muß bei ihren Aktivitäten genau abwägen zwischen notwendigen Aktionen, die geeignet sind, wirksam etwas voranzubringen, und der Repression, die — natürlich — auf die Gefangenen zukommen wird, und dem Kräftepotential, das vorhanden ist, um die Gefangenen zu unterstützen und zu schützen.

Diese Einschätzung wird in keiner Weise durch Lochtes Vorschlag und das „Verhandlungsangebot“ der Bundesregierung widerlegt!

Lochtes Vorschlag und die Verhandlungsinitiative der Bundesregierung

Einige neigen dazu, den Lochte-Vorschlag und die „Verhandlungsinitiative“ der Bundesregierung als Erfolg genau dieser Attentatspolitik zu sehen.

Sie argumentieren in etwa so:

„Die Bundesregierung ist in einer schwachen Position, weil sie Angst vor den Attentaten der RAF haben. Durch diese Politik hat die RAF die Regierung so weit gebracht, daß sie eine Zusammenlegung der Gefangenen anbietet. Das haben die ganzen öffentlichen Aktionen während der vielen Hungerstreiks nicht gebracht! Ausgerechnet jetzt, wo sich ein Erfolg abzeichnet, soll die RAF mit ihren Anschlägen aufhören? Lochte hat sogar die Zusammenlegung ohne jede Gegenleistung der RAF und der Gefangenen befürwortet. Und das alles auch noch nach den Anschlägen auf Herrhausen und Neusel!“

Oberflächlich gesehen klingt das einleuchtend.

Doch wie sehen die realen Kräfteverhältnisse aus?

Beiden Initiativen gemeinsam ist das Motiv, daß die Attentate, gegen die es keinen Schutz gibt, aufhören. Politiker und Wirtschaftsleute haben Angst. Wenn man so will, ist das ein gewisser Erfolg der RAF. Allerdings kein politischer Erfolg, sondern beschränkt auf den Erfolg einer gelungenen Erpressung. Der Staatsschutz weiß um die politische Erfolglosigkeit der RAF in der Linken und in der Bevölkerung, und um die Sinnlosigkeit einer Strategie, die re-

volutionäre Prozesse über die exemplarische Exekution imperialistischer Funktionsträger befördern will. Dazu kommt, daß viele Politiker und Wirtschaftsleute es nicht einsehen, sich bloß wegen ein paar Hardlinern in Staats- und Justizapparat, die sich gegen eine Zusammenlegung sperren, weiter den Anschlägen der RAF auszusetzen. Sie möchten deshalb eine „gütliche“ Lösung.

Die Initiativen von Lochte und der Bundesregierung sind unterschiedlich und müssen deshalb unterschiedlich bewertet werden.

Zu Lochtes Vorschlag:

Die Lochte-Fraktion setzt auf Zusammenlegung ohne Vorbedingungen an RAF und Gefangene (Vgl. taz vom 18.8.1990 und vom 5.4.89). Dabei sollen die Gefangenen sich selbst aussuchen können, mit wem sie zusammen sein wollen. Außerdem sollen nach Lochtes Vorstellungen die Gruppen politischer Gefangener auch „ganz normale Kontakte zu den übrigen Gefangenen“ haben.

Der Vorschlag ist nicht dumm. Er geht davon aus, daß die RAF politisch konzeptionslos ist und faktisch nach wie vor die Empörung über die mörderischen Haftbedingungen und die Solidarität und Identifikation mit den Gefangenen eine ganz große Rolle spielen, wenn sich Leute mit der RAF solidarisieren. Indem er für eine Erfüllung der Forderungen der Gefangenen nach Zusammenlegung und freier Kommunikation plädiert, will er Gründe für eine Solidarisierung mit den Gefangenen und einen Hauptanlaß, sich überhaupt mit der RAF zu beschäftigen, aus der Welt schaffen.

Außerdem geht er von der Annahme aus, daß eine Zusammenlegung und endlich offene Diskussion unter allen Gefangenen aus der RAF dazu führen könnte, daß sich die RAF als der (militärische) Kampffusionenhang, der sie bisher war, auflöst. Einmal mag er dabei auf die Tatsache setzen, daß es bisher, auch für die Gefangenen untereinander, extrem schwer bis unmöglich war, sich solidarisch mit Kritik an der Strategie der RAF, aber auch der Zusammenlegungsforderung, auseinanderzusetzen. Daß ganz schnell Diffamierung und Ausschluss drohen. In diesem Fall setzt er auf Zerfleischungprozesse bei den Gefangenen und dem öffentlichen Zusammenbruch des Gefangenensolidaritäts und damit einer Demoralisierung und Demobilisierung der RAF.

Oder, falls es zur solidarischen Diskussion unterschiedlicher Positionen innerhalb des Gefangenensolidaritäts kommt, ist es ja durchaus denkbar, daß die Gefangenen bei der politisch desolaten Situation der RAF zu dem Schluß kommen, daß es am besten wäre, wenn die RAF ihre Aktionen erst einmal einstellt.

Darauf setzen Lochte und seine Fraktion in Staats- und Verfassungsschutz. Das macht das Aufgreifen der Forderungen der Gefangenen — so irritierend das auch erstmalig ist — verstehbar.

Es ist aber nicht gesagt, daß sich diese Fraktion bei einer Eskalierung der Situation politisch durchsetzen wird! Es ist mindestens genauso wahrscheinlich, daß im Fall der Fortsetzung der Hinrichtungen durch die RAF, die harte Linie an den Gefangenen exekutiert wird!

Politiker, die sich von Gefühlen wie Rachsucht leiten lassen und auf archaische Abschreckungsmethoden setzen, setzen eher auf Liquidierung der Gefangenen. Für eine harte Linie sprechen doch auch Reaktionen der Justizbehörden nach der Hinrichtung Herrhausens und dem Anschlag auf Neusel. Einzelne Gefangene werden für diese Anschläge in der Öffentlichkeit verantwortlich gemacht, und die Haftbedingungen verschärft. So ist z.B. Brigitte Mohnhaupt nach Stammheim verschleppt und fast vollkommen nach außen abgeschottet worden.

Von daher wäre das Hoffen darauf, daß sich Lochtes Initiative vielleicht durchsetzen wird, womöglich durch weitere Aktionen der RAF noch befördert wird, extrem gefährlich für die Gefangenen. (Oder auch für einzelne Gefangene. Es gibt ja endlose Variationen des „teile und herrsche“). Mit einer solchen abwartenden und der RAF in ihrer Attentatspolitik unkritisch zustimmenden Position wird es voll und ganz dem Staatsschutz überlassen, ob die Gefangenen zusammengelegt, oder — im anderen Extrem — (Einzelne) liquidiert werden. Das wäre ein Poker mit dem Leben und der Gesundheit der Gefangenen, der nicht zulässig ist!

Zum „Verhandlungsangebot“ der Bundesregierung

Die Bundesregierung verlangt nicht weniger als die Kapitulation der RAF. Aufgabe des Kampfes und ein Leben unter der Kontrolle des Staatsschutzes in einem Drittland. Dafür bietet die Regierung die Zusammenlegung der Gefangenen an (Vgl. taz 13./14./15.12.90 sowie 18.12.90).

Eine Gruppe, die ihre revolutionäre Zielsetzung nicht aufgegeben hat, kann dieses „Angebot“ nicht annehmen.

Wenn die RAF sich darauf einließ, müsste man fragen: wofür haben sie eigentlich die ganze Zeit gekämpft? Wofür die vielen Toten? Wofür die jahrelangen Qualereien in der Isolation, die Torturen von Hungerstreiks und Zwangsernährung?

Zum anderen: Wer soll garantieren, daß die Bundesregierung ihre Zusagen die Gefangenen betreffend einhält? Das dürfte doch klar sein: Beim ersten Mucks, beim ersten Widerstand der Gefangenen gegen das Knastregime, werden sie wieder in der Isolation verschwinden, solange es die Möglichkeit der Absonderung von Gefangenen innerhalb der Gefängnisse baulich und politisch gibt. (Da wird auch die ganze Schwäche der Zusammenlegungsforderung bedeutsam, die nicht in erster Linie auf die Abschaffung der Isolationsmöglichkeiten innerhalb der Knäste als Drohung gegen jeden Gefangenen orientiert ist!)

Kein Deal kann die Situation von Gefangenen, die sich weigern zu Kreuze zu kriechen, verbessern, wenn es nicht eine politische Bewegung innerhalb und außerhalb der Knäste gibt, die die Herrschenden zwingt, das ganze Instrumentarium der Absonderung von Gefangenen außer Kraft zu setzen.

Die Argumentation seitens der „Vermittler“ und des Staatsschutzes, der RAF falle kein Zacken aus der Krone, wenn sie verhandele, schließlich seien bewaffnete Auseinandersetzungen immer wieder auch von Verhandlungen begleitet gewesen, man denke nur an IRA und ETA, ist tückisch. Sie spekuliert damit, die RAF bei ihrer politischen Selbstüberschätzung packen und aufs Glatteis führen zu können. Selbstverständlich hat es immer Verhandlungen zwischen Befreiungsbewegungen und Bürgerkriegsparteien mit ihren jeweiligen Regierungen gegeben, und wird es sie notwendigerweise immer geben. Aber die RAF ist weder die IRA noch die ETA.

IRA und ETA sind integraler Bestandteil der sozialen und politischen Kämpfe in Irland und im Baskenland. Sie haben die aktive Unterstützung großer Teile der Bevölkerung dort und sind somit für die Herrschenden ernstzunehmende Machtfaktoren. Das alles trifft auf die RAF nicht zu.

Was die Bundesregierung von der RAF will, ist alles: die totale Selbstaufgabe, die Kapitulation, das Ende. Es ist ein Hohn, diese Situation mit Verhandlungen von Befreiungsbewegungen zu vergleichen, die aus der Position einer politischen Stärke agieren können!

Eine Kapitulation der RAF würde eine Demoralisierung für alle Menschen bedeuten, die die Hoffnung auf Veränderung noch nicht aufgegeben haben.

Als die Genossinnen und Genossen der RAF 1970 ihren Kampf aufgenommen haben, haben sie sich als eine Fraktion der revolutionären Linken begriffen, als Rote Armee Fraktion. Sie konnten sich auf die 68er Jugend- und Studentenbewegung mit ihren großen ant imperialistischen Manifestationen beziehen. Der Krieg in Vietnam war eskaliert. Gegen diesen Krieg gab es weltweit eine starke Protestbewegung, vor allem in den USA. In den amerikanischen Ghettos standen die Schwarzen auf. Sie gründeten Selbstverteidigungskomitees, organisierten eine selbstverwaltete Infrastruktur und bewaffneten sich. In vielen Ländern der sogenannten dritten Welt befreiten sich die Völker von Kolonialismus und Neokolonialismus. Es gab erfolgreiche Stadtguerillagruppen in den lateinamerikanischen Metropolen. Kurz, es gab keinen Grund nicht zu versuchen, eine Rote Armee Fraktion in der BRD aufzubauen mit dem Ziel der bewaffneten Intervention in der imperialistischen Metropole zur Unterstützung der ant imperialistischen Befreiungsbewegungen weltweit. Die RAF war eine sichtbare glaubwürdige Konsequenz aus all den Analysen und Reden der Studentenbewegung vorher. Daß die Politik der RAF sehr bald geworden ist, ändert nichts daran, daß

sie — wie auch der 2. JUNI und die REVOLUTIONÄREN ZELLEN — wesentlich dazu beigetragen hat, vielen Menschen zu vermitteln, daß man — heute schon — auch aus einer Minderheitsposition heraus wirksam politisch und militärisch eingreifen kann; daß der staatliche Machtapparat angreifbar ist und nicht allmächtig. Das sind ganz wichtige Erfahrungen, um Widerstand überhaupt denken zu können, um uns überhaupt Vorstellungen von unseren Möglichkeiten zu verschaffen. (Damit sind natürlich noch in keiner Weise die Fragen politischer Strategie beantwortet. Bewaffneter Kampf ist keine Strategie, sondern eine Methode/ein Werkzeug.) Dazu kommt, daß es — gerade in der BRD — nicht kostbar genug einzuschätzen ist, daß es mit der RAF für alle sichtbar Menschen gab und gibt, die aus ihren politischen Einsichten eine radikale persönliche Konsequenz gezogen haben, die sich in all den Jahren nicht opportunistisch verhalten haben und sich ihre politischen Überzeugungen nicht haben abkaufen und abpressen lassen. Auch nicht unter den aller-schwersten Bedingungen.

Das macht besonders heute die große Bedeutung der RAF für eine politische Moral der Linken aus. Das Stückchen Hoffnung, das so wichtig ist, um immer wieder die Energie aufzubringen, weiterzumachen.

Ein Deal der RAF mit der Bundesregierung wäre gerade jetzt wie ein letztes Hohnlachen auf kommunistische Hoffnungen in der BRD, nach all den Zusammenbrüchen und politischen Feigheiten, die wir während des letzten Jahres so erlebt haben.

Festzuhalten bleibt:

Das „Verhandlungsangebot“ der Bundesregierung ist kein wie immer gearteter Erfolg der Aktionen der RAF, sondern die Aufforderung zur Kapitulation und insofern überhaupt nichts Neues. Der Lochte-Vorschlag und das „Angebot“ der Bundesregierung erfolgten aufgrund der politischen Schwäche der RAF.

Die politische Initiative muß bei uns bleiben!

Wenn wir, die Linke und die RAF, derzeit die Gefangenen schon nicht rausholen oder schützen können, so haben wir doch wenigstens alles zu unterlassen, was sie weiteren Gefährdungen aussetzt! Wir müssen lernen, die politische Initiative auch in einer Situation der Niederlage zu behalten. Das würde hier heißen: die RAF setzt ihre Hinrichtungsaktionen zumindest vorläufig aus und gibt das öffentlich als eine politische Entscheidung bekannt. Damit würden dem Staatsschutz Legitimationsmöglichkeiten für seinen Terror gegenüber (einzelnen) Gefangenen genommen.

Mit Kapitulation hätte das nichts zu tun. Wenn man eine Politik aussetzt, um sie zu überprüfen, weil sie fragwürdig geworden ist, so ist das eine Voraussetzung, um wirkungsvoller und besser als bisher weiterarbeiten zu können.

Falls es demnächst Zusammenlegungen geben sollte aus einem — für uns ausnahmsweise günstigen — politischen Kalkül des Staatsschutzes, dann ist das gut. Dann können die für uns notwendigen Diskussionen besser geführt werden, dann ist das Leben im Knast ein kleines bißchen leichter. Aber täuschen wir uns nicht. Jederzeit, wenn es dem Staatsschutz opportun erscheint, können die Löcher wieder dicht gemacht werden.

Ein einigermaßen verlässlicher Schutz für die Gefangenen vor staatlicher Willkür, einigermaßen erträgliche Haftbedingungen, können nur von einem Großteil der „sozialen“ Gefangenen und von uns draußen politisch durchgesetzt und gehalten werden.

Die zeitweiligen taktischen Überlegungen und etwaigen Maßnahmen von Staatsschutz und Bundesregierung bezüglich der Haftbedingungen haben deshalb für die von uns notwendig zu führende politische Debatte keinerlei Bedeutung!

Die verfluchte Angst offen zu diskutieren

Leider ist es so schwierig, über die Politik der RAF kritisch zu diskutieren, daß diese Schwierigkeiten selbst zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden müssen. Sehr deutlich wurde das bei der Reaktion auf Christian Geisslers



Bild: af/mz

Buch „Dissonanzen der Klärung“ von „einigen Menschen aus der Hafenstraße“ (Arbeiterkampf Nr. 318).

Statt sich zu freuen, daß sich endlich mal einer sehr differenziert und solidarisch mit der RAF auseinandersetzt im Interesse einer wirkungsvollen revolutionären Strategie, machten sich die SchreiberInnen erst gar nicht die Mühe, sich mit den Fragen und Argumenten von Geissler auseinanderzusetzen.

Wer so wie in diesem Brief mit Diffamierungen um sich schlägt und ansonsten nur selbstgefällige Allgemeinplätze anzubieten hat, verhindert die Klärung der anstehenden Fragen und erzeugt ein inquisitorisches Klima, das Einschüchterung zur Folge hat. Das Ergebnis ist, daß Fragen und Widersprüche nicht auf den Tisch kommen, daß eine offene und produktive Auseinandersetzung nicht stattfindet. Die Folge: Verunsicherung, Lähmung, Untätigsein bei den einen und Festschreibung von Fehlern in der Praxis der anderen.

Fetisch revolutionäre Identität

„Ich habe in meinem Leben nur zwei Lieben, das eine ist meine Frau und das andere ist die Revolution. Sonst bin ich mit niemandem verheiratet, die MLN ist ein Werkzeug, und während sie uns nutzt, werden wir sie benutzen, wenn nicht, benutzen wir ein anderes Werkzeug. Man darf nicht dogmatisch sein, vor allem, wo der Feind sehr flexibel ist, müssen wir anfangen zu lernen.“

Julio Marenales, Mitbegründer der MLN, während der Diktatur Geissel der Militärs, danach im Zentral- und Exekutivkomitee der Tupamaros in „Die Guerilla zieht Bilanz“, S. 147.

Was hindert so viele Genossinnen und Genossen daran, die Frage nach der RAF so nüchtern zu betrachten?

Es spricht viel dafür, daß mit der Frage nach der Aдекватheit der RAF-Strategie oft ganz anderes verbunden wird als die Frage nach der zur Zeit angemessenen Strategie und Taktik. Da hängen Identitäten dran. Die RAF wird nicht als Werkzeug zum Kämpfen angesehen, sondern sie verkörpert in erster Linie eine Hoffnung und einen Traum.

Nach meinen Erfahrungen, wie ich das bei mir und anderen erlebt habe, würde ich diesen Traum so umreißen: — die Hoffnung, daß man auch aus einer absoluten Minderheitsposition heraus was machen kann; — daß man persönliche Grenzen überschreiten kann; — der Traum von einem Leben, aufgehoben im Zusammensein mit anderen, ohne all den Dreck von Leistungsdruck, Konkurrenz, Darwinismus, Theaterspielen;

— und immer wieder die verfluchte Hoffnung darauf, daß man endlich alle Scheiße hinter sich lassen könnte, indem man sich „außerhalb des Systems“ stellt.

Die RAF verkörpert offensichtlich für

viele diesen Traum, losgelöst von jeder aktuellen politischen Analyse und den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten. Dabei werden die Möglichkeiten politischer Veränderung allein als Resultate individueller militanter Anstrengungen gedacht. Das produziert zwangsläufig politische Fehleinschätzungen. Typisch für solche Fehleinschätzung bei einer Diskussion, wieso mit dem Hungerstreik 1989 die Zusammenlegung nicht durchgesetzt werden konnte, die „Analyse“: „Wenn es mehr brennende Barrikaden gegeben hätte, hätten wir es geschafft.“

In die gleiche Richtung geht ein Zitat aus der „Dokumentation zur Besetzung der EG-Kommission während des Hungerstreiks“ (EG-Doku):

„Zum Zeitpunkt des Aussetzens von Christa und Karl-Heinz war die Ausrichtung auf Bündnisse, breite gesellschaftliche Gruppierungen über die Mobilisierung an den Haftbedingungen zu erreichen, angereizt, hatte ganz deutlich ihre Grenze gefunden. Ganz klar ist dies an der Demo in Bonn am 29.4.1989 sichtbar geworden. Hier sind keine Perspektiven einer weiteren Mobilisierung deutlich geworden. Der revolutionäre Widerstand war in der Vorbereitung sowie auf der Demo zwar anwesend, politisch aber faktisch nicht vertreten. Diese Unfähigkeit, sich selbst politisch und praktisch in den Kampf für die Zusammenlegung einzubringen und weiterzuentwickeln, begreifen wir als Ausdruck der Defensive des revolutionären Widerstands in der BRD. Die vereinzelten Versuche, diese Defensive zu durchbrechen, z.B. in den Angriffen auf die Deutsche Bank in Hamburg und die Wertpapierbörse in Frankfurt, diese offensiven Momente sind jedoch nicht aufgegriffen worden.“ (S. 2)

Tatsächlich war die „Ausrichtung auf Bündnisse und breite gesellschaftliche Mobilisierung“ nicht angereizt. Daß es möglich gewesen ist, mit einigen Menschen aus den Gewerkschaften Bündnisse einzugehen, heißt noch lange nicht, daß sich die Gewerkschaften im Bündnis befanden, war aber deutlicher Hinweis darauf, daß es sinnvoll ist, weiter in den gewerkschaftlichen Bereich hineinzuwirken. Dasselbe gilt für den kirchlichen Bereich usw.

An der Demonstration in Bonn ist lediglich die politische Unklarheit und deshalb Sprachlosigkeit des Widerstands deutlich geworden, und daß so etwas wie das Genervte im Vorfeld der Demo, von wegen, wer reden darf und wer nicht, bei fehlender eigener politischer Position/Klarheit des Widerstands nur abstoßend wirkt. (Ganz nebenbei waren einige der dann unwidersprochen! gehaltenen Beiträge mindestens genauso schlimm wie die,

um die der Hickhack vorher gegangen war.) Anpisserei und Machtgerangel wirkt nach außen immer demobilisierend und entpolitisiert. Wesentlich sinnvoller wäre gewesen, alle sprechen zu lassen, die die materiellen Forderungen der Gefangenen unterstützen, und wenn einem dabei eine politische Position nicht gefällt, dies in einem eigenen Beitrag präzise politisch zu kritisieren.

Es ist auch ein Irrtum zu glauben, politische Ratlosigkeit ließe sich brachial durch Aktionen gegen „richtige“ Ziele aufheben. Eine Defensive, die etwas mit fehlender gesellschaftspolitischer Analyse und Unklarheit über die eigenen Ziele (über Allgemeinplätze hinaus) zu tun hat, muß anders angegangen werden. Alles andere ist bloße Selbstvergewisserung, Vorgaukeln von Offensive. An dieser Stelle müsste auch mal über das merkwürdige, scheinbar ausschließlich militaristische Verständnis von Defensive und Offensive bei großen Teilen des Widerstands gesprochen werden.

Vorrangig geht es selbstzweckhaft immer wieder darum, „sich (als Widerstand H.C.) politisch und praktisch in den Kampf für die Zusammenlegung einzubringen“, anstatt daß gefragt wird, wie die Kräfteverhältnisse insgesamt sind. Was angesichts dessen notwendig wäre, die Forderungen der Hungerstreikenden weiterhin wirkungsvoll (!) zu unterstützen, und was die einzelnen Menschen und Gruppen, und also auch man selber, dazu beitragen könnten.

Immer wieder das Phänomen, daß es dem Widerstand letztlich weniger darum geht, bestimmte materielle und politische Ziele durchzusetzen, als um ein „inneres Erlebnis“, ganz subjektive Erfahrungen, orientiert nicht an gesellschaftlichen Zielen und Kräfteverhältnissen, sondern nur an der eigenen Befindlichkeit des Widerstands und der Einzelnen darin.

Das läßt sich wieder ganz gut an den Beiträgen in der EG-Doku verdeutlichen, wo es um die Bedeutung der Besetzungsaktion geht:

„Das Mobilisierende dieser Initiative war für uns, daß in ihr politisch und praktisch die Überlegungen und die Bestimmung und Durchsetzung der eigenen revolutionären Identität aufgegriffen wurden und darüber hinaus eine Perspektive für den weiteren Kampf greifbar wurde.“ (S. 4)

„Die Idee der Aktion hatte alle sofort mobilisiert. Es war für uns alle in unserer Unterschiedlichkeit (...) Die Entscheidung zum eigenen Aufbruch, zum Durchbruch der eigenen Defensive, der festgefahrenen Situation in der Stadt und Bewegungslosigkeit des gesamten Widerstands der vergangenen Monate.“ (S. 5)

„Dadurch und daß jede/r das Gefühl hatte, für sich ist dies auch ein Schritt in

seiner/ihrer Entwicklung und natürlich das Bewußtsein der politischen Bedeutung, ist ein sich ganz Reinstellen in diese Aktion erst möglich: Und so wie sich jede/r von uns reingestellt hat, haben wir uns gegenseitig auch die Kraft, Stärke und Entschlossenheit gegeben.“ (S. 10) usw. usw. usw.

Bedürfnisse nach Authentizität, nach Leben statt Gelebtwerden, Sehnsucht nach Kollektivität stehen im Vordergrund. Dazu kommt eine Identifikation mit den Gefangenen, die so weit geht, daß als Motiv für die Unterstützung des Hungerstreiks in Diskussionen immer wieder genannt wurde: die werden isoliert und wir draußen sind auch isoliert. Die Identifikation geht so weit, daß die Situation der Gefangenen unterschiedslos auf draußen übertragen wird, was sich darin äußert, wenn Leute draußen (!) davon reden, daß sie „im Kampf um die eigene Identität nicht loslassen“ wollen und um „Durchsetzung der eigenen revolutionären Identität“ kämpfen.

Das ist gespenstisch angesichts der Haftbedingungen, der materiellen Gewalt eines Knastes und dem Vorhandensein aller Möglichkeiten für uns hier draußen — wenn wir sie nur nutzen!

Die Situation der Gefangenen ist so, daß sie um die Wahrung ihrer Identität als Menschen kämpfen müssen, weil Vollzugsziel ist, die (politischen, widerständigen) Persönlichkeiten zu zerstören. Aber hier draußen Aktionen mit dem Ziel „Durchsetzung der eigenen revolutionären Identität“ zu machen, bewegt sich auf der Ebene Selbsterfahrungsgruppe und hat mit politischem Eingreifen, gar „Offensive“ nichts zu tun.

Die Ausgangsfrage war, warum es so schwer ist, über die Aдекватheit der Aktionen der RAF zu diskutieren. Eine Antwort scheint zu sein: Es ist deshalb so schwer, weil es bei vielen Menschen, die die RAF „gut“ finden, nicht um die Angemessenheit einer bestimmten Strategie zu einer bestimmten Zeit geht, sondern um das, was die RAF/die Gefangenen symbolisieren.

Auch dazu ein Zitat aus der EG-Doku: „Die politischen Gefangenen sind also ganz klar Teil unserer Geschichte — sie stehen für Kontinuität revolutionärer Politik in der Metropole — sie sind Teil unserer Identität. Der Angriff gegen sie ist also auch ein ganz direkter Angriff gegen unsere Geschichte, unsere Identität.“ (S. 90)

Nein. Die politischen Gefangenen sind unsere Genossinnen und Genossen. Sie stehen dafür, daß Menschen auch unter unerträglichen Bedingungen ihre Überzeugung und das, wofür sie gekämpft haben, nicht aufgeben. Sie wirken dadurch ermutigend und deshalb lieben wir sie. Teil unserer Identität sind sie allerdings nicht. Sie sind lebendige Menschen mit Träumen und Hoffnungen, nicht Denkmäler für diese Träume und Hoffnungen!

Was ist das nur für ein vertrackter Identitätsbegriff, der durch die Scene geistert und alles Lebendige zum Erstarren bringt?

Politisch identisch zu sein, bedeutet doch, daß die eigenen politischen Vorstellungen und Wertmaßstäbe sich im Handeln niederschlagen. Daß man sich selbst treu ist, was einschließt, daß man sich selbst, die eigenen Ansichten und Absichten nicht verrät.

Das Verwirrende ist nur, daß die Begriffe *politische Identität*, *revolutionäre Identität* von Leuten aus dem Widerstand so gebraucht werden, als handle es sich um konstante, auf jeden Fall revolutionäre Inhalte, genau festgelegte Vorgehensweisen und Haltungen. Die man dann besitzt, die auch nicht je nach Lage neu diskutiert und festgelegt werden müssen, sondern es geht nur noch darum, diese *Identität* auszudrücken und zu bewahren.

Der Begriff der *revolutionären Identität* ist zu einem Fetisch geworden, der die Verdunkelung der Gefangenen fördert, und der den Widerstand auf sich selbst, auf reine Selbstkonstruktion zurückwirft. Es geht nicht (mehr) um die Frage einer erfolgversprechenden revolutionären Strategie, es geht nur noch um die Frage der Selbsterhaltung, die Frage der *Identität*.

Begriffe wie *Identität*, *Kollektivität* bekommen ein Eigenleben. „*Sich entscheiden*“ wird zum magischen Schlüsselbegriff. „*Sich entscheiden*“ ist wichtig, weniger wozu. „*Identisch sein*“ ist wichtig, nicht so wichtig mit was. „*Kollektivität*!“ Aber mit wem und wozu? In diesen Begriffen verschwindet alles an Inhalten wie in einem Bermudadreieck.

Über die Verselbständigung von Begriffen und Inhalten wäre noch viel nachzudenken und zu fragen. Vorerst finde ich wichtig, das als eine Erscheinungsform von etwas anderem zu nehmen und zu versuchen rauszukriegen, was dahinter steckt. Aufgefallen ist mir bisher: so unsinnig und kontraproduktiv diese Fetischisierungen sind in Bezug auf ein wirksames politisches Eingreifen, so sind sie doch erstarrter Ausdruck eines Traums und einer Hoffnung, um die in der Tat zu kämpfen ist.

—Es gibt etwas anderes als Warenlogik und Tauschgesetze. Es gibt Menschen, die nicht käuflich sind.
—Eine solidarische Gesellschaftsordnung ist vorstellbar, die nicht auf Ausbeutung und Unterdrückung und der ständigen Nötigung zur Selbstverleugung beruht.

Die Gefangenen stehen in ihrer Ungebrochenheit für diesen Traum und diese Hoffnung.

Das, „*der Traum von einer Sache*“, die Hoffnung, soll zerstört werden, indem die Gefangenen zum Schweigen gebracht, und/oder zu Widerruf und Kapitulation gezwungen werden sollen durch jahre- und jahrzehntelange zermürbende und zerstörerische Haftbedingungen. Es ist die Idee des aufrechten Ganges, die *Vorstellbarkeit* von erfolgreichem Widerstand, die *Idee* der Legitimität und Möglichkeit revolutionärer Gewaltanwendung, die mit den Gefangenen zerstört werden soll. Auch das ist neben dem unmittelbaren Interesse der Herrschenden, daß keine weiteren Attentate stattfinden, ein zentraler Gesichtspunkt bei allen Kapitulationsangeboten an die RAF. Ziel ist die spurenlose Auslöschung des antagonistischen Anderen, — wenn man so will: 1990/1991 als das Jahr des ideologischen Endsiegs über alle kommunistischen Bestrebungen und Hoffnungen.

Bei dem Vernichtungsinteresse gegen die Gefangenen ist nicht eine ganz bestimmte revolutionäre Strategie gemeint, für die und für deren Wirksamkeit die Gefangenen stünden, sondern es geht um die praktische unversöhnliche Haltung dem herrschenden Gesellschaftssystem und seinen Vertretern gegenüber. Es geht hier nicht um die Kontinuität und Wirksamkeit einer ganz bestimmten Strategie und Taktik, sondern es geht um eine *Kontinuität im Bemühen um die Entwicklung von wirklicher Gegenmacht*.

Das ist es auch, was Marenales meint, wenn er von der MLN als Werkzeug spricht. Ein anderes Werkzeug; das selbe oder ein neues Werkzeug anders eingesetzt, das sind Fragen der Strategie und Taktik, die ständig neu auf ihre Brauchbarkeit überprüft und gegebenenfalls verändert werden müssen. Das, was politische Identität meint, den aufrechten Gang, das Sich-Treu-Bleiben, bleibt davon unberührt. Marenales spricht politische Identität so: Wer die Revolution liebt, muß sich ständig nach den geeigneten Werkzeugen umsehen,

um an ihr zu arbeiten. — So kommt das mit der Identität vom Kopf auf die Füße.

Dieses ängstliche Festhalten an einer Identität, die mit ner bestimmten Kampf-Form verwechselt wird, scheint mir wesentliche Ursache zu sein für die Schwierigkeiten, über die RAF kritisch zu diskutieren. Es ist doch kein Wunder, daß so Gefesselte (jede Frage, jede eigenständige Überlegung gefährdet doch tendenziell die eigene revolutionäre „*Identität*“) politische im Grunde absolut ratlos sind und immer entweder auf Angriffe des Staates/Imperialismus, oder auf Analyse und Schritte der Gefangenen oder der RAF warten, um dann zu reagieren.

Der Klassenfeind schläft nie

Neben der Angst, daß über Diskussion die eigene Identität in Frage gestellt werden könnte, spielt auch — und gerade bei Gefangenen — die Angst eine Rolle, die eigenen Unsicherheiten und kritischen Überlegungen könnte die Gegenseite für irgendwelche Schweinereien auszunutzen versuchen, indem sie durch das Benutzen solcher Äußerungen Irritationen provoziert, mit dem Ziel, GenossInnen gegeneinander aufzubringen, politische Verwirrung zu schaffen, eine Politik kaputt zu machen, usw. Diese Angst ist nur zu begründet. Es gibt ja einen ganzen Zweig der psychologischen Kriegsführung mit einer langen Tradition, der sich mit Intrigen und Zersetzung beschäftigt. Die Frage ist, wie wir und die Gefangenen damit umgehen. Wenn es dazu führt, daß immer wieder die Angst vor dem, was die Gegenseite alles machen könnte, den Ausschlag gibt vor der Notwendigkeit der Klärung politisch-strategischer Fragen, dann ist das fatal. Das ist ne Art des Umgehens mit Unklarheiten, die im Großen wie im Kleinen bisher langfristig immer nur Unheil angerichtet hat.

Was wäre wohl aus der DDR und den anderen sozialistischen Staaten geworden, wenn diese ständige elende Defensive nicht gewesen wäre, bloß nicht öffentlich über Fehler, Schwächen und Zweifel zu diskutieren mit dem Argument, dem Klassenfeind nicht Gelegenheit geben zu wollen, seine antikomunistische Hetze damit zu unterfüttern? Wie es sich immer wieder zeigt, lassen sich Fehler und Verbrechen im Namen des Sozialismus, Widersprüche und Fragen auf Dauer nicht unterdrücken. Wenn dann aber irgendwann dieses ganze Verdrängte hochkommt, ist es meistens zu spät produktiv damit zu arbeiten, dann bricht sich alles in unkontrollierbarer Eigendynamik seine Bahn. Ob das nun die Verdammung und in der Folge kampflose Übergabe von allem ist, was in 40 Jahren Realsozialismus hervorgebracht worden ist, oder ob das die Zusammenbrüche und/oder der Verrat bei einzelnen Menschen ist.

Dieses defensive Verhaltensmuster hat sicher auch mit einer politischen Tradition zu tun, die Widersprüche hauptsächlich als bedrohlich begreift und nicht sieht, daß Widersprüche Ausdruck von Realität sind, mit denen wir uns produktiv auseinanderzusetzen lernen müssen, wenn wir nicht hoffnungslos an der Wirklichkeit vorbei Politik machen wollen.

Wieso gibt es bei uns und bei den Gefangenen nicht mehr Selbstbewußtsein? So einfach kann doch keine Gruppe gespalten werden, die sich nicht spalten lassen will! Die einerseits auf dem Streit um den aussichtsreichsten Weg beharrt und andererseits auf ihrer grundsätzlichen Solidarität zueinander. Es muß doch etwas geben, was tiefer verbindet als strategische und taktische Differenzen trennen können. Oder?

Perspektiven

Man kann wie oben dargelegt, den Kampf um Zusammenlegung/bessere Haftbedingungen/Freilassung von Gefangenen aus der RAF und Widerstand nicht von der Diskussion der Politik der RAF trennen. Die Aktionen der RAF bestimmen die Rahmenbedingungen und damit die Erfolgsaussichten dieses Kampfes wesentlich mit. Insofern ist es auch politisch falsch und unglaublich dazu, wenn kritische Fragen nach der Politik der RAF im Zusammenhang mit den Haftbedingungen immer wieder mit „*das tut hier nichts zur Sache, die Gefangenen sind nicht die RAF*“ abgewürgt werden. Ganz so, als wären alle, die danach fragen, Provokateure. Selbstverständlich müssen die Rahmenbedingungen einer politischen Kampagne, erst recht, wenn sie von einem Teil der Linken gesetzt werden, diskutierbar und

kritisierbar sein. (Wer das bestreitet, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er/sie von Menschen verlangt, daß sie eine politische Kampagne unterstützen, ohne nach rechts und links zu gucken. Solch eine Instrumentalisierung von Menschen muß im Interesse einer emanzipativen Politik unbedingt verhindert werden.)

Gleichzeitig ist es jedoch notwendig, den Kampf um Freilassung und bessere Haftbedingungen thematisch von einer Neu-Bestimmung der Politik der RAF zu trennen. Nur so ist die ganze Konfusion zu vermeiden, die regelmäßig im Kampf um bessere Haftbedingungen immer dann entsteht, wenn die Politik der RAF argumentativ mit diesem Kampf vermischt wird. Sei es, daß das Verhältnis zur Politik der RAF letztlich ausschlaggebend für das Eingehen von Bündnissen ist; sei es, daß die Politik der RAF in irgendeiner Form zur Rechtfertigung von Haftbedingungen herangezogen wird. In beiden Fällen wird der Kampf der Gefangenen gegen mörderische Haftbedingungen zum Mittel der Auseinandersetzung mit der Guerilla instrumentalisiert. Sei es von den Leuten, die die Politik der Guerilla propagieren möchten, sei es staatlicherseits und von staatstragenden Gruppierungen, die die Frage der Haftbedingungen zur politischen Erpressung der Guerilla und der Gefangenen einsetzen.

Die Frage der Haftbedingungen muß endlich von uns einen eigenständigen politischen Stellenwert — unabhängig von der jeweiligen Politik der Guerilla — zugestanden bekommen,

—weil die Frage der Menschenrechte immer als eigenständige politische Frage zu behandeln ist;
—weil zerstörerische Haftbedingungen gegen alle Gefangenen eingesetzt werden, die Widerstand leisten. In der Tat werden Haftbedingungen eingesetzt, um revolutionäre und widerständige Identitäten zu zerstören. Die Identitätsfrage ist immer eine Frage der Haltung, des aufrechten Ganges und keine Frage einer speziellen Strategie. Insofern sind Haftbedingungen immer politische Maßnahmen, die auf die Identität und Menschenwürde aller Gefangenen zielen.

Die Behauptung, daß Haftbedingungen immer eine politische Frage sind, verlangt von uns Begriffsklärungen, die programmatischer Natur sind.

Es ist gang und gäbe, immer mal wieder den bloßen Kampf um erträglichere Haftbedingungen, die Argumentation mit Menschenzerstörung und Menschenwürde als „*reformistisch*“, „*bürgerlich-demokratisch*“ und „*humanistisch*“ abzuqualifizieren.

Es wird Zeit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und den Respekt der Würde eines jeden Menschen als Bestandteil unseres politischen Selbstverständnisses und unserer gesellschaftspolitischen Vorstellungen zu diskutieren. Als einen der Werte, um die wir kämpfen.

An dieser Frage hängt, außer unserer unmittelbaren Handlungsfähigkeit in Bezug auf die Situation der Gefangenen heute, sehr viel mehr.

Es kommt ja nicht von ungefähr, daß die Forderung nach der Einhaltung von Menschenrechten unter Revolutionären einen faden Beigeschmack hat. Es war die Frage der Menschenrechte, die seit der Oktoberrevolution immer wieder als scheinheiliges Argument ins Feld geführt wurde, um imperialistische Sanktionen und Interventionen gegen revolutionäre Bestrebungen propagandistisch zu rechtfertigen. Die Frage der Menschenrechte war von den Anti-Kommunisten besetzt und von Teilen der Kirchen.

Die Linke hat da, wo sie Menschenrechte überhaupt thematisiert hat, sie in der Regel immer runtergespielt und relativiert. Das ist ein Fakt, den ich jetzt an dieser Stelle gar nicht werten möchte, es auch gar nicht kann. Daran hängen so grundsätzliche Diskussionen wie: was „*darf*“ eine Diktatur des Proletariats?, bis dahin, ob und unter welchen Voraussetzungen eine solche Diktatur überhaupt zulässig ist. Fragen wie: wer ist heute eigentlich das Proletariat/ der „*Maßstab*“/das revolutionäre Subjekt? Immer wieder hat sich die Linke in der Situation gefunden, die Sowjetunion und revolutionäre Bewegungen zu verteidigen gegen die Anschuldigung, die Menschenrechte zu verletzen — oft genug gegen besseres Wissen. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte, oder der Zweck rechtfertigte ganz einfach die Mittel.

Der ganzen Dimension und Tragweite dieses Themas ist hier noch nicht einmal

in Ansätzen gerecht zu werden. Da steckt die ganze „*Stalinismus*“-Debatte drin; die Fragen, was wir — die revolutionäre Linke — für ein Menschenbild haben; Fragen der Ethik und der Moral. Ich möchte mich deshalb auf einige Anmerkungen zur Situation beschränken und mich wieder auf den Anfang dieses Diskussionsbeitrages beziehen: der reale Sozialismus in der DDR ist auch deshalb wie ein Kartenhaus zusammengebrochen, weil er von innen ausgehöhlt, unglaubwürdig war, die moralische Substanz fehlte. Es wurde zu viel gelogen. Und es wurde zu viel mit zweierlei Maß gemessen. Die Kommunisten waren unglaublich geworden. Das aber ist die schwerste Behinderung für jede revolutionäre Entwicklung, wenn die Protagonisten dieser Entwicklung unglaubwürdig sind. In dieser Situation sind die Kommunisten weltweit heute. Zu großen Teilen durchaus berechtigt. Was bleibt, ist Enttäuschung, Fatalismus, Apathie, Hoffnungslosigkeit.

(Ach, und es ist doch kein Zufall, daß im Fernseh-Interview vom 21.11.90 Werner Lotze ganz am Ende von den Interviewern durch wiederholtes Fragen die Antwort in den Mund gelegt worden ist: „*Ja, die RAF ist eine Gruppe ohne Moral*.“ Am nächsten Tag hat die Presse genau diesen Satz getitelt. Das war der Zweck des ganzen Manövers: Der RAF durch ehemalige MitkämpferInnen absprechen zu lassen, was ihr selbst ihre politischen Gegner bisher nicht absprechen konnten: Ihre Aufrichtigkeit und ihre Moral.)

Das Ernstnehmen von Menschenrechten, von individuellen Freiheitsrechten wird in Zukunft ein Prüfstein für den Erfolg jeder revolutionären Politik sein. Das haben 70 Jahre realsozialistischer Erfahrungen bitter klar gemacht. Zur Zeit bietet der Imperialismus die ideologischen Verheißungen von Freiheit und Selbstbestimmung, die der Sozialismus als Rechte der Einzelnen nie auf seine Fahne geschrieben hatte. Daß der Imperialismus sie nicht einlösen können wird, darf uns nicht beruhigen. Die Enttäuschungen darüber führen erfahrungsgemäß nicht automatisch zu emanzipatorischen Bewegungen, sondern der Reflex ist: Flucht. Flucht in Drogen, in Religionen, in reaktionäre Ideologien mit neuen Verheißungen.

Was zu diskutieren wäre:

Müssen wir als revolutionäre Linke nicht endlich über ethische Fragen diskutieren? Müssen wir nicht bestimmte ethische/politische/moralische Werte offensiv behaupten, die schon lange bei vielen Menschen — quer zu den verschiedenen Weltanschauungen — da sind? Die auch in Bewegungen der letzten Zeit in den realsozialistischen Ländern, wie auch in den Kirchen, wie auch bei vielen Linken hier, sowie Menschen aus den „sozialen Bewegungen“ der letzten 15 Jahre, die progressiven, emanzipativen Momente ausgemacht haben.

Eine Verständigung über Ethik erscheint auch deshalb so notwendig, weil es mit der Diskreditierung des Marxismus zur Zeit an emanzipativen Weltanschauungen fehlt. (Dabei gehe ich davon aus, daß die Diskreditierung des Marxismus zu Unrecht erfolgt. Nach wie vor ist dort wichtigstes Instrumentarium für Befreiung zu finden.) Es fehlen „*Werte*“, die wir als zu erkämpfende benennen können, und die anknüpfen an Mangel und Sehnsüchte bei vielen Menschen hier. Eine „*Ethik*“ auch deshalb, weil das auf konservativ-reaktionärer Seite selbstverständlich ein ganz wichtiges Kampffeld um die Herzen und Köpfe der Menschen ist. Sichtbarster und beunruhigender Ausdruck dafür ist der Zulauf, den die Kirchen überall im ehemals realsozialistischen Lager zu verzeichnen haben, mit all ihren nationalistischen, rassistischen und sexistischen Ideologien. Aber auch das Aufkommen „*ethischer*“ Debatten von Rechts, z.B. im ganzen Bereich Eugenik, Sterbehilfe u.a. macht deutlich, wie wichtig die Diskussion und Setzung ethischer Normen von unserer Seite aus ist.

Ein Schlüsselbegriff für solche Normensetzung könnte die Behauptung des uneingeschränkten Rechts auf Existenz für jeden Menschen sein. Darin lassen sich fast alle aktuellen Themen aufschlüsseln.

Das ginge gleichermaßen gegen Hunger und Todesstrafe: für körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung; gegen Folter und den Zwang, in den Krieg zu ziehen: für die sexuelle Selbstbestimmung der Menschen; für das Recht auf Wohnung und Gesundheit.

eine intakte Umwelt ... Die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Desweiteren wären Werte zu diskutieren, wie z.B. der ganze Katalog der bürgerlichen Freiheitsrechte, wie Meinungsfreiheit usw., in Hinblick auf Bewahrenswertes für eine revolutionäre Bewegung. Dabei müsste es darum gehen, eine Demokratieauffassung zu entwickeln, die nichts mit dem vorfindbaren, strukturell undemokratischen Parlamentarismus zu tun hat ... Und. Und. Und.

Bei dieser Arbeit würden sich viele und ganz neue Bündnisfelder erschließen.

So, und in dieser ganzen Präzisierung dessen, was unsere konkreten Utopien sind, hätte die Frage der Menschenrechte in der Gefangenschaft einen eigenständigen politischen Stellenwert, der als unverzichtbarer Bestandteil in einem revolutionären Prozeß behauptet werden müßte.

Damit wäre eine eigenständige politische Mobilisierung zur Unterstützung der Gefangenen vorstellbar, die gleichzeitig den Raum eröffnet für die notwendige perspektivische Diskussion darüber, was die von uns anzustrebenden Werte/Ziele in einer anderen Gesellschaftsordnung sind.

Hanna Cash
Februar 1991

Literatur-Liste:

Regelmäßig erscheinende Publikationen mit Beiträgen zu dieser Debatte:
Ak (Arbeiterkampf). Konkret. Angehörigen-Info. Interim. Clockwork 129a. Politische Berichte, u.a.

Bücher:

Geißler, Christian: Dissonanzen der Klärung. Kiel 1990 Kamalatta, Berlin 1988

Meinhof, Ulrike Marie: Die Würde des Menschen ist antastbar. Wagenbach 1980

Brückner, Peter: Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse. Wagenbach 1976

Die alte Straßenverkehrsordnung Dokumente der RAF. Edition tiamat, Berlin 1986

Texte der RAF: Verlag Bo Cavefors, Malmö Schweden 1977

Hrsg. Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa Letzte Texte von Ulrike, Selbstverlag 1976

Bakker-Schut, Pieter Stammheim Neuer Malik Verlag, 1986 Das Info-Dokument. Neuer Malik Verlag, 1987

Beavillard, Michelle Der Tod Ulrike Meinhofs Commune/Rhizom, 1986

Tolmein, Oliver und Winkel, Detlev zum Nichts geRAft konkret Literatur Verlag, 1987

*
Zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand Bezug von dieser und anderen Broschüren über Rechtsanwalt Klusmeyer, Am Klagemarkt 10/11, 3000 Hannover 1
Die Liste ist natürlich unvollständig!
Fragt in eurem örtlichen linken Buchladen!

Beilage 1/91
29. März 1991 8. Jahrgang

An dieser Ausgabe wirkten mit:

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 02 21 / 21 64 42

DKP, Sprecher/innenrat, Hoffnungstraße, 4300 Essen

AzD-Redaktion, c/o VTK-Verlag, Postfach 160725, 6000 Frankfurt 16

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP), Aquinostr. 7-II, 5000 Köln 1, Tel. 02 21 / 73 03 65

Geschäftsführung und Redaktionsadresse
Jörg Detten, Redaktion „Beilage“ c/o GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 02 21 / 21 65 58. Verantwortlicher Redakteur dieser Ausgabe: Christiane Schneider. Die Beilage erscheint vierteljährlich. Der Preis ist im Verkaufspreis der Publikationen, denen sie beiliegt, enthalten. Preis bei gesondertem Bezug: 0,50 DM.
Verleger: GNN-Verlag GmbH, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1; SoZ-Verlag GmbH, Aquinostr. 7-II, 5000 Köln 1. Druck: Verlag Neuer Weg, Essen. Auflage: 4000